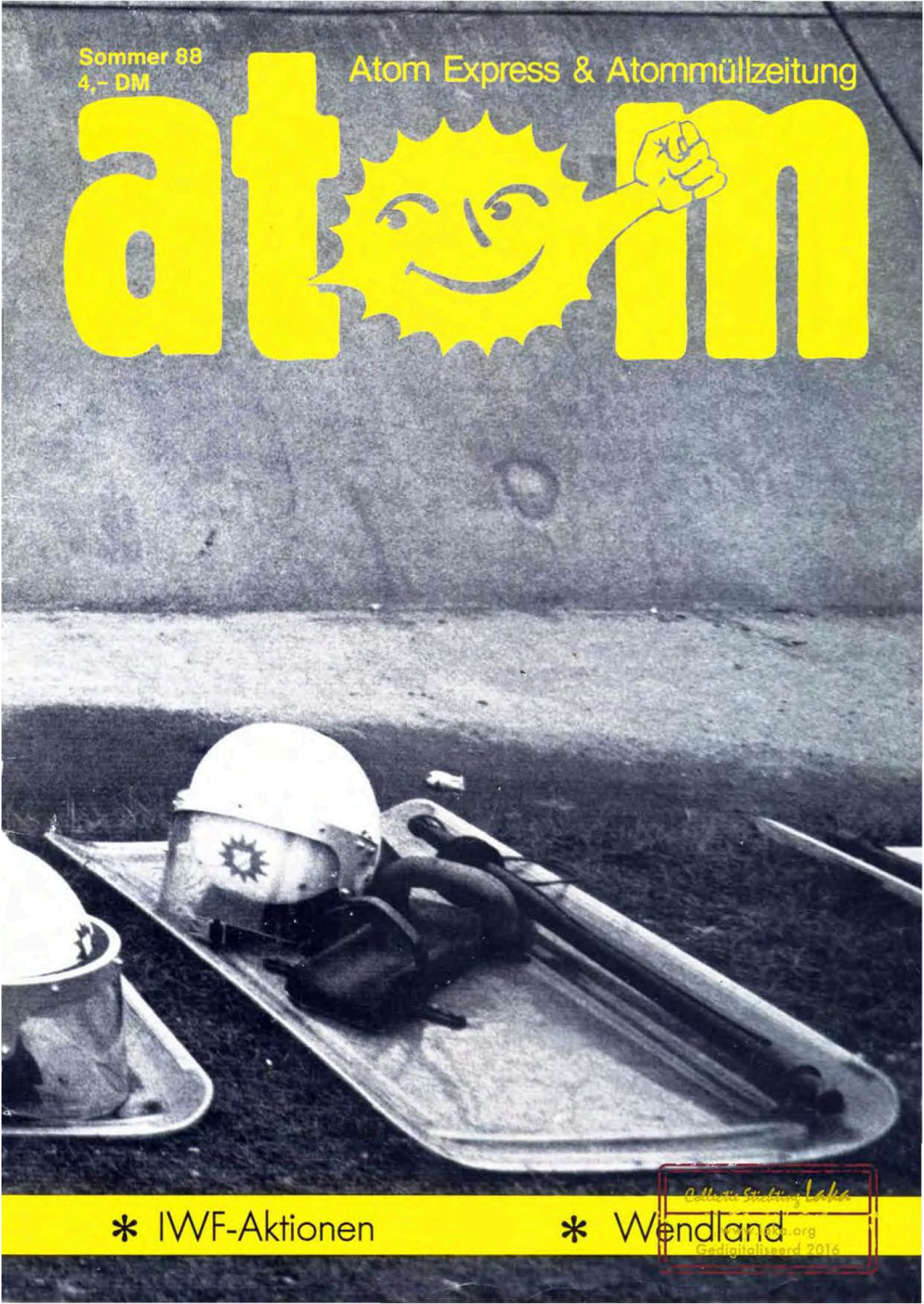
Sommer 88
4,- DM

Atom Express & Atommüllzeitung

atom



* IWF-Aktionen
* Wendland

Collectie Stichting Atom
www.atom.org
Gedigitaliseerd 2016

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Eritrea/Tigray

Außerdem im Heft:
Argentinien
Paraguay
Uruguay

Mai 1988
Nr. 149

Bezug:
blätter
des iz3w
Postf. 5328
7800 Freiburg
Buchhandel:
Prolit, Pf, 63 Gießen

8 mal im Jahr für 40/30 Mark
Einzelheft 5 DM + 1 DM Porto

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Menschenhandel

Sextourismus

Frauenhandel

Kinderhandel

Außerdem im Heft:
Mosambik
Brasilien
Sri Lanka

April 1988
Nr. 148

Bezug:
blätter
des iz3w
Postf. 5328
7800 Freiburg
Buchhandel:
Prolit, Pf, 63 Gießen

8 mal im Jahr für 40/30 Mark
Einzelheft 5 DM + 1 DM Porto

LIES MAL WIDER

DAS VERDUMMUNGSGEBOT!

die tageszeitung

WO ANDERE SCHWEIGEN

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.

An taz-Abo, Wattstr. 12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle die taz

☐ **für 4 Wochen - DM 25,-**
☐ **für 8 Wochen - DM 50,-**

ohne automatische Verlängerung

Besteller: (Name, Vorname, Straße, Nr., PLZ, Ort):

.....

.....

.....

Datum, Unterschrift: .....

Empfänger: (falls nicht identisch)
(Name, Vorname, Straße, Nr, PLZ, Ort):

.....

.....

.....

☐ V-Scheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65. Davon habe ich Kenntnis genommen. 768

Unterschrift: .....

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktions- und Bestelladressen:
atom, Postfach 1945, 3499 Göttingen
Tel. 0551/7700158

atom, c/o Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt, Tel. 04131/63315

V.i.S.d.bgl.P.:
Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Die Redaktion sendet beste Grüße an Mexiko-Maxen.

Bestellbedingungen:

Diese Ausgabe kostet 4,00 DM, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,00 DM. Ein Abo für 5 Ausgaben (incl. Porto) kostet 25,00 DM, Förderpreis 35,00 DM.

Konto: „atom", G. Garbers
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 – 206

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 4098-304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:

Dies ist die **atom** 22. Oder nach alter Zählweise : Atom Express Nr. 62 atommüllzeitung Nr. 48

Titelfoto: argus, München

Inhalt

Schwarzes Brett 4

IWF
Bericht vom Anti-AKW-IWF Treffen in Berlin 8
Was tun im September in Berlin 9

International
Mexiko an der Schwelle zum Atomzeitalter 12
Anti-AKW in Indien 14
Reaktorruine Harrisburg 15
Touristentrip ans radioaktivste Meer der Welt 16

Transporte
Transportbüro 18
Atommülltransporte über Emden? 20
Hamburger Hafen – eine atomare Drehscheibe 23

Standorte
Preußen Elektra : totsicher 25
Wir wissen welcher Wind weht 26
Verseuchte Abwässer – verstrahlter Schrott 27
Wie besetzt man/frau ein Atomkraftwerk? 28
Das Atomforum in Lübeck-Travemünde 30

Tschernobyl Aktionswoche/Abschalttag 32

Kriminalisierung
Die Verhaftung der gefährlichen Gedanken 34
Ein Jahr nach den Libertären Tagen –
ein halbes Jahr nach den Schüssen 36
Staatsgewalt in Wackersdorf 40

SPD und Ausstieg
AKW-Ausstieg in Schleswig-Holstein –
kommt er oder kommt er nicht? 50
SPD und Ausstieg in Schleswig-Holstein 51
Hamburger Ausstiegspolitik 54
Sicherheitsgutachten des Ökoinstituts zu den 4
norddeutschen AKW's 56

Wendland
Erörterungstermin zur Konditionierungsanlage 58
Schonzeit für Freiwild (Bestechung im Wendland) 59
Atommüllkonferenz in Trebel (AG-Protokolle) 60

Von der unerträglichen Leichtigkeit des Widerstands 65

Schwarzes Brett

Noch ne Broschüre:
Schleichwege zur Atombombe?
Die Forschungsgruppe Atomwaffenentwicklung hat eine Broschüre über das Kernforschungszentrum Karlsruhe erstellt. Sie befaßt sich mit den atombombenverdächtigen Aktivitäten dieses Zentrums. Das Heft ist nicht gerade eine Augenweide, aber sehr informativ. Für 3 Mark zu bestellen bei Hermann Lührs, Mirabellenstr. 30, 7 Stuttgart-Obertürkheim. Nur gegen Vorauskasse, bei 1 DM Porto.

★★★

Libertäres Zentrum braucht Geld
Das Libertäre Zentrum in Moers betreibt seit einigen Jahren ein Haus als Zentrum für diverse Aktivitäten von BI's, Autonome, FAU etc. Nun droht das Haus einer Bank übereignet zu werden. Mit der Selbstverwaltung wäre dann Essig. Allerdings besteht die Möglichkeit, das Haus für 60.000 Mark zu kaufen. Da die Kohle in NRW knapp ist, hilft nur ein Spendenaufruf.
Libertäres Zentrum Moers, Essenberger Str. 100, 5130 Miers, Tel. 02841/503942
Konto bei der Sparkasse Neukirchen Vluyn BLZ 35451460, Konto-Nr. 859959.
Stichwort: Haus

★★★

Kongreß der Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie
Am 28.10. bis 30.10.88 läuft an der Uni Frankfurt der zweite bundesweite Kongreß der Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie. Schwerpunkte sind eine Bestandsaufnahme der neuesten Entwicklungen im Gen-Bereich, ein Klärungsprozeß über den Begriff „Selbstbestimmung" sowie der Aufbau von Gegenstrukturen.
Organisation über: Genarchiv, Führichstr. 15, 4300 Essen 1 und Fem. Frauengesundheitszentrum, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90.

★★★

Das Kreuz mit der WAA
So heißt ein Text-Bild-Band mit Bildern und Gedanken zum christlich-bürgerlichen Widerstand gegen das WAAhnsinnsprojekt. 70 Seiten mit 40 Fotos. Preis 15 DM.
Erhältlich über Anti-WAA-Büro Schwandorf (s.o.)

★★★

Siemens-/Umstrukturierungsbroschüre
Das Hamburger Wendlandplenum hat eine Broschüre mit dem Titel „Atomtechnologie - Umstrukturierung am Beispiel Siemens" herausgegeben. Es schreibt dazu:
Anhand unserer Anti-AKW-Geschichte wollen wir zu neuen Perspektiven in den Städten anregen. Dazu haben wir den Siemens-Konzern näher beleuchtet, der in der BRD das AKW-Geschäft unter sich hat. Siemens hat den Geschäftsschwerpunkt auf High-Tech durch Umstrukturierung gelegt. Die Entwicklung dorthin haben wir analysiert und die gesellschaftlichen Folgen der neuen Technologien benannt.
Außerdem noch u.a. Artikel zu AKW-Exportgeschäften und Arbeitsbedingungen in AKW's.
Zu bestellen über die BUU, Hohenesch 63, 2000 Hamburg 50, gegen Vorkasse.
Preis 2 DM zzgl. 1 DM Porto.

★★★

Dokumentation zu Lübeck
Die Lübecker Initiative gegen Atomanlagen haben eine Dokumentation zu den Blockadeaktionen gegen die Atomtransporte erstellt, die über den Skandinavienkai gelaufen sind. Neben guten Bildern und Reportagen finden sich darin auch Hintergrundberichte zur Atommüllschieberei, zum Atomwaffensperrvertrag etc.
Die Broschüre kostet 5 DM und ist erhältlich bei der LIGA, c/o Alternative, Auf der Wallhalbinsel 27, 2400 Lübeck 1

Archiv der gruppe 2
Die Münchener Gruppe 2 – Archiv – will durch den Aufbau autonomer Medienstrukturen den herrschenden Meinungsfabriken entgegenwirken. Die Gruppe will dabei vor allem „szeneübergreifend" wirken, also die gegenseitige Abschottung innerhalb der Bewegungen überwinden. Die Gruppe archiviert Texte, Filme, Videos etc. zu allen möglichen politischen Themen, bislang beispielsweise ca. 2000 Bücher, Zeitungen und Dokumentationen. Alle Neuzugänge für die Bibliothek werden im „Archiv-Reader" aufgelistet, der diese Texte damit anderen zugänglich macht und auch entsprechende Vertriebsstrukturen aufzeigt.
Gruppe 2, Sommerstr. 24, 8000 München 90, Tel. 089/6518448

★★★

Nicht vergessen:
Der Anti-AKW-Kalender 89 kommt!!!
Leute, Leute, das Jahr 88 ist schon zur Hälfte rum, deshalb bitte schon ans nächste denken. Was mensch da vor allem braucht, ist ein sinniger Kalender. **Am 20. September erscheint der Anti-AKW-Kalender 89!!!**
Vergeßt bitte nicht, **rechtzeitig, möglichst schon jetzt** zu bestellen, damit die Auflage realistisch kalkuliert werden kann.
Bestellungen an: Umweltzentrum, Scharnhorststr. 47, 4400 Münster.

★★★

Drehscheibe Wackersdorf
Greenpeace hat zur WAA eine Broschüre herausgegeben, die sich speziell mit der Wiederaufarbeitungsanlage als Ausgangspunkt und Ziel für die diversen Atomtransporte befaßt. Aufgeführt werden die zu erwartenden Transporte, die Risiken der Transporte und die rechtlichen Möglichkeiten von Gemeinden, auf die WAA Einfluß zu nehmen.
Autoren kommen u.a. von der Gruppe Ökologie, Hannover.
Erhältlich über Greenpeace, Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11, Tel. 040/31186-0

★★★

Herbstaktionen gegen die WAA
Innerhalb der süddeutschen Anti-AKW-Bewegung werden derzeit Herbstaktionen gegen die WAA Wackersdorf diskutiert. Die bisherigen Überlegungen zielen sowohl auf dezentrale Aktionen unter dem Motto „fünf vor zwölf" wie auch auf eine zentrale Kundgebung mit anschließendem WAAldspaziergang, der den Bauzaun mit einbezieht. Im Juni wurden die unterschiedlichen Vorstellungen bei Treffen näher diskutiert.
Kontakt: Anti-WAA-Büro, Klosterstr. 2, Postfach 1145, Tel. 09431/1029, 8460 Schwandorf.

★★★

IWF und AKW

Es gibt derzeit im Linken und Alternativen Spektrum in der BRD und West-Berlin eine Unzahl von Bemühungen, die Bedeutung der geplanten IWF/WB-Tagung für die eigenen Vorstellungen von Politik und Leben zu diskutieren. Dazu gehört auch der linksradikale Teil der Anti-AKW-Bewegung.

Gemeinsam ist der Wunsch, diese Propagandashow der (Mit-)Verantwortlichen zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltwirtschaft im September zu stören.

Zu diesem Zeitpunkt wird sich in Berlin eine außerordentlich große interessiert Öffentlichkeit einfinden und darüber hinaus wird eine Weltöffentlichkeit alle „besonderen Vorkommnisse" an diesem Ort aufmerksam registrieren. Auch wenn diese Öffentlichkeit zunächst einmal durch einen Kongreß von 10.000 wichtigen Typen der Weltwirtschaft hergestellt wird, so liegt es doch an uns, diese in unserem Sinne zu nutzen.

IWF

Für viele von uns stehen diese beiden Institutionen für eine brutale, menschenverachtende und unterdrückerische Politik auf Kosten der Lebensbedingungen der breiten Bevölkerungsschichten in den sogenannten „Entwicklungsländern": Nicht zuletzt der IWF hat ganz nachhaltig den Militärputsch in der Türkei im Jahre 1980 vorbereitet und sorgt mittlerweile mit seinen Auflagen dafür, daß z.B. der Amazonas für die Interessen multinationaler Konzerne verwüstet wird.

Dies allein ist für uns schon Grund genug, die IWF/WB Tagung in Berlin nicht tatenlos hinzunehmen. Wir kommen dabei jedoch nicht darum herum, unsere Proteste inhaltlich genauer zu bestimmen. Dies ist notwendig um für sich und andere überzeugende Inhalte in Form von Aktionen zum Ausdruck zu bringen.

Dabei sehen wir uns zur Zeit noch vor ähliche Schwierigkeiten gestellt wie andere Gruppen und Einzelpersonen, die sich im September praktisch gegen den IWF/WB Kongreß verhalten wollen. Es existieren tastende Versuche sich mit der Rolle, Geschichte und Funktion dieser beiden Institutionen auseinanderzusetzen. Dabei stellt frau schnell fest, wie sehr man sich bei diesem Thema auf dem schwankenden Boden realökonomischer und monetärer Weltmarktentwicklungen seit dem zweiten Weltkrieg befindet.

Es ist schwer diese Zusammenhänge überzeugend auf den Punkt zu bringen. Es läßt sich feststellen, daß die beiden Institutionen IWF und WB zwar wichtige Instrumente im Orchester kapitalistischer Weltherrschaft sind, doch keineswegs die alles entscheidenden Schaltzentralen. Das Orchester braucht keinen Dirigenten es dirigiert sich selber. Und dies aus einer Unzahl von vielen unterschiedlichen Tönen, die teilweise einen ziemlich dissonannten Klang ergeben. Was heißt das konkret?.

Es gibt meiner Meinung nach nicht den einheitlichen Willen des Weltkapitals, der sich umstandslos in der Politik des IWF ausdrückt. Die kaptialistische Weltherrschaft setzt sich aus vielfältigen, sich teilweise widersprechenden Interessen von Multis, den USA, den anderen westlichen Staaten, dem Finanzkapital und den Herrschenden aus den "Entwicklungsländern" zusammen. Daraus ergibt sich eine komplexe und außerordentlich mühselig zu begreifende Realität.

Viele Genossen und Genossinnen haben sich in der letzten Zeit diesem Versuch gestellt und wir sehen momentan die Gefahr, daß sich die Debatte für eine wirkungsvolle Kampagne mit praktischen Schritten gegen die Tagung festfrißt. Wir müssen uns dem Problem stellen, daß es eine Illusion ist, daß sich im Rahmen einer schlauen akademischen Analyse genaue Handlungsperspektiven mit für uns zwingenden Konsequenzen ergeben müssen. Momentan befürchte ich, daß wir zwar in der Lage sind, mit guten Analysen die komplexe, trickreiche und dadurch allmächtig scheinende Herrschaftsstruktur des Kapitalismus zu beschreiben. Auf der anderen Seite steht jedoch diesem die Undurchsichtigkeit und Unbegriffenheit unserer eigenen Praxis gegenüber, in der wir keine Sonne mehr sehen.

Wir dürfen uns von dem ganzen angehäuften Wissen um weltwirtschaftliche Zusammenhänge nicht lähmen lassen. Wir sollten jede notwendige theoretische Arbeit gerade in diesem Zusammenhang immer auch danach befragen, was wir daraus an Erkenntnis für praktische Handlungsansätze gewinnen können. Schlaue Analysen können dabei unsere Wünsche nach Handeln oder konkretem Widerstand auf der Straße, im Betrieb, in den Unis oder sonstwo unterstützen. Entwickeln und initilieren kann sie ihn aber nicht, denn dafür bedürfen wir schon unserer eigenen rebellischen Subjektivität, d.h. den Willen, unsere Vorstellungen in Form von öffentlichen Aktionen zum Ausdruck zu bringen. Dabei kann jede unserer öffentlichen Handlungen selbstverständlich nie etwas anderes sein, als ein Ausschnitt unserer ganzen Vorstellungen und Utopien. Nicht mehr aber auch nicht weniger. Einen umfassenden Anspruch an jede Form von öffentlicher Aktion zu stellen, wird uns eher in die Resignation zwingen als unsere Phantasie zu beflügeln, was als nächstes zu tun ist.

Wir haben uns als Atomkraftgegner/innen dazu entschlossen, von unserem Teilbereich her Bezüge zur IWF/WB-Tagung herzustellen. Wir wollen dabei unser in diesem Bereich angehäuftes Wissen in die Kampagne gegen den IWF einbringen, weil wir davon ausgehen, uns und anderen so am besten nützen zu können. Was bedeutet es denn eigentlich in diesem Zusammenhang, wenn wir feststellen, daß sich keine direkte Verbindung zwischen dem Wirken von IWF/WB und der Entwicklung von menschenverachtender Atomtechnologie begründen läßt? Ein Versuch besteht darin, den Zusammenhang auf einer anderen Abstraktionsebene herzustellen, die besagt, daß der IWF und die WB in den Peripherien die Bedingungen von Herrschaft aufrechterhalten in denen erst Atomanlagen gebaut und betrieben werden können - jedoch nicht müssen! Das ist zwar keine falsche Aussage, jedoch nicht unmittelbar aufrüttelnd und keine zur Handlung drängende Erkenntnis. Dieser so hergestellte Zusammenhang bleibt kopflastig und ein Stück weit zusammengeschrieben.

Was könnte es dann für mich sonst für Gründe und Ideen geben, sich gegen diesen verdammten IWF/WB-Kongreß zur Wehr zu setzen? Und darüber hinaus: Unter welchen Umständen und mit welchen Inhalten ließe sich vielleicht doch begründen, warum sich auch die ganze bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung gegen diesen Kongreß verhalten soll? Ich glaube, daß sich der Bezugspunkt für Atomkraftgegener und -gegnerinnen für eigenständige Formen der Artikulation und Aktion gegen den Kongreß nicht aus einer mehr oder weniger gelungenen technischen Verbindung von IWF und Atomtechnologie ergibt. Dieser Bezug ist einfacher und glaubwürdiger über unsere eigene Geschichte und politische Identität herzustellen. Wir haben uns gegen Atomanlagen nicht nur ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der ökologischen Bedrohungen zur Wehr gesetzt. Wir haben immer wieder versucht, auch Kapitalismus- und Herrschaftskritische Aspekte in diesem Zusammenhang zum Ausdruck zu bringen. Nicht zufällig thematisieren wir in unseren Veranstaltungen, Flugblättern und Broschüren Themen wie z.B.:

- die militärische Nutzung angeblich "ziviler" Atomtechnologie
- die Verplanung und Zerstörung noch relativ intakter Regionen nach Maßgabe der kapitalistischen Verwertungslogik
- die Umstrukturierung der Fabrikproduktion, von der die Automatisierung und zunehmende Leiharbeit nur zwei Seiten der Medaille sind
- die mit der Atonenergienutzung einhergehende sozialtechnische Verplanung, Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung an ihren Wohn- und Arbeitplätzen, die auf eine zunehmende Vereinzelung des Individuums konditioniert für ein entleertes Leben im massenkonsum oder Marginalisierung abzielt
- Rolle und Interessen von hier ansässigen jedoch weltweit agierenden Konzernen, Energieversorgungsunternehmen und Großbanken.

Bei der Beschäftigung mit diesen Themen handelt es sich für uns um Versuche auf dem Weg von einer Teilbereichsbewegung hin zu einer sozialrevolutionären Bewegung zur Umwälzung aller Verhältnisse in denen der Mensch den Menschen beherrscht. Das hat sich für uns z.B. nach Tschernobyl in der Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen durch Stillegung der herrschenden Klasse ausgedrückt. Diese Forderung bleibt nicht nur bei dem moralisch richtigen Ziel der Abschaltung aller Atomanlagen sofort stehen, sondern benennt hier in der BRD und West-Berlin die Bedingungen zur Durchsetzung dieses Ziels. Natürlich ist die Atomenergienutzung nicht für immer und ewig untrennbar mit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsweise verbunden. Von daher existiert auch keine zwingende Logik, daß eine Abschaltung aller Atomanlagen folgerichtig zur Abschaffung dieses Systems führen müßte. Trotz allem wird jedoch damit nicht der Sinn und Inhalt der unter den heutigen Bedingungen innerhalb der BRD und West-Berlins aufgestellten Forderung nach Stillegung der herrschenden Klasse überflüssig: Sie benennt die hinter dem Bau und Betrieb von Atomanlagen stehenden Drahtzieher und Verantwortlichen und versucht, die damit verfolgten Herrschaftsinteressen anzugreifen. Diese Interessen und die Macht dieser kleinen Clique, die nach wie vor auf unsere Kosten von der Atomenergienutzung profitiert, scheint auch im Jahre zwei nach Tschernobyl immer noch so groß zu sein, den Willen von zwei Dritteln der Bevölkerung nach einer Beendigung des AKW-Programms ignorieren zu können.
Diese Interessen können sich wandeln, wie die Produktion mehr oder minder schlauer Ausstiegsgutachten zeigt, die die technische Realisierbarkeit dieser oder jener Atomausstiegsvarianten mathematisch exakt darstellen. Dabei beziehen sich diese Gutachten allesamt auf veränderte Entwicklungsstrategien im Energiesektor, neu konzipiert von den EVU's und großen Konzernen. Unhinterfragt wird dabei davon ausgegangen, daß an diesen neuen Entwicklungen im Energiesektor die gleichen Akteure verdienen werden (z.B. Siemens, Babcock, etc.), die bisher auch an der Realisierung des AKW-Programms verdient haben. Zynisch formuliert: Auf Wackersdorf wird verzichtet, weil man in Hanau ohnehin schon genug Plutonium herumliegen hat; neue Atommeiler werden wegen des sinkenden Strombedarfs nicht mehr gebaut und die alten werden bei zunehmenden Stromüberkapazitäten bei Erreichen ihrer Altersgrenze nach und nach abgeschaltet. Und so wird aus einer ehemaligen "Zukunftstechnologie" eine "Übergangstechnologie", die alle gemeinsam "sozialverantwortlich im demokratischen und sozialen Rechtsstaat" überwinden. Guten Tag!

IWF

In der Zukunft wird sich die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung mit zwei Varianten der Entwicklung hin zu einer Abschaltung aller Atomanlagen auseinanderzusetzen haben: Entweder es wird sich eine entpolitisierte technisch saubere Ausstiegsvariante früher oder später - wie wär's mit dem Jahr 2025! - der Verfasser dieser Zeilen wäre dann über 60 Jahre alt! - durchsetzen oder wir schaffen es mit unserem Widerstand, die Atomdebatte neu mit unseren Utopien zu politisieren. Darin ist das Ziel der sofortigen Stillegung aller Atomanlagen ohnehin nur ein Teilschritt, von dem der nächste darin bestehen könnte, daß die AKW-Belegschaften ihre Chefs absetzen und anfangen selbstverwaltet eine sozial und ökologisch sinnvolle Produktion zu diskutieren und zu praktizieren; eine Zukunft, in der keine Sklavenhändler mehr existieren usw.
Was hat das denn nun alles mit dem IWF/WB-Kongreß im September '88 in Berlin zu tun? Wir wollen uns mit unseren auch gegen IWF gerichteten Aktivitäten einen öffentlichen Raum verschaffen, in dem wir alle unsere Vorstellungen für eine befreite Welt im Zusammenhang mit dem Anti-AKW-Widerstand diskutieren und in Form von Aktionen zum Ausdruck bringen können. Versuchen wir uns dabei über die Bedingungen zu verständigen, mit denen wir uns hier im Widerstand auseinanderzusetzen haben. Wir werden dabei die Lebensbedingungen der unterdrückten und ausgebeuteten Menschen in der Peripherie am besten dadurch schützen können, indem wir hier im "Herzen der Bestie" (Che) kämpfen.
Schaffen wir für ausländische AKW-Gegner/innen ein großes öffentliches Forum, wo sie über die von bundesdeutschen Konzernen im Atombereich in ihren Ländern angerichteten Sauereien und von ihrem Widerstand dagegen berichten können (z.B. Namibia, Spanien, Brasilien, Polynesien). Ihr Kampf ist ja schließlich auch unser Kampf, von dem wir wissen, daß wir ihn allein nicht gewinnen können.

Diese Aktivitäten werden uns in der weiteren inhaltlichen Bestimmung des zukünftigen Anti-AKW-Widerstandes, ob in Gorleben, Lübeck, Hanau oder Wackersdorf, von Nutzen sein. Eröffnen wir uns eine Perspektive für eine neue Etappe linksradikalen antistaatlichen Widerstandes im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung. Unsere bisherigen Vorstellungen verstehen wir auch als Angebot und Aufforderung an die gesamte Anti-Atom-Bewegung, sich nicht nur eurozentristisch auf das "eigene" AKW vor der Haustür zu beziehen, sondern sich auch solidarisch gegenüber der Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung zu verhalten, die die Kampagne gegen die IWF/WB-Kongreß in diesem Jahr zu ihrem Schwerpunkt erklärt hat. Der September '88 bietet diesesmal in Berlin eine gute Möglichkeit für das prakti-

IWF

sche Zusammenkommen verschiedener Teilbereichsbewegungen an einem Punkt, aus der wir alle für zukünftige politische Auseinandersetzungen gestärkt hervorgehen können.
Wir unterstützen dabei die Kampagne gegn den IWF und die WB am solidarischsten dadurch, daß wir uns mit eigenständigen Aktionen und Inhalten einbringen. Nutzen wir die Provokation des IWF/WB-Kongresses für unsere eigenen Vorstellungen und Ideen hier, anstatt uns in Detailkritik und Reformierungsforderungen von IWF oder WB zu verlieren.

Für einen solidarischen Beitrag der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung gegen den IWF-Kongreß!
Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen und herrschenden Klassen weltweit!

Erwin (Verfasser nach Diskussion mit Berliner AKW-Gegner/inne/n

Bericht vom Anti-AKW-IWF-Treffen in Berlin

Am bundesweiten Treffen von Gruppen aus der Anti-AKW-Bewegung vom 6.-8. Mai in Berlin nahmen ca. 100-150 Leute aus mehr als 20 Städten des Bundesgebietes und der Schweiz teil.
In drei Arbeitsgruppen und in Plenumsdiskussionen wurde versucht, eine inhaltliche und praktische Handlungsperspektive gegen den IWF im Herbst zu entwickeln. Konsens der anwesenden Leute war sich als Teil der Anti-AKW-Bewegung gegen den IWF-Kongreß zu verhalten und innerhalb der Bewegung zu mobilisieren. Konkrete praktische Vorschläge wurden allerdings noch nicht erarbeitet, dafür mehrere Ideen zusammengetragen:
- Verschiedene Kleingruppen beteiligen sich an Aktionen in Berlin. Diese Idee ist an den Vorschlag einiger autonomer Gruppen Berlins angelehnt und sieht ein dezentrales Aktionskonzept in dieser Stadt vor.
- Die Anti-AKW-Bewegung trägt einen eigenen Aktionstag in Berlin. Entweder über dezentrale Aktionen und/oder einer gemeinsamen Großaktion.
- Die Anti-AKW-Bewegung bereitet einen eigenen Aktionstag vor für Aktionen im gesamten Bundesgebiet und in Berlin.
- Die Anti-AKW-Bewegung führt Schwerpunktaktionen an einigen ausgewählten Orten durch. Das sollten dann keine 3-4 Demos sein, die dann als wandernder Kessel zu einem Konzern laufen (Beispiel Degussa-Demo Frankfurt).

Diesen verschiedenen Ideen liegen unterschiedliche Einschätzungen über die Stärke der Anti-AKW-Bewegung zugrunde. Sowie unterschiedliche Einschätzungen über die strategische Situation in Berlin im September (Stichwort: Ausnahmezustand).
Diese Ideen sollen in den einzelnen Gruppen und Orten diskutiert werden. Ebenso in andere, in Berlin nicht anwesende Gruppen hineingetragen werden.
Bisher gab es kaum orte, die klar sagen konnten, ob sie in ihrer Stadt was machen könnten bzw. dies auch wollen, oder organisiert nach Berlin kommen, um sich dort an den Aktionen zu beteiligen.
Eventuelle Aktionen der Anti-AKW-Bewegung könnten sich inhaltlich an den drei Arbeitsgruppen orientieren: In der AG Brasilien wurden der HTR-Modulreaktor als neuer Exportschlager der Atommafia gesehen, der dann im Eintausch gegen den Rohstoff Uran bzw. gegen Abbaurechte an Uranvorkommen auf dem Weltmarkt abgesetzt werden kann. (Im deutsch-brasilianischen Atomgeschäft sind diese Rechte vertraglich festgelegt.) Der Konzern Siemens spielt darin eine entscheidende Rolle. Die Frage, die sich ergibt, ist, wie wir gegen den Siemens-Konzern einen Widerstand entwickeln können. Dies sollte in einer gemeinsamen Arbeit mit anderen Teilbereichsbewegungen diskutiert und entwickelt werden (z.B. Jobber-/Anti-Gen-Gruppen). Die IWF-Kampagne bietet die Möglichkeit, hier gemeinsame Linien zu erarbeiten. In der AG Energie wurde der Hochtemperatur-Modulreaktor auch als ein wesentlicher Teil des weitere Atomprogramms begriffen. Der kleine HTR kann der Reaktor sein, der den Bedürfnissen der Weltmarktproduktion und der Freien Produktionszonen gerechter wird als irgendwelche Großkraftwerke. In dieser AG wurde auch nachmals der Doppekcharakter des Machtfaktors Energie herausgearbeitet: Energie ist eine Ware, die verkauft wird und über die direkt Gewinne erwirtschaftet werden. Energie ist eine Grundlage, zusammen mit menschlicher Arbeitskraft, sowie deren Reproduktion, Kapital, Rohstoffen für jegliche weitere kapitalistische Warenproduktion. Die zentrale Frage war auch die, wie diese Analyse zusammenzubringen ist mit einem praktischen Ansatz. Dabei geht es in der praktischen Umsetzung weniger um Demos gegen einen exemplarischen Konzern. Es sollte mehr um die Verbindung mit dem Alltag, um Widerstandsperspektiven, die mit unserem tagtäglichen Leben zu tun haben, gehen (Stichwort: Volxstrom).
In der .AG Leiharbeit wurde es eher als schwierig angesehen, sich in oder vor Sklavenhändlerfirmen im Sinner einer aufklärerischen Tätigkeit zu verhalten. Als wichtig wurde in dieser AG eine analytische Arbeit an Umstrukturierung/Leiharbeit zu machen. Für die weitere inhaltliche Bearbeitung verweisen wir auf die Beiträge in dem Reader zu Anti-AKW-IWF-Kampagne.

Was tun im September in Berlin?

IWF

Derzeit existieren eine Reihe von Schwierigkeiten, schlüssige Vorschläge für praktische Aktivitäten gegen die IWF/WB-Tagung in Berlin von Seiten der autonomen AKW-Gegner/innen zu formulieren. Dies ist sowohl einer nicht ganz einfachen Situation innerhalb des oppositionellen Bündnisspektrums gegen den IWF als auch der zu befürchtenden, angenommenen und/oder eingebildeten Repression im Herbst '88 in Berlin geschuldet.

Zum ersteren: Innerhalb des sogenannten "Reformationsspektrums", d.h. alle Gruppen rechts neben den Autonomen, angefangen vom BUKO, den kirchlichen Gruppen bis hin zu den Parteivertretern (Jusos, AL und SEW) gibt es große Auseinandersetzungen darüber, ob überhaupt eine Großdemonstration mit bundesweiter Beteiligung in Berlin durchgeführt werden soll.

Insbesondere von den Westberliner Parteienvertretern wurde ein Konzept favorisiert, daß wesentlich nur eine Beteiligung von berliner Menschen an einer Demo/Kundgebung am Sonntagnachmittag, dem 25.9. vorsah. Dies würde auf jeden Fall eine bundesweite Beteiligung ausschließen.

Für diesen Vorschlag wurde damit argumentiert, daß der Kongreß schließlich in Berlin stattfinde und die Berliner schließlich die organisatorische und politische Hauptverantwortung zu tragen hätten. Darüber hinaus wurde mit der zu befürchtenden Repression in Berlin argumentiert (Stichworte: Reagan-Demo, Kreuzbergabriegelung, möglicherweise Verhängung des Notstandes) die es ratsam erscheinen lasse, eine Konfrontation zu vermeiden. dies war beispielsweise für die Berliner SEW (Bruderpartei der westdeutschen DKP) auch der Grund, nur noch eine Kundgebung (d.h. nicht mal mehr eine Demo) zu befürworten!

Aus meiner Sicht zu recht wurde diesen Parteienvertretern von Seiten des BUKOS und auf der Aktionskonferenz anwesenden westdeutschen Gruppen vorgeworfen, daß die Parteivertreter eher den im Herbst '88 in Berlin beginnenden Wahlkampf im Auge hätten "und von daher nichts passieren soll, was die Parteien nicht unter Kontrolle haben" (Konferenzprotokoll). Der BUKO schreibt zu dieser Debatte in einer Stellungnahme zu den Ergebnissen der Aktionskonferenz: "Vor dem Hintergrund der Berliner Wahlen im Januar 1989 wurde befürchtet, daß es auf einer Großdemonstration zu "Randale" kommen könne, oder die "Sicherheitsbehörden" sie gar nicht zulassen würden, was für uns ja erst mal nichts heißen sollte. Denn mit dieser Argumentation könnte Mensch in Zukunft gar keine Demonstration mehr durchführen. Nach vielem Hin und Her konnte schließlich der Demotermin auf Sonntag, den 25.9., auf den Vormittag gelegt werden. Der BUKO hierzu in seiner Stellungnahme: "Der jetzige Beschluß, Sonntagvormittag eine bundesweite Großdemo durchzuführen, war vom BUKO aufgrund der nicht gerade repräsentativen Mehrheitsverhältnisse auf der Aktionskonferenz nicht zu verhindern. Ein Beschluß von dem die einen hoffen, daß damit vielleicht keine Demo zustande kommt, und die anderen denken, es könne trotz dieses Termins klappen. Obwohl es für Gruppen aus Süddeutschland recht schwer sein wird, für diesen Termin zu mobilisieren, wird sich der BUKO dafür einsetzen, daß eine machtvolle, inhaltlich radikale bundesweite Großdemonstration in Westberlin stattfinden wird."

Die Aktionskonferenz konnte auch deshalb stark von Parteienvertretern dominiert werden, weil sich die Autonomen in Berlin aus der Vorbereitung und Organisierung der Großdemo ausgeklinkt haben. Bereits eine Woche zuvor war auf den Bremer Internationalismustagen ein Orientierungsrahmen von autonomen Westberliner IWF Gruppen verteilt worden in dem es heißt: "Wir halten es nicht für sinnvoll, sich an den Aktionen aus dem Reformationsspektrum gegen/zum Kongreß zu beteiligen, da deren Aktivitäten wie Gegenkongresse, Demo usw. sich wahrscheinlich auf die Wochen vor dem Kongreß konzentrieren werden. Wir wollen aber zu dem Zeitpunkt noch keine Konfrontation,

IWF

die eventuell demobilisierend wirken könnte."
Von autonomer Seite soll demgegenüber das Schwergewicht der Aktivitäten auf die Aktionswoche vom 26.9.-29.9. also zeitgleich zum Zeitraum der IWF/WB-Propagandashow gelegt werden. Jeder dieser Tage soll unter einem inhaltlich anderen Motto stehen "was sich sowohl in den Aktionen als auch in den Veranstaltungen und ähnlichem ausdrücken kann": Vorläufige Ideen wären:
1. Frauenhandel, Sextourismus, Zwangsprostitution
2. Finanzkapital, Banken, Verschuldung
3. Entwicklungshilfeagenturen, wissenschaftliche Einrichtungen, Agrobusiness (Orientierungsrahmen)
Für den Donnerstag, den 29.9. ist zeitgleich zum Abschluß der IWF/WB-Tagung nach der Lage der Kräfte und Möglichkeiten eine "zentrale Massenaktion" geplant, die darauf orientiert ist, die Abschlußpressekonferenz des IWF/WB-Kongresses von Seite 1 der Medien zu verdrängen.

Für die Abwendung von einer autonomen Beteiligung von Autonomen an der Vorbereitung und Durchführung einer gemeinsamen Großdemo in einem Bündnis unterschiedlichster Gruppen gegen die IWF/WB-Tagung wurde von Genoss/inn/en u.a. argumentiert, daß diese in der Organisierung zu viele Kräfte binde, die nachher für die Ausgestaltung der Aktiostage fehlen würden. Darüber hinaus sei eine inhaltlich gemeinsame Grundlage mit dem Reformerspektrum nicht denkbar. Zudem würden gerade die Parteienvertreter in Berlin alles tun, um die Autonomen beispielsweise an der Gewaltfrage auszugrenzen. So sei u.a. von dieser Seite damit gedroht worden, sich nicht mehr an einer Großdemo beteiligen zu wollen, wenn die Autonomen dort einen schwarzen Block durchsetzen wollten. Ein Bündnis, das letztlich an jeder Frage gespalten werden könne, sei sinnlos und würde mehr Kräften binden als freisetzen.
Eine Nichtbeteiligung von Autonomen an der Großdemo sei auch daher sinnvoll, weil dann das "Reformerspektrum" sicher sein könne, seinen Anfang für eine große friedliche Demonstration mobilisieren zu können.
Aus Sicht des Schreibers dieser Zeilen sind zu dieser Argumentation ein paar Anmerkungen anzubringen: Daß auf einer praktischen Ebene bei einer erfolgreichen Organisation einer gemeinsamen Bündnisdemo viele Kräfte absorbiert werden, die hinterher für die Aktionstage fehlen, ist auf den ersten Blick nicht von der Hand zu weisen. Allerdings bleibt die Frage unbeantwortet, ob sich die politischen Bedingungen zur Durchführung der Aktionstage durch diesen Gewinn an zeit verbessern oder nicht. Leider ist zu befürchten, daß selbst eine Nichtbeteiligung von autonomen und antiimperialistischen Gruppen an einer Bündnisdemo gegen den IWF in Berlin die herrschende Klasse und die Medien nicht davon abhalten wird, die Organisatoren dieser Demo mit ihren Gewaltphantasien und Prognosen einzudecken, auch wenn diese natürlich jeglicher Grundlage entbehren. Entsprechende Erfahrungen werden ja schließlich mit der jüngsten Hanau-Demo gemacht, wo von den Initiatoren erfolgreich die linken und autonomen Kräfte aus der Bewegung ausgegrenzt worden sind, was jedoch zunächst mal ein Demoverbot und eine diesbezügliche Pressehetze hat nicht verhindern können. Wenn wir unterstellen, daß sich in Berlin im September eine ähnliche Situation einstellt, so gehe ich mit ziemlicher Sicherheit davon aus, daß die wenigen noch verbliebenen linken und fortschrittlichen Kräfte innerhalb des Bündnisses noch weiter an den Rand gedrängt werden und diejenigen die Oberhand behalten, die entweder aus Naivität oder Strategie Legalismus, Gewaltfreiheit und den moralischen Appell an staatliche Instanzen propagieren und demonstrieren wollen.
In der Öffentlichkeit rüberkommen würde dann so etwas wie wir es mit der Friedensbewegung '82 und '83 haben leider erleben müssen. Die Demonstration wird sich nicht mehr vorrangig gegen die menschenverachtende Weltwirtschaftsordnung und deren Institutionen IWF und WB richten, sondern hauptsächlich gegen diejenigen, die meinen, daß zur Veränderung gesellschaftlicher Zwangsverhältnisse etwas mehr notwendig ist, als der fromme Appell an die herrschenden, es doch bitte in Zukunft etwas freundlicher zu gestalten. In einer derartigen Situation wäre die politische Ausgangslage für die nachfolgenden Aktionstage für die Herrschenden soweit bereinigt und übersichtlich gemacht, daß ihr Repressionsinstrumentarium umso wirkungsvoller,

IWF

effektiver und brutaler gegen alle diejenigen gewendet werden kann, die sich mit ihren Aktionsformen versuchen den Raum auf der Straße zu nehmen. Insofern ist nicht auszuschließen, daß eine Nichtbeteiligung der Autonomen an der Großdemo diesen letztlich politisch auf die Füße fallen könnte, wenn es darüber den Herrschenden gelingt, für die Aktionstage ein Klima zu schaffen, das jede noch so kleine Aktion zum terroristischen Akt hochstilisiert und entsprechend zerschlagen werden kann.

Allerdings enthält die Abwendung der Autonomen von der Bündnisdemo insofern eine gewisse Schlüssigkeit, wenn man und frau bereit ist, anzuerkennen, daß diese Form der Politik für viele autonome Genoss/inn/en derzeit der klarste Weg zur konstituierung als revolutionäre Kraft in der Metropole BRD und Westberlin ist. Allerdings bleibt dieser Weg eine ständige Gratwanderung zwischen Sektierertum und wenn auch revolutionär - verbalradikalen Bündnis - Reformismus. Zur Zeit ist allerdings jede innerhalb der autonomen Szene geäußerte Kritik an einer Nichtbeteiligung der Autonomen an der Großdemo mit der Frage konfrontiert, wer denn von den Auonomen stattdessen bereit ist, im Bündnis mitzuarbeiten. Die bisherigen autonomen Bündnisbeobachter haben mittlerweile ihre Vorstellungen geäußert und ihr Konzept für die Konzentration auf die Aktionswoche begründet. Auch wenn man dies nicht billigen mag, so bleibt doch dieses Vorgehen legitum. In gewisser Weise regiert nun die Macht des Faktischen, d.h. auch wenn man und frau mit tausend Begründungen eine Beteiligung an der Bündnisdemo befürworten, ist nicht absehbar, wer so etwas denn realisieren soll. So muß mensch dann nun das beste aus dieser Situation machen.

Zum zweiten (endlich!): Derzeit werden viele Überlegungen mehr oder eher weniger ausgesprochen von der zu befürchtenden Repressionswelle in Berlin im Herbst '88 bestimmt. Im Protokoll vom AKW-IWF-Treffen ist ja auch von "Stichwort: Ausnahmezustand" die Rede. Im Orientierungsrahmen der westberliner autonomen IWF-Gruppen wird mit Hinweis auf die "verschärften Sicherheitsmaßnahmen des Klassenfeinds" allen Menschen abgeraten, unvorbereitet und ohne Konzept nach Berlin zu kommen, d.h. es wird sogar explitzit gesat, daß diese Menschen nicht kommen sollen. Und so taucht denn auch im Orientierungsrahmen der Hinweis auf, daß davon auszugehen ist, daß uns im September unsere gewohnten Treffpunkte und Kommunikationsorte nicht zur Verfügung stehen werden.

Der Umgang mit zu erwartenden Repressionsmaßnahmen des Staates gegen uns ist immer schon eine ambivalente widersprüchliche Sache gewesen, die sich nicht umstandslos in eine Richtung auflösen läßt: Auf der einen Seite ist es schon richtig und notwendig, sich sehr genau mit den zu erratenden Repressionsmaßnahmen in Berlin im Herbst '88 so genau als möglich auseinanderzusetzen. So wird man und frau mit großer Sicherheit davon ausgehen können, daß Kreuzberg wieder abgesperrt werden wird, jedenfalls ist es so Kreuzberger Pfarrern in einem Gespräch mit hohen Bullenoffizieren angekündigt worden. Darüber hinaus werden 10.000 Polizisten (und davon sicherlich alle Sondereinheiten aus dem Bundesgebiet) versuchen, die Stadt zu knebeln und ruhig zu halten. Allerdings verkehrt sich eine im Prinzip sinnvolle Diskussion um die zu erwartende Repression in ihr Gegenteil, wenn sie in unseren Köpfen in dem Sinne vorweg genommen wird, daß der Eindruck entsteht, daß von uns aus kaum noch etwas möglich ist.

Und so scheint sich die radikale Gesinnung am besten noch darin widerzuspiegeln, daß man und frau unter konspirativen Bedingungen eine Kleingruppenreaktion mit Turnschuhen durchzieht oder gleich zuhause bleibt. In gewisser Weise hätten mit einem derartigen Umgang die Bullen eines ihrer wichtigsten Ziele für den September schon erreicht. Sie können einer staunenden Öffentlichkeit eine ruhig gestellte Stadt präsentieren, bei der sie ihre Präsens auch noch durch ihren Erfolg legitimieren könnten.

Bisher fehlt es leider insgesamt an Ideen, wie die Aktionstage wirkungsvoll mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen gefüllt werden können, an denen sich auch viele nicht 100%ig organisierte und vorbereitete Leute beteiligen können. Vor diesem Dilemma stehen auch die Anti-AKW-Gruppen, die sich gegen den IWF/WB-Kongreß verhalten wollen. Es bleibt zu hoffen, daß es bis zum Herbst noch eine Reihe von zündenden Ideen gibt.

red. Berlin

Mexiko an der Schwelle

Mexico hat seinen Schritt ins Zeitalter der "friedlichen Nutzung der Kernenergie" so gut wie vollzogen. Bereits Ende November letzten Jahres gab die 'Nationale Kommission für Atomsicherheit' (CNSNS) bekannt, daß der erste von zwei Reaktoren der Anlage 'Laguna Verde' "in den nächsten Monaten" mit Uranbrennstäben beladen werden könne, um ein halbes Jahr später seinen Vollastbetrieb aufzunehmen. Dem Beginn der atomaren Kettenreaktion standen angeblich nur noch einige "Überarbeitungen" an der mehr als 1000seitigen Betriebsgenehmigung im Wege.

Die Kernbeladung hat bis heute - Ende Mai 1988 - nicht stattgefunden. Und tatsächlich ist das Zögern, den genauen Termin für das Anknipsen des Atomreaktors bekanntzugeben, oder dieses gar konkret in die Wege zu leiten, weniger eine redaktionelle als eine politische Frage. Denn mit fortschreitendem Bau von 'Laguna Verde' und insbesondere seit der Reaktorexplosion von Tschernobyl hat die öffentliche Diskussion über den Sinn, bzw. Unsinn der Atomenergie in einem so hoch verschuldeten und über enorme Ölvorräte verfügenden Land wie Mexico ein größeres Ausmaß erreicht, als den Atombefürwortern in Regierung und Wirtschaft lieb sein kann. Am 6. Juli dieses Jahres sind - oder vielmehr, wenn diese "atom" gedruckt ist: waren - Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Die das Land seit den Revolutionsjahren regierende 'Partido Revolucionario Institucional' (Partei der Institutionalistisierten Revolution - PRI) hat aufgrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise große innenpolitische Schwierigkeiten. Und ein allzu forsches, unbedachtes und vorschnelles - d.h. vor dem Wahltermin ausgesprochenes - "Ja" zum Reaktorbetrieb könnte für die PRI-Präsidentschaftskandidaten Carlos Salinas de Gortari wenn auch kein unüberwindbares Hindernis, aber doch einen unnötigen Stolperstein auf dem Weg zur Macht bedeuten.

Die Entscheidung Mexicos für den Einstieg in die internationale Atomgemeinde fiel Anfang der siebziger Jahre. Das Land schwamm in Öl und Geld, schwelgte in Wohlstands- und Regional-Machts-Träumen und holte - aus Prestigegründen und, wie es auch hier hieß, "um den technologischen Anschluß nicht zu verpassen" - Angebote für ein Atomkraftwerk ein. Den Zuschlag für die Lieferung von zwei Druckwasserreaktoren à 500 Megawatt erhielt schließlich der US-Konzern General Electric, der mit fünf oder sechs anderen Anbietern um den Auftrag konkurriert hatte.

1976 wurden in 'Laguna Verde' ('Grüne Lagune'), an der mexikanischen Golfküste in der Nähe der Hafenstadt Veracruz gelegen, mit dem Bau begonnen. Mehr als elf Jahre später, am 16.9.1987, gaben die aus Wien zur Abnahme angereisten Vertreter der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEO) "grünes Licht" für den Betrieb des ersten Reaktorblocks - der zweite ist noch nicht einmal zur Hälfte fertiggestellt - und die endgültige Entscheidung in die Hände der mexikanischen Regierung.

Die unverhältnismäßig lange Bauzeit erklärt der leidenschaftliche Atomfan und leitende Baudirektor da la Garza psychologisch: "Der erste Reaktor ist immer schwer zu bauen, weil ein solches Projekt etwas völlig neues ist, das die Mentalität aller Beteiligten verändert." 'Die Beteiligten' sind ca. 40 ausländische und 700, zum Teil in der Bundesrepublik und den USA ausgebildete, mexikanische Techniker und Ingenieure, die - um bei Laune gehalten zu werden - bis zu fünfmal mehr verdienen als ihre entsprechend qualifizierten Kolleg/inn/en in anderen Branchen.

In diesen Jahren nahm man zudem eine Reihe technischer Veränderungen vor. So ist im fertigen Kraftwerksblock jetzt ein 654 Megawatt leistender Reaktor installiert, was die Kosten zusätzlich in die Höhe trieb. Dreieinhalb Milliarden Dollar sind bis heute in den Lagunensand gesetzt worden. Eine Summe, die natürlich sowohl Gegner wie Befürworter des Projekts in ihrer Meinung bestätigt: während die einen sich in ihrer Ablehnung der Atomenergie schon aus volkswirtschaftlichen Gründen bestätigt fühlen, meinen die anderen, das eben *wegen* des schon ausgegebenen Geldes der eingeschlagene Weg unbeirrt fortgesetzt werden müsse.

Obwohl sich die Atomlobby an den ent-

zum Atomzeitalter

scheidenden Stellen des mexikanischen Machtgefüges durchgesetzt hat, gibt es auch in ihren Reihen und Organisationen kritische Stimmen. So erklärte Jorge Young Larranga, Ex-Geschäftsführer des staatlichen Stromverkaufsunternehmens und zukünftigen Betreibers von 'Laguna Verde', CEE, in einem Interview der Tageszeitung 'uno mas uno': "Für unser Land ist die Atomenergie überflüssig. Sie war es, als die Entscheidung für den Bau fiel und sie ist es heute." Und der Atomingenieur Agostin Rodriguez, jahrelag in leitender Position bei der CNSNS beschäftigt und von der westdeutschen Kraftwerke Union (KWU) aus- und fortgebildet, äußerte gegenüber dem Autor "große Besorgnis" u.a. darüber, daß sich die politisch Verantwortlichen keinerlei Gedanken um die Beseitigung des bald anfallenden Atommülls machten.

Zum bisherigen Höhepunkt der vor allem in den Medien lebhaft geführten Atom-Debatte geriet der achtstündige Auftritt des CEE-Direktors Fernando Hiriart vor der Abgeordneten-Kammer des mexikanischen Parlaments am 28. Oktober vergangenen Jahres. Hiriart wurde von Vertretern der linken Oppositionsparteien so sehr in die Zange genommen, daß selbst der Berichterstatter des konservativen Blattes 'El Dia' dem CEE-Chef hinterher bescheinigte, er habe auf viele Fragen gar nicht oder nachweislich falsch geantwortet und "Ignoranz, Anmaßung und antidemokratische Einstellung" an den Tag gelegt. Im Mittelpunkt dieser parlamentarischen Sternstunde, wie auch der von den Ökologie-Gruppen und Linksparteien insgesamt vorgebrachte Kritik, standen Sicherheits- und Standort-Aspekte. Hauptsächlich ging bzw. geht es dabei um den sogenannten 'Reed-Report', eine betriebsinterne Sicherheitsstudie der Lieferfirma, die auf erhebliche Konstruktions- und Materialfehler insbesondere bei den Komponenten der von General Electric gelieferten Reaktoren und Containments hinweist. Der 'Reed-Report' empfiehlt, die mit diesen Mängeln behafteten, bereits verkauften Anlagen nicht in Betrieb zu nehmen und den Export weiterer so lange auszusetzen, bis die Fehler behoben sind. Während die Atombefürworter, in vorderster Front Hiriart und de la Garza, behaupten, der Report beträfe 'Laguna Verde' nicht, verfügen Atomgegner über Kopien der Studie, die eindeutig Sicherheitsmängel auch des mexikanischen Atomkraftwerks belegen. Die Vereinigung der Ökologischen Gruppen (PGE) und die trotzkistische Revolutionäre Arbeiter-Partei (PRT), die im Widerstand gegen La Laguna eine führende Rolle spielt, haben mittlerweile die Regierung aufgefordert, den US-Konzern in dieser Sache zu verklagen.

Auch sonst wird von den mexikanischen AKW-Gegnern häufig der 'Rechtsweg' beschritten, in der Regel ohne meßbaren Erfolg. So wurden 5.000 schriftliche Einwendungen gegen die Inbetriebnahme ebenso abschlägig beschieden wie die Klage der 'Laguna Verde'-Nachbargemeinde Santa Ana oder die Forderung nach einer allgemeinen Volksbefragung. Er glaube nicht, so Manuel Camacho Solis, Minister für Stadtentwicklung und Ökologie zu letzterem Anliegen, "daß die Zeit reif ist für größere Umfragen, sondern vielmehr dafür, zu informieren."

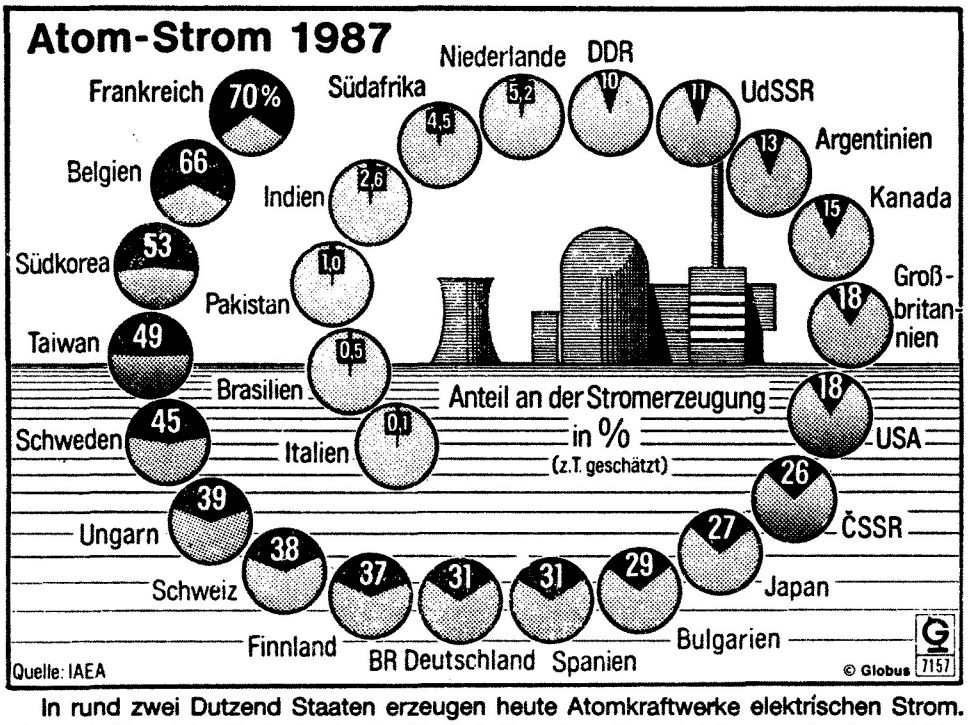
In letzter Zeit haben die Ökologie-Gruppen mit anderen Aktionen politischen Druck auszuüben versucht. So gab es mehrere Demonstrationen zum Baugelände, einen 24-stündigen Protest-Hungerstreik in Mexico-Stadt, und Ende Februar beteiligten sich mehr als 15.000 Menschen an einer zweitägigen Verkehrsblockade, bei der eine Bundesstraße nach Veracruz völlig lahmgelegt wurde.

Um der Regierung den Verzicht auf 'Laguna Verde' schmackhaft zu machen, haben einige mexikanische 'ecologistas' allerdings auch mehr als fragwürdige Positionen bezogen. So verlangte der Präsident der PGE, Alfonso Villareal, den Reaktor zu demontieren und die Einzelteile an diejenigen Länder zu verkaufen, welche "die Technologie bereits ausreichend geprüft haben". Der Wert bestimmter Komponenten sei in den vergangenen Jahren um 1000 Prozent gestiegen, was die bisherigen Baukosten zum Teil wieder einspielen könne.

Schützenhilfe haben die Atomkraftgegner ausgerechnet vom 'Wall Street Journal' erhalten. Volks- wie betriebswirtschaftlich. So das New Yorker Finanzblatt in seiner Ausgabe vom 11. Dezember letzten Jahres, sei die Inbetriebnahme von 'Laguna Verde' nicht zu rechtfertigen. Die Anlage sei viel zu teuer, decke nur drei Prozent des mexikanischen Strombedarfs und basiere auf veralteter Technologie. Unter Verweis auf die erheblichen Ressourcen des Landes empfiehlt Wall Street Journal die Umwandlung von einem Atom- in ein Gaskraftwerk.

Carlos Salinas de Gortari, Harvard-Absolvent und gemeinhin als 'Vertrauensmann' der USA gehandelt, wird es kopfschüttelnd zur Kenntnis genommen haben.

Rei., Mexico-Stadt



In rund zwei Dutzend Staaten erzeugen heute Atomkraftwerke elektrischen Strom. Je nach Stand der Technik, der Verfügbarkeit anderer Energieträger – wie etwa Kohle, Öl, Gas oder Wasserkraft – und den politischen Entscheidungen ist ihr Anteil aber sehr unterschiedlich. Eine eindeutige Spitzenposition nimmt Frankreich ein.

Anti-AKW in Indien

Das Hindi-Wort "Anushakti" steht für Atomkraft. Deren Kritiker in Indien haben dem jetzt den Slogan "Anumukti", d.h. etwa Befreiung vom Atom, entgegengesetzt. *Anumukti* ist der Name der Zeitschrift der Anti-Atom-Bewegung in Indien, deren fünfte Nummer gerade erschienen ist.

Indien ist eines der ganz wenigen Länder Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas, das neben Technologie-Import auf dem Gebiet der Kernenergie auch hinreichend technologische und wissenschaftliche Kapazitäten besitzt, um aus eigener Kraft an der Entwicklung und Weiterentwicklung von Atomkraftprojekten zu arbeiten. Neben den wissenschaftlichen Zentren bei Bombay und bei Madras gibt es bereits in sechs Bundesstaaten Kernkraftwerke, schließt man die ein, die vor der Fertigstellung stehen.

Während im Großraum Bombay bald ein Drittel der Elektrizität aus Atomstrom besteht, erscheinen zentralisierte Energieproduktionseinheiten wie es Kernkraftwerke sind, für die regionalen Netze als viel zu groß. Doch Ehrgeiz einer kleinen urbanen Elite, dazu das Ziel, mit modernster Technologie ins viel beschworene 21. Jahrhundert zu ziehen (ein Ziel, das sicherlich auch seine Berechtigung hat), sind die Motivation dafür, in ländliche Gebiete, die oft von Ureinwohnern besiedelt sind, die technologischen Tempel moderner Industriekultur zu setzen. Dabei sind die Bedürfnisse des Großteils der Bevölkerung oft andere: dezentrale, kleine energieproduzierende Einheiten, deren Kontrolle und Bewirtschaftung auch lokalen Verbrauchern zugänglich sind.

Doch der Blickwinkel der Atomlobby, sicherlich auch durch militärische Interessen darin bestätigt, ist ein anderer und bleibt es auch trotz wachsender Kritik an der Unsinnigkeit und Widersprüchlichkeit des indischen Atomprogramms. Hinzu kommen schwerwiegende bedenken bezüglich der Sicherheit des in den Kernkraftanlagen beschäftigten Personals und der Bevölkerung sowie wegen des undemokratischen Charakters der Atomindustrie, die weitgehend parlamentarischer Kontrolle entzogen ist.

Aber auch der Widerstand gegen dieses Atomprogramm regt sich. Im August 1986 wurde auf einem ersten Anti-Atom-Kongreß in Bombay die Herausgabe einer Zeitschrift beschlossen, deren Aufgabe die Vernetzung der Anti-AKW-Initiativen sein sollte. Doch die Zeitschrift *Anumukti*, die ein Jahr später zum ersten Mal erschien, stand vor der Aufgabe, erst eine Bewegung schaffen zu müssen. Zwar gab es weit verstreut einige kleine Gruppen, die auch schon eine mehrjährige Geschichte hatten. Doch war das allgemeine Gefühl, daß Indien andere, wichtigere Probleme als das Atomprogramm habe. Nur langsam kam der kritischen Öffentlichkeit ins Bewußtsein, daß das Atomenergie-Programm auch die Entwicklungsbemühungen der indischen Regierung in einem fragwürdigen Licht erscheinen läßt und zu bedenken gibt, für wen diese Art von Entwicklung sei.

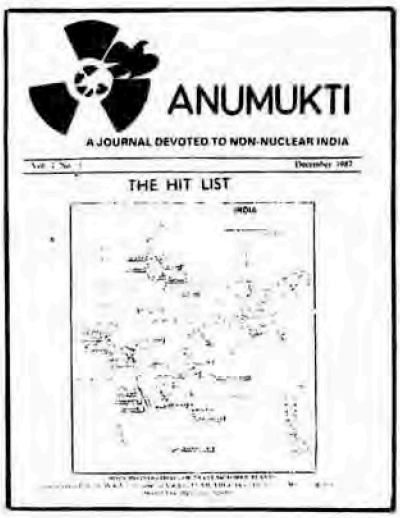
Nun besteht *Anumukti* ein Jahr und hat bereits den Standard für die indische Anti-AKW-Bewegung gesetzt. Neben Informationen aus der Bewegung erscheinen Artikel, die die technologischen Aspekte der Kernenergie kritisch beleuchten oder die Aussagen von Politikern und Atomlobby ihrer tatsächlichen Politik gegenüberstellen. Informationen über Kernenergie im Ausland sind ebenso Thema für *Anumukti* wie Artikel, deren Ziel es ist, eine Anti-Atom-Kultur zu schaffen, oder solche, die sich mit juristischen Fragen zur Atomindustrie beschäftigen.

Der Berichterstattung der Presse zu Tschernobyl oder ihrer Haltung zur Atomindustrie überhaupt widmeten sich beispielsweise mehrere Artikel - oder radioaktiver Bestrahlung von Lebensmitteln, dem Mythos der sicheren Grundstrahlung, Unfallstatistiken in Kernkraftwerken, der Endlagerung von Kernbrennelementen, der Sicherheit der indischen Atomanlagen, der Widersprüchlichkeit des indischen Atomprogramms, usw.

Tschernobyl hat gezeigt, daß Atomenergieproduktion kein nationales Problem ist. Aber die internationalen Verbindungen der Atómindustrie gehen über die Folgen eines Unfalls hinaus. Bangladesh bezieht seine Atomtechnologie beispielsweise aus der BRD, Indiens Zusammenarbeit mit der UdSSR auf diesem Gebiet wurde auch durch Tschernobyl nicht beeinträchtigt, indische Kernbrennstäbe wurden in der Vergangenheit über Sri Lanka nach England verschifft, Pakistans nukleare Kooperation mit Westeuropa war im vergangenen Jahr mehrfach Gegenstand von Kontroversen. Darüberhinaus sind in allen Ländern Südasiens im Ausland ausgebildete Techniker beschäftigt, werden "Nebenprodukte" der Kernindustrie importiert, was wiederum in Europa als Beispiel für die Außenhandels-Relevanz der Kernforschung dient und damit zu deren Rechtfertigung.

Darum ist heute ein internationaler Informationsaustausch unter Atomkritikern wichtiger denn je, wollen diese nicht in ihrer Provinzialität verharren. Außerdem ist eine Zusammenarbeit im Widerstand gegen die Atomkraft auch eine wichtige Form internationaler Solidarität - in den Augen der indischen Anti-AKW-Bewegung wichtiger als finanzielle Unterstützung, die immer den Beigeschmack eines herablassenden oder paternalisierenden Spendertums hat. Das Team von *Anumukti* freut sich über jede Form von Informationen und Material, das seine Arbeit betrifft, über Vorschläge und Kritik. Wer *Anumukti* abonniert, setzt damit auch ein Zeichen der Solidarität.

(*Anumukti* erscheint jeden zweiten Monat. Auslandsabo incl. Porto $ 7,50. Anschrift: Anumukti, c/o Dr. S. Gadekar, Sanjivan Hospital, K.F.I., Rajghat, Varanasi-221 001, Indien)



Reaktorruine Harrisburg

Auch nach neun Jahren ist vieles noch ungeklärt

Die 'New York Times' bemühte außerirdische Vergleiche. „Nicht von dieser Welt" erscheint ihr eine Szenerie, die sich seit bald drei Jahren Tag für Tag und Nacht für Nacht im Vierstundenrhythmus wiederholt: Eine Handvoll Gestalten in Raumanzug-ähnlicher Kluft, ausgestattet mit Atemschutzgeräten und klobigen Sicherheitsstiefeln bewegt sich durch eine Luftschleuse hastig auf eine kreisrunde Plattform aus Blei und Stahl. Dort macht sich die Gruppe an Hebeln und kleinen Kränen zu schaffen, starrt auf Monitore und tauscht Kommandos über Kehlkopfmikrophone aus. Nach vier Stunden verlassen die Gestalten den Ort so eilig wie sie gekommen sind.

Neun Jahre nach dem schwersten bekanntgewordenen Atomunfall vor Tschernobyl sind die Aufräumarbeiten am Unglücksreaktor Three Mile Island bei Harrisburg einmal mehr in eine entscheidende Phase getreten. Bei über 2.800 Grad Celsius waren am 28. März 1979 siebzig Prozent des radioaktiven Inventars des Reaktors geschmolzen. Geschätzte 30 Tonnen liegen noch heute erstarrt am Boden des Reaktordruckbehälters. Diese gewaltige, hochradioaktive Masse schlug, knapp vier Stunden nachdem eine Kette von menschlichen und technischen Fehlern den Unfall ausgelöst hatte, einem weißglühenden, siedenden Sturzbach gleich, auf dem halbkugelförmigen Boden des Reaktordruckbehälters auf. Bis heute weiß kein Mensch, warum der Stahlbehälter dieser ungeheuren Belastung äußerlich standgehielt. „Warum floß der Kern nicht auf den Boden", fragen sich die Experten.

Einige Ingenieure warnen heute davor, dem Rätsel auf den Grund gehen zu wollen. Sie befürchten, daß der Kessel durch Hitze und Strahlung so spröde geworden sein könnte, daß er auseinanderfällt, wenn die Arbeiter mit ihren an 15 Meter langen Stangen befestigten Spezialwerkzeugen die erstarrte Schmelze über dem Boden des Reaktorkerns abzuhebeln versuchen. Dann würde das Wasser, das den strahlenden Trümmerhaufen bedeckt und neben der Blei-Stahl-Plattform die radioaktive Belastung der Arbeiter in Grenzen hält, schlagartig ins Reaktorgebäude stürzen.

Trotzdem wurde nach über einjährigen Diskussionen entschieden, die Arbeiten fortzuführen, wenn alle 177 Brennstäbe, beziehungsweise ihre Überreste, abgetragen und unter Wasser in kleine Behälter gefüllt worden sind. Bevor jedoch die 30 Tonnen hochaktiver metallisch-keramischer Schlacke geborgen werden können, müssen die gitterförmigen Stahleinbauten entfernt werden, die einst im unteren Teil des Kerns zur Steuerung und Kühlung gedient hatte.

Bis Mai 1989 sollte die „Reinigung" des Reaktorkerns eigentlich abgeschlossen sein. An die Einhaltung des Zieldatums glaubt jedoch ernsthaft niemand mehr. Wieviele Opfer die jahrelange Prozedur fordern wird, wird man, wenn überhaupt, erst nach Jahrzehnten wissen. Nur jeweils eine von sechs Wochen dürfen die Arbeiter der Tätigkeit nachgehen, die sie „working in the pot" nennen. Pro Stunde erhalten sie in diesen Perioden den Gegenwert einer Röntgenuntersuchung ihrer Brust. Das summiert sich auf zwei bis fünf Rem pro Jahr, eine Dosis, die nach neueren Erkenntnissen der Strahlenschutzexperten zu schweren Spätschäden führen kann. Manchmal, wenn versehentlich ein Stück des hochaktiven Brennstoffschrotts über die trübe Wasseroberfläche gerät, „schreien die Strahlenwerte auch über der schützenden Plattform regelrecht auf", sagt einer der Betroffenen.

Die Arbeit mit den langen Werkzeugen ist auch aktuell alles andere als angenehm oder ungefährlich. 466 Bohrlöcher wurden anfangs in eine obere erstarrte Schmelzschicht gedrillt, im Jargon der Arbeiter „Operation Schweizer Käse", bevor der Weg in die tieferen Regionen des Reaktorkessels frei wurde. Nie dürfen größere Brocken der brisanten Mixtur aus Uran und Spaltprodukten aneinandergeraten. Sonst könnten sogenannte „kritische Massen" entstehen und unkontrollierte Kettenreaktionen auslösen.

Zeitweise stocherten die Arbeiter mit ihren Bohrern, Kneifzangen und Sägen wie blind in einem modrigen Feuchtbiotop herum. Hohe Temperaturen und das Licht der Unterwasserscheinwerfer hatten einen Nährboden für allerlei Algen, Pilze und Bakterien gebildet, die sich prächtig vermehrten. Mit Wasserstoffperoxid und anderen Chemikalien wurde man dieses Problems schließlich einigermaßen Herr. Die Hitze blieb. Und so begannen die Arbeiter große Mengen Eis in ihre doppelschichtigen Schutzanzüge zu füllen, um die Temperaturen erträglich zu halten.

Ziemlich genau eine Milliarde Dollar haben die Aufräumarbeiten bisher verschlungen. Selbst wenn die „Reinigung" des Kessels noch in diesem Jahrzehnt beendet werden sollte: Das Mahnmal von Harrisburg ist die weltweite Atomgemeinde damit nicht los. Derzeit werden die festen Überreste des geschmolzenen Reaktorkerns beim National Engineering Laboratory, auf dem Gelände eines ehemaligen Marineschießplatzes im US-Staat Idaho, zwischengelagert. Ein Endlager steht auch in den USA nicht zur Verfügung. Ungeklärt ist nach wie vor das Schicksal von über acht Millionen Litern zum Teil hochkontaminierten Wassers, das im Reaktorgebäude vor sich hinmodert. Die Betreiber wollen es am liebsten schlicht verdünnen und kontinuierlich in den Susquehanna River ablassen. Auf einer Insel in diesem Fluß befinden sich die drei Reaktoren von Three Mile Island. Schließlich harrt ein weiteres Problem seiner Lösung: Wie ein Schwamm hat der Beton am Boden des Reaktorgebäudes das freigewordene radioaktive Wasser aufgesogen. Ursprünglich darin enthaltenes radioaktives Cäsium-137 hat sich so nicht nur an der Oberfläche, sondern auch im Inneren der Mauern abgelagert. Alle Versuche, das Gebäude mit Hilfe von Robotern und Hochdruck-Wasserbestrahlung zu reinigen, sind fehlgeschlagen. Das Reaktorgebäude bleibt unbegehbar.

Von Anfang an hatten die Verantwortlichen den Unfall von Three Mile Island unterschätzt. Der erste Schock traf sie, als man 1982 eine erste, winzige Kamera durch ein kleines Loch in den Reaktorkern hinunterließ. Auf den Monitoren bot sich ein trostloses Bild: Wo die Kernaufbauten und Brennstäbe hätten sein sollen, sahen die vollkommen überraschten Experten nur ein 1.5 Meter tiefes Loch und auf dessen Grund einen Trümmerhaufen aus ehemaligen Brennstabhüllen. Bis dahin hatte man angenommen, allenfalls einige wenige Stäbe könnten in Mitleidenschaft gezogen worden sein, als das Kühlwasser für Stunden absank. Mit jedem Schritt, den die Arbeiter mit ihren spinnenbeinigen Werkzeugen weiter in die Tiefen des Reaktorkerns vordrangen, mußten weitere Annahmen und Theorien über die Vorgänge während der entscheidenden Stunden aufgegeben werden. Eine Behauptung jedoch überlebte bis heute: Die immer wieder vorgebrachte Versicherung, daß im Gegensatz zur Katastrophe von Tschernobyl nur wenig Radioaktivität in die Umgebung gelangte. Doch der Verbleib von 66 Millionen Curie des kurzlebigen radioaktiven Jodisotops J-131 (Halbwertszeit: etwa acht Tage) ist heute nicht mehr nachvollziehbar.

Gerd Rosenkranz

Die tageszeitung
(taz) 28.3.1988

Touristentrip ans radioaktivste Meer der Welt

Sightseeing im Mekka der britischen Atomindustrie: British Nuclear Fuels Limited (BNFL), staatliche Betreiberin der Wiederaufarbeitungsanlage im nordenglischen Sellafield, rollte im Dezember 1987 für den 100.000 WAA-Touristen einen roten Teppich aus. Die Plutoniumfabrik, nach Meinung von Strahlenexperten für Hunderte von Krebsfällen verantwortlich, macht dem Londoner Tower und Madame Tussauds Wachspuppen die Besucher abspenstig.

Eine steife Brise vom Meer empfängt den Reisenden, der im Januar am Dorfbahnhof mit dem verwitterten Schild „Seascale, Grafschaft Cumbria" aus dem wackeligen Bummelzug der „British Railways" klettert. Der Sandstrand unterhalb der Bahnböschung ist wie leergefegt vom unaufhörlichen Winterwind. Nur ab und zu laufen ein herrenloser Hund oder ein rotgesichtiger Jogger den Wellensaum entlang.

Der 2000-Seelen-Ort im Norden Englands wirkt wie ein Badeort im Winterschlaf: ein paar kleine Läden, ein Hausmakler, Mittwoch nachmittags haben sie geschlossen.

Doch nicht einmal im Sommer erscheinen hier noch Badegäste. Denn die Wellen der Irischen See, die an die Küste branden, sind die radioaktivsten der Erde. Verursacher der Strahlenbelastung ist die kaum drei Kilometer entfernte Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield, die täglich ein paar Millionen Liter strahlender Abwässer mit über 30 radioaktiven Elementen – darunter der Krebserreger Plutonium – durch eine gigantische Pipeline ins Meer pumpt. Simple Messungen mit dem Geigerzähler ergeben am Strand und auf den angrenzenden Salzwiesen mehr als das Fünffache der natürlichen Hintergrundstrahlung, in der Nähe der Pipeline gar das Hundertfache. Vor 35 Jahren, als die WAA-Betreiberin BNFL die Pipeline baute, glaubten Wissenschaftler, Meeresströmungen würden das Plutonium ins Meer hinaustragen und verdünnen.

„Gegenwärtige Untersuchungen jedoch zeigen, daß die Gezeiten das Plutonium zur Küsten *zurück*schwemmen – langsam aber sicher", erklärte bereits 1983 der britische Wissenschaftler Peter Taylor im englischen Fernsehen. „Eine viertel bis halbe Tonne Plutonium ist hier ins Meer geflossen, seit 1952 die WAA in Betrieb ging", schätzt Jean Emery von der Umweltorganisation CORE (Cumbrians Opposed to a Radioactive Environment = Cumbrier gegen radioaktive Umwelt).

Eine viertel bis halbe Tonne Plutonium ist seit 1952 von der britischen Atomanlage Windscale/Sellafield aus in die Irische See geflossen.

„Und diese Menge lagert jetzt im Umkreis von 80 Kilometern im Sediment des Seebodens." An trockenen Tagen reißt der Seewind Plutoniumpartikel aus dem Schlick und trägt sie an Land.

Spielen am Strand – Lebensgefahr?

Die See, Wiesen, Schafe, Kühe, Fische, Muscheln – alles ist radioaktiv verseucht. Selbst im Hausstaub von neun Einfamilienhäusern im Umkreis von Sellafield hat Dr. Philip Day von der Universität Manchester 1983 Plutonium und das ebenfalls hochgefährliche, radioaktive Americium gefunden. „Als Kinder", erzählt die dreißigjährige Jean Emery, „haben wir am Strand oft Seeschnecken gesucht, gekocht und gegessen. Das macht heute niemand mehr."

Wissenschaftliche Untersuchungen im Jahr 1986 haben ergeben, daß die Krebsrate in den Gemeinden um Sellafield zehnmal höher ist als im britischen Durchschnitt. Besonders häufig ist Leukämie bei Kindern – ein Krebs, den Fachleute als typische Strahlenfolge definieren. Allein in Seascale sind zwischen 1950 und 1986 vierzehn Kinder an Krebs erkrankt.

Auch im Sommer bleibt der Strand leer: Tang, Muscheln und Wasser vor Windscale sind radioaktiv verseucht.

„Radionukleide, die sich im Knochenmark festsetzen", schreibt Strahlenbiologin Rosalie Bertell in ihrem Buch ‚No immediate Danger' (Keine unmittelbare Gefahr), „können Leukämie verursachen." „Mit jedem Atemzug, mit jedem Schluck Milch aus der Umgebung nehmen Sie hier möglicherweise Plutoniumpartikel in Ihren Körper auf", erklärt Jean Emery.

Dennoch leugnet BNFL bis heute jede Möglichkeit eines Zusammenhangs zwischen dem nuklearen Mammutausstoß ihrer Anlage und den sogenannten Krebs-„Clustern" in der unmittelbaren Umgebung – unterstützt von offiziellen Stellen wie dem zuständigen District Medical Officer, Dr. John Terrel, der erklärt: „Meiner Ansicht nach – und nach Ansicht vieler anderer Leute – gibt es keinen Beweis, daß ein Zusammenhang besteht zwischen der Radioaktivität in der Umwelt und den Leukämiefällen." Diese Radioaktivität sei viel zu niedrig, um als Erklärung für die Krebserkrankungen zu genügen.

Die komplexen Zusammenhänge zwischen Strahlung und Krebs sind noch nicht vollständig erforscht. Die Epidemiologin Dr. Alice Stewart hat jedoch bereits 1986 nachgewiesen, daß Krebs bei Kindern schon durch kleinere zusätzliche Strahlendosen hervorgerufen werden kann als angenommen. „Besonders wichtig", so zitiert am 26. November 1986 die englische Tageszeitung „The Guardian" die Forscherin, „sind dabei die Strahlendosen, denen das Ungeborene ausgesetzt ist. Wenn man diese bei der Analyse nicht berücksichtigt, läßt man einen wichtigen Aspekt aus."

Ohne Strahlen keine Arbeitsplätze?

Der Arzt Dr. Barry Walker, der im Seascale Health Centre tagtäglich den Sorgen und Nöten der Mütter, der Arbeiter aus der WAA und ihrer Eheleute zuhört, hat für seine eigene Familie Konsequenzen gezogen: „Meine Kinder dürfen nicht mehr im Meer baden oder am Strand spielen. Wir versuchen, möglichst alle Lebensmittel zu vermeiden, die hier in der Gegend hergestellt wurden." Um sich selbst sorgt er sich weniger; er lacht bitter, als er hinzufügt: „Ich wurde hier geboren und lebte schon hier, als 1957 das große Feuer in Sellafield ausbrach und die ganze Gegend verseuchte." Damals habe er innerhalb einiger Tage mehr als das Zehnfache des

damaligen Strahlengrenzwertes abbekommen. „In meinem Körper ist vermutlich jeder erdenkliche Strahlenschaden also bereits angerichtet."

Die Einwohner von Seascale wirken all dem gegenüber gleichgültig. Abends in der Bar des „Residential Hotel" drehen sich die Gespräche eher um – nicht selten von BNFL gestiftete – Hockey- oder Segelcups. John, der zusammen mit seiner Frau an einem der Tische beim Bier sitzt, ist Ausbilder bei BNFL. Er hält die Anlage für völlig sicher und ist die Kamerateams leid, die regelmäßig vor seinem Haus halten, „weil man von uns aus einen besonders guten Blick auf den Nuklearpark hat. Warum filmen die immer nur tote Fische? Das schafft ein völlig falsches Image. Niemand redet darüber, daß Sellafield der größte Arbeitgeber der Gegend ist – mit allein 500 Ausbildungsplätzen."

Für ihren Zweckoptimismus haben die Leute gute Gründe: Sie alle gehören zu den rund 12.000 Menschen, die im Nuklearpark von Sellafield arbeiten, rund die Hälfte davon bei BNFL. Diese vier „magischen Lettern" stehen im wirtschaftlich schwachen Cumbria für Wohlstand, für Darlehen beim Hausbau und Finanzspritzen für Kindergärten und Sportvereine. „In der Abgeschiedenheit des Sprechzimmers jedoch", so erzählt Dr. Walker, „reden viele ganz anders. Da zeigt sich, wie besorgt sie um die Strahlen, ihre Gesundheit und die ihrer Kinder wirklich sind." „Natürlich fürchten die Leute um ihre Arbeitsplätze", sagt auch Jean Emery. „Sie vergessen dabei jedoch, daß alternative Energien neue, bessere und gesunde Arbeitsplätze schaffen können."

Eine touristische Busfahrt über das riesige Areal der Atom-Anlage, zu der BNFL Besucher ohne Strahlenangst einlädt, versetzt dem Reisenden einen Schock: wie die riesige Ruine einer Weltraum-Station, die in den Feldern Cumbriens zwischengelandet ist, wirkt das Sammelsurium kerntechnischer Anlagen: die WAA, ein paar veraltete Reaktortypen, Lagerhallen, Becken für Atommüll und strahlende Zwischenprodukte. Vorbei an dampfenden Kühltürmen, aus denen unten Wasser herausrieselt, geht die 45minütige Besichtigungstour, vorbei an ausrangierten Nuklearruinen und riesigen Baustellen, auf denen gerade Milliardenprojekte aus dem Boden gestampft werden.

„Auf der linken Seite sehen Sie nun den Reaktor Nummer Eins." Die Frau im blauen Hostessenkleid macht eine Kunstpause, zeigt den rund dreißig Bustouristen ihr Reiseleiter-Profilächeln. Dreißig Köpfe wenden sich gehorsam nach links und starren durch die Scheiben des „Sellafield Sightseer II" auf einen etwa 150 Meter hohen schmutziggrauen Betonschlot. Im Plauderton fährt sie fort: „In diesem Gebäude erbrüteten bis 1957 atomare Kettenreaktionen Plutonium für britische Kernwaffen. Am 10. Oktober 1957 brach im Reaktor ein Feuer aus, bei dem eine radioaktive Wolke entwich."

Fahrradtour über verstrahlte Salzwiesen: In den Gemeinden um Sellafield erkranken zehnmal mehr Kinder an Krebs als im Landesdurchschnitt.

Kein Wort darüber, daß diese Wolke das Gebiet um Windscale in großem Umkreis verstrahlte, daß die Bewohner der umliegenden Ortschaften damals innerhalb von zehn Tagen etwa das Zehnfache der Strahlendosis abbekamen, die – auf ein ganzes Leben verteilt – bei offiziellen Stellen als gerade noch „unschädlich" gilt. Für 33 Tote und 290 zusätzliche Fälle von Schilddrüsenkrebs soll die Wolke selbst nach offiziellen Angaben der britischen Behörde für Strahlenschutz aus dem Jahr 1983 verantwortlich gewesen sein. Die Zeitung der Organisation CORE zitiert sogar Schätzungen, nach denen bislang 1013 Menschen an dem Feuer vor dreißig Jahren gestorben sind. Der damalige Premier Macmillan hatte sich gegen eine Evakuierung der Gegend um die brennende Strahlenschleuder entschieden und den offiziellen Untersuchungsbericht schlicht zur Geheimsache erklären lassen. „Keinerlei Gefahr für Leib und Leben", hieß es, wie in solchen Fällen üblich.

„Meine Kinder dürfen nicht mehr im Meer baden oder am Strand spielen. Wir versuchen, möglichst alle Lebensmittel zu vermeiden, die hier in der Gegend hergestellt wurden."

Noch heute schwelen in dem versiegelten Unglücksreaktor rund 17 Tonnen hochgradig verseuchten Uranbrennstoffes. „Fachleute werden demnächst mit dem Abriß des kontaminierten Reaktors beginnen", kündigt die blauuniformierte Dame von der BNFL vollmundig an. Allerdings: „Bislang untersuchen Wissenschaftler und Techniker noch, wie das gefahrlos erfolgen kann. BNFL erhofft sich vom Abriß wertvolle Erkenntnisse, die sich dann nach Übersee exportieren lassen." Nach dieser tröstlichen Versicherung setzt sich der blau-weiße Bus wieder in Bewegung. Weiter geht die Fahrt nun zur größten Baustelle Europas, die ebenfalls auf dem Nukleargelände in Sellafield liegt.

„Der beste Ort für einen Herzinfarkt...!"

Hier bauen ein paar tausend Arbeiter an THORP, der „Thermal Oxide Reprocessing Plant", einer Wiederaufarbeitungsanlage für oxidische Brennelemente. „Bislang", so erzählt die Dame vorn im Bus, „lassen sich in der Anlage von Sellafield nur Magnox-Brennelemente aufbereiten, die Natururan enthalten. Zur Wiederaufarbeitung von Oxid-Kernbrennstoff, wie er beispielsweise in bundesdeutschen Leichtwasserreaktoren eingesetzt wird, baut BNFL jetzt diese 13 Milliarden Pfund (39 Milliarden Mark) teure Anlage."

Die ersten zehn Jahre Wiederaufarbeitungskapazität von THORP, die Anfang der neunziger Jahre in Betrieb gehen soll, sind bereits verkauft. Mit den Erlösen aus diesem Geschäft deckt BNFL schon heute die Baukosten. Damit ist die Zukunft Sellafields bis ins nächste Jahrtausend vorgezeichnet: Abgebrannter Oxidbrennstoff aus aller Welt wird ab 1990 zur Aufbereitung hier eintreffen. Die weltweit größte radioaktive Gefahrenquelle soll weiterstrahlen.

Doch mit solch düsteren Zukunftsaussichten mag die lächelnde Hostess ihre Gäste nicht aus der verstrahlten Gegend entlassen. „Die Infrastruktur in Sellafield ist ausgezeichnet", freut sie sich. „Wir haben eine eigene Bank, eigene Läden und sogar ein Hospital, das – besonders für Herzkrankheiten – besser ausgerüstet ist als irgendein anderes Cumbrisches Krankenhaus." Die peinliche Tatsache, daß Wissenschaftler heute ausgerechnet auch radioaktive Stoffe für Herzkrankheiten mitverantwortlich machen, verschweigt sie. Der Reisegruppe entgeht so auch die prekäre Doppeldeutigkeit ihres Abschlußwortes: „Sellafield ist also vermutlich der beste Platz, um einen Herzinfarkt zu bekommen." ■ *Michael Mutz*

aus Greenpeace-Nachrichten Nr. 11/ 1988

Im Zusammenhang mit den MOX-Transporten über Lübeck ins schwedische Zwischenlager CLAB bildete sich die sog. Streckenkonferenz, als Zusammenschluß örtlicher Initiativen. Ihr Ziel bestand in der Koordiation und Durchführung von Behinderungsaktionen entlang der Transportstrecken auf den Autobahnen. Gleichzeitig schlossen sich Gruppen zusammen, die zu den Bahntransporten arbeiteten. Im Laufe der Zeit verfestigten sich diese Strukturen und es bildeten sich regionale Streckenkonferenzen.

Als das Ende dieser Transportserie bevorstand und die anstehenden Castor-Transporte ins Wendland in unseren Köpfen an Bedeutung gewann, wurde von einigen Gruppen eine Umwandlung der Strecken- in eine Castor-Wendlandkonferenz angestrebt. An einer solchen Umwandlung wurde seiner Zeit kritisiert, daß diese allein zu kurz greifen würde und eine Fixierung auf bestimmte, also einige wenige Transporte nicht sinnvoll möglich ist. Denn wenn es gilt den politischen aber auch ökonomischen Preis für die Gegenseite so hoch wie möglich zu schrauben, kann dies nicht bedeuten, daß wir versuchen dies z.B. auf die Transporte ins Wendland zu beschränken.

Vielmehr wäre es dagegen erstrebenswert, daß jeder Transport für die Betreiber unkalkulierbar wird und wir ihnen beweisen, daß sich Atomtransporte nicht heimlich still und leise durchführen lassen. Jeder Transport wäre somit für uns ein potentieller Angriffspunkt und die Gegenseite gezwungen entsprechend zu reagieren. Bei einer solchen Zielformulierung wird aber rasch deutlich, daß diese solange Illusion bleiben muß, wie es uns nicht gelingt, ausreichend Informationen über Transportabläufe, beteiligte Firmen, die »Entsorgungssituation« in den einzelnen AKW's usw. usf. zu beschaffen und auszuwerten. Unbestreitbar blieb und bleibt dabei die zentarale Bedeutung des Standortes Gorleben für das bundesdeutsche Atomprogramm. Dennoch meinen wir, daß es möglich sein kann und muß, die Auseinandersetzung über die Transporte nicht nur in Hinblick auf das Wendland zu führen, sondern deutlich zu machen, daß jedem von Atomtransporten betroffenen Ort quasi »Standortcharakter« zukommt. Damit sehen wir aber auch die Möglichkeit in den entsprechenden Orten zu diesem Thema einen regionalen Bezug herauszuarbeiten und den Protest und Widerstand · regional zu verankern. Der regionale Aspekt unserer Arbeit verdient in unseren Augen daher eine wesentlich größere Beachtung. Auch vertreten wir nach wie vor die Ansicht, daß wir erst am Anfang der Tranportproblematik stehen und es jetzt gilt diese Problematik aufzugreifen und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche langfristige Arbeit zu schaffen. Darüber hinaus sehen wir die Möglichkeit, daß diese Problematik zu einem Kristallisationspunkt für viele Menschen werden kann, wenn wir systematisch an diese Aufgabe herangehen.

Ein erster Schritt in diese Richtung erfolgte dann auch auf dem Castor-Treffen in Gedelitz am 9.April, als sich dieses Treffen praktisch für alle Atomtransporte »verantwortlich« erklärte. Diese Position einer bundesweiten AG-Atomtransporte wurde auf der Atommüllkonferenz in Trebel nochmals unterstrichen. Zwar ist bald der unterschiedliche Diskussionsstand der verschiedenen Gruppen deutlich und auch die verschiedenen Vorstellungen über den Aufbau von eigenen verbindlichen Strukturen sowie deren Bedeutung sichtbar geworden. Dennoch wurde u.E. deutlich, daß unsere Informationsdecke verbessert werden muß. In den nachfolgend gebildeten Untergruppen wurde in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit eines/des bundesweiten Transportbüros unterstrichen.

Einige Aufgaben eines solchen Büros wurden bis zur Streckenkonferenz in Bremen in Göttingen geleistet. Wegen Arbeitsüberlastung und mangelnder personeller Beteiligung war dies aber nicht mehr leistbar, so daß diese Arbeiten abgegeben werden sollten. Bei der Atommüllkonferenz Brauschweig wurde aus Hamburg die Übernahme eines solchen Büros angeboten. Da weder ein anderer Vorschlag existierte und keine Einwendungen erhoben wurden, erfolgte die Übergabe nach Hamburg. Gleichzeitig wurden eine Reihe von weiteren wesentlichen Aufgaben für dieses Büro genannt. Diese waren bislang aber kaum leistbar, da zum einen eine politische Basis als Träger kaum vorhanden war (die AG-Atomtransporte bildete sich ja erst später) und zum anderen die Übernahme eine Einzelinitiative darstellte. In der Folgezeit beschränkte sich die Arbeit denn auch auf das Verschicken von Flugblättern, Plakaten, dem Sammeln von Informationen, sowie die Beschaffung von Geldern zur Abdeckung der entstandenen Kosten.

Auf der Atommüllkonferenz in Trebel wurde neben der Vorlage eines Finanz- und Tätigkeitsberichtes dann auch von verschiedener Seite die Frage aufgeworfen, inwieweit die für das Transportbüro entstehenden Kosten überhaupt zu finanzieren sind und ob diese Arbeit quasi noch

ehrenamtlich möglich ist. Eine Diskussion darüber wurde verschoben, auch — oder gerade deswegen, weil ein Teil der anwesenden Gruppen die Bedeutung eines solche Büros noch nicht vollkommen klar war bzw. gemacht werden konnte. Dennoch wurde vom BUU angeboten, für ein viertel Jahr die Kosten für eine ganze Stelle zu übernehmen. Zwischenzeitlich haben sich die Leute aus dem Hamburger Raum zusammengesetzt und über das Transportbüro diskutiert. Bei dieser Diskussion standen zum einen die o.g. Überlegungen und zum anderen die Fragen die u.a. Lupus/Ffm. in ihrem Diskussionspapier in der Atom aufgeworfen haben im Vordergrund.

So sind wir zu der Meinung gekommen, daß es an der Zeit ist eigene organisatorische Zusammenhänge aufzubauen, statt permanent ihr Fehlen zu beklagen. Auf Grund der strukturellen Ansätze im Transportbereich meinen wir, daß hier ein erster Schritt in dieser Hinsicht am ehesten möglich ist. Darüber hinaus sehen wir einfach die Notwendigkeit des Sammelns und Auswertens von Informationen die uns o.g. Möglichkeiten erst eröffnen. Weiter muß natürlich genauso ein Informationsfluß unter uns geschaffen werden, um zu vermeiden, daß vollkommen verschiedene Diskussionsstände und Informationslücken auftreten. Wir meinen, daß dafür ein bundesweites Büro erforderlich ist, dessen Träger nur eine Bundes-»Arbeitgemeinschaft gegen Atomtransporte« sein kann, die regional verankert ist. Als wünschenswert betrachten wir es dann auch, daß die Finanzierung nicht allein aus Fremdmitteln bestritten wird, sondern wir einen eigenen Beitrag dazu leisten. Bei all dem Gesagten ist uns sehr wohl bewußt, daß wir an verschiedenen Grundvorstellungen rütteln, meinen aber, daß nicht nur dieses Rütteln von Nöten ist, sondern auch endlich einmal einen Schritt in diese Richtung zu wagen.

Daher haben wir uns entschlossen, daß Angebot des BUU anzunehmen und zunächst mit einer halben Stelle für ein halbes Jahr begrenzt, die Arbeit aufzunehmen. Wir hoffen dabei natürlich, daß nach diesem halben Jahr nicht Schluß ist, sondern daß der Anti-AKW-Bewegung dann für den Transportbereich ein weitestgehend funktionsfähiges Büro zur Verfügung steht.

Bürogruppe

Zu den Aufgaben des Transportbüros:

Bei dem Transportbüro handelt es sich nicht um ein Aktions- sondern vielmehr um ein »Informationsbüro«. Es soll interessierten Gruppen wie der Öffentlichkeit als Anlaufstelle dienen und Kontakte vermitteln.

Desweiteren sollen folgende Arbeiten geleistet werden:

1. Aufbau eines Archivs
   Als erstes wird es darum gehen, bereits vorhandene Materialien zu beschaffen und mit dem neuen schon einmal beginnen. Im Endeffekt sollen hier alle zum Thema vorliegenden Informationen systematisch gesammelt und ausgewertet werden. Dabei geht es um Flugblätter, Plakate, Broschüren etc. genauso wie um Informationen über die »Entsorgungssituation« in den einzelnen AKW's, über Transportwege, »Entsorgungsverträge«, Berichte von Überwachungen, gelaufene Aktionen, sowie Zeitungsartikel und und und.
2. Aufbau und Vermittlung von überregionalen Medienkontakten
3. Koordinationsaufgaben
   Darunter verstehen wir in erster Linie den Aufbau eines Diskussionskreislaufes mit dem die interne Auseinandersetzung vorangetrieben werden soll/kann. Weiter möchten wir in diesem Zusammenhang den Vorschlag aufgreifen, daß die Regionen unterschiedliche Schwerpunktthemen bearbeiten.
4. Rundbrief und Pressespiegel
   Wir halten einen Rundbrief für das geeignete Forum, um die interne Information und Diskussion zu gewährleisten. Dazu wird neben dem Auf- bzw. Ausbau der Kontakte zu den Regionen eine Diskussion erforderlich sein, mit welchen Mitteln dies sicher gestellt werden kann. So wurde in Trebel der Vorschlag gemacht, daß jede Region feste Kontaktpersonen benennt. Zu Fragen bliebe dabei, ob diese auch verbindlich die Weitergabe von Informationen, Arbeitsergebnissen, regionalen Presseartikeln etc. an das Büro übernehmen könnten.
   Außerdem sollen Artikel die von allgemeiner Bedeutung sind, in einem Pressespiegel zusammengefaßt und verschickt werden. Die regelmäßige Nutzung von z.B. Atom und radi aktiv halten wir zur Verbreitung von Diskussionsergebnissen usw. ebenfalls für wünschenswert.

Insgesamt gesehen können wir hier nur einen ersten Überblick über die zur Durchführung aller genannten Aufgaben erforderlichen Arbeiten geben.Wir möchten noch die Gelegenheit nutzen, Euch zu bitten, uns Eure Materiallen zur Verfügung zu stellen/bzw. uns diese kurzzeitig zu überlassen. Wobei wir es für sinnvoll halten, wenn Ihr vorher mit uns Kontakt aufnehmt.

Das Transportbüro ist zu erreichen über:
Transportbüro
c/o BUU
Hohenesch 63
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/3906167

KAMPAGNE ZUR DB

Seit längerem besteht in verschiedenen Gruppen die zu Atomtransporten arbeiten die Einsicht der Notwendigkeit bzw. der Wunsch, eine längerfristige Kampagne zu dem Thema Transporte in die Wege zu leiten. Durch die von Töpfer angezettelte Umstrukturierung der Atommafia nimmt die Deutsche Bundesbahn eine führende Rolle bei den Transporten von jeglichem Atomschrott ein, egal ob es sich um schwach- oder hochradioaktive Materialien handelt. Aber die Bundesbahn ist nicht nur für die Atomindustrie ein idealer Organisator und Transporteur, sie hat sich schon bei etlichen anderen Schweinereien, wie Munitionstransporten, verseuchter Molke, ect. bewährt.

Für uns Grund genug diesen Betrieb mit seinen Verflechtungen etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, um Punkte ausfindig zu machen, an denen eine breite Kampagne ansetzen kann. Deshalb suchen wir Materialien und Informationen über das Unternehmen Bundesbahn.

Welche Verflechtungen bestehen zu anderen Unternehmen (Tochtergesellschaften, ect.) ? Wie funktioniert der Informationsfluß in dem Betrieb? Wer ist für was verantwortlich? Und so weiter, u.s.w., u.s.w. Ein Ziel der Kampagne soll sein, die DB zu zwingen, ihre Finger von den menschenverachtenden Transporten und Schiebereien zu lassen.

Schickt eure Infos und Materialien an das Transportbüro (Adresse siehe oben).

Mit atomfeindlichen Grüßen
Heidegruppe

Atommülltransporte über Emden?

Kaum sind die Versuche, Emden zum Standort einer Sondermüllverbrennungsanlage zu machen, am breiten Widerstand der Bevölkerung zunächst gescheitert, droht Emden schon der nächste — weit gefährlichere — Unrat.

Wie wir Ende Mai erfuhren (die Tagespresse berichtete auch inzwischen, s. Pressespiegel), sollen über Emden abgebrannte Brennelemente aus dem 1985 stillgelegten Atomversuchskraftwerk Kahl nach Oskarshamm/Schweden verschifft werden. Voraussichtlich zwischen dem 31.5. und 6.6.88.

Damit wird die seit langem von GRÜNEN und Umweltschutzgruppen ausgesprochene Befürchtung, Emden könnte zum Sonderhafen für gefährliche Güter verkommen, ein weiteres Stück Realität.

An Land gezogen hat sich diesen Auftrag die Emder Verkehrsgesellschaft AG (EVAG), die einen entsprechenden Antrag bei der Bezirksregierung Oldenburg gestellt hat. Laut EVAG sei die Verschiffung »absolut ungefährlich« und dauere nur 1-2 Stunden. Die für den Transport zuständige Physikalisch-Technische Bundesanstalt habe keine Bedenken. Ein Sprecher der EVAG: *»Experten haben mir versichert, daß vom Ladegut nicht mehr Strahlung ausgeht, als wenn ich Spinat aus dem Garten hole.«* Abgesehen einmal davon, daß die EVAG überhaupt keine Erfahrung mit Atomtransporten hat, also fraglich ist, ob sie für einen derartigen Umschlag über das nötige technische know-how verfügt, sowie die Sicherheitsrisiken kennt und die nötigen Sicherheitsvorkehrungen treffen kann, erstaunt doch die naive Einschätzung des EVAG-Sprechers. Immerhin besteht bei Transporten ein Unfallrisiko von ca. 1 : 1.000 und immerhin können die abgebrannten Brennelemente Plutonium, Uran, Cäsium 137 und Strontium 90 enthalten. Alles hochgiftige Stoffe. So reicht schon 1 Millionstel Gramm Plutonium aus, um Krebs zu erzeugen. Nach all den Katastrophen der vergangenen zwei Jahre dieses Risiko mit Spinat zu vergleichen, mutet da schon mehr als abenteuerlich an.

Mal abgesehen aber von den konkreten Vorgängen um den jetzigen Transport geht es doch nicht nur um einen Transport, sondern um die Entwicklung, Emden zum Hafen für atomare Abfälle zu machen.

Nachdem in Schleswig-Holstein Engholms SPD die Wahl gewonnen hat und einen (vorsichtigen) Anti-Atom-Kurs einschlagen will, scheint die Atom-Industrie auf der Suche nach einem bequemen Ausweichhafen. Mit Emden scheint man nun diesen bequemen Ausweichhafen gefunden zu haben. Die Rahmenbedingungen sind für die Atom-industrie optimal:

1. Niedersachsen als CDU-FDP regiertes Land betreibt eine mehr als bejahende Atompolitik, Gedanken macht man sich bei den Politikern allenfalls für die nächsten 4 Jahre (bis zur nächsten Wahl), was darüber hinaus passiert, geht über den politischen Horizont dieser Parteien.

2. Der Emder Hafen liegt brach und in einer von hoher Arbeitslosigkeit gebeutelten Region glaubt man, mit der Bevölkerung leichtes Spiel zu haben.

3. Darüber hinaus befinden sich ca. 75 % aller im Hafen befindlichen Firmen im Besitz der VEBA, die selbst Atominteressen hat, so ist die VEBA z.B. Muttergesellschaft der Preußen Elektra, die ihrerseits in Emden die Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) betreibt, außerdem ist die VEBA beteiligt an der Urangesellschaft GmbH, die Uran sucht und fördert und schließlich ist die VEBA u.a. noch beteiligt an der Urananreicherungsanlage Gronau.

4. Die Firma, über die der Transport in Emden abgewickelt werden soll, die EVAG, gehört ebenfalls zum VEBA-Imperium.

5. Der Emder Oberbürgermeister, zivilberuflich in Diensten der Preußen Elektra (NWK) und von dort für seine politische Tätigkeit voll freigestellt, aber gut dotiert, erweist sich in letzter Zeit zunehmend als Vertreter der allgemeinen Interessen seiner Firma, zuerst ins Sachen Sondermüllverbrennungsanlage und nun auch in Sachen Atomtransport, womit der OB offensichtlich überhaupt keine Probleme hat. Damit steht er aber im Gegensatz zu der Emder Fraktion und zu der Meinung des Landesvorsitzenden der SPD, des Emders Johann Bruns (es wird interessant sein zu sehen, wie lange sich dieser OB, der offensichtlich immer auf das falsche Pferd setzt, noch halten kann).

Wo findet man schon einmal so viele günstige Rahmenbedingungen für die Atomindustrie?

Zur Chronologie der Ereignisse rund um den geplanten Atommülltransport über Emden.

Freitag, den 27.5.

Von Hannover aus werden Anti-AKW-Gruppen in Emden über eine Transportgenehmigung von Mischoxyd-Brennelementen aus dem stillgelegten Atomversuchskraftwerk Kahl zu einem unbekannten Ziel für die Zeit vom 30.5. - 1.6.88 über Emden informiert. Auf diese Information hin werden bundesweit Gruppen und Initiativen in Kenntnis gesetzt und um Informationen sowie um Rat gefragt. Emden wird im weiteren Verlauf des Tages über Transporte, Hintergründe, Transportwege, Transportmittel und weitere technische und politische Details aufgeklärt.

Insbesondere kommen Informationen aus Lübeck, wo schon erfolgreicher Widerstand gegen die Atommülltransporte erfolgte. Der Stnd der Dinge am Freitagabend nach einem hektischen Tag: der infrage kommende schwedische Atommüllfrachter SIGYN wird in seinem Heimathafen beobachtet, desweiteren wird das Gelände des AKW Kahl unter Beobachtung gestellt; die ostfriesischen Anti-Atominitiativen sowie andere in Frage kommende Initativen werden informiert.

Samstag, den 28.5.

Etliche Aktivitäten und Informationen füllen diesen Tag, im wesentlichen geht es um die Absicherung der Erstinformation vom Vortag; darüber hinaus wird die Zusammenarbeit weiter strukturiert und organisiert, wichtige Informanten wrden von weniger wichtigen Informanten unterschieden.

Sonntag, den 29.5.

Lübeck informiert, daß die SIGYN aus ihrem Heimathafen ausgelaufen sei, das Ziel sei unbekannt, sie werde weiter beobachtet. Die Bewachung von Kahl läuft weiter, bisher sind dort keine Auffälligkeiten zu beobachten. Die Informationen verdichten sich, daß Emden als Umschlagsort infrage kommt. Die Mobilisierung in Ostfriesland läuft, ein erstes Plenum wird für den folgenden Montag einberufen. Stand der Dinge am Sonntagabend: die SIGYN ist unterwegs; in Kahl ist alles ruhig, der Informationsaustausch quer durch die BRD funktioniert gut.

Montag, den 30.5.

Die Suche nach der SIGYN läuft, wo ist bloß das verdammte Schiff? Das Ziel der Fahrt ist immer noch unbekannt. Am Abend das erste Plenum in Emden; Hauptergebnisse: Beginn der Hafenbeobachtung und der Beobachtung der wichtigsten Transportzzufahrtswege; Aufbau einer ostfriesischen Telefonkette.

Dienstag, den 31.5.

Die Suche nach der SIGYN wird fortgesetzt, mittlerweile kommt die Befürchtung auf, die SIGYN könne direkt Emden anlaufen. Bundesweit wird die Hafenbeobachtung organisiert. Hannover informiert, daß die PTB (das wird dann zweimal bestätigt) aussage, es gebe keine Genehmigung für den Transport. Das sorgt für erhebliche Irritationen. Abends in Emden findet wieder ein Plenum statt: trotz (und auch wegen) der unsicheren Lage werden die Beobachtungen im Hafen forgesetzt, bis jetzt konnten noch keine neuen Erkenntnisse aus eigener Anschauung gewonnen werden.

Herbert Grönemeyer ruft auf einem Konzert (6.000 Besucher) zur Beobachtung des Hafens auf. Eine Frau von Greenpeace schildert noch einmal die Situation und fordert die Konzertbesucher auf, zum Hafen zu gehen. Ihr ist daraufhin eine Anzeige wegen "Aufruf zu einer unangemeldeten Demonstration und Blockade" angedroht worden.

Interview mit Hubert vom Emdener Anti-Atom-Plenum

Atom: Welche Anti-Atom-Gruppen gab es bevor bekannt wurde, daß Emden Verschiffungshafen für Atomtransporte werden soll?

Hubert: Nachdem sich unser alter Verdacht, daß dies mal passiert, durch konkrete Hinweise erhärtet wurde, fanden sich schnell verschiedene Gruppen zur Zusammenarbeit bereit:
— eine Gruppe aus dem autonomen Plenum
— Eltern gegen Atom, die sich nach Tschernobyl gegründet hat
— Bürgerinnen gegen die Atomanlage Emden/Krummenhörn, die sich vor ca. 4 Jahren anläßlich der Aufnahme des Rysumer Nackens und der Knack (beides bei Emden) als AKW-Standorte im Landesraumordnungsprogramm zusammengeschlossen haben. Ihr eigentlicher Arbeitsschwerpunkt, die HTR-Planungen, ist durch die aktuellen Ereignisse etwas in den Hintergrund getreten.

Atom: Was war das Ziel Eurer Aktivitäten? Gab es Aktionen und wie verliefen sie?

Hubert: Aus den genannten Gruppen hat sich ein Anti-Atom-Plenum gebildet. Gemeinsame Ziele und eine Konzeption sind bisher noch nicht diskutiert worden. Es gab längere Diskussionen über Blockaden und eine nicht angemeldete Demo. Zu mehr blieb ja kaum Zeit, denn wir sind alle mehr oder weniger von den Ereignissen überrollt worden. Die Vorstellungen der Leute gingen von Verhindern bis Beobachten der Transporte und natürlich Öffentlichkeitsarbeit usw.. Daß der Transport durch eine massive Öffentlichkeit verhindert wurde, da er ja still und unbemerkt hier stattfinden sollte, ist noch nicht einmal zu allen Beteiligten durchgedrungen. Auf jeden Fall wird versucht, das Plenum trotz aller Differenzen aufrecht zu erhalten.

Atom: Habt Ihr Kontakte zu Gruppen von außerhalb?

Hubert: Kontakte zu anderen Gruppen hat es gegeben und sollen ausgebaut werden. Die LIGA (Lübecker Ini gegen Atom) hat uns bei einer Infoveranstaltung mitgeholfen (Danke nochmal dafür!). Wir waren überrascht, wie viele auswärtige Gruppen Kontakt zu uns halten und »in den Startlöchern« warteten.

Atom: Wollt ihr über Eure Region hinaus mobilisieren?

Hubert: Das ist wohl einen Versuch wert!

Atom: Kannst Du mal kurz die Öffentlichkeit am Hafen beschreiben?

Hubert: Es gibt eine Karte vom Emdener Hafen mit den EVAG-Terminals. Wir vermuteten den Umschlag des Atommülls am Außenhafen 1, da dort die Bedingungen am günstigsten sind. Es braucht nicht geschleust werden, denn die Schleuse ist gut zu besetzen. Möglich sind aber auch die im Hafen befindlichen Terminals der EVAG. Vom Emskai aus ist jedes einlaufende Schiff gut zu beobachten.

Atom: Wir wünschen Euch noch viel Erfolg im Widerstand gegen Atomtransporte und HTR-Planungen in Ostfriesland.

Zum Hintergrund

"In den frühen siebziger Jahren entschied Schweden, seinen abgebrannten Kernbrennstoff aufzuarbeiten. Man unterzeichnete einen Vertrag mit der französischen COGEMA (Compagnie Generale des Martieres Nucleaires) über rund 672 Tonnen abgebrannten Kernbrennstoffes, die in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage am Cap de la Hague aufbereitet werden sollten." Im Jahr 1982 kamen die ersten Schiffsladungen in Frankreich an - mit rund 57 Tonnen ausgelaugtem Kernbrennstoff aus schwedischen Reaktoren an Bord. Umweltschützer protestierten gegen diese riskanten Schiffsfrachten. Greenpeace wurde wiederholt gegen die strahlenden Passagen aktiv. 1983 beschlossen die Schweden dann, ihre Wiederaufarbeitungspläne aufzugeben und versuchten, ihren von COGEMA wiederaufgearbeiteten Brennstoff an andere Länder zu verkaufen.

184 der 672 Tonnen verkaufte man an Japan, 57 Tonnen an die BRD. Im Gegenzug zur Übernahme von 57 Tonnen wiederaufgearbeiteter Brennelemente aus der französischen WAA durch die BRD verpflichtete sich Schweden 23,6 Tonnen abgebrannter, nach einem veralteten Verfahren hergestellter Mischoxyd-Elemente zu übernehmen, die eine Uran-Plutonium-Mischung enthielten. MOX-Brennstoff ist in den letzten Jahren auch in bundesdeutschen Leichtwasserreaktoren immer häufiger eingesetzt worden. Denn da der Schnelle Brüter in Kalkar bislang nicht ans Netz gegangen ist - und nach heutigen Erkenntnissen auch niemals in Betrieb genommen werden kann, mußte man, um die Wiederaufarbeitungspläne in Wackersdorf zu rechtfertigen einen "Bedarf" an Wiederaufarbeitungskapazitäten schaffen. Diesen Bedarf schafft der MOX-Brennstoff. Er eignet sich nämlich gut für die Wiederaufarbeitung, in ihm läßt sich das in der WAA anfallende Plutonium wieder einsetzen.

Ältere MOX-Elemente lassen sich aus technischen Gründen jedoch nicht wiederaufarbeiten. So sollten sie laut dem deutsch-schwedischen Abkommen daher rund dreißig Jahre im neu errichten schwedischen Zwischenlager CLAB in SIMPEVARB nahe dem Ostseehafen OSKARSHAMM, trocken gelagert werden. Sollte sich in absehbarer Zukunft ein Endlagerplatz in Schweden finden, will man die ausgedienten Elemente dorthin schaffen.

Der deutsch-schwedische Vertrag stammt vom 5.9.85. Unterzeichner sind die bundesdeutschen Firmen RWE-Bayernwerk GmbH, Grundremmigen/Donau, Versuchsatomkraftwerk Kahl GmbH, Karlstein/Main, Kernkraftwerk Obrigheim GmbH, Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH, Eggenstein - Leopoldshafen und die schwedische Firma Kaernbrennsslehantering AB, Stockholm. Verantwortlich für die Transporte sind die RWE und die schwedische Staatsfirma ASEA. Es besteht zudem seit dem 6.2.86 ein Übereinkommen zwischen der schwedischen und deutschen Regierung, nach dem das in La Hague anfallende verwertbare Plutonium ebenso in die BRD wandern soll., wie der in der WAA anfallende Atommüll. Das ist vermutlich bereits geschehen.

In der BRD soll das Plutonium (oder ist bereits) zur Herstellung neuer MOX-Elemente für Leichtwassereaktoren benutzt werden. Laut der Übereinkunft will man dieses radioaktive Material entsprechend den Sicherheitsvorschriften der IAEO und der EURATOM verschicken. Da sowohl Schweden als auch die BRD Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages (NPT, Non Proliferation Treaty) sind, mußte zunächst das US-Department of Energy den Atomdeal zuvor mit einem sog. "Prior Consent" absegnen. Denn die schwedischen Elemente enthalten Kernbrennstoff, der ursprünglich in den Vereinigten Staaten hergestellt wurde." (aus atom Nr. 20)

Wie mensch sieht, geht es eben nicht nur um einen einmaligen Transport abgebrannter Brennstäbe, sondern es geht um das gesamte bundesdeutsche Atomkonzept. Und Emden soll nach diesen Plänen in dieses Teufelsspiel miteinbezogen werden. Dazu sagen wir, das Emdener Anti-Atomplenum, eindeutig NEIN und fordern alle kritischen und mündigen Bürger auf, in den sich organisierenden Widerstand in Ostfriesland mit einzusteigen.

aus: ARGUS (Ostfriesischer Informationsdienst für eine atomfreie Zukunft)

Mittwoch, den 1.6.

Weiterhin Suche nach der SIGYN. Versuche mit ihr Kontakt aufzunehmen führen zu keinem Erfolg. In Emden abends wieder Plenum: die Beobachtungen liefen bisher reibungslos, aber auch ohne Ergebnisse. Die Beobachtung wird bis Donnerstag morgen 9.00 Uhr fortgesetzt. Die Kräfte beginnen zu schwinden, aber nicht der Elan.

Donnerstag, den 2.6.

Die SIGYN ist zurück im schwedischen Heimathafen! Intensives Nachdenken über die Motive dieser Irrfahrt ist die Folge.

In Hamburg läuft in der Nacht zum Donnerstag die GODEWIND aus, die ebenfalls geeignet sein soll für Atommülltransporte. In Kahl werden auf dem Werksgelände drei Waggons mit 24 MOX-Brennelementen, die insgesamt 10,08 kg Plutonium enthalten, gesichtet, der Auftrag soll lauten: Freitag zum Umschlag nach Emden abzufahren. Hannover erfährt, daß eine Transportgenehmigung der PTB nun doch existiert, aber für einen neuen Zeitraum: nämlich für die Zeit vom 31.5 bis zum 6.6.88. Das Ziel sei Emden. Bisher gebe es aber keine Genehmigung zum Umschlag in Emden. Dafür enthalte sie aber diie Erlaubnis zum zeitweiligen Aufenthalt; wo dieser Aufenthalt sein werden, gehe aus den Informationen nicht hervor.

Desweiteren wird bekannt, daß sich Wirtschaftsminister Hirche mit der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), mit der PTB, mit dem Bayerischen Staatsministerium, mit der Bundesbahn und mit dem Emder Oberstadtdirektor in Verbindung gesetzt hat. Die wesentlichen Inhalte seiner Besprechungen sind folgende: Der

Transport sei zu stoppen, weil die nieders. Landesregierung den Umschlag über Emden als unerwünscht betrachte. Als Gründe führt Hirche an:

- den langen Transportweg von Schweden nach Emden,
- die angeblich ungeeigneten Gleisanlagen im Emder Hafen,
- die Notwendigkeit zuerst ein sicherheitstechnisches Gutachten durch die Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) einzuholen (hier habe die EVAG bisher kein Gutachten vorgelegt, obwohl sie am 19.4.88 dazu aufgefordert worden sei).

Dem Emder Oberstadtdirektor gegenüber erklärt Hirche, daß der Emder Rat in die Entscheidung mit einbezogen werden sollen, verweist aber gleichezeitig auf die Möglichkeit, daß die GNS den Umschlag notfalls auch per Gerichtsurteil erzwingen könne (so wie das auch in Lübeck geschehen ist).

Kahl wird weiter beobachtet; ebenso der schwedische Hafen mit der SIGYN; es kommen die Informationen, daß die GODEWIND für diesen Transport ungeeignet sei, eine Beobachtung dieses Schiffes könne daher eingestellt werden. Abends findet in Emden wieder ein Plenum statt. Die Beobachtung im Emder Hafen wird vorerst eingestellt. Die Telefonalarmkette wird weiter ausgebaut.

Freitag, den 3.6.

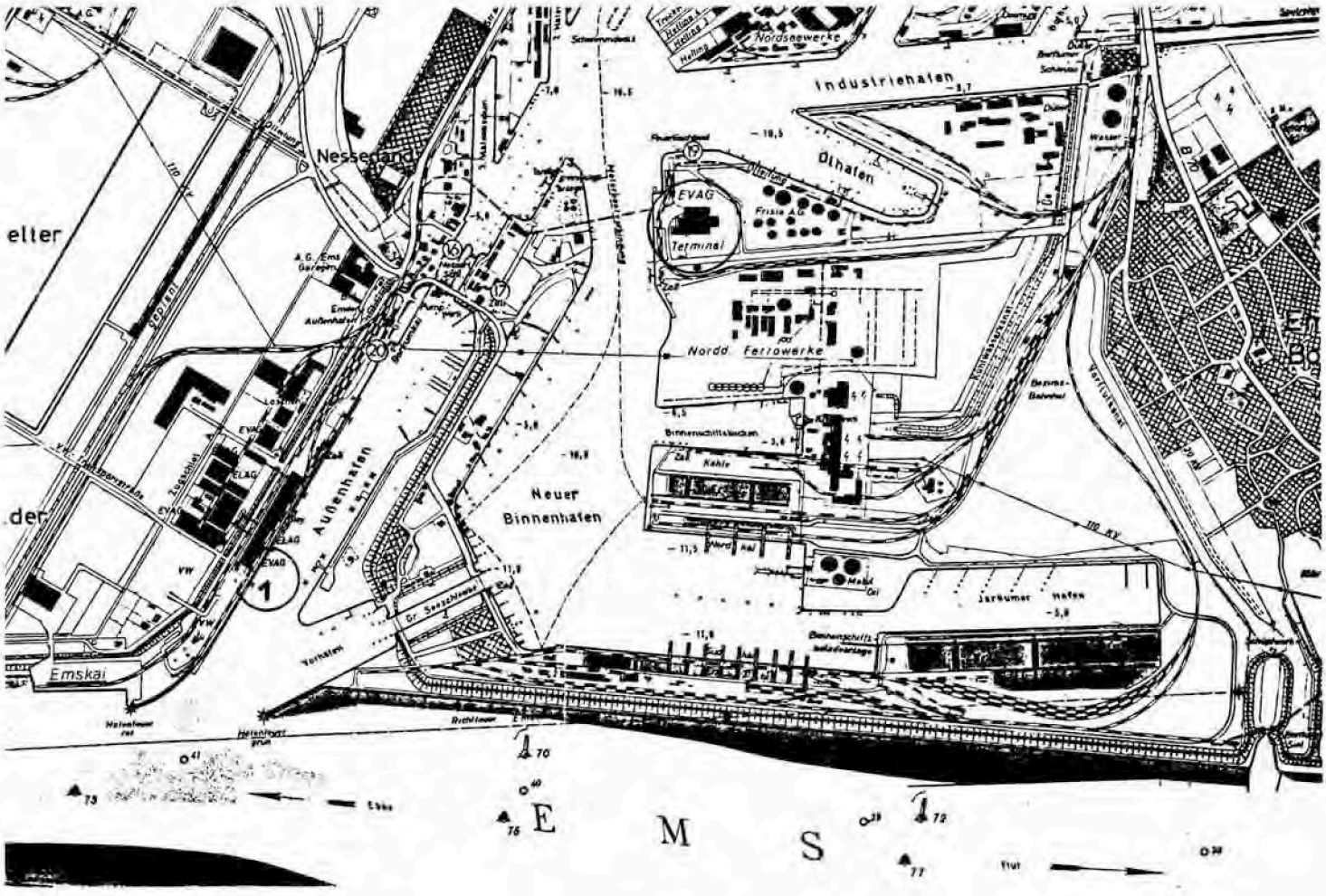
Kein neuer Sachstand; die Alarmbereitschaft wird weiter aufrechterhalten, abends kein Plenum mehr, falls notwendig wird die Aktivierung schnell über die Kette ablaufen. Einschätzung zur politischen Lage: Albrecht pokert mit dem Pfand der Genehmigung für den Umschlag um Gegenleistungen innerhalb der Union (will er sein Sozialhilfe-Paket durchbekommen?).

Samstag, den4.6. / Sonntag, den 5.6.

Weiter nur erhöhte Alarmbereitschaft; keine neuen Informationen. Die Spannung steigt aber, da die Transportgenehmigung am 6.6. ausläuft. Abends wird wieder ein Plenum einberufen.

Montag, den 6.6.

Demonstration in Emden zur EVAG-Verwaltung.



Hamburger Hafen —

eine atomare Drehscheibe

Der Hamburger Hafen hat eine wichtige Stellung im atomaren Brennstoffkreislauf. Hier werden jährlich bis zu 1.300 Behälter mit Kernbrennstoffen aus Australien, Kanada, USA, UdSSR, Südafrika, dem von Südafrika besetzten Namibia und der BRD umgeschlagen. Eine ähnlich große Bedeutung bei der Verschiffung und Anlandung von radioaktivem Material kommt bislang bundesweit nur Bremerhaven zu.

Was und wieviel wurde transportiert?

Laut Hamburger Senat fanden 1987 bzw. vom 1.1.-20.5.88 folgende Transporte statt:

Sogenannte Großquellen (z.B. Strahlenquellen für medizinische Geräte)

Kernbrennstoffe (Uranerzkonzentrat, Uranhexafluorid, Uranoxid, fertige Brennelemente)

"Sonstige radioaktive Stoffe"

1987	1.1. — 20.5.88
6	4 Transporte
26	15 Transporte
63	46 Transporte

Wie verlaufen die wichtigsten Transportstrecken?

Bekannt sind Transporte von Uranerz/Uranoxid aus Australien und Namibia/Südafrika über den Hamburger Hafen zu mehreren westdeutschen Zwischenlagern bzw. ins franz. Pierrelatte zur Weiterverarbeitung. So fand z.B. am 23.1.88 ein Transport mit 6 Containern (95 t) Urankonzentrat aus Namibia über HH per Bundesbahn in das nieders. Uranlager der Firma Transnuklear bei Leese statt. Uranhexafluorid wird regelmäßig zur Anreicherung von Le Havre über Hamburg nach Riga oder Leningrad verschifft und später von dort wieder über den Hamburger Hafen zu Brennelementefabriken in Hanau oder in den USA gebracht. Weitere häufige Transportziele sind Canada, Skandinavien und Japan.

Wer führt die Transporte durch?

An den Transporten radioaktiver Stoffe sind so bekannte Reedereien wie Deutsche Afrika Linien (DAL), die französische Campagnie General Maitrime (CGM) bzw. ihre Tochter Compagnie Generale Transbaltique und Hapag Lloyd beteiligt. Am lukrativen Atomdeal beteiligen sich aber auch kleine Unternehmen. Die "Godewind" der Reederei Karl Heinz Baase in 2371 Hörsten /Schleswig-Holstein pendelte in den letzten Wochen hauptsächlich fast ausschließlich zwischen Schweden und Hamburg, um die schwedischen AKW's mit frischen Brennelementen zu versorgen, die durch die schleswig-holsteinische Spedition J. Thomsen aus Gudendorf/-Dithmarschen (ein Subunternehmen der Bundesbahn) von Hanau, quer durch die BRD, nach Hamburg transportiert werden.

Wer genehmigt und überwacht die Transporte?

Ein besonders düsteres Kapitel sind die Überwachungspraktiken bei Atomtransporten. Hier herrscht ein völliges Kompetenzwirrwarr. Grundsätzlich müssen ankommende Güter der Wasserschutzpolizei 24 Stunden im Voraus gemeldet werden, bei Kernnbrennstoffen sind es 48 Stunden. Zuständig ist der Sicherheitsbeauftragte der HHLA (und was ist das? d.S.). Davon unabhängig sind in Hamburg die Umweltbehörde bei Kernnbrennstoffen die Behörde für Arbeit und Soziales bei den sonstigen radioaktiven Stoffen " Genehmigungsbehörde" für Transporte. Der Begriff "Genehmigungsbehörde" ist irreführend, denn rein rechtlich gesehen haben Landesbehörden keine Befugnis, atomare Transporte zu verbieten oder zu stoppen, solange bestimmte formale Voraussetzungen für die Transporte erfüllt sind (z.B. gültiger TÜV für LKWs). Für Kernbrennstoffe erteilt ohnehin die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig die Transportgenehmigungen, und zwar nicht für jeden Transport einzeln, sondern summarisch über längere Zeiträume. Die Hamburger Behörden beschränken sich also auf die Organisation des Begleitschutzes und das sporadische Messen der radioaktiven Strahlung an der Behälteroberfläche.

Ein **Beispiel** macht das Zuständigkeits-Chaos deutlich: Im Januar d.J. lagerten 6 Container mit Uranerzkonzentrat über zwei Wochen auf dem Burchardkai, ohne daß sich irgendeine Hamburger Behörde dafür zuständig fühlte. Bei Uranerz entscheidet nämlich die Konzentration darüber, ob der Stoff als "Kernnbrennstoff" oder als "sonstiger radioaktiver Stoff" klassifiziert wird. Während die PTB sicher war, daß es sich um Kernbrennstoff handelte, bestritt die Hamburger

Vom Uranerz zum Brennelement

Ein typischer Transportweg von Uranerz bis zum Brennelement sieht z.B. häufig so aus:

— Das Uranerz kommt als Konzentrat (Yellow Cake) aus Australien oder Südafrika/Namibia per Schiff nach Hamburg;

— von Hamburg aus wird es zur Zwischenlagerung per Bahn nach Ellweiler oder Hanau und von dort später nach Pierrelatte/Frankreich gebracht, wo es in Uranhexafluorid umgewandelt wird;

— von Pierrelatte gelangt das Uranhexafluorid per Bahn/LKW nach Le Havre (Frankreich) und von dort per Schiff über Hamburg nach Riga (UdSSR), von Riga aus wird es zur Anreicherung nach Sibirien transportiert;

— das angereicherte Uranhexafluorid wird wieder über Riga nach Hamburg transportiert und von dort entweder zur RBU nach Hanau oder nach Richland (USA) zur Weiterverarbeitung gebracht. Im letzteren Fall passieren die in Richland hergestellten Brennstofftabletten noch einmal Hamburg auf dem Weg zur Endverarbeitung in Lingen.

Umweltbehörde jede Zuständigkeit, bis dann nach zwei Wochen Vertreter des Arbeitsschutzes eine oberflächliche Kontrolle der Container durchführten. Angemeldet hatte den Transport in das Uranlager Leese (s.o.) übrigens die Transnuklear, die zu diesem Zeitpunkt gar keine Transporte mehr durchführen durfte. Publik werden solche Fälle natürlich nur selten.

Welches Gefährdungsrisiko besteht für Transport- und HafenarbeiterInnen bei dem Umgang mit radioaktiven Stoffen?

Die größte direkte Gefährdung geht von **Uranhexafluorid**aus. Uranhexafluorid ist weniger durch seine Radioaktivität als durch seine chemischen Eigenschaften extrem gefährlich. Bei Kontakt mit Wasser oder Luft bildet es hochgiftige Verbindungen, deren Wirkung von Arbeitsmedizinern stärker als etwa Blausäure oder Zyankali eingeschätzt wird. Uranhexafluorid transportierende Schiffe sind häufiger in Unfälle verwickelt gewesen, so die eigens für Atomtransporte gebaute schwedische "Sigyn", die seit ihrer Indienststellung 1982 drei Havarien hatte. Der dramatischste Unfall war der Untergang der "Mont Louis" am 25.8.84 nach einer Kollision mit einem Fährschiff im Ärmelkanal.

Über die Unfallfolgen gab es nie einen Untersuchungsbericht. Heute werden die Uranhexafluorid-Transporte von der "Borodine", dem Schwesterschiff der gesunkenen "Mont Louis", durchgeführt. Hafen- und TransportarbeiterInnen, die häufiger mit atomaren Stoffen zu tun haben, sind einer erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt. Nachdem Umweltminister Töpfer angekündigt hatte, daß Atomtransporte, soweit wie möglich, auf die Bahn verlegt werden sollen, hat die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands mit einem offenen (?) Brief reagiert. Sie forderte eine Herabsetzung der für die Transportbehälter geltenden Grenzwerte, da sonst Eisenbahner Strahlendosen ausgesetzt seien, *"wie sie den Belastungen beruflich strahlenexponierter Beschäftigter in radioaktiven Kontrollbereichen entsprechen."*

Brennelemente-Export über HH nach Skandinavien

Seit dem 16.4.88 finden Transporte von unbestrahlten Brennelementen über den Hamburger Hafen nach Schweden und Finnland statt. Von Hanau kommend bringt die Spedition J. Thomsen (Gudendorf/Schleswig-Holstein) mit jeweils zwei LKW-Zügen neuwertige Brennelemente in den Freihafen (Oderhafen/Sthamerkai), die dort, meist in den späten Abend-/Nacht-Stunden, von dem Ro/Ro-Schiff MS Godewind in Empfang genommen werden. Bisher fanden acht dieser Transporte statt bzw. einer in entgegengesetzter Richtung mit 125 Behältern Uranoxidpulver. Die Transportabwicklung im Hamburger Freihafen durch Schutz- und Wasserschutzpolizei bzw. zivile Beamte 'gesichert'; beobachtende AKW-GegnerInnen auf der bekannten Hamburger Köhlbrand -Brücke festgenommen.

Wie verhalten sich die Hamburger Behörden?

Zwar gibt sich der Hamburger SPD/FDP-Senat ausstiegswillig, dennoch scheut er bisher keine Mühe die über den Hamburger Hafen laufenden Atomtransporte geheimzuhalten. So tun auch die Hamburger Behörden alles für den reibungslosen Ablauf dieser Transporte. Viel wichtiger als die Information der Bevölkerung ist dem Senat nachwievor das Einvernehmen mit der Atomindustrie.

So taucht seit dem 16.4.88 z.B. das Ro/Ro-Schiff MS Godewind nicht mehr im "Täglichen Hafenbericht" auf und auch der Schiffsmeldedienst erteilt keine Auskünfte mehr über das Schiff. Auf eine parlamentarische Anfrage der GAL, aufgrund von Beobachtungen von AKW-GegnerInnen am 5.5.88, erklärte der Senat, daß es **"im Interesse einer wirksamen Gefahrenabwehr angezeigt sein kann, auf die Mitteilung von Einzelheiten zu verzichten"**da**"nach Vorfällen in Lübeck (MOX-Transport-Behinderungen) und einer demonstrativen Aktion bei der Schiffsmaklerfirma Möller ... Behinderungen ... nicht auszuschließen"**seien.

Als das Büro des Schiffsmaklers der "Godewind" als Protest gegen Praktiken im Hafen besetzt wurde, erklärte Wirtschaftssenator Rahlfs noch am selben Abend:*"Der Umschlag radioaktiver Güter in Hamburg ist ebenso sicher, wie in allen anderen Häfen."*Eine Standardantwort auf parlamentarische Anfragen war, daß *"Angaben über Art und Menge von radioaktiven Transporten durch Hamburg mangels statitischer Erfassung nicht vorliegen"*. Erstaunlicherweise sah sich der Senat dann nach zunehmenden öffentlichen Druck und der Besetzungsaktion sowie der Beobachtungen im Hamburger Hafen Ende Mai doch in der Lage, eine erste unvollständige Liste der 1988 bisher umgeschlagenen radioaktiven Materialien zu veröffentlichen.

Was wollen wir?

Wir wollen nicht den "sicheren" Umschlag der Atomfracht im Hamburger Hafen; wir wollen überhaupt keine Atomtransporte in Hamburg und auch nicht anderswo. Gerade die Bedeutung, die Hamburg als Umschlagsplatz für strahlende Fracht besitzt, gibt uns die Möglichkeit, dem Ausstiegsgerede auch Taten folgen zu lassen. Als einen Schritt in diese Richtung rufen wir auf zu einer Aktion, die sich direkt gegen die Verladung der Brennelemente am Schuppen 81 richtet. Wir wollen mit dieser Aktion die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Atomtransporte in Hamburg lenken, um endlich den von den Behörden aufgebauten Mantel des Schweigens zu durchbrechen. Der Umschlag am Schuppen 80/81 soll auch praktisch behindert werden.

Wir wollen genau wissen,

— welche Atomtransporte über HH per Schiff, Bahn, Flugzeug oder LKW durchgeführt werden bzw. wurden

— Bekanntgabe aller (Zwischen-)Lagerstätten im Hamburger Stadtgebiet

— welche Sicherheitsbestimmungen für den Transport und den Umgang mit radioaktiven Stoffen von den zuständigen Behörden zum Schutz der Transportarbeiterinnen insgesamt vorliegen.

STOP ALLER ATOMTRANSPORTE
STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN

Atomlager Hafen

In Hamburg gehört der Umgang mit hochradioaktivem Material zum fast täglichen Geschäft. Einmal im Monat werden Kernbrennstoffe und hochradioaktive Großquellen (medizinische Geräte mit einer Radioaktivität über 5.000 Curie) auf dem Gelände der Hamburger Hafen und Lagerhausaktiengesellschaft (HHLA) umgeschlagen oder zwischengeparkt. Der Gefahrengutbeauftragte der HHLA, Kapitän Jan Derlin, sieht darin kein Problem. Das radioaktive Material sei ja schließlich zum Umschlag von der Physikalisch Technischen Bundesanstalt in Braunschweig genehmigt.

Für Unfälle ist ein Haftpflichtversicherung abgeschlossen. 4 Millionen Mark pro Schadensereignis. Die Kernbrennstoffe werden in abgeschlossenen Plätzen gelagert. Sicherheitsvorkehrungen sind, so Derlin, ein Pförtner am Eingang und ein Wachmann der HHLA. Der patrouillierte alle zwei Stunden rumd um die gefährliche Fracht — im Auto. Seit zehn Jahren ist da so.
Hamburger Rundschau v. 28.1.88

Preußen Elektra: totsicher

Auch die allgemeine Freude über das "Wunder von Borken" hat es nicht verhindert, daß das Bergwerksunglück, bei dem mindestens 47 Bergarbeiter zu Tode gekommen sind, die Preußen Elektra als Arbeitgeber erneut schwer ins Gerede gebracht hat.
Ungeklärt blieben bislang Fragen nach der Sicherheit der Arbeitsbedingungen und der Einhaltung von Arbeitsschutzvorschriften in der Grube, deren Schließung in naher Zukunft bevorsteht, wie auch nach der ausreichenden Ausstattung der Rettungsmannschaften mit technischem Gerät und Knowhow: So gab es - anders als im Steinkohlebergbau üblich - keine automatischen Kohlenstaubmessungen unter Tage. So war es üblich, daß unter Tage geraucht oder auch mal vor Weihnachten eine Kerze angezündet wurde - im Steinkohlenbergbau Grund für eine fristlose Kündigung. So ist es unstrittig, daß die Rettungsmannschaften ohne die Reporter, das Richtmikrofon und die Kabel des Hessischen Rundfunks keinen Kontakt zu den Überlebenden hätten aufnehmen können.
Die Herren aus den Vorstandsetagen der Preußen Elektra gaben sich angesichts der aufkommenden Vorwürfe zunächst vornehm-zurückhaltend, verwickelten sich aber in den letzten Tagen gleichwohl in Widersprüche. Nur Hessens Ministerpräsident Wallmann wußte wieder einmal alles schneller als Aufsichtsbehörde und Staatsanwaltschaft und tönte schon am Tag nach dem Unfall, die Sicherheitsvorkehrungen in der Zeche seien über jeden Zweifel erhaben.
Es ist noch nicht anzunehmen, was die Recherchen von Presse und Staatsanwaltschaft in der nächsten Zeit noch an Erkenntnissen zutage fördern werden. Fest steht jedenfalls, daß die Grube Stolzenbach, neben der Zeche Hirschberg (Werra-Meißner-Kreis) einer der beiden letzten Untertage-Förderstätten für Braunkohle, der Preußen Elektra längst keinen Pfifferling mehr wert war. Denn 1993 soll das von dort belieferte Kohlekraftwerk Borken dichtgemacht werden.
Vor diesem Hintergrund hinterlassen die eiligen Beteuerungen des hessischen Ministerpräsidenten, seine Regierung werde sich für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Region einsetzen und führe bereits Gespräche über neue Industrieansiedlungen, einen schalen Geschmack im Mund. Erst recht, wenn man sich erinnert, daß die Preußen Elektra mit dem Segen der hessischen CDU und FDP schon vor geraumer Zeit ein Kernkraftwerk in Borken geplant hat. Angesichts der rot-grünen Koalition in Hessen verschwanden diese Pläne jedoch erst einmal wieder in den Schubladen. Die Katastrophe von Tschernobyl dürfte dazu beigetragen haben, daß sie auch nach dem Machtwechsel in Wiesbaden noch nicht wieder hervorgeholt wurden. Die Frage scheint berechtigt, ob die PREAG-Herren jetzt einen neuen Vorstoß wagen werden, neue Arbeitsplätze in einem neuen, sauberen und sicheren Technologiebereich anzubieten. Damit dürften sie sich in einer Region, die wirtschaftlich dahinsiecht, noch dazu unter dem Eindruck eines solchen schmutzigen, altmodischen Unfalls wohl durchaus Chancen ausrechnen.
Die deutsche Atomindustrie ist auch nach Tschernobyl nicht müde geworden, die Sicherheit und Sauberkeit duetscher Atomanlagen in großformatigen Zeitungsanzeigen zu verkünden. Die Preußen Elektra hat als Betreiberin des Reaktors Grohnde hier vor Ort mit Hilfe der Dewezet immer mal wieder dazugelegt.
Der Jahresbericht 1987 der Technischen Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber e.V. - Fachausschuß "Austausch von Betriebserfahrungen" (Kerntechnik) - spricht dagegen eine andere Sprache. Dort wird nähmlich am Ende des Berichts über das Betriebsgeschehen im Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde lapidar festgestellt, daß die Gesamtdosis an radioaktiver Strahlung, der die Beschäftigten im Berichtsjahr ausgesetzt waren, für das Stammpersonal (187 Personen) 85,14 mSv (Milli-Sievert, entspr. 8,5 rem) und für das Fremdpersonal, das "nur" zum Brennelementewechsel und der damit verbundenen Revision eingeflogen wird (723 Personen), 576,74 mSv(!) betrug und damit um den Faktor 2 höher war als die Vorjahresdosis! Als Quelle für die erhöhte Strahlung werden zwei defekte Brennelemente und die damit verbundenen Arbeiten genannt. In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen für die Bedeutung dessen, was erstmals US-amerikanische Atomkritiker, allen voran der Physiker Ernest J. Sternglass, in den 60er Jahren zu erforschen begann: daß nämlich gerade die radioaktive Niedrigstrahlung, der ja die Beschäftigten in Atomanlagen langfristig ausgesetzt sind, ein gesundheitliches Risiko darstellt, dem bislang viel zu wenig Beachtung geschenkt wurde.
Auch wenn es mit der Sicherheit hier auf Erden nicht so recht klappt - darauf können sich jedenfalls alle verlassen, die ihren Lebensunterhalt bei der Preußen Elektra verdienen, daß ihnen im Fall eines Falles eine vollmundige Anzeige in allen deutschen Tageszeitungen und ihren Hinterbliebenen ein Schweigegeld von DM 1000,-- (pro Erwachsenen) bzw. DM 500,-- (pro Kind) gewiß ist.

Verein für angewandten Umweltschutz e.V. (VAU), Berliner Str. 6, 3250 Hameln 1, Tel.: 05151/51529

Wir wissen, welcher Wind weht

Foto: Pan-Foto, Jutta Stadach; Anti-Atom-Törn 16.4.–23.4.88

Seit Anfang Oktober 1987 verfügt der VAU endlich über eine automatische Wetterstation, die rund um die Uhr die für uns interessantesten meteorologischen Daten erfaßt und speichert. Die Station ist an einer unserer seit drei Jahren bestehenden Radioaktivitätsmeßstationen aufgestellt worden, was für uns den Vorteil hat, daß wir erstens keinen neuen geeigneten Standort suchen mußten und zweitens, daß wir auf bereits vorhandene Geräte (Computer, Drucker) zurückgreifen konnten.

Warum ist eine genaue Wetterbeobachtung für den VAU so wichtig?

1. Es gibt vielfältige Einflüsse des Wetters auf die radioaktive Strahlung. Bei Regenschauern wird Radioaktivität aus höheren Luftschichten ausgewaschen; die Folge ist eine deutlich erhöhte Zählrate an unseren Meßstellen. Auch Inversionswetterlagen (über einer bodennahen Kaltluftschicht liegt eine wärmere Luftschicht, die den Luftaustausch verhindert) sowie Tauwetter beeinflussen die von unseren Geiger-Müller-Zählrohren gemessene Strahlung. Also ist es wichtig, beim Auftreten von unnormal hohen Meßwerten, die Wetterbedingungen, die zum fraglichen Zeitpunkt geherrscht haben, möglichst genau nachvollziehen zu können.
2. Im Falle von auffällig hohen Meßwerten an einer unserer Meßstationen kann anhand der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Windverhältnisse geprüft werden, ob das AKW Grohnde als Verursacher infrage kommt oder nicht. Gegebenenfalls kann auch auf den Zeitpunkt der Freisetzung der radioaktiven Wolke zurückgeschlossen werden.
3. In beiden o.g. Situationen sind Informationen über das Wetter **zum Zeitpunkt des erhöhten Meßwertes** erforderlich. Allgemeine Aussagen über das Wetter an diesem Tag helfen im Zweifelsfall nicht weiter. Trotzdem warten wir bislang auf solche Beobachtungen angewiesen: eine Familie in Emmerthal hat für uns tagtäglich einige wichtige Wetterdaten aufgeschrieben (höchste und niedrigste Temperatur, Niederschlagsmenge, grobe Windrichtung, Luftdruck sowie Luftfeuchtigkeit). So wichtig diese Tätigkeit für unsere Arbeit auch war: Wenn z.B. um 4 Uhr morgens an unserer Meßstelle Grohnde ein außergewöhnlich hoher Radioaktivitätswert festgestellt wird, dann können Informationen über die allgemeine Windrichtung an diesem Tag sowie die Gesamtniederschlagsmenge in 3-4 km Entfernung von der Meßstelle bestenfalls Anhaltspunkte zur Bewertung dieser Erhöhung liefern.

Was leistet die Wetterstation?

Die Wetterstation wurde von Dr. Krüger aus Garching speziell für unsere Bedürfnisse konzipiert und gebaut. Sie umfaßt

— ein Gerät zur Messung der Windgeschwindigkeit,
— ein Gerät zur Ermittlung der Windrichtung,
— einen Temperaturfühler,
— ein Gerät zur Messung des Niederschlages sowie
— ein sog. Interface, in dem die verschiedenen Daten zusammenlaufen und an den Computer weitergeleitet werden. An dieses Interface wird auch der Meßkopf für die radioaktive Strahlung angeschlossen.

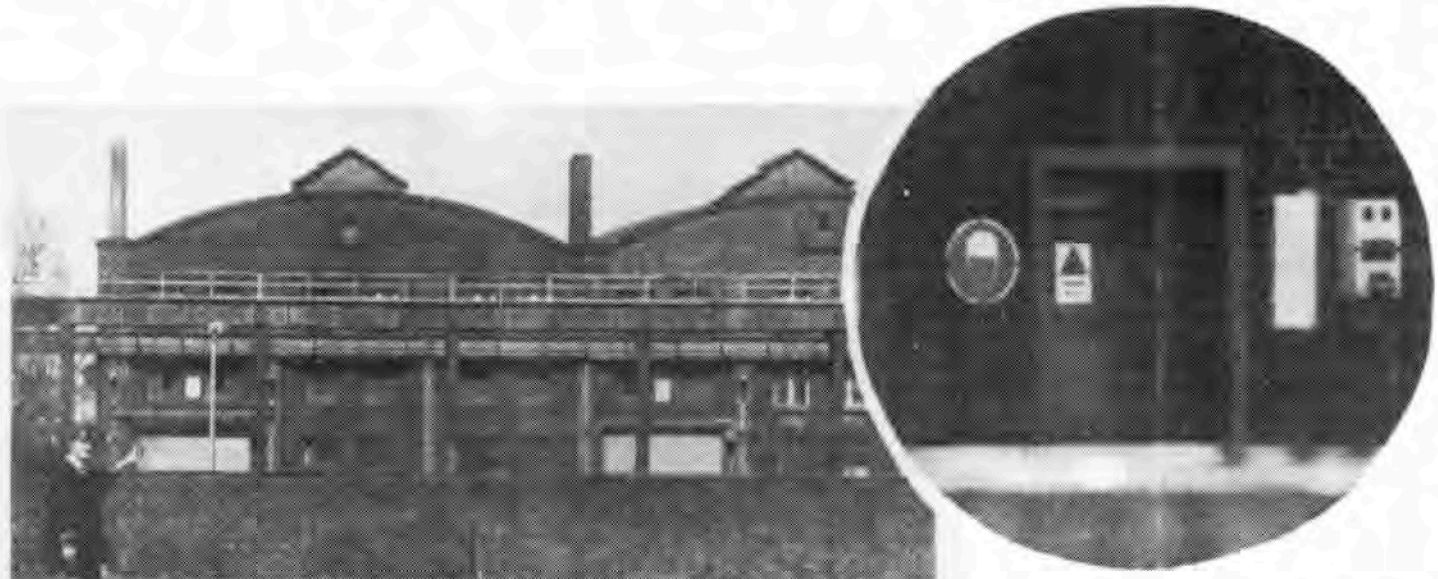
Das ebenfalls zum Lieferumfang gehörende Computer-Programm fragt im 5-Minuten-Rhythmus die Werte ab und berechnet daraus für jede Stunde den Mittelwert bzw. im Falle des Niederschlags die Summe. Diese Daten werden gespeichert und in der Regel einmal täglich ausgedruckt sowie auf Band geschrieben.

Was ist weiter geplant?

Das Computer-Programm muß in einigen Punkten noch überarbeitet, die Auswertungsprogramme entsprechend umgeschrieben werden. Wegen der Bedeutung des Niederschlages für die radioaktive Strahlung sollen in absehbarer Zeit gleichartige Regenmesser an allen Meßstationen aufgebaut werden. Gerade bei schauerartigen Regenfällen kann die Niederschlagsmenge von Ort zu (Nachbar-)Ort deutlich unterschiedlich sein.
Zunächst jeodch sollen erst einmal Erfahrungen mit dem Einsatz der Wetterstation gesammelt werden. Immerhin ist der VAU die erste westdeutsche Bürgerinitiative, die eine solche Station in Betrieb genommen hat; unsere Schwestervereine in Koblenz und Hamm haben vor kurzen nachgezogen. Wir wollen die von uns gesammelten Wetterdaten auch anderen Interessenten zur Verfügung stellen. So könnte u.a. der Temperaturverlauf über das Jahr gesehen für Heizungsbauer zur Ermittlung der sog. Heizgradtage von Nutzen sein; unsere Aufzeichnungen über Windrichtung und -stärke könnte für Windlastberechnungen bei Antennenanlagen u.ä. zu Rate gezogen werden. Da bei der Datensammeleinheit noch mehrere Kanäle frei sind, könnten wir bei entsprechender Nachfrage auch noch Meßfühler für andere Wetterdaten wie z.B. Sonnenscheindauer, Luftdruck usw. zusätzlich anschließen. Wir möchten jedenfalls alle Interessenten ermuntern, mit uns Kontakt aufzunehmen.

Verein für angewandten Umweltschutz e.V., VAU, Berliner Str. 6, 3250 Hameln 1, Tel.: 05151/51529

Verseuchte Abwässer — verstrahlter Schrott



In dieser Halle unter hinter verschlossenen Türen wird radioaktives Material aufbereitet. Bilder: Augstein

In einem der dichtbesiedeltsten Gebiete Europas lagert radioaktiver Schrott, verstrahlte Abwässer werden in die Kanalisation geleitet, in der Bevölkerung wächst die Angst, der Rat der Stadt zuckt hilflos mit den Achseln: Horrorszenario aus einer Bananenrepublik? Nein, das ist aktuelle Wirklichkeit im Duisburger Stadtteil Wanheim, wo die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in einer ehemaligen Werkshalle radioaktive Abfälle aus Atomkraftwerken lagert und bearbeitet.

In einem Beschluß zum Genehmigungsverfahren erklärt der Stadtrat lapidar:*»Die vorliegenden Gutachten lassen eine Gefährdung der benachbarten Bevölkerung nicht befürchten.«*

Den Kampf gegen eben diese Atomanlage im, wie sie sagen, »Herzen Duisburgs« hat die »Bürgerinitiative gegen radioaktive Verseuchung« aufgenommen. Ihr Ziel: Weg mit der GNS-Anlage und Beseitigung des dort gelagerten radioaktiv veseuchten Materials, Rücknahme der bereits erteilten und keine weiteren Genehmigungen für die Lagerung und Bearbeitung von Atomschrott!

Begonnen hatte alles im Mai 1985, als die GNS eine leerstehende Werkhalle auf dem Thyssengelände in Wanheim anmietete und mit einer Genehmigung des Regierungspräsidenten etwa 500 Tonnen radioaktiv verseuchten Schrott und Altöle lagerte.

Im Oktober 1986 stellte die GNS dann einen Antrag auf Baugenehmigung für eine Entseuchungshalle, um den Betrieb ausweiten zu können. Politiker und Stadtverwaltung waren zu diesem Zeitpunkt ahnungslos, obwohl die fragliche Halle zu diesem Zeitpunkt bereits gebaut war.

Der Rat der Stadt Duisburg sowie die Bezirksvertretung Süd demonstrieren seit diesem Zeitpunkt Hilflosigkeit: *»...ist die Niederlassung der GNS auf dem Thyssengelände in Duisburg Wanheim unerwünscht. Die Stadt Duisburg hat keine rechtliche Handhabe zur Durchsetzung ihrer grundsätzlichen Bedenken.«*

Die Stadtväter hatten dann aber eine andere 'Lösung' parat: *»Der Oberstadtdirektor wird beauftragt, in Verhandlungen mit der Firma Thyssen Schmiedetechnik darauf zu drängen, eine Ausweitung des Betriebes der Firma GNS durch die Verweigerung der Vermietung weiterer Hallen an die GNS zu verhindern.«*

Was aber wird geplant auf dem Thyssengelände? Die GNS, zur Zeit noch eine Tochtergesellschaft der Steag Kernenergie GmbH, der VEBA Kraftwerke Ruhr und der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, konzentriert sich in Wanheim auf drei Schwerpunkte: Die Lagerung und Bearbeitung von radioaktiv verseuchtem Schrott aus Atomkraftwerken (zum Beispiel Filteröle), die Entwicklung, Erprobung und Lagerung von Behältern zum Transport von Brennelementen und anderen radioaktiven Materialien sowie der Wartung und Lagerung von mobilen Maschinen, die unter anderem in Kernkraftwerken zum Einsatz kommen.

Laut Genehmigung des Regierungspräsidenten dürfen von der GNS in Wanheim 15 Kubikmeter kontaminiertes Altöl, über 500 Fässer mit verseuchten Abfällen aus kerntechnischen Anlagen sowie über 500 Tonnen ebenfalls verstrahlte Metallschrottelle gelagert werden (kontaminiert = verseucht). Dazu kommen maximal 10 beziehungsweise 20 »Castor«- und »Mosaik«-Behälter, die zum Transport von hochgefährlichen Uran- und Plutoniumbrennstäben dienen. Außerdem lagern in einem Tank von 20.000 Liter kontaminierte Abwässer, die nach entsprechender Prüfung und mit Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes gegebenfalls einfach in die Kanalisation geleitet werden dürfen.

Selbst dem Regierungspräsidenten scheint diese Anlage nicht ganz geheuer zu sein: Nicht weniger als 57 Auflagen sind der GNS auferlegt worden. Aber keine Bange, auch die GNS hat Vorsorge getroffen: Für den Fall des Falles hat sie eine Haftpflichtversicherung in Höhe von sechs Millionen Mark abgeschlossen...

aus: Stadtpanorama, 18. Jahrgang/Nr. 17, Duisburg

★ ★ ★

Aktionsbericht über die Besetzung des AKW's Neckarwestheim II vom 19. März 1988

Wie besetzt man/frau ein Atomkraftwerk?

Vielleicht so, ...

Unter dem Motto "Alle reden vom Ausstieg - wir steigen ein" besetzten fünf Mitglieder aus einer Gruppe von 25 Tübinger AtomkraftgegnerInnen das Reaktorgebäude des noch im Bau befindlichen zweiten Blocks des Atomkraftwerks Neckarwestheim bei Heilbronn am 19.3.88. Es war die erste Aktion dieser Art in der Bundesrepublik.

Mit dieser ungewöhnlichen und in den Baubetrieb direkt eingreifenden Aktion wollten wir den Konflikt um die für Herbst dieses Jahres geplante Inbetriebnahme des zweiten Blocks von Neckarwestheim verschärfen. Wenn dieses neue AKW angeschaltet wird, wird die schon vorhandene Energieüberkapazität in Baden-Würtemberg und die Abhängigkeit vom Atomstrom vergrößert und um weitere Jahre Schritte zu einer dezentralen Energieversorgung ohne Atomstrom verbaut. Der sofortige Ausstieg aus der verbrecherischen Atomwirtschaft, d.h. die Stillegung aller Atomanlagen, ist ein politisch, ökonomisch und sozial (gesundheitlich) notwendiges Ziel, auf das wir hinarbeiten wollen und müssen. **Deshalb darf auch Neckarwestheim II nicht ans Netz gehen !**

Zustandekommen und Ablauf der Aktion

Viele Menschen, denen wir von unserer Aktion erzählen, fragen uns: "Wie seid ihr eigentlich da reingekommen?" Es war ganz einfach: Wir waren eine offizielle Besuchergruppe, die von den Neckarwerken im Rahmen eines Seminars das AKW besichtigen durften. Ein Mitglied unserer Gruppe hatte Kontakt zur Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Neckarwerke. Er konnte insgesamt 24 Freunde und Bekannte einladen. Den Neckarwerken war bekannt, daß es sich um eine atomkritische Gruppe handeln würde. Wir gaben uns als "Kritische Jungbürger" aus.

Nicht bekannt war den Neckarwerken, daß wir den offiziellen Besuch des AKWs zu einer neuartigen direkten Aktion umfunktionieren wollten. Die Vorbereitung für die Aktion litt vor allem daran, daß wir uns erst sehr spät endgültig für die Durchführung entschließen konnten. Letztlich hatten wir nur eine Woche Zeit zur Vorbereitung. Bei zwei abendlichen Treffen wurde der Aktionsablauf durchgeplant, eine Presseerklärung erstellt und Aufgaben verteilt. Alle waren mit der Aktion einverstanden. Fünf waren bereit, das Reaktorgebäude in Block II zu besetzen. Die Besetzung sollte gewaltfrei verlaufen und bis längstens 24 Uhr des nächsten Tages dauern. Diejenigen, die nicht besetzen wollten waren bereit, die Aktion auf verschiedene Weise zu unterstützen.

Die Aktion verlief planmäßig und leichter, als wir zuvor dachten. Die "Besichtigung" begann mit einem Vortrag im Informationszentrum über Notwendigkeit, Sicherheit und Vorteile der Atomstromerzeugung, den wir uns "geduldig" anhörten. Wir konnten den Vortrag mit kritischen Fragen um über eine halbe Stunde verlängern, nachdem wir erfuhren, daß wir in zwei Gruppen aufgeteilt werden und nur Block II besichtigen werden. Unser Zeitplan kam dadurch nicht allzusehr durcheinander.

Bevor die Führung begann, hatten wir uns selbst in zwei Gruppen aufgeteilt. Die BesetzerInnen waren geschlossen in der ersten Gruppe. Geführt wurden wir von einem Studenten, der sich mit diesen Führungen ein Taschengeld vom Atomstaat abverdient. Die erste Gruppe wurde sofort in das Reaktorgebäude, unseren Zielort, geführt. Jetzt begann der schwiegrigste Teil der Aktion. Die BesetzerInnen mußten sich immer ein wenig vom Vortrag" abseilen" und nach dem günstigsten Besetzungsort Ausschau halten. Wir hatten vor, das Abklingbecken für die Brennelemente oder die Lademaschine für die Brennelemente zu besetzen. Es dauerte einige Minuten, bis wir herausfinden konnten, daß wir weder ins Abklingbecken noch ins vorher nicht eingeplante Druckbehälterbecken hinuntersteigen konnten. Zum ca. 25 m tiefen Druckbehälterbecken führte zwar eine kleine Treppe herunter, doch ganz unten arbeiteten Siemenstechniker. Also fiel diese Möglichkeit weg. Unsere UnterstützerInnen beschäftigten währenddessen unseren "Führer" mit wißbegierigen Fragen. Die Aktion hing am seidenen Faden. Der Student forderte uns auf, wieder aus dem Reaktor hinauszugehen. Die UnterstützerInnen liefen ihm brav hinterher und wir nutzen die Gelegenheit aus und blieben drin. Sofort erblickten wir die Leiter zur Lademaschine und stiegen den komlizierten ca. 15 m hohen "Kran" hoch.

Niemand hatte die Besetzung gesehen. Erst nach einer halben Stunde wurden wir bemerkt. Unsere Presseerklärung lief nun schon über Telex an alle Agenturen. Jetzt waren Werkschutz, Polizei, Bauleitung und alle unsere UnterstützerInnen anwesend. Wir machten unsere Aktion durch "reingeschmuggelte" Plakate und Aufkleber deutlich. Die UnterstützerInnen verhandelten und diskutierten mit Polizei und Bauleitung. Der Polizei (und uns) war klar, daß man uns von da oben auf einfache Art nicht herunterholen kann. Während der nächsten vier Stunden wurden zuerst alle bis auf drei UnterstützerInnen, die als VermittlerInnen bleiben durften, hinaus"begleitet". Polizei, Kripo und LKA (?) fotografierten und filmten uns permanent und penetrant. Vom Bauleiter bekamen wir das Angebot, keine Anzeige zu bekommen, falls wir freiwillig und sofort gehen würden. Wir konnten und wollten nicht annehmen. Die UnterstützerInnen setzten ihre Arbeit draußen vor dem Tor fort, indem sie mit Transparenten auf die Aktion aufmerksam machten. Alle anderen Besuchergruppen (es war wohl "Tag der offenen Tür") durften nicht mehr in den Reaktor. Die Techniker mußten ihre Arbeit beenden.

Gegen 15.00 Uhr wurde uns angekündigt, daß wir von einem Sondereinsatzkomando (SEK) aus Göppingen geräumt werden würden. Bis zum nächsten Tag würde man uns auf keinen Fall im Reaktor lassen. Eineinhalb Stunden später kam dann das SEK und beförderte uns nacheinander mit einer an einer Seilwinde befestigten Blechkiste nach unten. Wir wurden von der Polizei nach

Oder etwa so, ...

Heilbronn abtransportiert. Dort nanm man unsere Personalien auf, erzählte man uns was von Hausfriedensbruch und ließ uns wieder laufen. Das Verhalten der Polizei war akzeptabel und nach deren Maßstäben formal korrekt. Keine ED-Behandlungen, keine Anfeindungen oder grobe Behandlung während der Aktion usw.

Das Besondere an der Aktion

Die Besetzung unterbrach den gesamten Public-Relation-Betrieb und Arbeitsbetrieb des AKWs. Die Tore wurden geschlossen, die Arbeiter und Besucher mußten hinausgehen. Alles stand still. Wir konfrontierten mit der Besetzung letztlich nicht nur eine anonyme Öffentlichkeit, sondern genau diejenigen, die für den Bau und den "Schutz" des AKWs zuständig sind, selbst. Es kam zu intensiven Diskussionen mit Bauleitern und Polizei. Die Aktion war zweifellols einmalig und wird in einer ähnlichen Form in Neckarwestheim sicher nicht mehr stattfinden können/werden. An anderen Orten und von anderen Menschen könnten ähnliche Aktionen auch in Zukunft durchaus noch stattfinden. Besucherprogramme führen die meisten AKWs durch. Solche direkten Aktionen des Zivilen Ungehorsams dürften allen AKW-Betreibern etwas sehr ungelegenes sein.

Das Besondere an unserer Gruppe war, daß wir keine feste, schon länger existierende Gruppen waren, sondern die einzelnen aus unterschiedlichen Gruppen mit unterschiedlichen Aktionserfahrungen kamen. Etwa jeweils die Hälfte sind schwerpunktmäßig in der Friedens- bzw. in der Anti-AKW-Bewegung aktiv. Die Zusammenarbeit hat gut geklappt.

Sicherheit von AKWs

Deutsche Atomkraftwerke sind die sichersten von allen. Am allersichersten sind die Druckwassereaktoren von Neckarwestheim. Diesen Satz haben wir im anfänglichen Vortrag zu hören bekommen. Tatsächlich wurde unsere Gruppe ohne Personalienkontrolle in das AKW gelassen. Wir mußten zwar eine Woche vorher unsere Personalien angeben. Es hätten aber auch 24 andere Leute reingehen können. Wir wurden ohne jegliche Kontrolle in den Reaktor gelassen, begleitet von einem einzigen Studenten. Wenn wir gewollt hätten, hätten wir unbehelligt "Sabotage"-Aktionen machen, Bomben schmeißen usw. können. Niemand hätte uns abhalten können. Ein neuer Aspekt der fehlenden "Sicherheit" von AKWs'?

Unsere politische Perspektive

Unsere Gruppe hat sich entschlossen, weiterzuarbeiten. Wir verstehen uns als Aktionsgruppe, deren thematischer Schwerpunkt weiterhin auf der Atomenergie liegen wird und deren Aktionsziel bis auf weiteres das AKW in Neckarwestheim sein wird. Und auch wenn wir die Inbetriebnahme von Block II nicht verhindern können, wollen wir doch aufzeigen, daß in diesem unserem Land bis zur Stillegung aller Atomanlagen kein "Frieden" einkehren wird.

Die Konsequenzen der Aktion

Die fünf BesetzerInnen haben eine Gerichtsverhandlung vor sich, bei der sie wegen "Hausfriedensbruch" angeklagt werden. (Den Straftatbestand Reaktorfriedensbruch gibt es leider noch nicht). Außerdem will die Polizei, daß wir die SEK-Kosten bezahlen sollen. Auf uns werden also etliche Kosten zukommen. Wir rechnen zumindest mit ca. 5.000 DM Anwaltskosten. Bei allen anderen Kosten werden wir uns weigern, sie zu zahlen, wenn es irgendwie geht.

Wir haben ein Rechtshilfekonto eingerichtet. Wir bitten alle, die unsere Aktion für sinnvoll halten, uns finanziell zu unterstützen mit einer Rechtshilfespende auf das Konto 540 40 000 Volksbank Tübingen BLZ 641 901 10 Inh. Fanny Mißfeldt, Mörikestr. 1, 7400 Tübingen.

Andreas Lindner

Kontaktadresse für Rückfragen und weitere Informationen (z.B.zu den Prozessen): Andreas Lindner, Marktgasse 5, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/27425.

oder ist dies die richtige Form ?

Das Atomforum in Lübeck-Travemünde

Vom 17.5.-19.5.88 tagten die Vertreter der Atomlobby bei der sogenannten "Jahrestagung Kerntechnik" in Travemünde. Das Treffen wurde begleitet von mehreren Protestaktionen und interessanten Worten des Lübecker Bürgermeisters. Viele werden es wissen, daß das Atomforum die Propagandazentrale für die Nutzung der Atomenergie ist.Hier sei erinnert an die großen Anzeigen, die nach Tschernobyl in fast allen bürgerlichen Zeitungen erschienen sind und in denen in pseudo-objektiver Weise die berechtigten Zweifel der Bevölkerung an dem Segen der Atomtechnik wieder zerstreut werden sollten. Federführend bei dieser Kampagne war das deutsche Atomforum. Hier sind alle großen Konzerne und Banken der Bundesrepublik vertreten. Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, die alles entscheidenden 3 Großbanken, dazu Siemens, Hoechst, Bayer und viele weitere große Konzerne. Schließlich die Stromversorgungsunternehmen. Alle diese Konzerne haben Sitz und entscheidende Stimme im Präsidium oder Verwaltungsrat des Atomforums. Neben dem Kapital sind aber auch Politiker aller etablierten Parteien in großer Zahl im Atomforum vertreten.

"Kommando - Passat - Piraten"

Um die Öffentlichkeit auf die für Dienstag, den 17.5. geplante Demo und den Beginn der Tagung aufmerksam zu machen, hängten einige Leute von der Liga und Greenpeace ein Transparent zwischen die Segelmasten der "Passat". (Die Passat ist ein großes Segelschiff, welches im Hafen fest verankert ist. Es ist gut sichtbar von der anderen Seite des Ufers, wo viele Menschen langstolzieren.) Aus uneinsichtigen Gründen wurde die Passat für den Besucherverkehr bei der Aktion gesperrt und die Personalien von den noch auf dem Schiffe befindlichen Leuten festgestellt, sowie eine Strafanzeige und erhebliche Kosten angedroht.
Die Grünen reagierten ziemlich schnell und stellten auf der Bürgerschaftssitzung am 26.5.88 den Antrag, die Hansestadt Lübeck solle auf Rechtsmittel gegen die "Passat-Piraten" verzichten. So ein Antrag hat auch Aussicht auf Erfolg, denn Grüne und SPD haben zusammen eine Stimme mehr im Lübecker Parlament. Außerdem gibt die Lübecker SPD sich ja sehr atomfeindlich, aber 3 SPD'ler stimmten gegen den Antrag, darunter der Umweltsenator(!).

Demo und Autokorso

Ein Bündnis von ca. 10 Initiativen und Gruppen hatte für den 17.5. zu Protestaktionen gegen die Tagung aufgerufen. Es fing an mit einem Autokorso nach Travemünde. Travemünde liegt ca. 18 km von Lübecks Innenstadt entfernt. An dem Autokorso beteiligten sich ungefähr 150 Autos und 20 Motorräder. Während der Fahrt winkten uns viele menschen zu. Oftmals bekamen wir ja sonst den erhobenen Zeigefinger zu sehen.

In Travemünde angekommen formierte sich ein Demonstrationszug mit über 1000 Menschen in Richtung "Maritim", dem Tagungsort der Atommafia. Wir waren ausgerüstet mit Trillerpfeifen, Topfdeckeln, Rasseln usw. Die Lautstärke war enorm und sie steigerte sich als der Zug das Maritim erreichte. Die Stimmung war fröhlich und ausgelassen. Aber auf uns wartete ein sehr starkes Polizeiaufgebot. Die Einsatzleitung für den schutz der Atomgemeinde hatte ebenfalls im Maritim Unterschlupf gefunden und steuerte von hier aus berittene Polizei, Bullen mit Schäferhunden und in voller Kampfmontur. "Wir sind auf alles vorbereitet, bis hin zu Gewalttätigkeiten wie in der Hafenstraße", hieß es von Seiten der Kongreß-Organisatoren laut TAZ vom 19.5.88. Mit den ach so gefährlichen Hafenstraßenleuten wurde auch in der Lokalpresse gegen die Demonstrantinnen gehetzt. Aber die Bullen nervten nicht weiter rum als durch Anwesenheit. Dafür waren andere Leute durch die Demo und die Lautstärke genervt. Im Inneren des Maritims wollten die Atomfreunde gerade ans kalte Buffet und den Tag ausklingen lassen. Der rechte Appetit und Freude wollten nicht aufkommen, wie später im Fernsehen (NDR III, 20.5., 20.00 Uhr) bissig kommentiert und gezeigt wurde. Ich hätte nicht gedacht, daß dieser Menschenschlag von unserer Demo und dem Lärm so genervt werden kann.

Schnipseljagd in der Innenstadt

Noch eine andere Aktion hat viel Ärger hinterlassen. Am Dienstagvormittag wollte eine Gruppe der Kongreßteilnehmer mit ihren Frauen eine Lübeck-Besichtigung zu Fuß durch die Altstadt machen. "Doch kaum setzte sich unsere Reisegellschaft in Bewegung, wurden wir von einer Gruppe gröhlender, lärmender, pfeifender... Leute verfolgt, die uns mit Unmengen von Papierstücken (mit dem Symbol für Radioaktivität) bewarfen. Der Lärm mit den Trillerpfeifen und anderen Lärminstrumenten eskalierte sich derart, daß es der Reiseleiterin nicht möglich war, irgendwelche Erklärungen abzugeben." Diese Beschreibung des Vorgangs stammt aus einem Leserinnenbrief, übrigens nicht der einzige von auswärts zu dieser Begleitungsaktion, der aus Karlsruhe von zwei betroffenen Ehefrauen in den Lübecker Nachrichten vom 25.5.88 abgedruckt würde. Am Ende ihres Briefes kommen sie zu dem Schluß: "Diese Demonstranten hatten ihr Ziel erreicht!"
Na bitte, was wollen wir noch mehr, eine bessere Bestätigung können wir nicht bekommen.

Pan-Foto, Jutta Stadach
Demo gegen Atom-Forum, 17.5.88

Die "Grußworte" des Bürgermeisters an die Atomlobby

Für einen Eklat sorgte das "Grußwort" des neugewählten Lübecker Bürgermeisters (SPD) zur Eröffnung der "Jahrestagung Kerntechnik '88". Vor der versammelten bundesdeutschen und europäischen Atomgemeinde verzichtete des Stadtoberhaupt auf die bei solchen Anlässen üblichen Freundlichkeiten.

"Aufbruch kommt nicht von oben, gleichsam von Staats wegen, sondern von unten, von den Bürgern und Betroffenen her. Von den betroffenen Bürgern, die es nicht mehr ertragen, daß sie von Politikern vertreten werden, die Wege beschreiten, die von einer kritischen Öffentlichkeit nicht mehr hingenommen werden."

"Es wird von den Bürgern nicht mehr hingenommen, daß die Hansestadt Lübeck von der Öffentlichkeit unbemerkt zum nordeuropäischen Umschlagplatz atomarer Güter geworden ist."

"Wie Sie wissen, haben in Lübeck 12.000 Bürger aller Schichten sich bis hin zum zivilen Ungehorsam verstanden, um auf ihre Sorge hinzuweisen. Dafür steht die Walderseekaserne."

Er interpretierte den Wahlausgang in Schleswig-Holstein als eine "Entscheidung gegen die Kernenergie" und warf den Teilnehmern des Atomforums vor, daß "Fragen der zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie allzu lange als geheimes Vorbehaltsgut der Sachverständigen behandelt worden (sind). Das hat ein Ende."

Diese Worte wurden von den Herren in den dunklen Anzügen mit Zischen, Pfiffen und vereinzelten "Lüge"-Rufen quittiert. Auch in der Lokalpresse wurde der "Mißgriff beim Grußwort" (Lübecker Nachrichten, 18,5.88) heftig kritisiert.

Diese Einseitigkeit der Lübecker Nachrichten führte zu Reaktionen unter Lübecks Bürger/inne/n, die sich auf der "LN-Leserbrief"-Seite ausrückten. Dem Bürgermeister wurde Anerkennung entgegengebracht und daß er sich genau den richtigen Ort ausgesucht habe. Ein Beispiel: "Respekt für den Lübecker Bürgermeister, der nicht nur eine Wischi-Waschi-Begrüßungsrede gehalten hat, sondern die Ängste der Bürger hier artikulierte."

Auch ein Redner unsere Bündnisses hob die Zivilcourage des Stadtoberhauptes hervor: "Wenn heute der Bürgermeister auf dieser Demonstration ein Grußwort gesprochen hat, so ist dies ein Zeichen dafür, daß sich das Klima in unserer Stadt grundlegend gewandelt hat. (...) Noch vor einem Jahr wäre ein ähnlicher Auftritt nicht denkbar gewesen."

In der Tat, es ist schon etwas besonderes, wenn ein Bürgermeister der Atomlobby einen Nicht-Willkommensgruß vorhält. Seine relativ deutlichen Worte führten dazu, daß er auf der Abschlußkundgebung sprechen durfte. Dort wiederholte er im großen und ganzen, was er am Vormittag desselben Tages gesagt hatte.

Es war im Bündnis und in der Liga nicht unumstritten, den SPD-Bürgermeister sprechen zu lassen. Zuerst hieß es, falls er auf dem Atomforum spricht, kommt er selbstverständlich nicht bei der Kundgebung zu Wort, aber dabei sind wir davon ausgegangen, daß er die Tagungsteilnehmer *begrüßt*. Als allerdings der Wortlaut seiner Rede bekannt wurde, haben wir ihn auf der Abschlußkundgebung sprechen lassen.

Neue Töne der DKP

Einigen Unmut innerhalb der Liga löste die Rede der DKP auf der Kundgebung aus. Nicht der Inhalt, sondern daß die DKP überhaupt auf einer Anti-AKW-Veranstaltung sprechen darf, wo die DKP doch bekanntermaßen (?) die AKWs im "realen Sozialismus" richtig und wichtig findet. Und außerdem ist es ja nichts neues, wo was los ist im Anti-AKW-Bereich, findet sich meistens auch die DKP ein und hat schon in vielen Fällen (z.B. Brokdorf '77) keine rühmliche Arbeit geleistet.

Wir in Lübeck müssen aber sagen, daß die DKP, z.B. bei der Walderseeblockade, gute Arbeit geleistet hat. An konkreten Punkten hat es keine Kritik an "unserer Arbeiterpartei" gegeben.

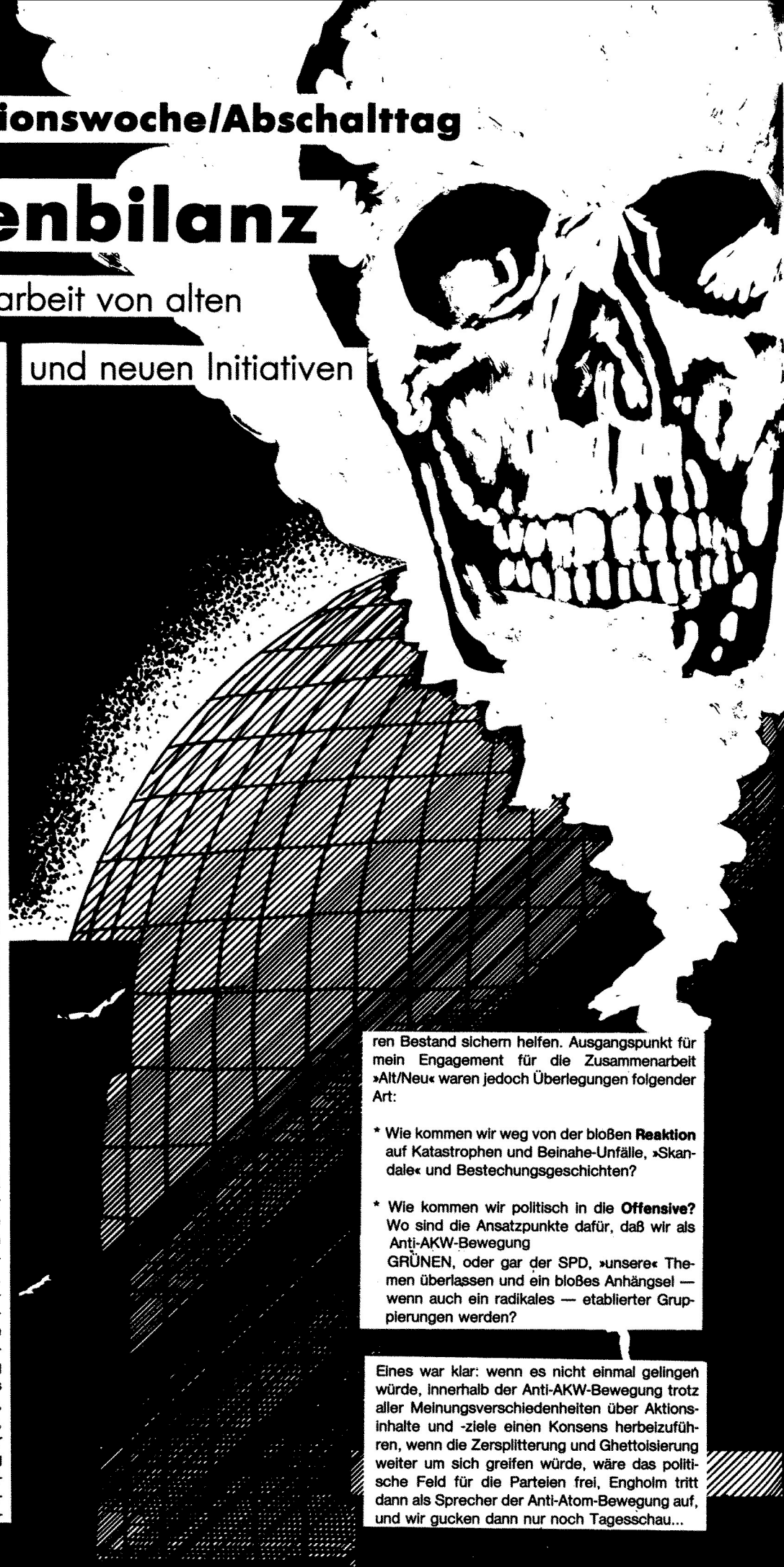
Aufgrund der Diskussionen fanden sich auf dem Liga-Plenum zwei Vertreter der DKP ein. Der 1. Vorsitzende der Lübecker DKP legte dar, daß in der DKP (bundesweit) viele Diskussionen wegen der Anti-AKW-Problematik im Gange sind und daß die Basis auf Parteitagen von unten usw. bla, bla. Aber, und nun kommt der Knackpunkt, die Lübecker DKP spricht sich gegen AKWs in West und Ost aus. (Das hätte ich der Lübecker DKP nicht zugetraut, ich bin angenehm überrascht.) Damit waren auch (fast) alle Kritiker/innen zufrieden.

Christian, Lübecker Initiative gegen Atomanlagen (Liga)

Tschernobyl Aktionswoche/Abschalttag

Zwischenbilanz

der Zusammenarbeit von alten und neuen Initiativen



Nur zögerlich schreibe ich diesen Bericht. Denn ich hege den argen Verdacht, daß diese Zwischenbilanz von denen, die dieses Projekt der Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen in der Anti-AKW-Bewegung bisher abwartend, argwöhnisch oder abweisend zur Kenntnis genommen haben, sich weiter ausschweigen. Eine Debatte um die Prämissen, Ziele, Inhalte der Zusammenarbeit der traditionellen Gruppen und der Ini's, die sich nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gegründet haben, hat in der Bewegung so gut wie gar nicht stattgefunden — eine Ausnahme war die Herbstkonferenz '87 in Braunschweig. Aber dort waren ca. 2/3 der TeilnehmerInnen aus dem »Becquerel«-Spektrum, wie es bis heute bei einigen Veralteten noch immer beim Polit-Stammtisch heißt. Ihr merkt, ich werde polemisch. Genau! Denn die alle Widersprüche glättende Bericherstattung, die nur glatt runtergeht, würde es Euch LeserInnen nur allzuleicht machen, auch diese Zeilen zu übergehen. Die ATOM selbst macht da keine Ausnahme. 1987 nach den unzählbar vielen Aktionen zum Jahrestag von Tschernobyl gab es dazu ein Titelbild und einen kleinen schwarzen Kasten, in dem mit Bedauern festgestellt wurde, daß es zu einer Berichterstattung über die Aktionen zum Jahrestag nicht mehr gereicht habe. Über den ABSCHALTTAG nix. Aber über das Marburger Treffen und die Aktionen zum 5.März und die Hanau-Demo alles. Um Mißverständnissen vorzubeugen: ich halte beides für gleich wichtig. Interessant ist diese Form der Rezeption dessen, was wir als Anti-AKW-Bewegung auf die Beine stellen deshalb, weil es für mich heißt,: aus den Krisenerscheinungen **vor** und auch gut 1 1/2 Jahre **nach** Tschernobyl (Desorientierung, Resignation, Auflösung der BI-Zusammenhänge) wurden keine Folgerungen gezogen außer denen der Selbstbespiegelung. Der Berichterstatter der ATOM, der die Marburger Konferenz als Wiederauferstehung der totgeglaubten Anti-AKW-Bewegung belobigte, übersah (und das ist eben symptomatisch!), daß neben der siechen traditionellen Bewegung viele neue Ini's ihre Aktivitäten entfaltet haben (und zwar wenig spektakulär, wenig radikal in der Staatsfrage etc.). Es ist ja im Prinzip mittlerweile noch verrückter: die Anti-AKW-BI's müssen sich von den Jusos, kirchlichen Gruppen und anderen Naturschutzverbänden vormachen lassen, was hartnäckige, unverdrossene Aufklärungsarbeit heißt. Während wir nicht in der Lage sind, eine für den Herbst beschlossene bundesweite Aktion zum Thema Entsorgungspleite zu diskutieren bzw. praktische Schritte zur Umsetzung einzuleiten, bereiten die Braunschweiger Jusos für den Herbst eine KONRAD-Konferenz vor, der Trägerkreis reicht über die Gewerkschaften, Kirchengruppen, Landvolk und GRÜNE bis zur SPD. Daß BI's überhaupt noch dabei sind, mag fast verwundern! Ich halte unsere Politik seit einiger Zeit für verhängnisvoll. Sicher: die »Skandale«, Unfälle etc. der Gegenseite werden unseren Bestand sichern helfen. Ausgangspunkt für mein Engagement für die Zusammenarbeit »Alt/Neu« waren jedoch Überlegungen folgender Art:

* Wie kommen wir weg von der bloßen **Reaktion** auf Katastrophen und Beinahe-Unfälle, »Skandale« und Bestechungsgeschichten?

* Wie kommen wir politisch in die **Offensive?** Wo sind die Ansatzpunkte dafür, daß wir als Anti-AKW-Bewegung GRÜNEN, oder gar der SPD, »unsere« Themen überlassen und ein bloßes Anhängsel — wenn auch ein radikales — etablierter Gruppierungen werden?

Eines war klar: wenn es nicht einmal gelingen würde, innerhalb der Anti-AKW-Bewegung trotz aller Meinungsverschiedenheiten über Aktionsinhalte und -ziele einen Konsens herbeizuführen, wenn die Zersplitterung und Ghettoisierung weiter um sich greifen würde, wäre das politische Feld für die Parteien frei, Engholm tritt dann als Sprecher der Anti-Atom-Bewegung auf, und wir gucken dann nur noch Tagesschau...

(sic!!) Mitte November in Braunschweig, einen Abschalttag und einen Tschernobyl-Jahrestag zu organisierren, übertüncht lediglich die allgemeine Desorientierung — oder zeigte sie gerade.« (77/()

Leider berichten die Autoren nichts über ihre gescheiterten Versuche einer Zusammenarbeit. Sie schreiben auch nicht, warum sie gerade diese Kontakte auf den Konferenzen und die daraus resultierenden Aktionsvorschläge für desorientierend halten. — Ich halte gerade das für einen Ausdruck politischer Ratlosigkeit, sich immer wieder selbstgefällig oder besserwisserlich lediglich auf das eigene politische Spektrum zu beziehen und dabei Berührungsängste ideologisch zu verklären.

allen Erklärungen hat die **Kriminalisierung** der AKW-GegnerInnen eine bestimmte Rolle gespielt — die Rolle des Staates und des Kapitals wurden klar benannt. Kurz: die politische Diktion wurde schärfer, die Forderungen radikaler, die Devise hieß sowieso unverrückbar — ABSCHALTEN SOFORT!
Aufgrund der Rückmeldungen bei uns können wir festhalten: die Beteiligung an dieser speziellen Aktion, die eher als »politische Rahmenerklärung« zu verstehen ist, wobei jede Ini frei in der Aktion blieb, hatte gegenüber dem ABSCHALTTAG leicht zugenommen. Die Texte kursierten über die Rundbriefe und es ist absolut unmöglich, einen Aktionsbericht zu geben: zu viel und zu Unterschiedliches ist in der Woche geschehen.

Abschalttag

Der Tag als bundesweiter Aktionstag war **selbstbestimmt** . Das Motto am Schalttag, also am 29. Februar, lautete »Abschalten-umschalten«. In der Auseinandersetzung um die Inhalte des bundesweiten Flugblatts betonten die »Neuen«, die ja mit Infoständen und Flugis weitaus mehr direkt konfrontiert mit der Öffentlichkeit waren (sind), es komme darauf an, über die Kritik an der Fortsetzung der Atomenergiepolitik der Bundesregierung auch Ansätze aufzuzeigen, daß eine Energieversorgung ohne AKW's möglich ist. Die aktuellen Ereignisse wurden selbstverständlich mit aufgegriffen, so daß am 29.2. exakt 97 Ini's mit Straßentheater, Fässerrollen, Infoständen, Flugis und Saalveranstaltungen an die Öffentlichkeit gingen. Auffällig war, wie dann auch in der TSCHERNOBYL-AKTIONSWOCHE, daß die Aktionen ausschließlich aus dem »neuen« Spektrum und von den Standort-BI's getragen wurden. Obwohl am 29.2. von diesen Gruppen für die 4 Demos am 5.März mobilisiert wurde, ignorierten die städtischen Ini's die hier bereits gewachsene Infrastruktur. Selbst in den Städten, wo z.B. Mütter und Väter-Initiativen diese Aktion trugen, gab es kaum Beispiele für eine direkte Auseinandersetzung oder gar eine Form der Zusammenarbeit, die es ermöglicht hätte, sich anzunähern oder die Grenzen einer Zusammenarbeit auszuloten. Die einzigen, die sich explizit dazu geäußert haben, sind die VerfasserInnen der Dokumentation *»Bayern im Herbst«* (zu den Herbstaktionen gegen die WAA): *»Eine Auseinandersetzung zwischen dem traditionellen Teil der Anti-AKW-Bewegung und den nach Tschernobyl spontan entstandenen Gruppen wurde versäumt. Versuche, dies nachzuholen, sind gescheitert — eine Verquickung von dem radikalen Lebensanspruch der "Mütter gegen Atomkraft" und der radikal-militanten Politik der Anti-AKW-Bewegung hat nicht stattgefunden. Ein Abbröckeln beider Strömungen ist momentan Realität. Der Beschluß der letzten Atommüllkonferenz*

TSCHERNOBYL-AKTIONSWOCHE

Die Diskission um die Aktionswoche wurde auf der Atommüllkonferenz in Neuwied ausführlich geführt. Vorteilhaft war auch, daß eine AG die interne Auswertung des ABSCHALTTAGES hatte vornehmen können, bevor es zur bloßen Wiederholung des Aktionsablaufes vom 29.2. hätte kommen können. Zum einen wurden wesentliche Verbesserungen vorgenommen im Hinblick auf die Gestaltung der Flugis, es gab von der Frauenkette Berlin ein bundesweites Plakat. Entscheidend war aber, daß sich herauskristallisiert hatte, die Aktionswoche könne Gefahr laufen, den Warenhauskatalog der alten/neuen Anti-AKW-Bewegung zu präsentieren und außerdem zu einer reinen Memory-Veranstaltung geraten. D.h. die Problematik von Gedenktagen war uns sehr wohl deutlich vor Augen. Wir haben deshalb nach Ansätzen gesucht, wie wir über den reinen Gedenkcharakter hinauskommen könnten. Themenschwerpunkte waren als eine Art Kompromiß zwischen der Erinnerung an den SuperGAU und der Perspektivdiskussion: VERDRÄNGEN, VERGESSEN, VERHARMLOSUNG und DER GRIFF ZUR BOMBE. Dabei sollte über die Proliferationsgefahr, Hanau, Gronau und Wackersdorf herausgearbeitet werden, daß es keine Trennung ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie gibt. Die Frage war auch, **ob es neue Bündnismöglichkeiten** (Ostermarschbewegung) geben könnte. Wichtig dabei auch: bei

Auf der Frühjahrkonferenz in Trebel haben wir in unserer AG ein Resumee versucht. Ich würde sagen: die Sache ist offen. Die Chance, eine offene und ungeschminkte Bestandsaufnahme unserer Politik mit strategischen Überlegungen, wie ich sie an den Anfang gestellt habe, zu verknüpfen, ist nach wie vor möglich. Und nötig! Es sei denn, Ihr seid da anderer Ansicht? Darüber möchte ich gerne streiten.

WIE DINGE ZUSAMMENKOMMEN KÖNNEN

In der AG »Alt/Neu« auf der Trebeler Frühjahrskonferenz standen zwei Positionen kontrovers gegenüber: In welcher Richtung sollten wir in Zukunft vesuchen, ein Mehr an Eigenständigkeit und Durchsetzungskraft zu entwickeln? Indem wir uns anderen sozialen und politischen Bewegungen (z.B. den Gen-KritikerInnen gegenüber) mehr öffnen und Bündnisse suchen? Oder indem wir eine Zusammenarbeit mit Kräften anstreben, die auch — wenngleich nicht in erster Linie — AKW-GegnerInnen sind (z.B. BUND, IPPNW)? — Im Hinblick auf die Herbstkonferenz vom 4.-6. November in Nürnberg wurde verabredet, zumindest die Auftaktveranstaltung mit politischen Kräften des außerparlamentarischen Spektrums wie IPPWN, Dritte-Welt-Gruppen, Robin Wood etc. gemeinsam auszurichten. Themenschwerpunkt sollte nach unserer Vorstellung sein: Verhinderung von Atommülltransporten. Warum? Weil der Sofortausstieg aus der Atomenergie, den wir fordern, sich materialisiert an der Frage, wollen wir Transporte verhindern oder nicht. Das ist eine entscheidende Trennungslinie gegenüber den politischen Kräften (SPD und Teile der GRÜNEN), die einem »sanften« Ausstieg das Wort reden. Zweitens wird sich zeigen, ob wir trotz der politischen Meinungsverschiedenheiten an bestimmten Punkten konsens- und bündnisfähig sind. Dieses Vorgehen setzt aber voraus, daß »alte« und »neue« Ini's sich vor Ort verständigen, daß sie die Kontakte mit den Regionalgruppen der Ärzte und Naturschutzverbände herstellen, daß sie, wenn möglich, auch Kontakte zu Eisenbahnern knüpfen etc. Eine Podiumsdiskussion mit den »SpitzenvertreterInnen« o.g. Verbände o h n e die Absprachen daheim ist ein Popanz.

Wolfgang Ehmke

Die Verhaftung
Geda

Wie der »Nährboden für verfassu
Einschränkung der Meinungs- und Pre

Das Bundeskabinett hat am 16. Dezember 1987 ein »Artikelgesetz zur inneren Sicherheit« beschlossen. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll der Entwurf als Gesetz noch vor der Sommerpause vom Bundestag verabschiedet werden. Dieses Artikelgesetz enthält eine breite Palette von Neuerungen im Strafrecht und Strafprozeßrecht. Nur ein Teilbereich davon, die Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten und die Einführung eines strafbewehrten Vermummungsverbots,sind bisher Gegenstand öffentlicher Diskussion gewesen.

Dies läßt jedoch die ganze Tragweite des Entwurfs in einem falschen Licht erscheinen. Besonderes Augenmerk sollte nach unserer Meinung auch der geplanten Einführung eines § 130b (»Öffentliche Befürwortung von Straftaten«) in das Strafgesetzbuch geschenkt werden. Die geplante Norm stellt ein sogenanntes Meinungsäußerungsdelikt dar; sie soll Schriften wie auch Äußerungen in Versammlungen betreffen, die das Ziel haben, »die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, durch die Begehung einer solchen Tat den öffentlichen Frieden zu stören: Verstöße gegen den geplanten § 130b StGB sollen mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe, in besonders schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren, bestraft werden.

Die Bundesregierung begründet einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf mit der Notwendigkeit, politisch motivierten Gewalttaten wirksam begegnen zu können. Die Ermordung von Polizeibeamten an der Startbahn-West in Frankfurt wird hierfür genannt. Staatsgefährdenden Gewaltaktionen soll also, nach Ansicht des Kabinetts, schon im Vorfeld mit strafrechtlichen Mitteln entgegengewirkt werden, weil die Befürwortung von Gewalttaten aggressionsstimulierend wirke und ein Klima schaffen könne, in dem solche Delikte gedeihen und dadurch der Boden für entsprechende Taten vorbereitet wird.

Mit der geplanten Einführung des § 130b StGB, der die öffentliche Befürwortung von Straftaten unter Strafe stellt, sehen wir das »Grund- und Menschenrecht der Meinungs- und Pressefreiheit (Artikel 5 Grundgesetz; Artikel 19 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) gravierend beeinträchtigt. Bestärkt sehen wir uns in dieser Auffassung insbesondere durch die Tatsache, daß der geplante § 130b StGB seinem wesentlichen Inhalt nach dem früheren, zu trauriger Berühmtheit gekommenen § 88a StGB entspricht.

Dieser § 88a StGB wurde von der SPD/FDP-Koalition durch das 14. Strafrechtsänderungsgesetz vom 22. April 1976 eingeführt. Diese Strafnorm (»Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten«) löste unrühmliche Aktivitäten von Staatsanwaltschaften und Polizei aus. Buchhandlungen wurden durchsucht, Bücher wie Franz Mehrings »Deutsche Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts« sowie eine Dissertation über »Agrarprobleme in Tansania« wurden - zumindest vorübergehend - beschlagnahmt. Zwischen 1976 und 1979 wurden aufgrund des § 88a StGB 111 Ermittlungsverfahren eingeleitet - vorwiegend gegen Buchhändler und Drucker. Lediglich sechs Personen wurden jedoch verurteilt.

Auf Initiative der FDP wurde der § 88a StGB im Februar 1981 durch das 19. Strafrechtsänderungsgesetz mit den Stimmen der SPD/FDP-Koalition wieder abgeschafft - gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und des Bundesrats. Was der Gesetzgeber 1976 nämlich nicht vorausgesehen hatte, war der breite Protest in der deutschen Öffentlichkeit, der sich jahrelang gegen den § 88a gewandt hatte. Buchhändlervereinigungen ebenso wie Schriftsteller und Filmemacher (Heinrich Böll, Volker Schlöndorf, Alexander Kluge) forderten seine Streichung aus dem Strafgesetzbuch.

Seit der Abschaffung dieser Strafnorm hat jedoch die CDU/CSU auf Bundestags- bzw. Bundesratsebene nichts unversucht gelassen, diesen Paragraphen in neuem Gewande wieder einzuführen. Bei anderen »Meinungsäußerungsdelikten« war diese Politik schon erfolgreich. Erhebliche Tatbestandserweiterungen und Strafverschärfungen sind bereits in Kraft: Durch das »Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus« vom 19. Dezember 1986- im Gefolge der Ermordung des Diplomaten Gerold von Braunmühl- wurde der FDP eine Verschärfung des § 130a StGB (»Anleitung zu Straftaten«) abgetrotzt. (Dessen Vorläufer, der § 130a alter Fassung, war im Februar 1981 aus denselben Gründen wie der § 88a StGB abgeschafft worden.)

Seine »Premiere« erlebte der neue §130a bereits im Januar 1987, als er zur Begründung des Versammlungsverbots für die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Gruppen in Regensburg herhalten mußte; der Reader mit Beiträgen von Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet enthalte, so hieß es, »Aufforderungen zu Gewalttaten«. Das erste gerichtliche Verfahren gegen einen Redakteur der *tageszeitung* wegen Veröffentlichung zweier Bekennerbriefe von Hamburger Kaufhausbrandstiftern endete am 3. Dezember 1987 vor einem Berliner Schöffengericht mit einem für die Anklagebehörde blamablen Freispruch.

Ebenso wie der neu gefaßte und bereits in Kraft befindliche §130a StGB soll auch der im Entwurf vorliegende § 130b StGB nach dem Willen des Kabinetts tatbestandsmäßig viel umfassender sein als dessen Vorläufer (§ 88a StGB). Insbesondere sollen sogenannte Umgehungshandlungen unter Strafe gestellt werden. Das heißt, eine Schrift oder ein Beitrag auf einer öffentlichen Versammlung, die eine rechtswidrige Tat befürworten, werden nicht mehr »ihrem Inhalt nach dazu bestimmt sein« müssen, die Bereitschaft anderer zu fördern, um strafbar zu sein. Es wird vielmehr genügen, daß sie »aus dem

der gefährlichen nken

gsfeindliche Gewalttaten« durch ssefreiheit ausgetrocknet werden soll

Gesamtzusammenhang des Verhaltens so verstanden werden können«.

Die geplante Vorschrift des § 130b StGB ist, ebenso wie der § 130a StGB, entgegen dem behaupteten gesetzlichen Regelungsbedarf überflüssig, was letzlich auch zur Abschaffung der Vorläuferbestimmung durch die SPD/FDP-Koalition im Jahr 1981 geführt hat. Von Praktikerseite wurde bereits anläßlich des im gesetzgeberischen Hauruckverfahren durchgepeitschten »Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus vom 19. Dezember 1986« darauf hingewiesen, daß das Strafgesetzbuch bereits ein reichhaltiges Arsenal von strafrechtlichen Bestimmungen enthält, die den »inneren Frieden« schützen sollen und deren erklärter Zweck die Verfolgung von Gewaltaufrufen und das Billigen von Gewalt ist: § 140 StGB sanktioniert bereits die »Billigung und Belohnung von Straftaten«, § 131 StGb die »Verherrlichung oder Verharmlosung von Gewalt«, § 126 StGB die »Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten« und § 111 StGB die »Öffentliche Aufforderung zu Straftaten«. Außerdem dürfte sich wohl kein Terrorist in seinem Agieren davon beeindrucken lassen, daß die »Befürwortung von Straftaten« unter Strafe gestellt wird.

Die geplanten Vorschriften des § 130b StGB - gleiches gilt für § 130a StGB - bieten die Gefahr der Praktizierung von Gesinnungsstrafrecht. Diese Gefahr bestand schon beim alten § 88a StGB. Die Gefahr der Praktizierung von Gesinnungsstrafrecht besteht aber noch in viel größerem Maße bei dem nunmehr ins Auge gefaßten erweiterten Tatbestand. Die objektive Tatbegehung bietet keinerlei Indizien mehr für das sozial unwerthafte oder werthafte Handlungsziel. Ein solches kann also nur - abgesehen von dem bestimmt seltenen Fall, daß der Täter seinen Vorsatz eingesteht - aus Randumständen und dem »Umfeld« geschlossen werden. Der Leserbrief im *Spiegel* oder in der *FAZ* dürfte wohl straffrei bleiben, während er in der *taz* oder in einem kleinen Infoblatt ein Strafverfahren einbringen kann, wenn vom Autor- nach Ansicht der Ermittlungsbehörden- zuviel Verständnis für bestimmte Straftaten geäußert wird.

Der geplante § 130b StGB führt zu einher weiten Vorverlagerung des strafbaren Bereichs und steht damit im Gegensatz zu einem am Rechtsgüterschutz orientierten Strafrecht. An diesem Punkt wird die traditionelle Abhängigkeit (Akzessorietät) der Strafbarkeit von der Rechtsgutverletzung aufgegeben. Der geplante § 130b StGB zielt vornehmlich auf Einschüchterung und Abschreckung vor allem der Teile der Bevölkerung, die sich kritisch am politischen Meinungsbildungsprozeß beteiligen. Dies zeigt gerade auch das krasse Mißverhältnis der großen Zahl von Ermittlungsverfahren zu den wenigen Verurteilungen aufgrund des alten § 88a StGB. Denn schon die Gefahr, mit einem staatsanwaltlichen Ermitlungsverfahren überzogen zu werden (mit allen Folgeerscheinungen, einschließlich Hausdurchsuchung und Beschlagnahme), stellt für den Bürger ein unzumutbares Risiko dar, auch wenn es im nachhinein nicht zu einer Verurteilung kommt. Ein Einschüchterungseffekt ist dadurch bereits entstanden, zumal die Ermittlungen und Verhaftungen durch die negative Publizität in der Presse eine zusätzliche emotionale Vervielfältigung erfahren. So erscheint schließlich eine Reihe von Handlungen im Bewußtsein der Bevölkerung als strafbar, die es »in Wirklichkeit« gar nicht sind.

Wenn die Bundesregierung, eingedenk der negativen Erfahrungen mit dem alten § 88a StGB vor den Strafgerichten, dennoch gesetzgeberischen Bedarf an einer solchen Norm bekundet, kommt es ihr letztendlich nicht auf Verurteilung, sondern gerade auf die präventive Wirkung solcher Normen im Vorfeld des Strafrechts an, nämlich freiwillige Selbstkontrolle von Autoren,

Druckern und Verkäufern. Die Einführung einer solchen Strafnorm bringt somit immer den Zwang zur Selbstzensur mit. Es muß befürchtet werden, daß dadurch jegliche öffentliche Auseinandersetzung um die Anwendung von Gewalt mit den Mitteln des Strafrechts, mit der Durchsuchung von Buchhandlungen und der Beschlagnahme von Schriften unterdrückt wird.

Die »Verhaftung von gefährlichen Gedanken« war der Wunschtraum einer feudalen, vordemokratischen Obrigkeit. Öffentlicher Protest kann verhindern, daß Selbstzensur mit den Mitteln des Strafrechts zukünftig auch unseren politischen Alltag bestimmt, wo Meinungs- und Pressefreiheit, was ein Zensurverbot mit einschließt, garantiert sind. Es liegt an einer wachen demokratischen Öffentlichkeit, ob die »Verhaftung der gefährlichen Gedanken« lediglich Wunschtraum politisch Verantwortlicher bleibt.

Internationale Liga für Menschenrechte Berlin (West)

Ein Jahr nach den ein halbes Jahr nach

»He! Hast du schon gehört, ein Kind ist in den Brunnen gefallen?«
»Klar, wir kippen gerade Steine drauf!«

Wurde von den Libertären Tagen die mangelhafte soziale Einbindung, verselbständigte Verhaltensmuster sowie selbstgefällige Ghettobefindlichkeit beklagt — um nur einige Stichpunkte der Grundsatzdiskussion zu nennen so wurden mit den Ereignissen um den 2.11.87 und mit dem, was danach folgte die Rechnung für eben jene festgestellten Mängel präsentiert.

Zwar war die Demonstration selbst berechtigt — einerseits aus dem aktuellen Anlaß (weitere Rodungen und Ausbau der Flughafeninfrastruktur), andererseits im Bemühen um Kontinuität (Hüttendorfräumung vor 6 Jahren) und »Wachhalten« der Erinnerung im Flughafenwiderstand — so muß doch festgestellt werden, daß wir dieses wie auch schon die letzten Jahre ein stückweit unserem eigenem Protestritual erlegen sind (Sowohl Hinweg als auch Rückzug der abendlichen Demonstration erfolgte nach für beide Seiten »bewährten« und schon oft praktizierten Schemata, vor allem mit dem berechtigten Grund größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten). Die Diskussion über unsere (BI und Flughafenbewegung) Verantwortlichkeit muß u.a. an der Frage geführt werden, inwieweit dieser ritualisierte Teil unseres Widerstandes gegen den Moloch Flughafen, wenn obgleich nicht als direkte Ursache (wie es gerne von staatlichen Institutionen dargestellt wird), so doch als »Deckung« für die Schüsse herhalten konnte. Dies weniger wörtlich auf den Abend zu beziehen (Wer hat wann, wie und vor allem warum geschossen?), sondern als eine grundsätzliche Fragestellung zu begreifen, die sich mit Andiskutiertem (Stichwörter: Militanz als Selbstzweck, verselbständigte Verhaltensmuster, etc.) weiterbeschäftigen muß ist die nun bitter bestätigte Notwendigkeit.

Die Nachricht über zwei auf der Demonstration getötete Menschen (und das waren sie, wenn auch als Teil einer tödlichen Maschinerie) wurde ungläubig und fassungslos aufgenommen. Daß es an der Startbahn West einmal Tote geben könnte, wurde von vielen spätestens seit der üblen Hüttendorfräumung 1981 für möglich gehalten. Wie tödlich der Polizeiapparat sein kann, hat sich zuletzt bei Günter Sare gezeigt — die, die bei der Demonstration umgebracht wurden, und es sind ihrer viele — es gab sie bisher immer auf unserer Seite.

In einem Zustand des Schocks und der Verunsicherung brach der Polizeiapparat, selbstredend hochmotiviert mit voller Härte und den üblichen Methoden herein. Es fiel den Statthaltern staatlicher Macht in dieser Situation nicht schwer, die unverbindlichen Strukturen der Szene unter Druck zu setzen.

Konsequenterweise lief in dieser Drucksituation »eine ganze Menge nach unten weg«, was in »ruhigen Zeiten vom Szeneschwamm aufgenommen worden war«. Diese Aussageflut ist Ergebnis des Mangels innerer Auseinandersetzungen, persönlichen Kennens, Vertrauens und Verläßlichkeit.

Über Verräter — Sanktion und Strafe durch uns?

Ein Mangel zeugt den nächsten, und so steht die Szene heute vor dem Problem des Umgangs mit all denjenigen, die den Drohungen, den staatlichen Erpressungen und der Angst nicht standhielten und Aussagen machten. Diese zum Teil schwerbelastenden Aussagen und Geständnisse schüren Unsicherheit und Mißtrauen, sind wesentliche Ursache der Entsolidarisierung untereinander. Viele haben versucht, die Verbindung trotz alledem nicht abreißen zu lassen und sich auch immer wieder um eine Klärung der Ursachen bemüht. Aber es gab auch autonome Flugblätter gegen einzelne »Verräter« und aus der Unklärbarkeit des Konfliktes heraus die Drohung des »Ausschlusses aus sozialen und politischen Zusammenhängen«. Mit anderen Worten und um es klar zu sagen: »Wir« sind in eine Lage geraten, in der »Wir« anderen mit Sanktion und Strafe drohen und es ist zu befürchten, daß sich diese Tatsache verschärft oder gar zu entgleisen droht.

Als Libertäre definieren wir Sanktion und Strafe als Macherhaltungsmittel. Wir haben allzuoft am eigenen Leib erfahren müssen, wie gerne sich die institutionalisierte Macht in Ost und West sich dieser Mittel bedient. Wir sprechen dem Staat ab, mittels der Justiz, der Knäste und der Psychiatrien sich seiner »Problemfälle Mensch« zu entledigen. Obwohl wir wohl alle in unserer Alltäglichkeit nicht davon frei sind »im Kleinen« zu sanktionieren und zu strafen, haben wir immer ein mehr als kritisches Verhältnis zu »Problemlösungen« dieser Art angestrebt. Im Umgang mit Leuten, die Aussagen gemacht oder Bilder vom 2.11. verkauft haben, läuft die Szene Gefahr, einmal mehr unkritisch eben jene Methoden anzuwenden, sei es auch unter dem zugegebenermaßen extremen Druck der Verhältnisse. Reproduzieren wir nicht wieder einmal das System? Bestraft wird, wer sich asozial verhält, wer sich nicht fügt, wer den Bestand des sozialen Ganzen gefährdet. Es ist sicher notwendig, dem Ausverkauf einer sozialen Bewegung entgegen zu treten. Dies hat jedoch, vor allem im Bewußtsein eigener Unzulänglichkeiten und Versäumnisse im Vorfeld, hochsensibel und differenziert zu geschehen. Jede Tendenz, die sich in Richtung einer »Verräterschwein-Mentalität« entwickelt, ist genauso gefährlich wie die Weitergabe von Informationen und anderem Material an Leute, die nur unser Ende wollen. Als Anarchisten haben wir uns menschlichen Umgang auf die Fahnen geschrieben. Dies gilt, auch wenn es schwerfällt, auch für jene, die uns und sich selbst sehr schaden. Ein »es sich leicht machen« und »aburteilen« darf es unsererseits selbst in extremen Situationen nicht geben — sonst wird es irgendwann einmal so sein, daß es an gelebten Inhalten nichts mehr zu schützen gibt.

Wir haben es versäumt, die notwendigen Diskussionen bis ins Stadium der Verbindlichkeiten zu entwickeln. Dies oft aus der falschen Angst heraus, es könnte die Bewegung die Vielfalt oder die Breite kosten. Das Gegenteil ist jetzt der Fall. Der heute von einigen beklagte Mangel an moralisch-politischem Niveau wird zur klingenden Worthülse, wenn nicht klar wird, was für eine Moral gemeint ist und daß sich eine solche auch auf alle, die gemeinsam handeln und in Be-

Libertären Tagen — den Schüssen...

ziehung stehen, erstrecken sollte. Dies unterscheidet letztlich ein soziales Netzwerk, welches unter verbindlichen Knotenpunkten verschiedene vielfältige Ansätze verbindet vom Politszeneschwamm, der unter bornierten, oberflächlichen, aber um so strenger gehandhabten Szenenormen bereit ist, alles in sich aufzunehmen bzw. auszugrenzen. (Eine Frau beschrieb dieses auf den Libertären Tagen mit dem Gefühl vor einer Reihe leerer Lederjacken zu sitzen...). Dieser so oft wahrnehmbare Zustand steigert sich zur Unerträglichkeit, wenn sich auf dieser Grundlage Leute auch noch aktionsmäßig übernehmen und somit das Verhältnis innerer Menschlichkeit und Klarheit im krassen Gegensatz zur Tragweite ihrer Aktionen stehen. Politische Fassadenhaftigkeit der »Sozialrevolutionären Potemkinschen Dörfer« (= Papiertiger, d. Red.) tritt spätestens in einer Situation wie sie zur Zeit im Rhein-Main-Gebiet herrscht offen zutage.

In dieser Lage verschärfter Repression zeigt sich, wie schwer ein weiteres Versäumnis wiegt (Stichwort: Ghetto). Dem genannten Manko innerer Struktur steht praktisch spiegelbildlich die relative Isolation nach außen gegenüber.

Versuche, die sogenannte liberale Öffentlichkeit zum Thema Startbahnrepression zu informieren, geschweige denn zu mobilisieren, sind bis auf minimale Ausnahmen im Ansatz steckengeblieben. Wie auch das »Verbindungen spielen lassen«, auf die wir in selbstgefälliger Arroganz jahrelang verzichten konnten. Ich meine damit nicht die plumpe Anbiederung an die bestehenden Machtstrukturen am Beispiel der Grünen (»Reißt die Masken runter, schmeißt die Zwillen weg«), sondern das Führen von Auseinandersetzungen mit unserer Umgebung, den Austausch von Inhalten, ohne die Aufgabe elementarer libertärer Positionen. Düster zeichnet sich das Bild unserer sozialen Verankerung — bis auf Ausnahmen ist von Solidarität, die über unsere ureigensten Kreise hinausgeht, wenig zu spüren. Leider, denn anders als im Deutschen Herbst 77 ist die sogenannte Öffentlichkeit weitaus weniger von staatlicher institutioneller Seite aus für die Terrorbekämpfung mobilisierbar. Neben den zähen, trägen, aber doch feststellbaren Veränderungen in den Köpfen vieler Menschen im Zeitraum der letzten zehn Jahre, haben sicher Barschels Badewannentod sowie der Atommüllskandal, um nur zwei Stichworte zu nennen, aktuellerweise dazu beigetragen, die von staatlicher Seite aus gehegten und gepflegten Feinbilder anzukratzen. Es ist in dieser Situation also beileibe kein Zufall, wenn anders als 77 die Bevölkerung aus dem Konflikt von Seiten der BWA herausgehalten werden soll.

Um so unangenehmer ist es, daß zu einem Zeitpunkt zumindest partiell schwindender Staatsloyalität nur wenig funktionierende Strukturen und Einzelpersonen zur Verfügung stehen, die teilweise selbst ständig hart an der Grenze der Kriminalisierung entlanghangelnd, ein Minimum an Öffentlichkeit herzustellen in der Lage sind.

Blockierung inhaltlicher Auseinandersetzung — durch kräftezehrende Repressionsbekämpfungsaktivitäten...

Dieser, von unseren Gegnern beabsichtigte Effekt, birgt die Gefahr, sich fast nur noch auf den Repressionsreigen einzulassen. Dies unter Vernachlässigung der eigentlichen ursprünglichen Anliegen. Tanzmeister auf diesem Parkett ist der Staat, und der bestimmt die Regeln. Es ist der Anfang vom endgültigen Ende, wenn sich eine ganze Gruppe, Initiative oder sogar eine ganze soziale Bewegung zu sehr von der (notwendigen) Antirepressionskampagne inhaltlich gefangennehmen läßt.

Am Beispiel Flughafen sieht dies zur Zeit so aus, daß die sowieso seit langem mit dem Problem »Perspektive« kämpfenden BI-Strukturen sich mehr der Repressionsbekämpfung widmen, als der aktuellen Flughafenerweiterung. Im Allgemeinen ist doch wohl eher der Umkehrschluß anzuraten: Die Auseinandersetzung mit der Repression darf nur ein Teil des Gesamten sein, denn die weitere konsequente Verfolgung der ursprünglichen Anliegen ist nicht nur notwendig, sondern auch selbst eines der besten Argumente gegen den Druck von außen. (Es wird zur Zeit versucht, dieses Problem durch bessere Arbeitsteilung zwischen BI, EA's und bunter Hilfe in den Griff zu kriegen.

Ansätze

Wie die Probleme angehen, die uns mit den Ereignissen im Rhein-Main-Gebiet mal wieder so drastisch vor Augen geführt wurden? Sie unterscheiden sich im übrigen vom Prinzip her wenig von denen anderer Regionen: Andächtige Schweigeminuten auf heikle Fragen erleben, die nach den Schüssen durchgeführt wurden.

Wir sind ein Teil der Mauer, gegen die wir laufen

Es gibt ihn nicht, den berühmten Stein der Weisen. Wir werden auch weiterhin den Zweifrontenkrieg zwischen den fließenden Grenzen eigener Trägheit des Denkens und des Handelns auf der einen und der staatlichen Machtstruktur auf der anderen Seite führen müssen. Unser aller Bequemlichkeit in den eingefahrenen Gleisen der »Politroutine« weiter zu machen ist offensichtlich. Ein Großteil der Kräfte erschöpft sich in der scheinbaren Bewältigung von Tagespolitik: Eine Kampagne jagt die nächste (Was kommt, auch wenn's nicht so geplant war, nach IWF?) Unkontinuität und Unverbindlichkeit verhindern weitgehend die Entwicklung relevanter sozialer Bewegungen, die nicht nur das Denken politischer Eintagsfliegen führen. Innere und äußere Strukturmängel, moralisch-philosophische Leere, alles Stichworte, die durch gebetsmühlenhafte Wiederholung zu Schlagworten verkommen. Abgesehen davon, daß sich ein Teil der Szenerie schon der Kenntnisnahme all dieser Selbstkritik entzieht, haben wir alle erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung auch nur einfacher Zusammenhänge.

Was tun? — Welche Überlegungen sind nötig?

Entscheidend ist die Tatsache, daß es den einzelnen gesellschaftlichen Knackpunkt, an dem es einzusetzen gälte, nicht gibt. Ein System, aufgebaut auf Herrschaft des Menschen über den Menschen, funktioniert auf diesem gemeinsamen Nenner in tausenden von Spielarten und auch Widersprüchen. Aber keiner dieser Widersprüche ist für sich allein genommen geeignet, das System als Ganzes zu gefährden. Das Prinzip Macht und Herrschaft stellt sich zwar in Teilbereichen dar, ist aber in seiner Gesamtheit nie über den Teilbereich aufzulösen. Diese Tatsache entbindet uns nicht der Notwendigkeit, Kämpfe in Teilbereichen zu führen und Erfahrungsprozesse zu erleben — darf aber nicht zur Illusion werden, den entscheidenden Hebel zur Umstrukturierung in der Hand zu haben. Das Prinzip »Staat« als organisierte Herrschaft reproduziert sich hochflexibel selbst in Bereichen, in denen wir ansatzweise Veränderungen bewirken konnten — ja, es reintegriert anfangs unbequeme Inhalte, macht sie dem System gefügig. Die Ökologiebewegung, die sich an einem Teilwiderspruch des Systems entwickelte und eine breite Palette an Alternativideen und Widerstandsformen entfaltete, wurde sowohl ökonomisch als auch politisch wieder ins »Gemeinwesen« zurückgeführt und so entschärft (In diesem Sinne sind die Grünen eine Art Pendant zur Bioseife in der Bioecke des Supermarktes). Kämpfe in gesellschaftlichen Teilbereichen verkümmern zu Reformen, die nicht nur verkraftet, sondern teilweise sogar gewünscht werden. Selbstverwaltete Betriebe dienen u.U. der Entlastung der Arbeitslosenstatistik, staatlich geförderte Frauenprojekte der kompensativen Selbstfindung der unterprivilegierten Frau...

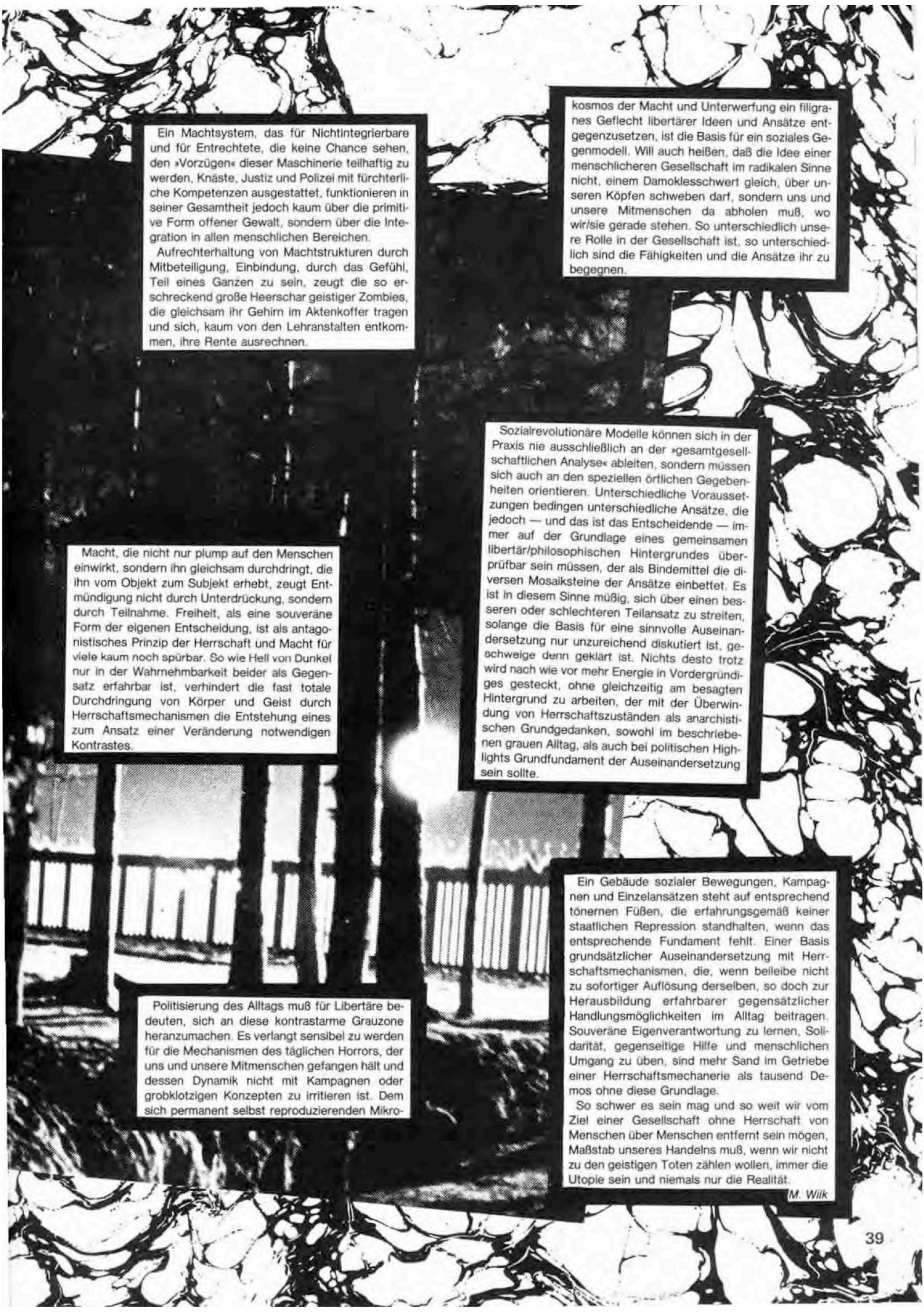
Bei der faszinierenden Fähigkeit, sowohl jedes einzelnen Menschen, als auch im Mechanismus des Gesamten, geknackte Hierarchien durch andere Bereiche zu kompensieren, heißt dies konsequenterweise Arbeit an einem umfassenden, möglichst bunten, mosaikartigen sozialen Gegenmodell. Eines Mosaiks gesellschaftlicher Teilansätze, die gleichgerechtigt nebeneinander stehen, einen geamtgesellschaftlichen Anspruch zu formulieren in der Lage sind; verbunden durch das Streben nach größtmöglicher Souveränität des Individuums als kleinster Einheit eines jeden Kollektivs.

Ein Wegbewegen von der Überzeugung, nur der eigene momentane Ansatz sei der einzig richtige und relevante, ist dafür Bedingung. Verbindungen untereinander aufzunehmen, der Ereinzelung entgegenzuwirken, die Vernetzung mit dem Ziel zu betreiben. Hierarchie und Herrschaft zu knacken, sind die Voraussetzungen für eine schon jetzt gelebte Möglichkeit menschlichen Miteinanders.

Zugegebenermaßen ist es schwer, diesem Anspruch gerecht zu werden. Ein Räderwerk funktionierender Machtmechanismen versteht es, dem Mensch unserer Breiten das Dasein als getriebenes und treibendes Rädchen als erfülltes Leben erscheinen zu lassen. Die Einbeziehung möglichst vieler ins Getriebe einer solchen Maschinerie, weg von wenigen, klar erkennbaren Mächtigen, ändert zwar nichts am Grundprinzip der Fremdbestimmung, erschwert jedoch deren Wahrnehmbarkeit beträchtlich.

Der Bogen läßt sich über alle sozialen Bereiche spannen. Projekte, im Einzelnen notwendiger positiver Ansatz werden, wenn nicht schon durch innere Probleme, so doch spätestens durch den sie umgebenden sozialpolitischen Imperativ förmlich weichgekaut, um dann geschluckt zu werden. Vorausgesetzt sie haben sich überhaupt aus der Phase des reinen Protestes in die der »gesellschaftlichen Realität« herübergerettet. Dieser Entpolitisierung zudem vereinzelter Projekte und Initiativen, entgegenzuwirken, ist ohne die Perspektive des berühmten gesellschaftlichen Anspruchs vergebens. Die Erkenntnis, daß das Prinzip Herrschaft sich zwar im Staat manifestiert, aber genauso in unseren Köpfen und Bäuchen zu Hause ist, spricht für die Entwicklung einer Denk- und Handlungsperspektive, die in unser aller Alltäglichkeit eben genau dieses Prinzip zum Objekt unserer Bemühungen macht.

Die Tendenz sogenannter Demokratisierungsmodelle spitz zulaufender Machtpyramiden nach oben abzurunden, verbunden mit dem Bemühen, hierarchisch zentralistische Unterwerfungsprozesse zugunsten eher flächig kreisender zu ersetzen, gehen in dieselbe Richtung. (es lebe der Teamgeist). Funktionsträger unter Funktionsträgern zu sein, verklärt den Blick auf eigene Entmündigung. Die Einbindung eines Großteils, natürlich nach wie vor Lohnabhängiger, in Entscheidungsebenen der unteren Kategorie, so wie die gleichzeitige Entrechtung anderer Teile der »nicht im größeren Maße Besitzenden«, tragen zur Solidarisierungsfähigkeit der von gleichen Herrschaftsverhältnissen betroffenen bei.



Ein Machtsystem, das für Nichtintegrierbare und für Entrechtete, die keine Chance sehen, den »Vorzügen« dieser Maschinerie teilhaftig zu werden, Knäste, Justiz und Polizei mit fürchterliche Kompetenzen ausgestattet, funktionieren in seiner Gesamtheit jedoch kaum über die primitive Form offener Gewalt, sondern über die Integration in allen menschlichen Bereichen.

Aufrechterhaltung von Machtstrukturen durch Mitbeteiligung, Einbindung, durch das Gefühl, Teil eines Ganzen zu sein, zeugt die so erschreckend große Heerschar geistiger Zombies, die gleichsam ihr Gehirn im Aktenkoffer tragen und sich, kaum von den Lehranstalten entkommen, ihre Rente ausrechnen.

kosmos der Macht und Unterwerfung ein filigranes Geflecht libertärer Ideen und Ansätze entgegenzusetzen, ist die Basis für ein soziales Gegenmodell. Will auch heißen, daß die Idee einer menschlicheren Gesellschaft im radikalen Sinne nicht, einem Damoklesschwert gleich, über unseren Köpfen schweben darf, sondern uns und unsere Mitmenschen da abholen muß, wo wir/sie gerade stehen. So unterschiedlich unsere Rolle in der Gesellschaft ist, so unterschiedlich sind die Fähigkeiten und die Ansätze ihr zu begegnen.

Sozialrevolutionäre Modelle können sich in der Praxis nie ausschließlich an der »gesamtgesellschaftlichen Analyse« ableiten, sondern müssen sich auch an den speziellen örtlichen Gegebenheiten orientieren. Unterschiedliche Voraussetzungen bedingen unterschiedliche Ansätze, die jedoch — und das ist das Entscheidende — immer auf der Grundlage eines gemeinsamen libertär/philosophischen Hintergrundes überprüfbar sein müssen, der als Bindemittel die diversen Mosaiksteine der Ansätze einbettet. Es ist in diesem Sinne müßig, sich über einen besseren oder schlechteren Teilansatz zu streiten, solange die Basis für eine sinnvolle Auseinandersetzung nur unzureichend diskutiert ist, geschweige denn geklärt ist. Nichts desto trotz wird nach wie vor mehr Energie in Vordergründiges gesteckt, ohne gleichzeitig am besagten Hintergrund zu arbeiten, der mit der Überwindung von Herrschaftszuständen als anarchistischen Grundgedanken, sowohl im beschriebenen grauen Alltag, als auch bei politischen Highlights Grundfundament der Auseinandersetzung sein sollte.

Macht, die nicht nur plump auf den Menschen einwirkt, sondern ihn gleichsam durchdringt, die ihn vom Objekt zum Subjekt erhebt, zeugt Entmündigung nicht durch Unterdrückung, sondern durch Teilnahme. Freiheit, als eine souveräne Form der eigenen Entscheidung, ist als antagonistisches Prinzip der Herrschaft und Macht für viele kaum noch spürbar. So wie Hell von Dunkel nur in der Wahrnehmbarkeit beider als Gegensatz erfahrbar ist, verhindert die fast totale Durchdringung von Körper und Geist durch Herrschaftsmechanismen die Entstehung eines zum Ansatz einer Veränderung notwendigen Kontrastes.

Politisierung des Alltags muß für Libertäre bedeuten, sich an diese kontrastarme Grauzone heranzumachen. Es verlangt sensibel zu werden für die Mechanismen des täglichen Horrors, der uns und unsere Mitmenschen gefangen hält und dessen Dynamik nicht mit Kampagnen oder grobklotzigen Konzepten zu irritieren ist. Dem sich permanent selbst reproduzierenden Mikro-

Ein Gebäude sozialer Bewegungen, Kampagnen und Einzelansätzen steht auf entsprechend tönernen Füßen, die erfahrungsgemäß keiner staatlichen Repression standhalten, wenn das entsprechende Fundament fehlt. Einer Basis grundsätzlicher Auseinandersetzung mit Herrschaftsmechanismen, die, wenn beileibe nicht zu sofortiger Auflösung derselben, so doch zur Herausbildung erfahrbarer gegensätzlicher Handlungsmöglichkeiten im Alltag beitragen. Souveräne Eigenverantwortung zu lernen, Solidarität, gegenseitige Hilfe und menschlichen Umgang zu üben, sind mehr Sand im Getriebe einer Herrschaftsmechanerie als tausend Demos ohne diese Grundlage.

So schwer es sein mag und so weit wir vom Ziel einer Gesellschaft ohne Herrschaft von Menschen über Menschen entfernt sein mögen, Maßstab unseres Handelns muß, wenn wir nicht zu den geistigen Toten zählen wollen, immer die Utopie sein und niemals nur die Realität.

M. Wilk

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

STAATSGEWALT in Wackersdorf

Vier Jahre politische Repression in der Oberpalz: Eine Zwischenbilanz

Seit die Standortentscheidung für eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf fiel, berichtete „atom" in jeder Ausgabe ausführlich über den Stand des Projekts wie über den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung. Nie wurde bislang eine derartig schillernde und vielfältige Widerstandskultur herausgebildet, wie sie in der Region Oberpfalz existiert, nie war aber auch bislang die Reaktion des Staates derartig repressiv wie dort. Dies gilt auch in Phasen relativer Ruhe, wenn die WAA nicht in den Schlagzeilen steht. Wenn in den letzten Monaten Dutzende von Oberpfälzer Kommunalparlamenten mehrheitlich Einwendungen gegen die zweite atomare Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA erhoben haben, zeigt das auch abseits von Großaktionen, welche Breite der Widerstand erreicht hat. Wenn – wie im April beispielsweise wieder geschehen – ein WAA-Gegner aus Schwandorf zu neun Monaten Haft (auf Bewährung) verurteilt wird, weil er angeblich bei einer Demonstration eine Flasche geworfen haben soll, die wiederum angeblich (nach Aussagen eines einzigen Polizeibeamten) einen Polizisten getroffen haben soll, zeigt das das Ausmaß an politischer Unterdrückung, die mittlerweile in der Region zu Alltag geworden ist.

Auf den folgenden Seiten wollen wir das staatliche Vorgehen gegen die WAA-GegnerInnen im Zusammenhang darstellen. Eine solche Darstellung macht die Systematik des staatlichen Handelns vielleicht deutlicher als die (auch notwendige) fortlaufende Berichterstattung im Detail. Gerade im Hinblick auf den weiteren Widerstand in Wackersdorf, aber auch in Hinblick auf neue Atompläne wie etwa das Modulreaktor-Projekt in Niedersachsen ist es nach unserer Meinung wichtig, die vielschichtige Repressionspolitik des Atomstaates klarer zu erfassen und zu einem Bestandteil der eigenen Widerstandskonzepte zu machen. Neue Wege sind gefragt, ohne daß wir sie nennen könnten. Dieser Auseinandersetzung sollen im übrigen auch Beiträge dienen, die in der nächsten und/oder übernächsten atom zum Thema Widerstandserfahrungen und Widerstandsperspektiven in der Oberpfalz erscheinen werden.

Der folgende Text ist dem Buch „STAATSGEWALT" entnommen, das von Enno Brand, Redaktionsmitglied der atom verfaßt worden ist. Das Buch ist Ende Juni 88 im Verlag Die Werkstatt, Göttingen erschienen. Ennos Buch behandelt die verschiedenen Strategien des Staates im Bereich der „Inneren Sicherheit" (Paragraphen 129a, 130a, 130b), die Struktur und gesetzliche Legitimierung des Überwachungsstaates, das im Sicherheitsbereich existierende „Datennetz" sowie Aufbau und Konzeption der Polizei (BKA, Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei, Sonderkommandos).
Im zweiten Teil des Buches wird die Unterdrückung politischer und sozialer Bewegungen der letzten zwölf Jahre dokumentiert: von Wyhl über Häuserkampfbewegung, NATO-Gipfel, Blockadeaktionen etc. bis zu Wackersdorf. Wackersdorf und die Anwendung des §129a nach den tödlichen Schüssen an der Sartbahn-West sind zwei abschließende exemplarische Darstellungen der „Staatsgewalt". In diesem zweiten Teil wird die Dokumentation ergänzt durch zahlreiche Betroffenenberichte und Fotos u.a. von Günter Zint.
Bei dem Vorabdruck in der atom haben wir lediglich auf die Fußnoten verzichtet. Das Buch ist 368 Seiten dick, hat außer Enno auch die restliche Göttinger atom-Redaktion eine Menge schlafloser Nächte gekostet und muß deshalb bei Erwerb mit 28 DM bezahlt werden.
Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag Die Werkstatt, 3400 Göttingen, Lotzestr. 24a.
(Vorauskasse 30 DM incl. Porto.
Für BI's und andere Wiederverkäufer ab 5 Ex. 30% Rabatt)

WAA

Staatsgewalt

In den vergangenen Jahren gab es mehrere Beispiele dafür, mit welchen Methoden der Staat umstrittene Großprojekte gegen den energischen Widerstand des überwiegenden Teils der betroffenen Bevölkerung durchsetzte: Gorleben, Brokdorf, Startbahn-West, Wackersdorf. Diesen Beispielen ist gemeinsam, daß es sich einerseits um Projekte handelt, die für den Staat von höchster wirtschaftlicher, energiepolitischer und militärstrategischer Bedeutung sind. Umgekehrt ist der Widerstand dagegen nicht von partikularen, nur regional bedeutsamen Faktoren geprägt. Die Projekte an sich sind umstritten, nicht nur ihr Standort.

In Hinblick auf die staatlichen Durchsetzungsstrategien sind die vier Projekte nur bedingt vergleichbar. Von Gorleben kennen wir vor allem die allgegenwärtige Präsenz eines überdimensionierten Polizeiapparates und eine damit einhergehende systematische Erfassung und Ausleuchtung der am Protest und Widerstand beteiligten Menschen. Von Brokdorf kennen wir die „Schlachten" am Bauzaun, die Knüppel-, Tränengas- und Hubschraubereinsätze gegen Tausende von Menschen.

Mit Wackersdorf am ehesten zu vergleichen ist die Situation an der Startbahn-West am Frankfurter Flughafen. Von dort kennen wir die Knüppeleinsätze der Sonderkommandos, die flächendeckende Überwachung und die massenhafte Kriminalisierung einer ganzen Bewegung mit fast 5.000 Ermittlungsverfahren; von dort kennen wir auch das Phänomen eines sich aus der Region selbst entwickelnden Widerstandes, der sich seit Jahren gegen das Projekt wehrt. Die Menschen in Brokdorf und an der Startbahn-West erleben dabei auch immer wieder die Erprobung neuer Polizeitechnologien - die Auseinandersetzungen sind gleichzeitig Testfeld für neue Polizeikonzepte und -waffen.

„Wackersdorf" steht für mehr, steht für dies alles zusammen. Bei der Durchsetzung dieser „Nationalen Notwendigkeit"[1] kommen die Erfahrungen, die im Bereich der „inneren Aufstandsbekämpfung" in den letzten zehn Jahren gemacht wurden, gebündelt zur Anwendung. Das fängt bei der nach strengsten Maßstäben getroffenen Standortauswahl an, setzt sich in den verschiedenen Polizeikonzepten (flexible und massive Antwort) und in den Spaltungs- und Isolierungsversuchen (analog zum Vorgehen gegen die Friedensbewegung) fort und endet bei massiven Einschüchterungen (Razzia, Überwachung), bei der einkalkulierten Hinnahme von Toten auf Demonstrationen und bei der massenhaften Kriminalisierung der Bewegung.

„Wackersdorf" steht aber nicht nur für die staatliche Durchsetzung eines Großprojektes gegen eine sich aus der Region selbst heraus radikalisierenden Massenbewegung. Die Auseinandersetzungen um die Wiederaufarbeitungsanlage sind darüber hinaus (vor allem dies unterscheidet das Projekt von vorhergegangenen) immer wieder Anlaß für Gesetzesverschärfungen und Polizeiaufrüstung gewesen. Die meisten der in den letzten beiden Jahren geplanten und verabschiedeten Gesetze im Bereich Innere Sicherheit sind auf Druck der bayerischen Staatsregierung mit Hinweis auf die Wiederaufarbeitungsanlage initiiert worden. In Wackersdorf geht es dem Staat nicht nur um die Durchsetzung eines industriellen Großprojektes, sondern zugleich um die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols.

Standortwahl und Akzeptanzfrage

Anders als beispielsweise bei der Startbahn-West oder den Atomkraftwerken liegt die Standortauswahl für die Wiederaufarbeitungsanlage nicht schon Jahrzehnte zurück, sondern wurde erst 1984 getroffen. Dabei spielten weniger ökonomische als politische Überlegungen eine primäre Rolle – insbesondere die Frage der Akzeptanz eines solchen Projektes innerhalb der örtlichen Bevölkerung.

Zunächst sollte die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Niedersachsen gebaut werden. 1977 erklärte Ministerpräsident Albrecht das kleine wendländische Dorf Gorleben zum Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum mit WAA, Zwischen- und Endlager. Doch schon 1979, nach lang anhaltendem breitem Protest aus der dortigen Bevölkerung (vor allem nach der Atomkatastrophe von Harrisburg), machte Albrecht einen Rückzieher: Der Standort Gorleben für eine WAA sei „politisch nicht durchsetzbar".

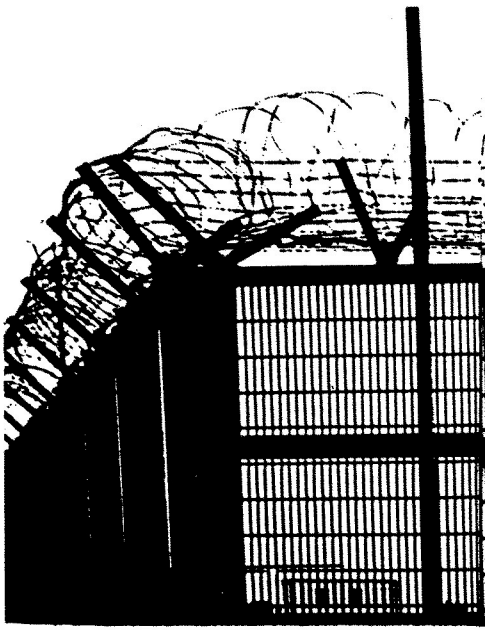
Die Standortsuche mußte neu begonnen werden, mit erhöhtem Druck: Eine nochmalige Schlappe wäre vernichtend für die Realisierung des Projektes WAA gewesen. Ausgehend von den Erfahrungen in Gorleben und verschiedenen AKW-Standorten wurde gezielt nach einer Region gesucht, in der zum einen eine stringente verwaltungspolitische Durchsetzung gewährleistet schien (ohne die leidige Möglichkeit jahrelanger Baustops), zum anderen auf der Basis dauerhaft gesicherter politischer Machtverhältnisse und eines vorherrschenden konservativen Bewußtseins der ansässigen Bevölkerung mit massenhaftem, entschiedenen Widerstand nicht zu rechnen war. Nachdem Vorausankündigungen für mögliche Standorte in Hessen oder Rheinland-Pfalz sofort heftige örtliche Proteste ausgelöst hatten, blieben schließlich als einzige ernsthafte Standortalternativen nur Dragahn in Niedersachsen und Wackersdorf in Bayern übrig.

Zwischenzeitlich war das Projekt einer atomaren Wiederaufarbeitung innerhalb der SPD/FDP-Bundesregierung zu einem eher leidigen Thema geworden, und selbst in der Energiewirtschaft mehrten sich die Stimmen, die auf dieses finanziell und politisch kostspielige Projekt lieber verzichten wollten. Erst die politische Wende mit einer unionsgeführten Bundesregierung sowie eine Köderung mit umfassenden staatlichen Subventionen bekräftigten endgültig den Beschluß, die WAA zu bauen. Intern fiel die Entscheidung Ende 1984; offizielle Bekanntgabe war am 4. Februar 1985. Obwohl Dragahn aus ökonomischer sowie betriebs- und sicherheitstechnischer Sicht (kürzeste Transportwege zum End- und Zwischenlager Gorleben, Firmensitz der DWK in Hannover) die besseren Argumente hatte, wurde ein Standort in Niedersachsen zugunsten Bayerns fallengelassen. Letztlich ausschlaggebend waren die vermeintliche politische Stabilität in Bayern und die vermutete Akzeptanz des Projekts in der Oberpfälzer Bevölkerung.

Politische Stabilität war zum einen gegeben durch die seit Jahren mit absoluter Mehrheit gewählte und stromlinienförmig an F.J. Strauß (als entschiedenem Atombefürworter) ausgerichtete CSU. Daneben war durch die Übernahme des Innen- (und damit seinerzeit auch Umwelt-)Ministeriums durch F. Zimmermann auch eine Interessensidentität mit der Bundesregierung gegeben, sowohl in der Atompolitik wie auch in Fragen der „Inneren Sicherheit". Zudem war Bayern in den letzten Jahrzehnten von heftigen sozialen Konflikten und politischen Auseinandersetzungen auf der Straße weitgehend verschont geblieben. Selbst ein Großprojekt wie der „Rhein-Main-Donau-Kanal" war trotz Proteste durch Umweltschutzgruppen ohne das Entstehen militanten Protestes durchgesetzt worden.

Unter dem Gesichtspunkt der Akzeptanz bot Wackersdorf die besseren Optionen, weil es im Wendland schon eine ausgeprägte Widerstandsbewegung gab, die auch vor militanten Aktionen nicht zurückschreckte. Zudem wurde die Bevölkerung in der Oberpfalz, obwohl mehrheitlich SPD-WählerInnen, als überwiegend konservativ und als „industriefreundlich und arbeitsam" charakterisiert.

Hinzu kommt eine chronische wirtschaftliche Strukturschwäche in der Region, die die höchste Arbeitslosigkeit in Bayern bewirkt. In der Oberpfälzer Region liegt die



durchschnittliche Arbeitslosenquote bei 20%, in dem an Wackersdorf angrenzenden Arbeitsamtsbezirk Kötzing bei über 40%. Der für die Region bedeutsamste Betrieb, die Maximilians-Hütte, baut seit Jahren die Belegschaft ab: von 10.000 Beschäftigten 1960 auf ca. 3.500 im Jahre 1987. Die Zukunft des Betriebes ist zudem ungewiß, seit im April 1987 Konkurs angemeldet werden mußte und Sanierungsprogramme weitere Entlassungswellen nicht verhindern werden.
Das Arbeitsplatzargument hat also für die Region höchste Priorität und könnte – so die Hoffnung der WAA-Planer – dazu führen, daß Umweltgesichtspunkte bei der Ansiedlung neuer, vermeintlich zukunftsträchtiger Projekte in den Hintergrund gedrängt werden. Optimale Bedingungen also für die Realisierung der WAA.

Entmachtung unterer Instanzen

Das für Wackersdorf zuständige Landratsamt in Schwandorf ist mit einem Sozialdemokraten besetzt, Landrat Schuirer. Er gehörte – anders als die sozialdemokratische Mehrheit im Wackersdorfer Gemeindeparlament – von Beginn an zu den Gegnern des WAA-Projekts. Schuirer weigerte sich in seiner Eigenschaft als Landrat, die Bebauungspläne für die WAA im Landratsamt auszulegen. Dieses Problem wurde von der Landesregierung durch eine schlichte Entmachtung geregelt.
Am 10.12.1984 bereits legte die CSU im Landtag einen Gesetzentwurf vor (und verabschiedet ihn im Juli 1985), der das sog. „Selbsteintrittsrechts" des Staates einführt. Dieses „Lex Schuirer" erlaubt den Aufsichtsbehörden, anstelle einer untergeordneten Stelle tätig zu werden, sofern diese einer schriftlichen Weisung nicht fristgerecht nachkommt. Der direkt von der Bevölkerung gewählte Landrat verliert damit eine wesentliche Kompetenz.
Zu diesem Gesetz, das noch vor der offiziellen Standortentscheidung initiiert wurde, erklärte der CSU-Fraktionsvorsitzende Tandler im Landtag: „Mit unserer Gesetzesinitiative signalisieren wir der DWK vor ihrer endgültigen Standortentscheidung, ... daß ein Standort Wackersdorf politisch und rechtlich durchsetzbar ist."
Dieser eindeutigen Offerte konnte und wollte sich die Energiewirtschaft nicht länger verschließen.

Bayerische Polizeikonzeption und politischer Mythos als entscheidende Aspekte der Eskalation

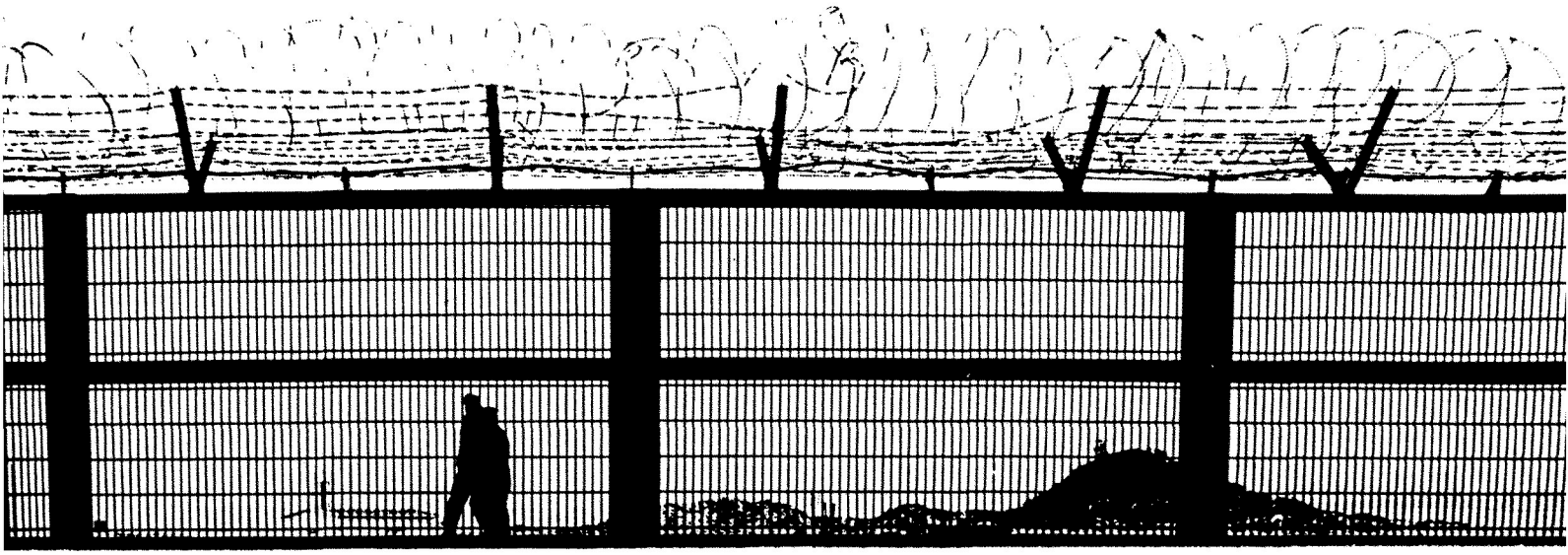
Ohne näher auf die Eigenarten bayerischer Politik, die feudalistisch geprägte Führung des Freistaates und die seine Politik beeinflussende Eitelkeit F.J. Strauß' einzugehen, sei hier nur festgestellt: Politik, Verwaltung und Medienlandschaft sind von einem strikten konservativen Obrigkeitsdenken geprägt, in dem emanzipatorischen Ansätzen wenig Luft gelassen wird.
Ausgerechnet der Ordnungsstaat Bayern, speziell der Regierungssitz München, wurde 1972 Schauplatz eines Ereignisses, das die Psyche der Sicherheitsexperten bis heute wie ein Trauma begleitet: das Massaker von Fürstenfeldbruck während der Olympischen Spiele 1972. Die Folge dieses Traumas sind extreme Feindbilder und der Einsatz massiver Polizeigewalt überall dort, wo „Wurzeln des Terrorismus" vermutet werden. Demgegenüber gibt es bei den verantwortlichen Politikern faktisch keine Versuche, Phänomene des Widerstandes oder der Gewalt als Folge sozialer Konflikte zu begreifen und an den Ursachen zu arbeiten.
So basiert das bayerische Vorgehen auf einer eigenen Sichtweise politischen und sozialen Protestes: Die „eskalierende Gewalt der Straße" ist demnach Resultat einer Konfrontationsstrategie einer „Minderheit aggressiver Chaoten", „Politrockern" oder „ideologisch motivierter Gewalttäter", denen gesellschaftspolitische Anliegen nur als Vorwand dienen, um die Staatsgewalt herauszufordern und den offenen Schlagabtausch mit der Polizei zu erzwingen.
Von wesentlicher Bedeutung für ein rigoroses Ordnungskonzept ist schließlich das persönliche Charisma und die politische Popularität von Ministerpräsident Strauß selbst. Mit seinem Ruf nach Recht und Ordnung traktiert er seit Jahren andere Bundesländer und versucht, auf die politische

WAA

Staatsgewalt

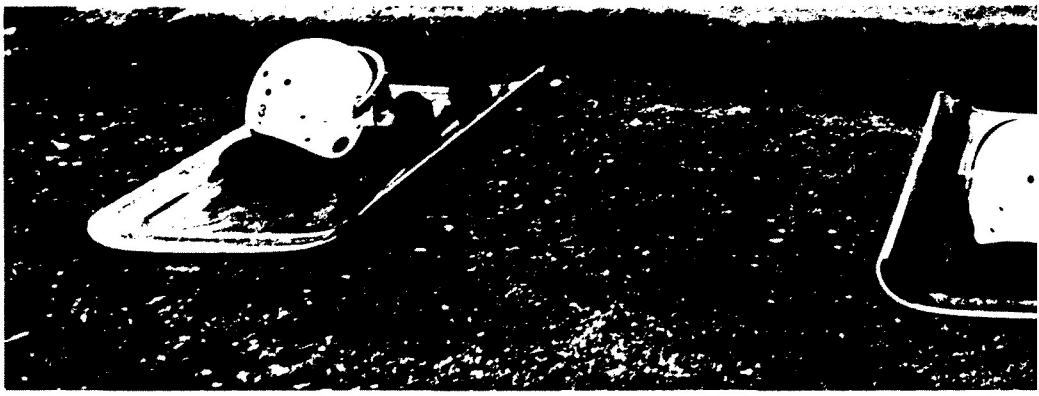
Situation in Bonn Einfluß zu nehmen. Diese Einflußnahme und dieses Charisma wären gefährdet, wenn der eigene „Stall" nicht sauber bliebe.

So hat sich eine eigene „bayerische Linie" in der Einsatzkonzeption der Polizei entwikkelt. Sie basiert im wesentlichen auf dem Grundsatz, daß Rechtsverstöße nicht hingenommen, im Keim erstickt und Gewalttätigkeiten mit einem konsequenten Einschreiten starker Polizeikräfte beantwortet werden. Autorität und Wirkung der Polizei beruhen dabei auf einer unbedingten und konsequenten Durchsetzung des Rechtsgehorsams mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Ausschreitungen und das Entstehen radikalerer Protestbewegungen in anderen Bundesländern führen die Bayern auf mangelnde Präsenz und (vor allem) Konsequenz der Sicherheitsorgane zurück.
Das heißt nicht, daß etwa die Phänomene der regional entstehenden Bewegungen wie an der Startbahn-West oder in Gorleben geleugnet werden. Doch die Gründe für das Zustandekommen solcher Bewegungen werden primär in dem unbehelligten Handeln „politisch motivierter Gewalttäter" als Anheizer und Eskalierer gesehen. Dies steht im Gegensatz zu der in einigen SPD-regierten Ländern verfolgten Polizeikonzeption, die sehr wohl realisiert hat, daß die Radikalisierung der Proteste unmittelbar mit unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen



WAA

Staatsgewalt



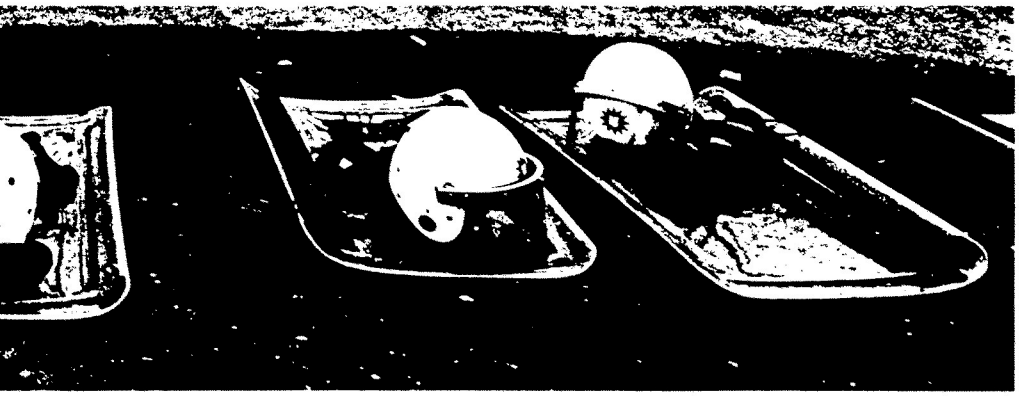
verknüpft sein kann und daher ein flexibleres Einsatzkonzept verfolgt.
Wohl wissend um das Bestehen solcher alternativen Einsatzkonzeptionen, ist im Fall Wackersdorf Vorkehrung geschaffen worden, daß ein Abweichen von der „bayerischen Linie" im eigenen Land nicht stattfinden kann. So werden die polizeilichen Großeinsätze im Raum Wackersdorf, für die eigentlich das Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz zuständig ist, nur in Abstimmung mit dem bayerischen Staatsministerium des Innern (als oberster Dienstbehörde) geplant. Dies ist nach der „Lex Schuirer" eine weitere Einschränkung der Bezirkssouveränität.

Polizeilicher Einsatz – 1. Phase

Die „bayerische Linie" des konsequenten Durchgreifens zeigte sich schon bei den ersten Aktionen der gerade entstandenen Protestbewegung 1983 und blieb bis Ende 1983 unverändert.
Nachdem in Wackersdorf am 3. Mai 1983 die erste Probebohrung niedergebracht worden war, riefen die noch jungen Bürgerinitiativen für Pfingsten zu einer Demonstration am Bauzaun auf. Kurz vor Pfingsten wurde von Mitgliedern der Bürgerinitiativen als Mahnmal und Widerstandssymbol unmittelbar am Bauplatz ein alter Feuerwehrturm errichtet. Er sollte den ersten Ansatz zu direkten, wenn auch noch symbolischen Widerstandshandlungen bilden – und wurde damit sofort Stein des Anstosses. Einen Tag vor der geplanten Demonstration wurde der Turm auf Veranlassung des bayerischen Innenministeriums abgerissen. Begründung: Der Turm solle der „Kern eines Hüttendorfes" werden und als „Kommandozentrale im Stil der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Gorleben und am Frankfurter Flughafen" dienen. Man schätze ihn als „Kristallisationspunkt gewalttätiger Auseinandersetzungen" ein.
Dieses erste harte Durchgreifen der Staatsregierung war begleitet von einer ersten Pressekampagne gegen die WAA-GegnerInnen als „von außen gesteuerte Gewalttäter" sowie einem Polizeiaufgebot von 6.000 Beamten, die schon weit im Vorfeld der Demonstration strenge Kontrollen durchführten.
Damit war schon lange vor der endgültigen Standortentscheidung die Linie klar: konsequente Verhinderung jeglicher Ansätze von Widerstand mit Großaufgeboten von Polizei sowie das frühzeitige Schaffen von Feindbildern.
Diese harte Frontstellung, die in militärischen Kategorien und Schablonen aufgebaut wurde, grenzte von vorneherein auch „gemäßigten" Widerstand aus. Selbst Funktionsträgern wie Landrat Schuirer wurden (anläßlich seiner Weigerung, die Bebauungspläne auszulegen) von CSU-Fraktionschef Tandler „Sabotageversuche" vorgeworfen, und summarisch wurde erklärt: „Widerstand gegen die WAA ist Terrorismus".
Dieses Vorgehen setzte sich nach der Standortentscheidung fort. Im Februar 1985 diskreditierte Bayerns Umweltminister Dick eine Demonstration von 40.000 Menschen in Schwandorf: Er wußte schon vorher, daß der größte Teil eh von auswärts anreisen würde – was wohl unterstellen sollte, daß solcher Protest nicht viel wert sei. Über die Presse wurden seitens der Polizei immer wieder auf „Berufsdemonstranten" und vor allem auf „Erkenntnisse" hingewiesen, daß sich eine „RAF-Süd" gebildet und zentral in den WAA-Widerstand eingeschaltet hätte.
Parallel dazu erhöhte sich die Polizeipräsenz in der Schwandorfer Umgebung. Im März 1985 beschloß der bayerische Landtag (einstimmig), wegen des zu erwartenden Widerstands gegen die WAA die Bereitschaftspolizei für 1985 und 1986 um jeweils 130 Beamte aufzustocken. Die erste daraus resultierende Hundertschaft wurde im September 1985 im oberpfälzischen Eichstadt aufgestellt.
In den folgenden Monaten dokumentierte sich die Bereitschaft der Polizei zu einem harten Vorgehen vor allem beim Einsatz von Sonderkommandos gegen das Hüttendorf sowie bei einer Demonstration von 50.000 Menschen in München gegen die WAA. Bei dem anschließenden Straßenfest in Haidhausen sorgte die Polizei mit 3.000 Beamten für eine Eskalation und 200 Festnahmen.
Dennoch scheiterte das Ziel dieser Polizeistrategie, den Widerstand noch vor dem eigentlichen Baubeginn zu ersticken. Stattdessen riefen die bayerischen Bürgerinitiativen geschlossen zu einer Platzbesetzung bei Beginn der Rodungsarbeiten auf. Spaltungsversuche in „einheimisch – zugereist" oder „gewalttätig – friedfertig" wurden explizit zurückgewiesen. Der Widerstand hatte sich entgegen der Erwartungen der bayerischen Staatsregierung eine breite Basis vor allem in der Oberpfälzer Region selbst geschaffen. Diese Tatsache machte eine Revision in der Einsatzkonzeption der Polizei notwendig.

2. Phase: Differenzen und Fiasko in der Polizeistrategie

Mit dem Beginn der Rodungsarbeiten am 11. Dezember 1985 begann eine sechsmonatige Phase der Eskalation. Sie endete mit den Ereignissen nach dem Unfall von Tschernobyl. Erstmals gab es in dieser Phase offensichtliche Differenzen innerhalb der Polizei über eine geeignete Einsatzstrategie. In einzelnen Fällen kam es zu Abweichungen von der Linie des „blindes Draufhauens" und der harten Feindbilder. Das galt vor allem für die Reaktionen auf die Platzbesetzungen zum Jahreswechsel.
Die beiden Platzbesetzungen vom 14. bis 16. Dezember 1985 sowie von 23.12. bis 7. Januar 1986 führten zwar zu den größten Massenfestnahmen in der Geschichte der BRD (869 und 734 Menschen), zeigten aber auch ein Zögern im Handeln der Polizeikräfte. In beiden Fällen wurden die Räumungen der Hüttendörfer nicht gleich am ersten Tag durchgesetzt. Der Oberpfälzer Polizeipräsident Friker begründete sein Zögern damit, daß ihm zuviele Menschen, vor allem auch zuviele Oberpfälzer, an der Besetzung beteiligt wären.
Bei der für die Staatsorgane in dem Ausmaß überraschenden zweiten Besetzung wurde offiziell „wegen Wahrung des sozialen Friedens über die Feiertage" von einer Räumung Abstand genommen. Sie fand dann am 7. Januar auf direkte Weisung aus der Münchener Staatskanzlei statt, diesmal unter Einsatz von 3.000 Polizeibeamten, etlichen BGS-Einheiten und einer bereitstehenden Abteilung der GSG 9. Nach Abschluß der Räumung verkündete die Einsatzleitung, daß sie von nun an zur „harten bayerischen Linie" zurückkehren und weitere Versuche, ein Hüttendorf zu errichten, sofort unterbinden werde.
Doch auch bei dieser zweiten Räumung ging die Polizei vergleichsweise glimpflich vor, vor allem gegenüber Einheimischen. Festgenommene wurden zunächst nach ihrem Wohnort befragt; waren es Einheimische, wurde in vielen Fällen nicht nur auf eine Festnahme verzichtet, sondern einige Beamten weigerten sich sogar, die Personalien dieser Menschen aufzunehmen.
In der Folgezeit nahm die Konfrontation schrittweise zu, vor allem bei den allwöchentlichen Sonntagsspaziergängen. Verletzungen durch überharte Festnahmen, durch Tränengas und Hundebisse ließen die Auseinandersetzungen ebenso eskalieren wie der Tod der 61jährigen Schwandorferin Erna Sieka, die am 2. März nach einem Polizeieinsatz an Herzversagen starb. Die Folge war, daß die vielen – zunächst eher aus Neugierde ans Baugelände gekommenen – OberpfälzerInnen mehr und offenere Sympathie für die Aktionen der WAA-Ge-



WAA

Staatsgewalt

gnerInnen zeigten – obwohl zu diesen Aktionen inzwischen auch das Bewerfen von Polizeitruppen oder Sachbeschädigung an Einsatz- und Baufahrzeugen gehörten. Teilweise behinderten die Einheimischen das Vorgehen der Polizeibeamten beispielsweise bei Festnahmen durch Kettenbildung.
Dieser Annäherungsprozeß wurde durch das völlig undifferenzierte Vorgehen der Polizei am Ostersonntag 1986 verstärkt. Dieses Vorgehen kündigte sich schon im Vorfeld an, als vor einer Beteiligung der RAF und der Revolutionären Zellen an den Osteraktionen gewarnt wurde und an die Oberpfälzer Bevölkerung die Drohung erging: „Wer sich in den Aktionsbereich von Chaoten begibt, hat es selbst zu verantworten, wenn er in Mitleidenschaft gezogen wird." (Innenminister Hillermeier). „Eine genaue Unterscheidung zwischen friedlichen und gewalttätigen Demonstranten ist beim Wasserwerfereinsatz nicht mehr möglich." (Polizeipräsident Friker)
Als dennoch 80.000 Menschen an den Bauzaun kamen, mußten sie erstmals bei einer Demonstration einen ziellosen, offenbar bewußt breitflächigen Einsatz des Kampfstoffes CS-Gas miterleben. Jegliche Unterscheidung zwischen den „Gewalttätern am Bauzaun" und der sie „schützenden Kulisse" (Innenminister Lang) wurde aufgehoben.
An den Folgen des fünfstündigen CS-Gas-Einsatzes starb zwei Tage später der an Asthma leidende Alois Sonleitner.
Der darauf folgenden öffentlichen Kritik stellte sich F.J. Strauß persönlich und auf seine Art: „Beim nächsten Mal werden wir vielleicht noch deutlicher werden. Wir sind fest entschlossen, der Autorität des Staates Geltung zu verschaffen." Mit anderen Worten: Es geht ihm nicht um die Frage der Ursache der heftigen Proteste. Es geht ihm um die Staatsraison.
So ging die Polizei wenige Wochen später (inzwischen hatte sich Tschernobyl ereignet) mit gleicher Härte gegen die Demonstrationen der Pfingsttage vor. An diesen zwei Tagen wurden 1.400 Tränengasgranaten verschossen und über die Wasserwerfer 10.000 Liter CN- und 1.500 Liter CS-Gas-Konzentrate versprüht. Über Nacht wurden die Vorräte aus anderen Bundesländern herbeigeschafft, selbst auf ältere, noch in Pulverform hergestellte Gasvorräte wurde zurückgegriffen.
Trotz der über 3.500 Verletzten und Hunderten von Festnahmen galt „Pfingsten" in der Nachfolgezeit als „militärischer Erfolg" des WAA-Widerstandes. Ein Erfolg, der Polizeipräsident Friker die Stellung kostete – trotz aller Härte war er dem CSU-Innenminister immer noch zu lasch vorgegangen. Die CSU kündigte ein noch „offensiveres Vorgehen" an; Tandler erklärte, daß sich auch friedliche Demonstranten „des Risikos bewußt sein" sollten, das eine Demonstrationsteilnahme beinhalte.

3. Phase: „Offensives Vorgehen" der Polizei

Mit der Absetzung des Polizeipräsidenten Friker wurden die Unstimmigkeiten über die Einsatztaktik der Polizei beendet. Die alte bayerische Linie des harten Durchgreifens hatte sich wieder durchgesetzt und wurde noch um offensivere Elemente bereichert. Insbesondere begnügte sich die Einsatzleitung bei der Demonstration am 7. Juni nicht mehr damit, die Truppen hinter den Sicherheitszäunen des Bauplatzes zu verschanzen (und so eine Besetzung zu verhindern), sondern ließ ein massives und martialisch auftretendes Polizeiaufgebot bereits im Vorfeld aktiv werden – offenbar hatte man aus den Erfahrungen der Brokdorf-Demonstrationen gelernt.
Dazu gehörte, daß in einem Umkreis von 300 Quadratkilometern um das Wackersdorfer Baugelände ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen wurde – rechtliche Absicherung für jedwedes Zugreifen innerhalb dieser Zone.
Am Bauzaun wurden nicht nur erstmals auch „Blendschockgranaten" (also Offensivwaffen) gegen die 30.000 DemonstrantInnen eingesetzt, sondern auch Sondereinsatzkommandos, die außerhalb des Baugeländes im Wald stationiert waren. Sie sorgten mit raschen Vorstößen für 60 Schwerverletzte und ein rasches Erliegen der Aktivitäten am Bauzaun. Ebenfalls im Wald stationiert waren SEK-ähnliche Festnahmekommandos, die gezielte Festnahmen vornahmen, ohne dabei zwischen Einheimischen und Auswärtigen zu unterscheiden.
In der Folgezeit drückte sich das polizeiliche Offensivkonzept vor allem in der Anschaffung neuer Bewaffnung aus. Am 2. Juli 1986 bestätigte Bayerns Innenminister Hillermeier, daß für die bayerische Polizei Gummigeschosse und Abschußgeräte angeschafft worden seien – als „notwendige Konsequenz der gewalttätigen Auseinandersetzungen" um die WAA. Damit startete Bayern einen bundesweiten Alleingang, sogar unter Umgehung der CDU-geprägten Innenministerkonferenz. Ohne Einschaltung des Landesparlaments stellte die Regierung zudem 50 Mio. DM für eine zusätzliche technische Ausrüstung der Polizeieinheiten bereit. Begründung: „Spätestens seit der Katastrophe von Tschernobyl muß mit einer Verschärfung der Einsatzlage auf nicht absehbare Zeit gerechnet werden." (Ministerialdirektor Saß am 4. Juni an den Finanzminister).
Die neuen Gummigeschosse kamen erstmals im Rahmen des „Anti-WAAhnsinnsfestivals" Ende Juli zum Einsatz. Auch ansonsten erprobte die Polizei bei diesem Musikfest, zu dem fast 100.000 Menschen in die Oberpfalz kamen, ihr Offensivkonzept: Es durfte nur unter strengsten Auflagen stattfinden, über zwei Drittel der BesucherInnen wurden polizeilich überprüft.
Die Strategie, die hinter diesem „Offensivkonzept" steckte, und die der Vorsitzende des Sicherheitsausschusses im bayerischen Landtag, Beckstein, treffend formulierte, war dabei keineswegs neu: „Den Widerstand spalten, das muß unsere Aufgabe sein. Eine Bürgerinitiative, die sagt, wir lassen den Widerstand nicht spalten, betreibt die Vorbereitung von Gewalt, und da darf kein anständiger Mensch mehr mitmachen."
Neu hingegen war die Taktik, mit der diese Zielvorstellung umgesetzt werden sollte. Das bis dahin verfolgte Prinzip der Ausgrenzung von „GewalttäterInnen" vor und während einer Demonstration war angesichts der offenkundig zunehmenden Geschlossenheit des Widerstandes gescheitert. Nun trat drastisch ein Aspekt der Abschreckung hinzu, der sich vor allem auf das Ende einer Demonstration sowie die juristische Nachbereitung bezog: Prügel- und Gaseinsätze gegen abrückende DemonstrantInnen, willkürliche Festnahmen, harte Verurteilung vieler Festgenommenen sollten die Resignation und das Gefühl der eigenen Ohnmacht in der Widerstandsbewegung schüren.
Diese Taktik hatte insofern Erfolg, als nach dem Sommer 1986 lange Zeit keine große Demonstration mehr am Bauzaun stattfand. Aus unterschiedlichen Gründen argumentierten verschiedene Strömungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung gegen weitere Großaktionen in Wackersdorf – teils, weil sie dort das Postulat „friedlich" nicht gewährleistet sahen (Grüne, SPD), teilweise, weil die Chancen für militantere Aktionen gerade am Bauzaun für gering erachtet wurden. Während SPD und Grünen sogar eine Großdemonstration in München – eine Woche vor der Landtagswahl – als zu riskant erschien, konzentrierten sich radikalere Teile der Anti-AKW-Bewegung auf Blockade- bzw. Sabotageaktionen gegenüber der Infrastruktur der WAA-Betreiber und Baufirmen.
Erst im Herbst 1987 kam es wieder zu einer

WAA

Staatsgewalt

Großdemonstration am Bauzaun, bei der die bayerische Staatsregierung eine Sondereinheit der Berliner Polizei für ihr Offensivkonzept einspannte. Der brutale Einsatz dieser Truppe sorgte für viele Schwerverletzte und zugleich für bundesweites Aufsehen. Beides war wohl auch im Kalkül der Einsatzplaner.

Daß ausgerechnet „auswärtige" Polizeieinheiten fürs Grobe eingesetzt wurden, hat System. Zum einen birgt der Einsatz regional gebundener Truppen in Hinblick auf die Zuverlässigkeit der Beamten immer gewisse Risiken (wie die früheren Weigerungen von Beamten, Einheimische festzunehmen, beweisen). Zum anderen arbeitete zu diesem Zeitpunkt die bayerische Polizei an einem „de-eskalierenden" Image. Unter dem Motto „Gewalt – Nein danke" hatte das Polizeipräsidium Oberpfalz mit medienwirksamer Unterstützung von Fernsehkommissar Hans-Jörg Felmy eine Kampagne mit dem Ziel gestartet, „die WAA-Gegner von der Notwendigkeit der Gewaltfreiheit zu überzeugen" (Polizeipräsident Fenzl). Durch Plakate, Flugblätter, Bonbons, Aufkleber sowie auf Veranstaltungen mühte sich die Polizei um einen besseren Ruf insbesondere in der Region. Die Gesprächsangebote an die Anti-WAA-Bürgerinitiativen blieben allerdings bislang weitgehend ergebnislos. Mit dem Hinweis auf die laufende Kriminalisierung, auf Demonstrationsverbote und vielfache Hausdurchsuchungen verweigerten die Initiativen den Dialog. Sie verwiesen damit auf einen Aspekt des Polizeikonzeptes, der möglicherweise noch brisanter ist als die brutalen Einsätze bei Demonstrationen: die alltägliche und allgegenwärtige Durchdringung der Region durch die staatlichen Sicherheitsorgane.

Die Verhinderung „polizeifreier Räume"

Gleichzeitig mit der Absetzung des Polizeipräsidenten Friker hatte Innenminister Hillermeier im Juni 1986 verkündet, daß es künftig „keine polizeifreien Räume" mehr in der Oberpfalz geben dürfe.

Damit war vor allem die Vorverlagerung der polizeilichen Tätigkeiten gemeint. Nicht erst ein konkreter Verdacht löst Kontrolltätigkeiten und repressive Maßnahmen aus; die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, jegliche kritische Beschäftigung oder Äußerung zum Thema WAA, auch das Bereitstellen von Schlafplätzen für auswärtige WAA-GegnerInnen oder auch nur der Aufenthalt in der Nähe des Baugeländes (und sei es zum Pilzesuchen) – dies alles wird für sich genommen schon zum Verdachtsmoment. Die Durchsetzung eines umstrittenen Großprojektes ist unweigerlich mit einer tiefgreifenden Ausdehnung staatlicher Kontrolltätigkeit verbunden, die in der Bevölkerung der Region einen potentiellen Störfaktor sieht, den es zu disziplinieren gilt. Wackersdorf ist dafür ein drastisches Beispiel.

Mit dem Beginn der Bauarbeiten und verstärkt vor Demonstrationen erhöht die Polizei ihre Präsenz und Kontrolltätigkeit in der Region. Einheimische klagen über eine ständige Überwachung und Bespitzelung durch allgegenwärtige Polizeistreifen und zivile Observationskommandos.

Gezielte Razzien, teils mit gezogenen Waffen und großem Polizeiaufgebot, auf Wohngemeinschaften, Bauernhöfe, Gaststätten und Zeltlager sind nicht selten, vor allem dann nicht, wenn es vor und nach Großaktionen darum geht, Kontaktstellen zwischen einheimischen und auswärtigen WAA-GegnerInnen aufzuspüren. Dabei wird dann meist auch eine Menge Material beschlagnahmt, das weniger als Belastungsmaterial in Strafprozesse eingeht als vielmehr der Sammlung von Erkenntnissen über die Widerstandsszene dient. Mehrfach wurden etwa im Schwandorfer WAA-Büro Computer-Disketten mit den Adressen von WAA-GegnerInnen beschlagnahmt. Der Vorwand für die jeweilige Durchsuchung ist weitgehend beliebig. Im Frühjahr 1988 etwa begründeten die Staatsschützer die Durchsuchung des Büros mit (dort verkauften) Aufklebern, die sie bei der Durchsuchung ein Jahr zuvor noch achtlos hatten liegen lassen.

Im Mai 1988 wurde bekannt, daß das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz in mehreren Oberpfälzer Gemeinden die Paßanträge auf der Suche nach WAA-GegnerInnen durchgeforstet hatte. Bei den Meldebögen von Bürgerinitiativ-Mitgliedern wurden von den Paßbildern Polaroidfotos gemacht. Erst auf Intervention des Landratsamtes wurde diese Aktion eingestellt.[28b]

In einem Fall wurde Material sogar an private Stellen weitergegeben: Dem CSU-Landtagsabgeordneten Kling wurden vorübergehend Aktenauszüge aus Ermittlungsverfahren gegen WAA-GegnerInnen sowie beschlagnahmtes Material aus dem Anti-WAA-Büro zur Verfügung gestellt. So wird der politischen Propaganda gegen den WAA-Widerstand Munition geliefert, mit der dann das Klima für die nächsten Repressionsmaßnahmen geschaffen werden...

Ebenfalls in den Bereich „ständige Observation" fällt die Einrichtung einer Sonderkommission „Bahn und Energie" beim Landeskriminalamt im November 1986. Erfahrungen aus anderen Fällen belegen, daß damit auch die Einrichtung von SPUDOK-Dateien verbunden ist (auch wenn dies bisher nicht öffentlich bestätigt ist). Offiziell wurde diese Sonderkommission zur Aufklärung von Anschlägen im Zusammenhang mit der WAA eingerichtet. Tatsächlich dürfte damit der Widerstand in der Oberpfalz systematisch erfaßt und durchleuchtet werden.

Einschränkung der Meinungsfreiheit

Drastisch sind auch die Versuche, die Presse- und Diskussionsfreiheit einzuschränken. Insbesondere die mit dem WAA-Widerstand verbundenen Zeitungen RadiAktiv und das Münchener Pendant „Freiraum" sind mehrfach Beschlagnahmungen, Ermittlungs- und Strafverfahren ausgesetzt worden (siehe ausführlicher in der Chronologie).

In dieselbe Richtung weisen auch Veranstaltungsverbote bei den Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung in Regensburg (November 1986) und Nürnberg (Januar 1987). Bei einer Veranstaltung des Anti-Atom-Plenums München im März 1988 wurde versucht, den Auftritt bestimmter Personen (hier die Frankfurter Autonome Gruppe „Lupus") zu unterbinden. Ähnlich erging es Robert Jungk, dem vor seiner Rede auf einer Weihnachtskundgebung gerichtlich untersagt wurde, „Ansichten zu vertreten oder Äußerungen zu dulden, die eine Straftat zum Inhalt haben" – das Verbot bezieht sich dabei ausdrücklich auf seine Wochen vorher aufgestellt Äußerung „Macht kaputt, was Euch kaputt macht."

Schon frühzeitig hatte es auch im Bereich der Massenmedien Disziplinierungsversuche gegeben.

Zuerst wurde der bayerische Rundfunk auf Linie gebracht. Nach der Einsetzung des erzkonservativen Feller als Direktor der Anstalt wurde bald darauf der Journalist Helge Cramer wegen zweier kritischer Beiträge in der Sendung „Monitor" gefeuert. Wenig später stieg Bayern aus dem ARD-Verbund aus und sendete Dieter Hildebrandt's „Scheibenwischer" nicht.

Eingeengt wurde auch der politische Spielraum unterer Gebietskörperschaften. Auf Verlangen der Bezirksregierung mußte der Landkreis Schwandorf seine „Anti-Atom-Patenschaft" mit der österreichischen Stadt

Salzburg im November 1986 wieder auflösen. Begründung: Die Patenschaft sei „darauf gerichtet, den Bau der WAA zu verhindern."
Schon vorher (seit Juni 1986) war österreichischen WAA-GegnerInnen des öfteren die Einreise nach Bayern verweigert worden. Ihre Anwesenheit würde „erhebliche Belange der Bundesrepublik" beeinträchtigen. Es wurde ihnen also untersagt, in Bayern ihren Protest gegen die WAA auszudrücken, von der sie als entferntere Anlieger ebenfalls betroffen sind.

Kriminalisierung

Ein weiterer Hauptpfeiler, auf dem die Durchsetzung der WAA-Pläne ruht, ist die Kriminalisierung des Widerstandes. Allein die Zahlen sprechen für sich. Nach offiziellen Angaben wurden bei den Auseinandersetzungen am Baugelände bzw. in der unmittelbaren Nähe seit Dezember 1985 (Beginn der Rodungsarbeiten) bis zum Dezember 1987 insgesamt 3.982 Personen festgenommen.

Die Bürgerinitiativen kommen in ihrer Zählung zu mehr als 5.000 – einige hundert Festnahmen bei Anti-WAA-Demonstrationen in München, Regensburg oder Erlangen gar nicht mitgerechnet. Bis Mitte Januar 1988 ergaben sich daraus über 3.000 Ermittlungs- sowie 2.481 Strafverfahren.
Um diese Prozeßflut bewältigen zu können, wurde das Amtsgericht Schwandorf für 1,2 Millionen Mark ausgebaut. Sieben Richter und 13 Staatsanwälte wurden neu eingestellt. Nach Ostern 1986 fanden täglich drei bis vier Prozesse statt, im Frühjahr 1988 noch etwa zwei bis drei pro Woche.
Wie in der Entwicklung der Polizeikonzeption, so lassen sich auch bei der Kriminalisierung verschiedene Phasen festhalten. Die erste Prozeßwelle bezog sich vor allem auf die Behinderungen der Rodungsarbeiten und die Platzbesetzungen, bei denen ca. 1.700 Menschen festgenommen worden waren. Nachdem in diesen Fällen der zunächst angenommene Tatvorwurf der Nötigung keinen Bestand hatte, konstruierte die Staatsanwaltschaft nachträglich den Straftatbestand „Widerstand gegen Vollstrekkungsbeamte". Ziel war es, durch eine Vielzahl von Urteilen den Widerstand auf breiter Fläche zu kriminalisieren. Das Amtsgericht Schwandorf erwies sich dabei als willfähriger Helfer. Mit dubiosen Begründungen hagelte es in den meisten Fällen Verurteilungen zwischen 20 und 30 Tagessätzen. In der Berufungsinstanz vor dem Landgericht Amberg ließen sich die Urteile aus der 1. Instanz allerdings oft nicht mehr halten. In 60% der Berufungen gab es Freispruch, etliche wurden darüber hinaus wegen „geringer Schuld" eingestellt.
Die zweite Prozeßwelle befaßte sich mit den Verfahren aus der Zeit zwischen Ostern und dem 7. Juni 1986. Hierbei kamen, entsprechend dem neuen „Offensivkonzept", nicht nur harte Anklagen vor Gericht, sondern sie mündeten meist auch in den geforderten hohen Urteilen. In den Anklagen ging es im wesentlichen um: Mitführung von gefährlichen Gegenständen, Sachbeschädigung, schwere Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch. Auch hier spielte das Schwandorfer Gericht als 1. Instanz die ihm zugedachte Rolle: Trotz der in den meisten Fällen nicht nachweisbaren Schuld wurden hier hohe Urteile zwischen 3 und 21 Monaten Haft (zum Teil auf drei Jahre Bewährung) ausgesprochen. In drei Fällen wurden lange Gefängnisstrafen ohne Bewährung verhängt.
Aber auch hierbei zeigte sich dasselbe Phänomen wie in der ersten Prozeßwelle. Vor dem Landgericht Amberg als Berufungsinstanz hielten viele Anklagen nicht mehr stand. Neben zahlreichen Freisprüchen gab es zumindest mildere Urteile. So kam z.B. der Berliner Demonstrations-Sanitäter Willy K., der noch in der 1. Instanz zu 20 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden war (wegen angeblichen Steinewerferns), in Amberg relativ milde mit einem Jahr Haft auf Bewährung davon.
In diese Zeit fielen auch die Versuche, bestehende Gesetze über den vorgesehenen Rahmen hinaus auszuschöpfen und so faktisch einer Gesetzesverschärfung vorzugreifen. Ein Beispiel:
Am Vorabend der Demonstration am 7. Juni 1986 wurde in Erlangen vor einer Szene-Kneipe ein Pkw von der Polizei durchsucht. Dabei wurden eine Zwille, eine Motorradmaske, einige Stahlmuttern und Staubfilter beschlagnahmt. Die drei Wagen-Insassen erhielten daraufhin eine Anzeige wegen „Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz". Die atemberaubende Konstruktion der Staatsanwaltschaft: Obwohl das Auto gar nicht Richtung Wackersdorf unterwegs war, wurde der Vorsatz einer Teilnahme an der Demonstration wenige Stunden später unterstellt. Weiterhin wurde unterstellt, daß bei dieser Teilnahme Straftaten verübt werden sollten. Einer der drei Festgenommenen wurde als „Rädelsführer" aufgebaut und neun Monate später wegen angeblicher Fluchtgefahr in Untersuchungshaft genommen. Dort blieb er fünf Monate lang, bis zum Prozeßbeginn im August 1987. Der Staatsanwalt forderte zehn Monate Haft ohne Bewährung. Die Beweislage war aber derartig dürftig und zurechtgebogen, daß das Erlanger Amtsgericht zu einem Freispruch kam. Weder könnten die beschlagnahmten Gegenstände dem Angeklagten zugeordnet werden, noch könnte nachgewiesen werden, daß gerade er mit dem Wagen (der ihm nicht gehörte) zur Demonstration fahren wollte.
Auch sonst blüht in der Verfolgung von WAA-GegnerInnen die Phantasie der Justiz. Ein anderes Beispiel: Wegen angeblicher Steinwürfe auf ein Polizeiauto während der Pfingstdemonstrationen stand ein 16jähriger vor Gericht. Der Staatsanwalt forderte 18 Monate ohne Bewährung. Das Gericht gab sich milde und verhängte 16 Monate Jugendstrafe auf drei Jahre Bewährung. Interessant daran sind die Bewährungsauflagen: Der Verurteilte darf sich drei Jahre lang weder in einer bekannten Szene-Kneipe oder in den Räumen des Anti-WAA-Büros aufhalten – ihm wird faktisch der organisierte Widerstand gegen die WAA gerichtlich verboten.
Die hohen Urteile wurden möglich, weil bei der Strafverfolgung die Motive der Betroffenen keinerlei Rolle spielten und sie stattdessen zu gefährlichen Gewalttätern aufgebaut wurden. Dem dienten beispielsweise öffentliche Fahndungsaufrufe im Stil der Jagd auf die RAF. Sogar in der Fernsehsendung „XY – ungelöst" wurden Porträtfotos von Verdächtigen gezeigt und zur Fahndung aufgerufen. 50.000 DM Belohnung wurden dabei ausgesetzt.
Dennoch erlebte die Staatsanwaltschaft in den Prozessen oft genug ein Fiasko. In vielen Fällen waren die Aussagen der Polizeizeugen nicht zu halten, da sie entweder auf einem schier unglaublichen Erinnerungsvermögen oder auf übermenschlichen Wahrnehmungsfähigkeiten beruhten. Neuerdings wird vorsichtiger vorgegangen und für fundiertere Beweismittel gesorgt. Aus diesem Grund werden am Baugelände verstärkt sogenannte Dokumentationstrupps mit Foto- und Videogeräten eingesetzt, die dem Gericht das nötige Beweismaterial liefern sollen.
Gelingt eine Überführung, wird das Strafmaß umso härter. Nachdem im Frühjahr 1987 insgesamt elf Personen kurz hintereinander wegen verschiedener Anschläge

WAA

Staatsgewalt

WAA

Staatsgewalt

festgenommen worden waren, ergingen Ende 1987 und Anfang 1988 politisch motivierte Urteile, die für die Zukunftsperspektiven der jungen Angeklagten verheerende Konsequenzen haben dürften. In drei Fällen wurden zwischen sechs und neun Jahren Haft verhängt.
Das Motiv bei solchen Urteilen wird unverhohlen ausgesprochen. Es geht weniger um eine rechtliche Würdigung der einzelnen Tat, als um den Abschreckungseffekt auf die gesamte Widerstandsbewegung.

Zweierlei Maß:
Ermittlungen gegen die Polizei

Ganz anders sieht es demgegenüber bei den bisher rund 300 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte aus. Diese werden durchgängig freigesprochen, bzw. ihr Verfahren wird eingestellt. Richtungsweisend ist auch hier eine Entscheidung des bayerischen Landtages vom 12.12.1986. Darin wird – als Reaktion auf die vielen Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte – diesen ein verbesserter Rechtsschutz zugestanden. Der Freistaat verpflichtet sich, die Kosten der Verteidigung eines Beamten zu übernehmen, der „eine nur geringe Schuld" hat. In schwerwiegenden Fällen soll eine vom Freistaat gezahlte Rechtsschutzversicherung greifen. Dies gilt immer dann, wenn der Polizeibeamte auf eine „besonders gefahrgeneigte Tätigkeit" und auf einen „situationsbedingten Entscheidungskonflikt" verweisen kann – also grundsätzlich in allen Wackersdorf-Einsätzen.
Das zweierlei Maß in der Rechtssprechung erfuhr auch der Schwandorfer Landrat Schuirer. Er erstattete Anzeige gegen einen Polizeibeamten, nachdem dieser einen Hund auf ihn gehetzt hatte. Ebenso wie alle anderen Verfahren wurde auch dieses eingestellt. Hans Schuirer kommentierte das so:
„Die Einstellung des Verfahrens gegen den Polizeibeamten, der am 7. Januar 1986 unberechtigterweise einen Diensthund auf mich gehetzt hat, nach mehr als zwei Jahren, liegt genau im Stil der bisherigen cirka 300 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte im Zusammenhang mit der WAA. Eine Verurteilung ist hier, im Gegensatz zu den drakonischen Strafen, die über WAA-Gegner bei vergleichsweise geringen Vergehen verhängt wurden, bisher nicht erfolgt."

Disziplinierung im Staatsdienst

Nach den großen Brokdorfdemonstrationen 1976/77 begann im norddeutschen Raum eine Entwicklung, die sich auch auf andere Bundesländer übertrug: das Verbot, Anti-AKW-Plaketten als Bedienstete des Staates zu tragen.
Soweit sollte es nach dem Willen der bayerischen Behörden gar nicht erst kommen. Bereits 1983, noch weit vor der Standortentscheidung und vor dem Entstehen des Massenwiderstandes, begann die Gleichschaltung des bayerischen Beamtenapparates. Damals tauchte an der bayerischen Verwaltungsschule für den mittleren Dienst eine beispielhafte Prüfungsfrage auf. Der fiktive Fall: Ein Lehrer in der Oberpfalz ist Sprecher einer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen und arbeitet privat und in der Schule gegen die WAA. Inwieweit ist dieses Engagement des Lehrers mit den Aufgaben eines Lehrers zu vereinbaren? Unter Berufung auf das Beamtenrecht hieß die Lösung: „Zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben als Lehrer ist er im System spezieller Rechte und Pflichten eingebunden... Er hat dabei in besonderem Maße Mäßigung und Zurückhaltung zu üben ... Wer in besonders aggressiver Weise den Kampf gegen die fragliche Anlage betreibt, beispielsweise als Vorstand einer Bürgerinitiative..., verstößt gegen die Gesetzesvorschriften."
Tatsache ist, daß in den Bürgerinitiativen viele Beamte tätig sind, und Tatsache ist auch, daß gegen sie ein spezifisch bayerischer „Radikalenerlaß" mit zunehmender Konsequenz angewendet wird. Die „Gleichschaltung" des öffentlichen Dienstes mittels rechtlicher Disziplinierung ist längst Bestandteil der Durchsetzungsstrategie für die WAA geworden.
Prominenteste Fälle sind der Schwandorfer Landrat Schuirer und der Amberger Richter Helmut Wilhelm. Gegen das SPD-Mitglied Schuirer, der seit Jahren in der CSU-dominierten Oberpfalz mit überwältigender Mehrheit (1984: 70%) zum Landrat gewählt wird, ist seit dem 22.5.86 ein „förmliches Disziplinarverfahren" wegen des „Verdachts eines Dienstvergehens" eingeleitet worden. Doch obwohl ihm die Bezirksregierung in 15 Fällen vorwirft, seine „Pflicht zur neutralen, unparteiischen Amtsführung verletzt" zu haben, traut sie sich seit zwei Jahren nicht, eine Entscheidung gegen den populären WAA-Gegner zu fällen.
Gegen den Amberger Richter und (auf Vorschlag der Grünen-Landtagsfraktion) Mitglied des bayerischen Verfassungsgerichtshofs Helmut Wilhelm ist seit dem 19.3.1987 ein Disziplinarverfahren anhängig. Nach Auffassung des Nürnberger Oberlandesgerichts soll er bei Äußerungen gegen die WAA und die Staatsregierung in etlichen Fällen gegen das für Richter geltende „Gebot der Zurückhaltung" verstoßen haben. Neben seinem Beruf als Richter ist Helmut Wilhelm gleichzeitig geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BUU) und Gründungsmitglied der Amberger Bürgerinitiative gegen die WAA. In diesen Funktionen hatte er auf mehreren Kundgebungen Stellung bezogen.
Betroffen sind aber auch weniger prominente Staatsdiener. So soll der Religionslehrer Leo Feuchtheimer mit seinen regelmäßig am Baugelände abgehaltenen Sonntagsandachten (zusammen mit fünf anderen Pfarrern) gegen das „Mäßigungsgebot" für Beamte verstoßen haben. Die GEW Oberpfalz weiß inzwischen von acht Fällen zu berichten, in denen gegen Lehrer wegen Äußerungen zur WAA dienstrechtlich ermittelt wird. In Regensburg erhielt ein Universitätsprofessor e ne Disziplinarverfügung. Er hatte im Mai 1986 in der Nähe des Baugeländes mit anderen einen Gedenkstein enthüllt, auf dem der Staatsregierung vorgeworfen wird, die Heimat an die Atom-Lobby verkauft zu haben.
Nicht nur nach Ansicht des Hauptpersonalrates der GEW im bayerischen Kultusministerium, Alois Baun, wird mit diesen Maßnahmen versucht, einzelne Beamte „herauszupicken und zu disziplinieren, um den Rest einzuschüchtern."

Politisch durchsetzbar?

Als CSU-Generalsekretär Tandler 1984 der DWK signalisierte, der Bau der WAA in Wakkersdorf sei „rechtlich und politisch durchsetzbar", konnte er noch nicht ahnen, welche Folgen dieses Versprechen haben würde.
Rechtlich und polizeilich ist der Bau der An-

lage bei der gegenwärtigen Gesetzeslage und bei dem Ausrüstungsstand der Sicherheitskräfte sicherlich durchsetzbar. Auch die Kosten für die Einsätze der Polizei (zwischen 1985 und 1987 rund 60 Millionen Mark) sind für die bayerische Landesregierung in Hinblick auf die durch die WAA zu erwartenden Steuereinnahmen tolerierbar.
Damit aber gibt es für die Landesregierung offenbar keine Gründe, die WAA nicht auch politisch für durchsetzbar zu halten. In ihrem Verständnis entspricht die polizeiliche Durchsetzbarkeit der politischen Durchsetzung. Die Motive des Widerstandes stören sie wenig; politischen Schaden, der sich bei Wahlen ausdrücken würde, fürchtet sie angesichts stabiler Mehrheitsverhältnisse in Bayern ebenfalls nicht. Insofern reagierte sie auch gelassen auf 750.000 Einwendungen, die im Zuge der zweiten Teilerrichtungsgenehmigung dem Münchener Umweltministerium vorgelegt wurden. Sie sieht sich da in einer anderen Situation als 1979 Ernst Albrecht in Niedersachsen, der zumindest vorübergehend angesichts massiver Widerstände auf seine WAA-Pläne verzichtete.
Eher ist es anders herum: Ein Nachgeben wäre in den Augen der CSU ein politisch verheerender Akt, weil er einem Nachgeben vor Extremisten und Gesetzesbrechern gleichkäme und das staatliche Gewaltmonopol infragestellen würde. Die Hinweise, durch das harte Vorgehen würden bei kritischen Menschen die Zweifel am herrschenden Staatswesen bzw. die „Staatsverdrossenheit" verstärkt, stören sie wenig, weil sie die Mehrzahl der aktiven WAA-GegnerInnen ohnehin als vollwertige StaatsbürgerInnen abgeschrieben hat.
Denn dieses Schwarz-Weiß-Schema ist die Sichtweise der Landesregierung geblieben. Eine Studie des Instituts für Politikwissenschaften an der Universität Salzburg kommt zu dem Ergebnis, daß das Politikverständnis der WAA-Betreiber und -Förderer „von einem gestörten Verhältnis zu einer freien demokratischen Meinungsbildung zeugt". Das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung, die eine Gleichsetzung der WAA-GegnerInnen mit Staatsfeinden und Terroristen betreibe, sei zu vergleichen mit „Methoden der Kommunistenverfolgung aus der McCarthy-Ära in den USA".
Zu fragen bleibt nur, ob eine solche Haltung letztlich ein bayerisches Spezifikum ist, oder ob Wackersdorf nicht doch überall sein könnte.

WAA

Staatsgewalt

AKW-Ausstieg in Schleswig-Holstein — kommt er oder kommt er nicht?

Der triumphale SPD-Wahlsieg hat eine Regierung an die Macht gebracht, die sich zum Ausstieg aus der Atomenergie — bei Betonung der Schwierigkeiten und landespolitischer Ohnmacht — in einem 8-Jahres-Zeitraum bekennt.

Ausschlaggebend für die 54-%-Mehrheit im Lande war nach den Barschel-Machenschaften der Wunsch der Wähler nach einer Regierung des »Anstandes und der Sauberkeit«. Wer konnte diesen Wunsch besser erfüllen als der »betroffene« Björn Engholm? Reformforderungen wie z.B. der AKW-Ausstieg spielten demgegenüber eine untergeordnete Rolle.

Darum ist es auch kein Wunder, daß hierzulande keine Aufbruchstimmung für gesellschaftliche Veränderungen zu vermelden ist. Im Gegenteil, kann die SPD und insbesondere der neue Sozialminister, Günther Jansen, auf einem enormen Vertrauensvorschuß aufbauen. Insbesondere bei einigen sog. »Nach-Tschernobyl-Gruppen, bei den Energiewende-Kommitees, bei grünen Alt- und Neu-Realos, sowie bei traditionellen Umweltverbänden gibt es kaum Zweifel an der Ernsthaftigkeit des SPD-Ausstiegsprogramms.

Anlaß zur Selbstberuhigung?

In einem Beitrag für die Netzwerk-Zeitung in Schleswig-Holstein erklärt z.B. Lars Hennings, ehemaliger grüner Spitzenkandidat, Brokdorf-Kläger und AKW-Gegner der ersten Stunde (er orientiert sich heute an Positionen der grünen Realos): *»Das eindeutige Landtagswahlergebnis bringt den Ausstieg (...) auf die Tagesordnung. Die Hauptauseinandersetzung mit der Bundesregierung, so sagt Günther Jansen, soll vor der nächsten Bundestagswahl ausgestanden werden. Das hört sich vernünftig an (...). Uns, die wir diesen Versuch nach Kräften unterstützen, bleibt genügend Zeit, die nötige politische Stimmung zu verbreitern, um in Bonn die Einsicht zu vertiefen: Der Weiterbetrieb der AKW's in Schleswig-Holstein ist politisch nicht durchsetzbar. (...).*

Bis dahin rate ich, keine Politik der falschen Fronten zu beginnen und mit allen, die am Ausstiegsversuch arbeiten, die Gemeinsamkeit zu suchen, um — jenseits von Organisationsgrenzen — ein durchsetzungsfähiges gesellschaftliches Bündnis für den Ausstieg hinzukriegen.«

Im Ernst, hätte das ein SPD'ler besser sagen können?

Einmal abgesehen davon, daß der Autor seine eigenen Kritiken an der SPD-Position, dargelegt in der Broschüre der Grünen/SH zum »Sofortausstieg« (Sommer 1987), widerruft, übergeht er wesentliche Tatsachen: So ist die völlig willkürliche Festlegung der SPD auf das Jahr 1990 oder auf die »2-Legislatur-Perioden-Frist«, für ihn genausowenig ein Problem wie die SPD-Auffassung, daß eigentlich die Landesregierung ja ziemlich ohnmächtig ist. Für Ihn spielen Fakten wie der Engholm-Knaller — Die AKW's seien nach »Recht und Gesetz« errichtet worden und sie werden unter SPD-Verantwortung auch nur «nach Recht und Gesetz« beseitigt werden! — keine Rolle. (Warum wird denn Brokdorf immer noch beklagt?) Und wie kann es eigentlich angehen, daß ein angeblich Ausstiegswilliger SPD'ler nach drei vorliegenden unzweideutigen Gutachten (darunter eins, das der absolut nicht AKW-kritische TÜV angefertigt hat) zunächst einmal eine weitere detaillierter Untersuchung durchführen lassen will, um dann — so wörtlich — gegebenenfalls« Stillegungsverfügungen zu erlassen?

Sicher ist, daß die SPD bei solchen widersprüchlichen Vorgaben nicht stehen bleiben wird. Sicher ist aber auch, daß aller Pessimismus und alle Kritik an der SPD-Taktiererei gegenüber der atomkritischen Öffentlichkeit in der Zeit des Wahlkampfes und der ersten Regierungswochen bestätigt worden ist. Insofern besteht überhaupt kein Anlaß zur Selbstberuhigung — sicher erst recht keiner, unverblümt die SPD-Werbetrommel zu rühren.

Neue Ansätze?

Die aktuelle Entwicklung schafft für die Anti-AKW-Bewegung neue Möglichkeiten und Spielräume. Diese lassen sich ausschöpfen, wenn die Bewegung bereit ist, sich auf eine neue Runde von Auseinandersetzung (und Zusammenarbeit, da wo es möglich und sinnvoll ist) mit der jetzigen Regierung einläßt. Alles kommt darauf an, die wiedererwachten (oder: neuen) Hoffnungen vieler Menschen in den Ausstieg aus der Atomenergie zum Ausgangspunkt unseres Handelns zu machen. Denn schließlich wird eine Haltung, die die neue Politik der Landesregierung ignoriert, kaum das Bewußtsein derjenigen erreichen, die der SPD zunächst einmal sehr viel Vertrauen entgegen bringen. Anknüpfen an der Erwartungshaltung der neuen und alten AKW-GegnerInner darf nicht heißen, das SPD-Konzept zu begrüßen, Jansen freundlich auf die Schulter zu klopfen, Engholm viel Glück zu wünschen — anknüpfen an den wiedererwachten Wünschen kann nur heißen, diese Wünsche zu präzisieren, das Bewußtsein über die notwendigen politischen Maßnahmen zu schärfen und die —Forderungen durch eine langfristige Aktionsplanung zu untermauern.

Nötig ist eine Meßlatte der Anti-AKW-Bewegung, anhand der die SPD-Politik in Schleswig-Holstein beurteilbar wird. Nötig ist auch eine Konfontationsbereitschaft der Bewegung für den Fall, daß sich der Ausstiegswille als Besänftigungspille erweisen sollte.

Mensch mag über Lübeck streiten, ob die SPD zu gut weggekommen ist, ob sie zu sanft behandelt worden ist — oder nicht. Es läßt sich allerdings kaum darüber streiten, daß die Bewegung dort an Breite als auch Stärke erheblich gewonnen hat. Und es gehört nicht viel dazu, vorauszusagen, daß dort der SPD und dem Herrn Engholm noch sehr viel Ungemach blüht. Ob dann noch einmal 10.000 Menschen demonstrieren oder erheblich mehr, wenn sich herausstellen sollte, daß die SPD wieder einmal nur »eingeseift« hat und dann noch die nächsten Atommüll-Transporte durch die Stadt rollen....

Die Anti-AKW-Bewegung täte hierzulande gut daran, sich die Lübecker BI-Politik genau und unvoreingenommen zu Gemüte zu führen. Damit wir dann demnächst wieder hunderttausend in Brokdorf sind....

(Der neue Innenmisnister braucht doch — für uns oder gegen uns — seine Bewährungsprobe!)

Henning/Flensburg

SPD und Ausstieg in Schleswig-Holstein: **»Wir schwören, nicht übermütig zu werden.«**

Will die SPD in Schleswig-Holstein die Atomanlagen stillegen, oder will sie nur den Einstieg in den - Töpfer sei's gedankt - verhinderten Ausstieg? Oder will nur Jansen und Engholm muß noch überzeugt werden?

Nicht nur bei den Grünen, bis weit in BI-Kreise hinein ist die Verunsicherung über den wirklichen Kurs der schleswig-holsteinischen SPD groß. Lars Hennings (Grüne S-H.), rät gegenüber der SPD *"keine Politik der falschen Fronten zu beginnen und mit allen, die am Ausstiegsversuch arbeiten, die Gemeinsamkeit zu suchen."*(Gegenwind, Nr. 21, Juni '88). Energiewende Gruppen gaben in ihrer Einladung zu einem Treffen auf dem über den Ausstieg in Schleswig-Holstein diskutiert werden sollte, die Orientierung aus, beim Ausstieg der SPD mitzuhelfen und ihn zu fördern. Die Frage, wie ernst es Jansen mit seinem 2-Jahres-Ausstieg, oder Engholm mit seinem 8-Jahres-Ausstieg denn meinen, und ob nicht vielmehr von Seiten der Anti-AKW-Bewegung erheblicher Druck auszuuben sei, damit es zum Ausstieg mit Stillegung überhaupt komme, wird vielfach gar nicht mehr gestellt.

SPD-Ausstiegsstudie 1986: Sofortausstieg

Die von Jansen und Engholm in Sachen Stillegung der Atomanlagen zu erwartende Politik läßt sich ein gutes Stück an ihrem Umgang mit der von ihnen 1986 beim Öko-Institut Freiburg in Auftrag gegebenen Ausstiegsstudie "Möglichkeiten der Stromerzeugung ohne Atomernergie in Schleswig-Holstein" ablesen. Die Studie war im Oktober 1986 rechtzeitig vor dem Dezember-Parteitag der schleswig-holsteinischen SPD fertiggestellt. Im Vorfeld von Jansen groß angekündigt, spielte sie als sie erstmal auf dem Tisch lag ein weit geringere Rolle. Auf dem Parteitag im Dezember, für den sie erstellt war, tauchte sie nicht mehr auf, ebensowenig in den Verlautbarungen danach. Auch das Presse-Echo fiel recht rar aus. Was berichtet wurde, war in der Regel eher banal. Die sozialdemokratische Hamburger Morgenpost bilanzierte das Ergebnis der Sudie auf dem Niveau:*"Kein Licht geht aus, keine U-Bahn bleibt stehen, keine Nachtspeicherheizung wird kalt: Der Strom aus den konventionellen Kraftwerken reicht aus"* (Mopo v. 24.11.86). Kein Wort zu der eigentlichen Brisanz: Im Gegensatz zu Engholm und Jansen mit ihrem 8-bzw 2-Jahres-Ausstieg, immer mit der Betonung darauf, daß die Gerichte einverstanden sind und auch Töpfer ein Auge zudrückt, präsentierten die Öko-Insitutler den Sozialdemokraten die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Sofortausstiegs innerhalb eines Jahres auf ökonomischer, technischer und juristischer Ebene. Dabei liegt die entscheidende Brisanz noch nicht einmal in

der Differenz bei den Jahre, der Teufel steckt, wie so oft auch hier im Detail.

Trotzdem gehört schon ein gehöriges Maß sozialdemokratischer Dreistigkeit dazu - ermöglicht natürlich durch die absolute Schläfrigkeit der Grünen und den desolaten Zustand der Anti-AKW-Bewegung - nach wissenschaftlichem Nachweis von Notwendigkeit und Möglichkeit des Sofortausstiegs ohne jegliche Probleme an ihren völlig willkürlich bestimmten und unbegründeten Zeitmaßstäben von 2 bzw. 8 Jahren für den Ausstieg festzuhalten. Engholms 8 Jahre und Jansens 2 Jahre sind nichts weiter als reine politisch-taktische Zeitangaben, und das auch nur von Stammtisch-Niveau, nach der Devise: Der Chef der Landesregierung zwei Jahre unter dem von der Bundespartei vorgegebenen 10-Jahres-Satz und sein Oberstilleger knappe 2 Jahre über dem von Anti-AKW-Bewegung und Grünen gesetzten Sofortausstieg.

Doch wie schon angedeutet, die Brisanz liegt nicht in der bloßen Differenz der Jahre. Brisanz bekommt die Studie, indem sie wissenschaftlich bloßlegt, daß die von der SPD bereits jetzt ins Spiel gebrachte Sachzwanglogik selbst konstruiert ist und keinerlei reale Grundlage hat, zumindest nicht für eine politisch entschlossene und konfliktbereite Landesregierung. Mit der sozialdemokratischen Sachzwanglogik wird die Stillegung zuerst verzögert und letztlich der Rückzug bereits vorbereitet.

Die SPD spielt auf Zeit

Zur Studie im Einzelnen: Es werden zwei Wege unterschieden, über die eine sofortige Stillegung der Atomanlagen von einer Landesregierung ins Werk zu setzen ist. Grundlage bildet jeweils nach § 17 AtomG die Bestimmung, daß die Betriebsgenehmigungen widerrufen werden müssen, *»wenn dies wegen einer erheblichen Gefährdung der Beschäftigten, Dritter oder der Allgemeinheit erforderlich ist.«*
Zum einen wird der Widerruf obligatorisch, *wenn der Betrieb eines Atomkraftwerks aufgrund einer Veränderung des Standes von Wissenschaft und Technik als Gefährdung zu bewerten wäre«* (Öko-Institut Freiburg: Teil A der Studie, C. Rechtsgutachten zu den Handlungsspielräumen der Landesregierung Schleswig-Holstein zu einem Ausstieg aus der Atomenergie, Zusammenfassung. Im folgenden zit.: Teil A: C, S...). Zum anderen ist ein Widerruf erforderlich, *»wenn der Betrieb als Gefährdung zu bewerten wäre, weil die Behörde ihre 'Sicherheitsphilosophie' geändert hat.«* D.h. zum Beispiel, die Behörde könnte *»bisher unberücksichtigte Unfallverläufe in die rechtliche Prüfung mit aufnehmen, die Wahrscheinlichkeit auch sehr seltener, aber größerer Schäden neu bewerten, oder die rechtsethische Verantwortbarkeit der Möglichkeit sehr großer Schäden, deren Gesamtrisiko letztlich unbekannt ist, neu beurteilen.«* (Teil A: C, Zusammenfassung).

Beide Wege werden von Jansen als Oberstilleger der SPD-Schleswig-Holstein in sturer Konsequenz ignoriert. Er setzt auf *»Sicherheitsüberprüfungen aller Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein.«* Auf Grundlage dieser Überprüfungen sollen *»von einer interdisziplinär und international zusammengesetzten Gutachtergruppe sogenannte "Tatsachenfeststellungen" vorbereitet werden* (Pressekonferenz Jansen vom 28.8.'87, Kiel). Davor läuft für Jansen in Schleswig-Holstein nichts in Sachen Stillegung. Erst wenn diese Sicherheitsgutachten erstellt sind und *»wenn sie die von uns befürchteten Sicherheitsdefizite bestätigen, werden umgehend alle Möglichkeiten des Atomgesetzes ausgeschöpft, bis hin zur sofortigen Stillegung«* (Presskonferenz Jansen, 28.8.'87, Kiel). Hier geht Jansen vollkommen konform mit dem Landtagswahlprogramm der SPD, in dem der 8-Jahresausstieg festgeschrieben wurde. Auch hier werden zuerst einmal *»Sicherheitsüberprüfungen durch unabhängige Gutachtergremien«* angekündigt. Diese werden, heißt es, *»strengste Maßstäbe auf der Grundlage des jeweils neuesten Standes von Wissenschaft und Technik anlegen. Es wird eine umfassende und wissenschaftlich abgesicherte Neubewertung der Gefahren vorgenommen, die von Atomanlagen ausgeht.«* Doch dann ist es immer noch nicht soweit. *»Auf dieser Grundlage wird im Interesse von Mensch und Natur eine neue Sicherheitsphilosophie erarbeitet.«* Erst dann kann der Ausstieg beginnen.

Für die Siedewasserreaktoren liest man/frau dann voller Erstaunen: *»Die TÜV-Studie über die besonderen Sicherheitsrisiken der Siedewasserreaktoren muß zum sofortigen Widerruf der Betriebsgenehmigungen der Atomkraftwerke Brunsbüttel und Kümmel führen«* (Landtagswahlprogramm 1987). Ja, nur wozu dann die ganze Prozedur mit Sicherheitsüberprüfungen, mit neuen unabhängigen internationalen und interdisziplinären Gutachtern, Tatsachenfeststellungen, Erarbeitung von Sicherheitsphilosophien? Die TÜV-Studie liegt vor, ein Widerruf hätte längst erfolgen können, — müssen!

Und Brokdorf? Dazu heißt es im Landtagswahlprogramm: *»Der Ausstieg aus dem Atomkraftwerk Brokdorf muß über den oben beschriebenen Weg erfolgen«* (Landtagswahlprogramm 1987)

Auch hier gilt: Für eine Stillegung über die Ver-

änderung der Sicherheitsphilosophie der Behörde ist das endlose Prozedere mit Sicherheitsüberprüfungen und immer neuen Gutachten völlig überflüssig und verbessert die Position um Nichts. In der Ausstiegsstudie der Freiburger Öko-Institutler heißt es dazu: *»Diese Fallkonstellation (der neuen Sicherheitsphilosophie; r.k.) unterscheidet sich gegenüber einer Veränderung des Stands von Wissenschaft und Technik dadurch, daß hier sowohl die Anlage als auch die wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse gleich bleiben.«* D.h., neue Erkenntnisse, wie auch immer gewonnen, interessieren hier nicht. Es geht einzig darum, daß die Genehmigungsbehörde *»ihre Auslegung der Rechtsbegriffe ändert, welche die rechtliche Bewertung einer Atomanlage leiten. Sie ändert ihre Auffassung vom Umfang des akzeptablen Risikos«* (Teil A: C, 11).

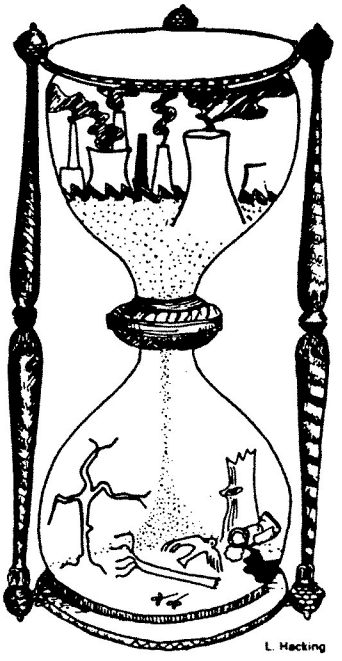
Bezüglich der von Jansen so wichtig erachteten Erarbeitung von »Tatsachenfeststellungen« nach neu erfolgten Sicherheitsüberprüfungen, die dann die Grundlage für seine Änderung der Sicherheitsphilosophie liefern sollen, wird die Studie noch deutlicher: *»Ob die Möglichkeit eines Schadens durch eine atomrechtliche Anlage eine Gefahr oder ein Restrisiko darstellt«* heißt es dort, *»ist somit keine feststellbare Tatsache, sondern eine letztlich rational nicht begründbare, von der jeweiligen Sichtweise der Genehmigungsbehörde abhängige Wertung. Diese Wertung kann nicht ein für allemal festliegen. Was als Gefahr anzusehen ist, unterliegt — wie alle rechtlichen Wertungen — dem Wandel der Anschauungen innerhalb der Gesellschaft«* (Teil A: C. 14).

Sachzwang Rechtsstaat

Das Einzige was Jansen erreicht: er schindet Zeit. Das aber, ist genau die Linie, die von den 'Eiertänzen' der SPD um den Biblis-Ausstieg zum Überdruß bekannt ist (vgl. Atom Nr. 7, Jan./Feb. 86). Es ist also ein alter sozialdemokratischer Hut, mit dem hier die Anti-AKW-Bewegung für dumm verkauft werden soll. Seine Position für die Erteilung des Widerrufs, versehen mit sofortiger Vollziehbarkeit, verbessert Jansen damit um keinen Deut! Wenn Jansen immer wieder betont, wie wichtig es sei, die Stillegungsverfügung *»wasserdicht«* zu machen, für eine gerichtliche Auseinandersetzung eine *»lückenlose Argumentationskette erarbeitet«* zu haben(Spiegel, 16.5.88), wenn er es gar als *»wahnwitziges Spiel«* bezeichnet, vor der *»perfekten«* Erarbeitung der rechtlichen und wissenschaftlichen Grundlagen vor Gericht zu ziehen (taz-hh, 29.4.88), wenn er also das Geschäft der Angstmacherei betreibt, indem er den verschenkten Ausstieg an die Wand malt, dann spielt er seinen eigenen exekutiven Handlungsspielraum gegenüber den Gerichten bewußt herunter.

In der Studie heißt es zu diesem Spielraum: *»Die Abgrenzung zwischen 'erforderlicher Vorsorge' und Restrisiko und damit auch die Entscheidung über eine Veränderung der 'Risikophilosophie' ogliegt nach der Rechtsprechung des BVerfG primär der Exekutive und sekundär den Gerichten.«* Nach neuester Rechtssprechung des BVerfG ist es so, daß *»die Gerichte einen gewissen Beurteilungsspielraum der Exekutive akzeptieren müssen und ihre Wertung nicht an die Stelle der Wertung der Genehmigungsbehörde setzen dürfen«* (Teil A: C, Zusammenfassung)

Die ständige Wiederholung, man werde *»juristisch klären, ob die Stillegung als Sofortvollzug möglich ist«* (Jansen nach taz, 23.4.88), oder das zackig-preußische Pochen darauf, die Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein seien nach *»Recht und Gesetz«* errichtet worden und werden *»auch nur nach Recht und Gesetz außer Kraft gesetzt«* (Engholm nach: FT, 21.4.88), oder schließlich auf die dumm-dreist-beleidigte Tour, *»wenn uns das Gericht bei der Prüfung des Sofortvollzugs widerspricht, werden die Atomkraftwerke während der juristischen Auseinandersetzung laufen. Das ist in einem Rechtsstaat eben so«* (Jansen in: taz-hh, 29.4.88), ist nichts anderes als selbstkonstruierte sozialdemokratische Sachzwanglogik. Vor Entschlossenheit, Standhaftigkeit oder gar Konfliktbereitschaft (!) keine Spur. Da muß man sich als Sozialdemokrat nicht wundern, wenn von CDU-Politikern wie Töpfer oder Weimar in Hessen mit ihren taktischen aber kurzentschlossenen Stillegungsverfügungen vorgeführt wird.



Sachzwang Töpfer

Dieses unentwegte Vorschieben des »Sachzwang Rechtsstaat« anstelle politisch offensiven Agierens mit dem gegebenen Handlungsspielraum, findet ihre ideale Ergänzung im ständigen Verweis auf die Bundeskompetenz mit ihrer Weisungsbefugnis, mit dem »Sachzwang Töpfer.«

Schon im Landtagswahlprogramm wird der »äußerst enge landespolitische Handlungsspielraum« beschworen und der Schwarze Peter der Bundesebene zugeschoben: *»Die entscheidende Weichenstellung für den Ausstieg muß auf Bundesebene erfolgen. Dort gilt es die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zu ändern«* (Landtagswahlprogramm 1987).

Auch nach der Wahl wird weiter tief gestapelt und Verantwortung abgewälzt. Sowohl Engholm als auch Jansen betonen immer wieder: kommt Töpfers Weisung, hätten sie nur »wenig Spielraum« (Spiegel, 16.5.88). Der Spiegel sekundiert: *»Ob es ihm (Jansen; r.k.) gelingen wird, wie versprochen die drei Schleswig-Holsteinischen Atomreaktoren Krümmel, Brokdorf und Brunsbüttel abzuschalten, hängt nicht von einem Norddeutschen ab, sondern vom Bonner Umweltminister Klaus Töpfer (CDU): Der ist bei der Entscheidung über Atomkraft weisungsbefugt«* /Spiegel, 16.5.88).

Wer so von Anfang an den Schwanz einzieht, fordert die Prügel natürlich geradezu heraus. Die folgte dann auch auf dem Fuße. Schon tags darauf, Töpfer weilte gerade in Travemünde bei der Jahrestagung des Atomforums, warnte er die Schleswig-Holsteinische Landesregierung keine »eigenmächtigen Entscheidungen« zu treffen. Unmißverständlich gab er zu verstehen, *»daß er keine Entscheidung eines Landes gegen die Nutzung der Kernkraft akzeptieren werde, wenn sich diese Entscheidung nicht ausschließlich an Maßstäben der Sicherheit orientiere«* (HA, 18.5.88).

Wird von Jansen geprahlt, er wolle *»die mit der Bundesregierung und der 'Atomindustrie' zu erwartenden Auseinandersetzungen bis zum Bundesverwaltungsgericht durchstehen«* (FT, 26.3.88), ist das schon eher die halbe Kapitulation. Wie die Auseinandersetzung um den schnellen Brüter zeigt, sollte neben einer Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht im Falle einer Weisung zum Mindesten ein Gang vor das Bundesverfassungsgericht drin sein. Die Zeit schrieb zur Brüter-Kontroverse noch im Januar: *»Eine Weisung des Bundes wäre nach der Lage der Dinge eine Kriegserklärung an den Föderalismus, Endstation Verfassungsgericht«* (Zeit, 8.1.88).

Auch in der von den schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten beauftragten Ausstiegsstudie wird der aus der Bundesverwaltung resultierende Handlungsspielraum der Landesregierung grundsätzlich eher optimistisch bewertet, was ein umfassend offensives Agieren der Landesregierung gegen jede Drohung mit einer Weisung hätte geboten erscheinen lassen. Zum Verständnis des Instituts der Bundesverwaltung heißt es dort: *»die ihr zugewiesene Aufgabe als eigene Aufgabe eigenverantwortlich wahrnehmen. Sie hat sich selbst eine Meinung über die zu beurteilenden Tatsachen und eine eigene Rechtsauffassung unter Einfluß etwaiger zu treffender Ermessensentscheidungen zu erarbeiten und nicht in Form eines antizipierenden Gehorsams auf eine eigenständige Meinung zu verzichten«* (Teil A: C, 40).

Die Studie zeigt damit Argumentationsketten für ein politisch offensives Agieren der Landesregierung mit dem Institut der Bundesauftragsverwaltung gegenüber der Bundesebene auf.

Gerade hier haben die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten bisher vollkommen versagt!

Wenn der Spiegel zum Wahlsieg der SPD in Schleswig-Holstein als Schlagzeile mit dem Engholm-Wort *»Wir schwören, nicht übermütig zu werden«*, aufmacht (Spiegel, 16.5.88), dann werden die Herren in Atomstaat und Kapital dies mit Genugtuung vernommen haben. Die im selben Spiegel an die Adresse von »Kommunalpolitikern und Arbeitslosen, Umweltschützern und Atomkraftgegnern« gerichtete Botschaft Engholms, »daß viele Erwartungen womöglich 'einen Tick zu hoch' (Engholm) seien« paßt ins Bild.

Reinhard

Hamburger Ausstiegspolitik:

Im Gutachtensumpf untergetaucht.

Im September 1986 traten sogar die Hamburger Sozialdemokraten mit dem Slogan auf: Der Ausstieg ist machbar. Es war Wahlkampf und Tschernobyl lag noch in der Luft. Der Senat, das ist die Regierung der Hansestadt, wollte sich für Sicherheitsüberprüfungen unter Einbeziehung kritischer Wissenschaftler einsetzen, für das AKW Stade forderte er damals sogar eine sofortige Stillegung. Er versprach die Änderung der Satzung der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) in Richtung Stromversorgung ohne Atomkraft als langfristiges Ziel. Das sollte die Aktionärsversammlung mit 3/4 Mehrheit der Regierung im Juli 1987 beschließen.

Der November 1986 brachte der Regierung "Hamburger Verhältnisse", mit der Konsequenz, daß der Wahlkampf bis zu den Neuwahlen im Mai 1987 fortgeführt wurde. Dem papiernen Ausstiegswillen der SPD sollten "Taten" folgen. **Es wurden Gutachten bestellt über die Sicherheit der umliegenden Atomkraftwerke beim Öko-Insititut Darmstadt, über die Folgen eines Atomausstiegs bis 1995 für Hamburg beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, des weiteren ein Gutachten an Fichtner in Stuttgart über die mögliche radioaktive Verseuchung Hamburgs als Folge eines Kernschmelzunfalls und eine Rechtsexpertise an Professor Steinberg über die Durchsetzbarkeit des Anspruchs der Hamburger Regierung auf die Genehmigungsunterlagen der umliegenden Atomkraftwerke.**

Im November 1986 hatte die GAL-Fraktion im Hamburger Rathaus das "Drei-Stunden-Gutachten" des TÜV Norddeutschland an die Öffentlichkeit gezerrt. Dieses Gutachten im Auftrag des Kieler Sozialministeriums beschäftigte sich mit den Möglichkeiten von Kernschmelzunfällen in den umliegenden Atomkraftwerken und mit dem Ausmaß radioaktiver Freisetzungen. Die Sicherheitsbehälter der Siedewassereaktoren Krümmel und Brunsbüttel können demnach in drei bis 21 Stunden nach Unfalleintritt versagen. Die Hamburger Umweltbehörde forderte ohne Konsequenz das Bundesumweltministerium auf, die Siedewasserreaktoren stillzulegen und verlangte von den Regierungen Schleswig-Holstein und Niedersachsen die Veröffentlichung aller sicherheitsrelevanten Gutachten.

Das Rechtsgutachten von Professor Steinberg kam im Januar 1987 zu dem Ergebnis, daß der Senat gute Erfolgschancen hätte, seinen Informationsanspruch durchzusetzen. Aber das Informationsbegehren des Senats ist gleich Null, denn bis heute hat er weder Informationen erhalten noch von seiner Klagemöglichkeit Gebrauch gemacht.Zwischenzeitlich stärkte die Atomwirtschaft ihre Mitglieder. Die OSART-Kommission der IAEO bescheinigte im März 1987 den Beschäftigten des AKW Krümmel ihre außerordentliche Zuverlässigkeit.

Im Mai 1987, während des Brennelementewechsels im AKW Stade, veranlaßte die GAL-Frauenfraktion eine außerordentliche Bürgerschaftssitzung zur Bedrohung durch den Weiterbetrieb des AKW Stade. Zwei Wissenschaftler der Uni Hamburg hatten herausgearbeitet, daß der TÜV 1985 bei seiner Begutachtung der Versprödung des Reaktordruckbehälters (RDB) unwissenschaftlich vorgegangen ist, und daß der RDB selbst im Normalbetrieb zu versagen drohe.Trotzdem legte der TÜV Norddeutschland im Auftrag der nieders. Landesregierung im August 1987 ein weiteres Gutachten vor, die "Zusätzliche Sicherheitsanalyse" über das AKW Stade, in dem u.a. die öffentlich kritisierten Behauptungen dreist wiederholt wurden.

Dieses letzte Gutachten des TÜV strotzt vor Einseitigkeit, denn es erklärt die sicherheitstechnischen Anforderungen als *"sinngemäß erfüllt"*, obwohl eine Vielzahl von sicherheitstechnischen Defiziten bestätigt werden. Das konnte er sich offensichtlich erlauben, weil die SPD in der Stade-Sitzung zugegebeh hat, daß sie an einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit über die Bedrohung durch das AKW Stade nicht interessiert sei, und weil sie im Juni 1987 als erste Dispositionsmasse in den Koalitionsverhandlungen mit der FDP die beabsichtigte Satzungsänderung der HEW fallen gelassen hatte. So war klar, daß die Atomwirtschaft die Angriffe nach

Tschernobyl schadlos überleben würde.

Schließlich haben auch das Wallmann-Ventil in Brokdorf und die im Juni 1987 angeordneten Nachrüstungen der Siedewassereaktoren Brunsbüttel und Krümmel "gegen den Super-Gau" (Installation von Druckentlastungsventilen und Inertisierung der Sicherheitsbehälter mit Stickstoff gegen mögliche Wasserstoffexplosionen) als gelungenes Ablenkungsmanöver und als mögliches Bollwerk in (bevorstehenden) Gerichtsprozessen gedient. Vor diesem Hintergrund erarbeitete das Öko-Institut Darmstadt vom November 1986 bis Mai 1988 im Auftrag der Umweltbehörde Hamburgs eine "Untersuchung über die Sicherheit der im Hamburger Umland gelegenen Kernkraftwerke Brokdorf, Brunsbüttel, Krümmel und Stade".

Der erste Teil, Untersuchung der umliegenden Atomkraftwerke auf Sicherheitsdefizite, wurde bereits im September 1987 abgeschlossen. Dieser Teil wurde gemeinsam mit dem zweiten Teil, der Untersuchung möglicher Abläufe von Kernschmelzunfällen und Folgen für Hamburg, im Mai d.J. veröffentlicht. Die Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft erhielten jeweils ein Exemplar. Die Umweltbehörde Hamburgs hat für die Arbeit des Öko-Instituts weder die gerichtlich eingklagbaren Genehmigungsunterlagen besorgt, noch hat die Behörde nach Abschluß des ersten Teils darauf gedrungen, daß das neue Gutachten des TÜV über das AKW Stade und die zwischenzeitlich angeordneten Nachrüstungen der AKW's Brünsbüttel und Krümmel in der Untersuchung des Öko-Instituts berücksichtigt werden. Deshalb ist der erste Teil des nun erst veröffentlichten Gutachtens des Öko-Instituts bereits veraltet. Trotzdem kann dieses Gutachten die Argumentation der AKW-GegnerInnen stärken. Im Unterschied zu dem "Drei-Stunden-Gutachten" des TÜV hat das Öko-Insitut wesentliche Schwachstellen und die bedeutsamsten Unfallabläufe für jedes einzelne Atomkraftwerk herausgearbeitet und kommt zu dem Ergebnis, daß mit früherem Versagen der Sicherheitsbehälter gerechnet werden muß.

Allerdings waren nur drei typische Unfallabläufe genauer zu untersuchen, mit der Konsequenz, daß das Öko-Institut auf die konkrete Begutachtung des AKW Brokdorf verzichtet hat. Anscheinend hat das Öko-Institut die politische Brisanz dieser Entscheidung nicht erkannt. Es wäre zwingend notwendig gewesen, der SPD Hamburgs Argumente vorzulegen, denen sie sich nicht länger entziehen kann. In der Hamburger SPD wird nämlich die Gefährlichkeit des AKW Brokdorf totgeschwiegen. Anstelle der Gefährlichkeit und der für alle AKW's unmöglichen "Entsorgung" ist für die politische Haltung der Hamburger SPD die noch ausstehende Amortisation des Brokdorf ausschlaggebend. Das Öko-Insitut wurde von seiten der Umweltbehörde verpflichtet, die resultierenden Strahlenbelastungen als Folge der Kernschmelzunfälle nach dem im Genehmigungsverfahren eingeschränkten Berechnungsverfahren für Störfälle durchzuführen. Das Öko-Insitut kam aufgrund anderer internationaler Erkenntnisse zu weit größeren Quellthermen radioaktiver Freisetzung und widerspricht der herrschenden Meinung, daß sich die Radionuklide überwiegend im Containment anlagern, anstatt ausgetragen zu werden. Diese Feststellung relativiert das Ergebnis des Büro Fichtner, das im Auftrag der Hamburger Umweltbehörde die resultierenden Strahlenbelastungen auf Basis der Kernschmelzunfälle des "Drei-Stunden-Gutachtens" ermittelt hatte. Das Öko-Insitut errechnet weit größere Freisetzungen bestimmter Radionuklidgruppen als in Tschernobyl aufgetreten sind. Es stellt fest, daß die Strahlung am Boden liegender Teilchen bereits nach wenigen Tagen zu akuten Strahlenschäden in der Hamburger Bevölkerung führen würde. Teile Hamburgs müßten bei einem Kernschmelzunfall im AKW Krümmel auf jeden Fall geräumt werden.

Die Ergebnisse des Gutachtens des Öko-Instituts bestätigen die Überzeugung der AKW-GegnerInnen. Die SPD in Hamburg möchte dazu allerdings keine Stellung beziehen. Sie hat sich bis heute der öffentlichen Diskussion über dieses Gutachten entzogen, indem sie beispielsweise zu einer extra zu diesem Thema anberaumten Radiosendung nicht erschien. Mitte Juni ist nun das Ergebnis eines weiteren Gutachtens der Umweltbehörde bekanntgegeben worden. Das Gutachten des DIW über die Auswirkungen eines Atomaustiegs für Hamburg kommt zu dem Schluß, daß der Strom um 15 % bis 40 % teurer würde und 200.000 Tonnen Gips jährlich unterzubringen wären. Solche Ergebnisse stützen die herrschende Energiepolitik Hamburgs. Es erscheint nicht erwähnenswert, daß mit dem Atomausstieg die "Entsorgung" von Atommüll auf das bisher produzierte Ausmaß begrenzt würde und daß mit jeder eingesparten Kilowattstunde (kWh) Atomstrom 10 Mio Becquerel weniger entstehen würden. Der Atomausstieg in Hamburg bedeutet bei der derzeitigen Versorgung mit mehr als 10 Milliarden kWh Atomstrom jährlich, daß 100 Billiarden Becquerel langlebiger Nuklide weniger erzeugt würden und weniger zu "entsorgen" wären.

Die Politik der Hamburger Regierung festigt kurz- und langfristig die Atomstromabhängigkeit Hamburgs. Sollte es tatsächlich zu den Stillegungsverfügungen aus dem Kieler Sozialministerium kommen, wird die SPD sich "rechtlich gezwungen sehen", über die HEW gegen die Schleswig-Holsteinische Regierung zu klagen! Konkret sieht die Energiepolitik der Hamburger Regierung in diesem Jahr vor, daß mehr als 600 MW konventionelle Erzeugungskapazität außer Betrieb genommen werden, bis 1993 sollen noch weitere Stillegungen bis zu 300 MW hinzukommen. Damit entzieht die Hamburger SPD den Ausstiegsplänen der Schleswig-Holsteinischen SPD — ganz zu schweigen von ihren eigenen Wahlversprechen — die notwendige Grundlage. Bereits 1986 war festgestellt worden, daß eine atomstromfreie Versorgung Schleswig-Holsteins auf die konventionellen Überkapazitäten Hamburgs angewiesen sein wird.

Offensichtlich haben die bestellten Gutachten die Funktion, die politische Entscheidung für den Atomausstieg hinauszuzögern und daß zwischenzeitlich in der herrschenden Energiepolitik weitere Hemmnisse geschaffen werden. Das ist um so tragischer, als daß Teile der AKW-GegnerInnen über diesen Gutachten-Streit den praktischen politischen Widerstand vor Ort vernachlässsigen und dadurch in Gefahr gelaufen sind, politische Zusammenhänge zu übersehen.

Erika Romberg, energiepolitische Sprecherin der GAL-Frauenfraktion in der Hamburger Bürgerschaft

Sicherheitsgutachten des Ökoinstituts zu:

Brokdorf, Brunsbüttel, Krümmel, Stade.

Einige Ergebnisse der Untersuchung der Sicherheitsdefizite:

AKW Stade

- keine redundante Auslegung aller Teile des Reaktorschutzsystems
- stark vermaschte Bereiche der Hoch- und Niederdruckeinspeisung des Notkühlsystems
- unzureichende Auslegung der Druckspeichereinspeisung
- unzureichende Redundanzen im Zwischen- und Nebenkühlsystem sowie im Frischdampfsystem
- fortgeschrittene Neutronenversprödung des Reaktordruckbehälters

AKW Brokdorf

- Auslegung nach dem Konzept der Basissicherheit, so daß z.B. der Fall des vollständigen Abrisses der Hauptkühlmittelleitung nicht mehr abgesichert ist
- systematischer Einsatz von Hochbrand (MOX)-Brennelementen

weitere Erkenntnisse (nicht Gegenstand des Gutachtens):

- stärkere Belastung des Generators und der Sicherheitsventile durch nachträgliche Leistungssteigerung auf 1.400 MW elt.

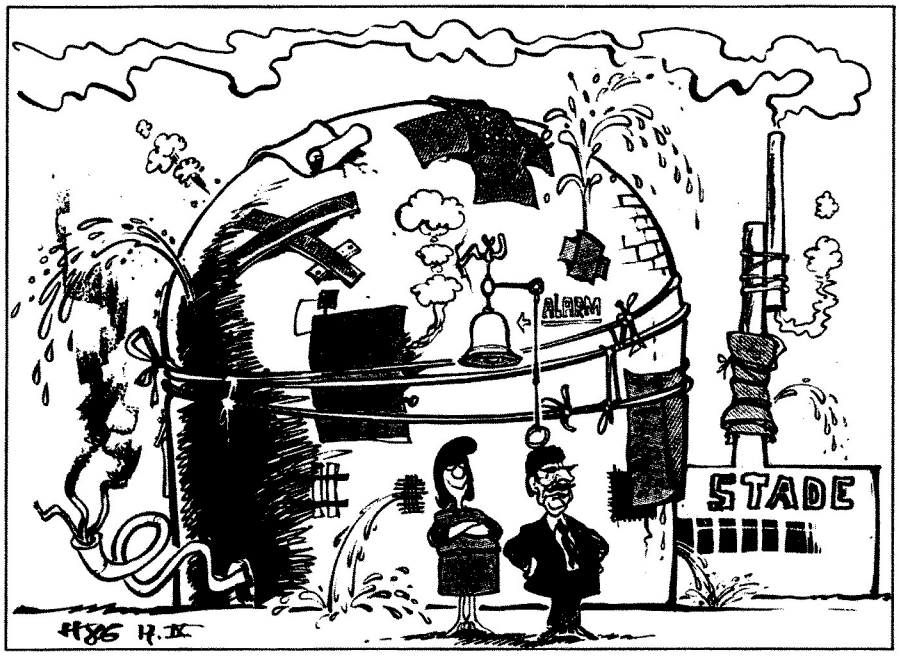
Sicherheitsdefizite der AKW Brunsbüttel und Krümmel

- nachteilige Auslegung des Druckabbausystems bzgl. der Ausführung der Überdrucklappen auf der Kondensationskammerdecke, die Kondensationsrohre sowie die Lage der Kondensationskammer
- kein zweites diversitäres Schnellabschaltsystem
- Sicherheits- und Entlastungsventile mit hoher Störanfälligkeit aufgrund von common-mode-Fehlern
- Durchdringungsventile insbesondere der Frischdampfleitungen
- keine ausreichende Entkopplung der Redundanzen des Reaktorschutzsystems
- Handmaßnahmen zur »Beherrschung« von Störfällen

insbesondere AKW Brunsbüttel:

- keine ausreichend redundante und räumlich getrennte Notstromversorgung und
- extrem hohe Ausfallhäufigkeit der Notstromdiesel

Bedeutsame Unfallabläufe aufgrund von kleinen Lecks und Notstromfällen in den Druckwasserreaktoren Stade und Brokdorf. Die bedeutsamsten Kernschmelzabläufe in den Siedewasserreaktoren Brunsbüttel und Krümmel, Baulinie 69, können sich ereignen im Notstromfall, beim Ausfall der Hauptwärmesenke oder des Speisewassersystems, bei mittleren oder großen Kühlmittelverlusten sowie insbesondere beim Verlust des Kondensationskammerwassers im Atomkraftwerk Krümmel



Wesentliche Versagensarten des Sicherheitsbehälters wegen

— Dampfexplosionen, wenn heiße Kernschmelze mit kaltem Kühlwasser schlagartig in Berührung kommt
— Kernschmelzen unter Hochdruckbedingungen im Reaktorkühlkreislauf (Direct Containment Heating) insbesondere in Druckwasserreaktoren
— Wasserstoffexplosionen (Für Druckwasserreaktoren ist ein technisch machbares, effektives und zugleich zuverlässiges System für die Beherrschung der Wasserstoffproblematik derzeit nicht verfügbar),

Auswirkungen der drei untersuchten Kernschmelzabläufe

Die Freisetzungen vom Unfall in Tschernobyl liegen im Bereich dessen, womit bei Kernschmelzunfällen mit frühem Containment-Versagen auch bei Leichtwasserreaktoren zu rechnen ist.

Bei den Siedewasserreaktoren der Baulinie 69 führen die verschiedenen Kernschmelzabläufe durchgängig zu Containment-Versagen zu einem frühen Zeitpunkt.

Der untersuchte Kernschmelzablauf für das **AKW Brunsbüttel** mit erheblichen Kühlmittelverlust und Versagen des Druckabbausystems führt zu Kernschmelzen unter niedrigem Druck infolge eines großen Lecks. Das Containment versagt bereits vor Beginn des Kernschmelzens, so daß massive Freisetzungen insbesondere von Jod, Cäsium, Tellur und Ruthenium resultieren.

Für das **AKW Krümmel** wird mit dem Ausfall der Hauptwärmesenke und gleichzeitigem Versagen der Sicherheits- und Entlastungsventile gerechnet. Dabei platzt das Containment bereits wenige Minuten nach Unfallbeginn. Die Kernschmelze erfolgt dann ähnlich wie der Ablauf im AKW Brunsbüttel bei offenem Containment.

Der Notstromfall im **AKW Stade** mit Ausfall der Notstromversorgung führt zu Kernschmelzen unter hohem Druck und zum Versagen des Containment unmittelbar nach dem Schmelzausstoß.

Das Containment versagt aufgrund von Direct-Containment-Heating, Dampf- oder Wasserstoffexplosionen. Dabei wird eine hohe Freisetzung auch von schwerflüchtigen Nukliden, Lanthaniden und Aktiniden verursacht.

Für das **AKW Brokdorf** sind keine konkreten Kernschmelzabläufe untersucht worden, deshalb soll an dieser Stelle ein jüngerer Störfall im Februar diesen Jahres in Erinnerung gerufen werden: Leckage im Kühlsystem des Generators mit der mittelbaren Folge einer kleineren Wasserstoff-Explosion im (sekundärseitigem) Maschinenhaus. Hätte statt der betroffenen Schaltkästen das gesamte Maschinenhaus gebrannt, wäre auf einem Schlag der gesamte Sekundärkreislauf ausgefallen, mit der Folge eines Super-Gaus, dem Kernschmelzunfall.

Die gravierendsten radioaktiven Belastungen für Hamburg treten bei einem Kernschmelzunfall im AKW Krümmel aufgrund seiner Nähe zu Hamburg auf. Es ergeben sich Strahlenbelastungen durch Inhalation in Höhe von bis zu 3.080 rem Knochendosis und 22.800 rem Schilddrüsendosis.

Um die Störfalldosisgrenzwerte einzuhalten, müßten in diesem Fall Maßnahmen gefunden werden, die die Exposition um mehr als einen Faktor 1.000 reduzieren und bereits innerhalb von 2-3 Stunden nach Unfallbeginn greifen.

Auf Hamburger Gebiet ist bei Eintreffen der radioaktiven Wolke noch nicht sofort mit Sterbenden zu rechnen.

Hohe Ganzkörperbelastungen durch am Boden abgelagerte Nukleide, bis zu 6.900 rem innerhalb von 7 Tagen nach Deposition, weren jedoch bei längerem Aufenthalt im Freien zu akuten Strahlenschäden führen.

Hohe Schilddrüsenbelastungen bis zu 20.000 rem und Knochenbelastungen bis zu 3.000 rem durch Inhalation lassen bereits starke Häufungen von Schilddrüsenveränderungen nach kurzer Zeit erwarten.

Zum Vergleich: Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz

Räumung »zweckmäßig«, wenn 25-100 rem Ganzkörperdosis durch äußere Bestrahlung oder Inhalation, darüber Räumung »erforderlich«.

Beim Vergleich der errechneten Strahlenbelastungen auf Hamburger Gebiet mit diesen Empfehlungen würde im Falle eines Unfalls im AKW Stade eine Räumung als »zweckmäßig« bzw. »erforderlich« zu erachten sein. Beim Unfall im AKW Brunsbüttel wäre eine Räumung »zweckmäßig«. Teile Hamburgs müßten beim für das AKW Krümmel angenommenen wahrscheinlichen Unfall auf jeden Fall geräumt werden.

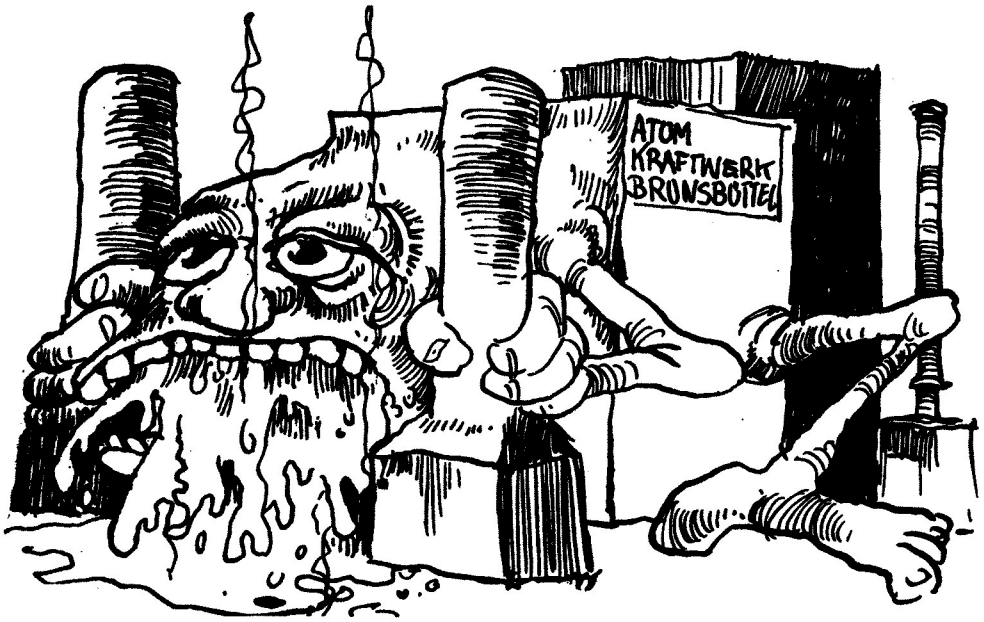
Die langfristigen Belastungen über Gamma-Strahlung durch abgelagerte Radionnukleide und die Ingestion liegen bei
bis zu 1 Millionen rem Ganzkörperdosis,
mehr als 1,6 Millionen rem Knochendosis und
fast 10 Millionen rem Schilddrüsendosis.

Um die Belastungen zu reduzieren, müßte großflächig Boden abgetragen sowie eine gründliche Dekontamination von Oberflächen durchgeführt werden.

Hinzu kommen als Spätfolgen zumindest Krebs-erkrankungen und Erbschäden. Bei Verwendung üblicher Dosis-Wirkungs-Beziehungen wird ein großer Teil der Hamburger Bevölkerung davon betroffen sein.

Aus der Zusammenfassung des Gutachtens des Öko-Instituts mit Ergänzungen und Mithilfe von Carsten Hinrichsen.

Erika Romberg



Erörterungstermin Konditionierungsanlage

Aktenwirbel und Tausend-markscheine

Unter Klappern, Rasseln und Pfeifen begann am 25.Mai in Gartow die genehmigungsrechtliche Erörterung für die Pilot-Konditionierungsanlage in Gorleben. In dieser neuen Atommüllfabrik sollen alle möglichen Arten hochradioaktiver Abfälle umgeladen, zersägt, eingedampft und wieder neu verpackt werden.

Rund 12.500 Menschen hatten schriftliche Einwendungen gegen die geplante Anlage vorgebracht. Am ersten Tag des Erörterungstermins nahmen ca. 300 Leute teil, Sitzplätze waren für ca. 250 Leute vorgesehen.

Genehmigungsbehörde ist das niedersächsische Umweltministerium, deren Ministerialdirigent Horst zur Horst hatte die Leitung der Veranstaltung übernommen. Dieser Herr ist den AtomkraftgegnerInnen bestens bekannt, da er bisher alle Genehmigungsverfahren für Lüchow-Dannenberger Atomanlagen geleitet hat und zur besten Zufriedenheit der Betreiber durchgeführt hat.

Abgehandelt werden sollten in dieser Veranstaltung 937 Fragestellungen zu 64 Sachgebieten. Schön geordnet und gebündelt, damit alles möglichst glatt über die Runden geht.

Die Bürgerinitiativen führten zu Beginn der Veranstaltung aus, warum es sich hier um eine reine Schau- und Alibiveranstaltung handelt. Die Einwendergruppen hatten sich vorgenommen, am ersten Tag selbst von Anfang an das Wort zu führen bzw. mit Kleingeld zu klingeln oder die Pfeife zu trillern. Auch nachgemachte 1.000 DM Scheine mit dem Aufdruck »Wir bieten mehr« wurden veteilt.

Im Laufe des Vormittags wurden mehrer Befangenheitsanträge u.a. gegen den Leiter Horst zur Horst gestellt.

Zum Abbruch der Veranstaltung am 1. Tag kam es, als mehrere AtomkraftgegnerInnen zwischen die ca. 40 »Sachverständigen« und Vertreter der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) sprangen und Aktenordner und Papiere durch die Luft wirbelten. Die auf dem Boden liegenden Papiere wurden von den Umstehenden mit den Füßen bearbeitet und zum Teil zerrissen. Die Betreiber hatten hier auf ihren Blättern zu möglichen Fragestellungen bereits schriftlich vorformuliert ihre Antworten parat.

Zu Tumulten und kleineren Rangeleien kam es als die Polizei diejenigen festnehmen wollte, die die Papiere durch die Luft geschmissen hatten. Ergebnis der Polizeiaktion war die Feststellung der Personalien von 4 verdächtigen Personen. Die DWK erstattete Strafanzeige.

Damit war die Veranstaltung für diesen Tag beendet, zudem mußte über die Befangenheitsanträge gegen Horst zur Horst erst noch entschieden werden, wie es heiß.

Die Fortsetzung war für den nächsten Tag angekündigt.

Unter dem Gelächter des Publikums hatte allerdings Horst zur Horst vorher schon erklärt: *»Diese Vorwürfe weise ich für den niedersächsischen Umweltminister zurück.«*

In einem Pressegespräch wiesen die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (siehe nebenstehende Presseerklärung) und andere Einwendergruppen darauf hin, daß sie sich nicht mehr an diesem Erörterungstermin beteiligen würden.

Die autonome Heidegruppe formulierte in einer Presserklärung die weitestgehende Position: *»... Unsere bisherigen Erfahrungen mit Anhörungen bei atomrechtlichen Genehmigungsverfahren z.B. zu den Zwischenlagern oder Dragahn zeigen, daß hier keine wirkliche Einflußnahme möglich ist, sondern daß durch diese sogenannte Bürgerbeteiligung lediglich die rechtsstaatliche Fassade für die allgemeine Öffentlichkeit bewahrt werden soll. Daher lehnen wir jede konstruktive Beteiligung an diesem Verfahren ab! Eine konstruktive bedeutet in diesem Fall gerade auch eine kritische Beteiligung durch uns als EinwenderInnen, die wir diesen Termin wahrnehmen würden. Denn die Teilnahme insbesondere kritischer Leute führt dazu, daß der Öffentlichkeit eine scheinbar echte Diskussion vorgeführt wird. Damit würde den Betreibern die Möglichkeit gegeben zu behaupten, sich ernsthaft mit den Gegenargumenten auseinandergesetzt und diese entkräftet zu haben. (...) D.h. das wir in der Konsequenz eine Aktion möglichst zur Verhinderung dieser Farce richtig finden, wodurch die Ablehnung dieses Genehmigungsverfahrens insgesamt deutlich wird. Unser Ziel besteht darin, ein 'ordentliches Verfahren' nicht zuzulassen.«*

Ulricke Finck von der Gruppe Ökologie aus Hannover führte aus, daß auf Grundlage des Sichheitsberichtes und der zur Verfügung stehenden Unterlagen eine Anhörung nicht möglich sei. So würden die genauen Unterlagen z.B. die Aufschluß geben über die Berechnung von Radioaktivitätsabgabewerten und das Grundlagenmaterial für die Störfallanalyse von der DWK als Geschäftsgeheimnis betrachtet und nicht der Öffentlickeit zur Verfügung gestellt.

Lilo Wollny sprach das Problem der sogenannten Entsorgung einer Pilot-Konditionierungsanlage an. Auf eine Anfrage von Lilo Wollny antwortete die Bundesregierung, nur Atomkraftwerke benötigten einen Entsorgungsnachweis. Für Zwischenlager, Konditionierungsanlagen und Wiederaufbereitungsanlagen sei das nicht vorgesehen. Somit können überall Verschiebebahnhöfe unterhalten werden, die als Entsorgungsnachweis für Atomkraftwerke gelten, deren eigene Entsorgung aber total ungewiß ist.

Durch Berechnungen des Bremer Atomwissenschaftlers Gerald Kirchner kam heraus, daß schon im Normalbetrieb die zu erwartende Strahlenbelastung durch die Pilot-Konditionierungsanlage etwa genauso hoch ist, wie bei der früher in Dragahn geplanten Wiederaufbereitungsanlage, obwohl dort 10 mal so viele Brennelemente verarbeitet werden sollten. Dies führt er auf den vergleichsweise niedrigen Schornstein (60 Meter, statt 200 Meter Höhe) und die erheblich schlechteren Filteranlagen zurück.

Die jetzt beantragte Anlage soll eine Jahreskapazität von 35 Jahrestonnen haben. Mit dem Bau soll Anfang 1989 begonnen werden. Die Fertigstellung ist für 1994 vorgesehen. Aber bereits im Jahre 2000 soll eine Konditionierungsanlage mit der zehnfachen Kapazität, mit 350 Jahrestonnen, in Betrieb sein. Alle Indizien sprechen dafür, daß sehr schnell vom Laborbetrieb zur großtechnischen Anlage übergegangen werden soll.

Die Bevölkerung in der Region wird zusätzlich zu den Gefährdungen durch die Anlage selbst von der stark ansteigenden Zahl der Atommülltransporte gefährdet. In der Erprobungsphase dürften ca. 24 Transporte jährlich mit hochradioaktiv verseuchten abgebrannten Brennelementen zu erwarten sein. Zu einer erheblich höheren Anzahl von Transporten dürfte es kommen, wenn ausschließlich Abfälle aus der Wiederaufarbeitung im Ausland »umgepackt« werden sollen: Etwa 340 Eisenbahnwaggon- oder LKW-Ladungen mit hochradioaktivem Atommüll, daneben noch einige Ladungen nichtwärmeentwickelnden Atommülls.(Schätzung von Ulricke Finck)

Diese Atomtransporte würden über Lüneburg und Uelzen ins Wendland gehen.

Obwohl nur noch wenige Einwender am Erörterungstermin teilnahmen wurde dieser nach Ablehnung der Befangenheitsanträge noch 6 Tage lang fortgeführt. Somit ist dem Gesetz genüge getan und der atomrechtlichen Genehmigung der Anlage dürfte nicht mehr im Wege stehen. Jetzt ist der Widerstand gefordert Konzepte zu entwickeln um den Baubeginn Anfang 1989 zu vereiteiln.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg E.V.

Stellungnahme

zur Anhörung

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg setzt keinerlei Erwartungen in den Erörterungstermin. Frühere Erörterungsverfahren haben gezeigt, daß es der Genehmigungsbehörde noch nie auf eine Diskussion kritischer Fragen angekommen ist. Schriftliche Einwendungen wurden dazu mißbraucht, die mündliche Erörterung rhetorisch vorzubereiten, der Erörterungstermin selbst diente immer nur als Vorzeige-Veranstaltung, auf der Bedenken und Einwände schließlich als 'vernachlässigbar' vom Tisch gewischt wurden. Mit dem atomrechtlichen Verfahren wird eine Bürgerbeteiligung nur vorgetäuscht!

Existierender Atommüll muß beseitigt werden — und zwar so, daß er für 1 Million Jahre und länger von der Biosphäre abgeschlossen bleibt.

'Entsorgung' — das heißt aber nicht, die heiße Kartoffel wie bisher von der einen in die andere Hand zu werfen.

'Entsorgung' — das heißt als erstes, die Produktion von weiterem Atommüll zu stoppen! Der erste Schritt zur 'Entsorgung' ist das Abschalten aller Atomkraftwerke!

Unter dieser Bedingung, und zwar nur unter dieser Bedingung sind wir als Bürgerinitiative bereit, uns an der 'Entsorgungs'-Diskussion zu beteiligen.

Konditionierung wurde ursprünglich ausgegeben als eine Alternative zur Wiederaufbereitung: Konditionieren und dann direkt endlagern.

Das jetzt vorgelegte Konzept zeigt: Konditioniert werden soll das, was nicht wiederaufgearbeitet werden kann (z.B. kaputte und zu hoch abgebrannte Brennelemente, Elemente aus dem Schnellen Brüter und Kugeln aus dem Hochtemperaturreaktor)

Die Konditionierungsanlage ist also nicht gedacht als eine Alternative zur Wiederaufbereitung, sondern nur als ihre Ergänzung.

Die PKA ist kein Beitrag zur Entsorgung!

In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, der Ausstieg aus der Atomenergie sei bereits eingeleitet.

Die beantragte Konditionierungsanlage belegt das Gegenteil: Für die nächste Zukunft plant die Atomindustrie kleine Hochtemperaturreaktoren im Baukastensystem. Diese sog. 'HTR-Module' sollen standortunabhängig als Bautyp genehmigt werden. Ist die Genehmigung einmal erteilt, können diese Klein-AKW's im vereinfachten Verfahren und ohne die 'lästige' Bürgerbeteiligung flächendeckend errichtet werden. Dazu wird die Konditionierungsanlage als 'Entsorgungsnachweis' benötigt.

Das zeigt: Die Konditionierungsanlage steht nicht am Ende der Atommüll-Produktion, sondern sie eröffnet im Gegenteil eine neue Dimension der atomaren Bedrohung!

Die PKA ist kein Beitrag zur Entsorgung — schon deshalb nicht, weil niemand weiß, wie sie selbst 'entsorgt' werden sollen. Weder ein Zwischen- noch ein Endlager existiert für das, was die PKA 'produziert'.

Die Bürgerinitiative ist bereit, konstruktiv an der Lösung des Entsorgungsproblems mitzuarbeiten. Sie wird ihre Mitarbeit aber verweigern, solange der Begriff 'Entsorgung' als Legitimation für den weiteren Ausbau der Atomindustrie mißbraucht wird.

Schonzeit für Freiwild ?

Eigentlich scheint es niemanden mehr groß zu überraschen: Skandale, Schmiergeldaffären, Schmutzkampagnen, Lügen, Mafiaähnliche Zustände. Und doch ist es maßlos empörend festzustellen, daß bestimmte »Persönlichkeiten« nach außen eine technokratisch-rechtliche Klarheit zeigen und nach innen primitive, aber lukrative Korruption pflegen.

Im Wendland, einer Region, in der die Atommafia Millionenbeträge verteilt, haben sich zwei Männer aus der Herde der Korrumpierten besonders hervorgetan: Kurt-Dieter Grill, für die CDU Mitglied im Kreis- und Landtag, Landesvorstand der CDU in Niedersachsen etc., und Bauunternehmer Heinz Licht, ehemals Samtgemeindebürgermeister in Bodenteich und ebenfalls CDU-Mitglied. Beide sind Männer, die das Vertrauen ihrer Wähler genießen — und das in vollen Zügen.

Der eine — Grill — besitzt durch seine Ämter und Aufgaben viele Informationen und läßt sich vom anderen — Licht, der damit einen guten Batzen Geld verdienen kann, für deren vertrauliche Weitergabe die eine oder andere Annehmlichkeit bezahlen.

Laut EJZ vom 5.5.88 wandte das Bauunternehmen Heinz Licht-KG von 1980-87 runde 150.000 DM für »ihren« Abgeordneten Grill auf. 45.000 DM kostete die Einrichtung und der Bürobedarf von Grill in Dannenberg, Propsteikamp 12. 15.000 DM bezahlte die Fa. Licht für den Einbau eines Autotelefons in Grills Golf (Dan-CD 1). An Gebühren dafür kamen noch einmal 28.800 innerhalb von 4 Jahren zusammen. Alles bezahlt von der Fa. Licht. Auch bei seiner hauseigenen Kläranlage, gebaut von der Fa. Licht, konnte er 20.000 DM sparen. Schließlich zahlte sie auch noch 42.000 DM an Gehalt und Sozialversicherung für eine in Grill's Büro beschäftigte Sekretärin. Spendenquittungen wurden dafür nie verlangt. Die Rechnungen gingen auch nicht an den Privatmann Heinz Licht, sondern an die Baufirma Heinz Licht-KG, wo sie dann als Firmenkosten steuerlich abgesetzt werden konnten.

Autotelefon, Sekretärin, Büroeinrichtung, Kläranlage -- ein bißchen Bestechlichkeit, was kann denn daran unmoralisch sein ?

Als Gegenleistung für den Freundschaftsdienst auf Geschäftskosten erhielt die Firma Informationen über Erkenntnisse und Entscheidungen aus unterschiedlichen politischen Gremien. In einer Region mit so vielen geldbringenden »Atombaustellen« wie dem Wendland ist dies für eine Baufirma mit Ambitionen ein entscheidender Bonus. Es hat das Unternehmen in

"Und ich segg noch, Heinz, Heinz, bau nich am Zwischenlager"

die Lage versetzt, sich früher als andere Mitbewerber an die Betreibergesellschaften der Gorlebener Atomanlagen zu wenden. In der überwiegenden Zahl aller Fälle hat die Firma Licht so auch ihre Zuschläge erhalten. Das Unternehmen war sowohl am Bau des Zwischenlagers als auch an verschiedenen Bauten des »geplanten« Endlagers in Gorleben beteiligt. Eine gute Rendite der Firma Licht: 1984 — das Zwischenlager ist fertiggestellt — konnte ein Umsatz von 33,3 Millionen DM verzeichnet werden. Auch die Summen, die Herr Licht privat aus dem Firmentopf entnommen hat, lassen aufhorchen. 1984 waren es etwa 700.000 DM. Und dennoch: Im April 1987 meldete die Firma den Konkurs an. Konkursverwalter Dollendorf gab als Ursachen dafür den zu hohen Personalbestand (138 Männer und Frauen) und falsche Kalkulation bei Ausschreibungsangeboten an. Insgesamt belaufen sich die Forderungen der Gläubiger auf 11-12 Mio. DM.

Zurück zu Herrn K.D. Grill. Wie es nicht anders zu erwarten war, zeigte die CDU auf ihrem Kreisparteitag am 24. April 88 in Clenze und auch bei späterer Gelegenheit »Schulterschluß« gegenüber den Anschuldigungen. Stattdessen philosophierte die CDU über Moral und politischen Sittenverfall. Grill selbst sieht sich als *»Freiwild«* und fühlt sich von der Presse und der Bürgerinitiative Umweltschutz in Lüchow-Dannenberg *»abgeschossen«*. Für den CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus Harries, Gast des Parteitages, stellt die Solidarität mit Grill schon einen *»Beweis für Moral«* dar.

Die BI Lüchow-Dannenberg erstattete am 26.3.88 Anzeige gegen Grill. Der Grund: steuerrechtliche Strafttatsbestände durch die finanziellen Beziehungen zum Bauunternehmen Licht. Am 13.5. erweiterte die BI die Anzeige wegen des hinreichenden Tatverdachts der Bestechlichkeit und des Verrats von Dienstgeheimnissen.

Sie meint genügend Beweise für Grill's Käuflichkeit in der Hand zu haben. *»Meinungsmacher Grill hat sich seine atomfreundliche Politik finanzieren lassen«*, so die BI. *»Welche Entscheidungen«* im Zusammenhang mit den Gorlebener Atomanlagen *»sind per Überzeugung und welche per Überweisung zustande gekommen?«* Nach Meinung der BI war Grill in seiner Aufgabe als Kreistagsabgeordneter ein *»für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter«* gewesen. Er sei als Mitglied des Kreistages überwiegend mit praktischen Verwaltungsaufgaben und nicht mit einer Legislativtätigkeit beschäftigt. Daß der Landkreis von Grill veruntreut worden sei, das zeigen die deutlichen Belege in Gorleben. Die BI hofft, daß sich die Staatsanwaltschaft jetzt als *»objektive Behörde«* bewähre.

Auch die SPD im Landkreis Lüchow-Dannenberg fordert Grill auf, sein Kreistags- und Landtagsmandat niederzulegen, da er die Grundsätze politischer Moral verletzt habe.

Am 10.6.88 gab die Staatsanwaltschaft Lüneburg bekannt, ein förmliches Ermittlungsverfahren gegen Grill eingeleitet zu haben. Obwohl diese Entscheidung vorauszusehen war, ist er auf dem Landesparteitag der CDU in Brauschweig noch in den Landesvorstand gewählt worden.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Unser Foto zeigt von links Oberkreisdirektor Poggendorf, MIT-Vorsitzenden Knut Hotzel, Kreisvorsitzenden Tarrach, MdL Grill sowie die beiden Landräte Klaus Wojahn (Stellvertreter) und Werner Meiner.

Anstatt einer Hausdurchsuchung bei K.D. Grill, wurde wegen Plakats das Kneipenkollektiv in Meuchefitz von der Polizei gründlich durchschnüffelt.

AtommüllkonferenZ

13.5.-15.5.88

Die Atommüllkonferenz Trebel tagte, wie üblich, mit einer Reihe von Arbeitsgruppen (Stillegung laufender Atomanlagen, Kriminalisierung, Atomtransporte, Brasilien/Atomexporte/IWF/Weltbank, uralte- brandneue Gruppen, HTR-Modul). Im Folgenden veröffentlichen wir die Protokolle der AG's "Uralt- brandneu und HTR- Modul, das letztere trotz seiner Länge, da es uns besonders wichtig erschien wegen der anstehenden Auslegung des Sicherheitsberichtes. Die Ergebnisse der AG Atomtransporte sind im wesentlichen in den Artikeln zum Atomtransportbüro und zum angekündigten MOX- Transport über den Hafen Emden enthalten.Ein vollständiger Abdruck aller Protokolle war uns aus Platzgründen nicht möglich. Deshalb hier die wichtigsten AG- Ergebnisse in Kürze:

AG Stillegung laufender Atomanlagen: Die AG schlägt vor, die Arbeit verstärkt regionenbezogen fortzuführen, um mehr Standorte einzubeziehen. Die BI's südlich des Mains wollen sich in diesem Sinne in Darmstadt treffen. Ein Zusammentreffen folgender Standorte wird von der AG ferner für sinnvoll erachtet: ELBE: Krümmel, Stade, Brokdorf, Brunsbüttel. WESER: Würgassen Grohnde, Esensham. EMS: Lingen.
Nähere Informationen dazu bei:Jens Scheer, Lahnstr. 37, 28 Bremen 1, Tel. 0421/ 50 58 84

Die **AG Kriminalisierung** möchte das Thema Kriminalisierung u.a. durch ein Plakat verstärkt an die Öffentlichkeit tragen, an dem z.Z. in Berlin gearbeitet wird. Unterstützer sollten sich noch melden. Die herstellende Gruppe ist beim Umweltzentrum Münster zu erfahren. (Adresse s.u.)

Die **AG Atomtransporte** trifft sich das nächste Mal am 23. 7. 88 in Köln. (Genauer Ort über Münster zu erfragen). Gute Vorbereitung wird erwartet!

Die in dieser Kombination erstmalig tagende **AG Brasilien/Atomexporte/IWF/Weltbank** sieht nach der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der politischen und wirtschaftlichen Situation Brasiliens sowie der Wirkung des deutsch- brasilieanischen Atomvertrages die *"Erweiterung des nationalen Horizontes durch die Erarbeitung internationaler Zusammenhänge im Atomgeschäft"* als eine Aufgabe der Anti-AKW- Bewegung. Als Vorschläge für die Weiterarbeit zu diesem Thema wurden unterbreitet:

– Inhaltliche Unterstützung eines Anti- Kongresses
– Vor und während des IWF- Kongresses Beteiligung der Anti- AKW- Bewegung an den zentralen und dezentralen Aktionen mit dem Ziel, Zusammenhänge zwischen IWF- Politik und Verschuldung deutlich zu machen. (Aktionen gegen die am Atomgeschäft beteiligten Konzerne wie, am Beispiel Brasilien, KWU und Siemens, Ingenieurkontor Lübeck, Howaldswerke/Deutsche Werft AG Lübeck, DFVLR Köln- Porz etc.

Eine konkrete Aktion: Im August/September läuft ein in Lübeck gebautes U- Boot nach Brasilien aus. Möglichkeit der Be- und Verhinderung des Auslaufs im Zusammenhang mit Informationen über das militärische Interesse der deutsch- brasilianischen Rüstungskooperation.

Die vollständigen AG- Protokolle sowie Zeit und Ort der nächsten Atommüllkonferenz sind erhältlich beim: **Umweltzentrum Münster, Scharnhorststr. 57, 44 Münster, Tel. 0251/ 52 11 12**

Protokoll Uralt-Brandneu

Die AG umfaßte ca. 35 TeilnehmerInnen aus mindestens 15 BIs. Zunächst wurden Erfahrungsberichte der einzelnen Gruppen zu den in letzten vier Monaten gelaufenen Aktionen gegeben.
Abschalttag am 29.2.88
Demos 5.3. bzw. 19.3.
Tschernobyl-Aktionswoche vom 24.4. - 1.5.88
97 Inis forderten das vorbereitete Material zum Abschalttag an, allerdings bestellten dann nur 36 Inis das gemeinsame bundesweite Flugblatt. Das heißt wohl, daß zwar das Motto angenommen wurde, allerdings die gemeinsame Erklärung viel zu lang war und den einzelnen Inis zu wenig Raum für eigene Ideen ließ. Das bundesweite Fluggi, welches in verschiedenen Varianten als Druckvorlage vorhanden war, erfreute sich sehr viel größeren Zuspruchs: rund 2.000 Druckvorlagen wurden bestellt. In den Erfahrungsberichten gaben die TeilnehmerInnen einen Bericht, was an ihrem Wohnort an Aktionen und Aufklärungsarbeit geleistet wurde. Dabei wurde deutlich, daß viele Inis einen Schwund an Mitgliedern zu beklagen haben und damit auch durch die enggesetzten Termine vielen die Kraft fehlte, mehrere Aktionen gezielt durchzuführen. Einige beklagten zudem, daß sie wohl nur den engsten Umkreis der Bevölkerung erreichen würden, nicht aber eine breitere Öffentlichkeit. In dem Zusammenhang wurde auch deutlich, daß die Pressearbeit Vorort aber auch zentralisiert (zu bundesweiten Aktionen) besser organisiert werden muß, um dieses Medium auch einfach für uns zu nutzen. Dafür müßten dann aber auch mal Leute benannt werden!

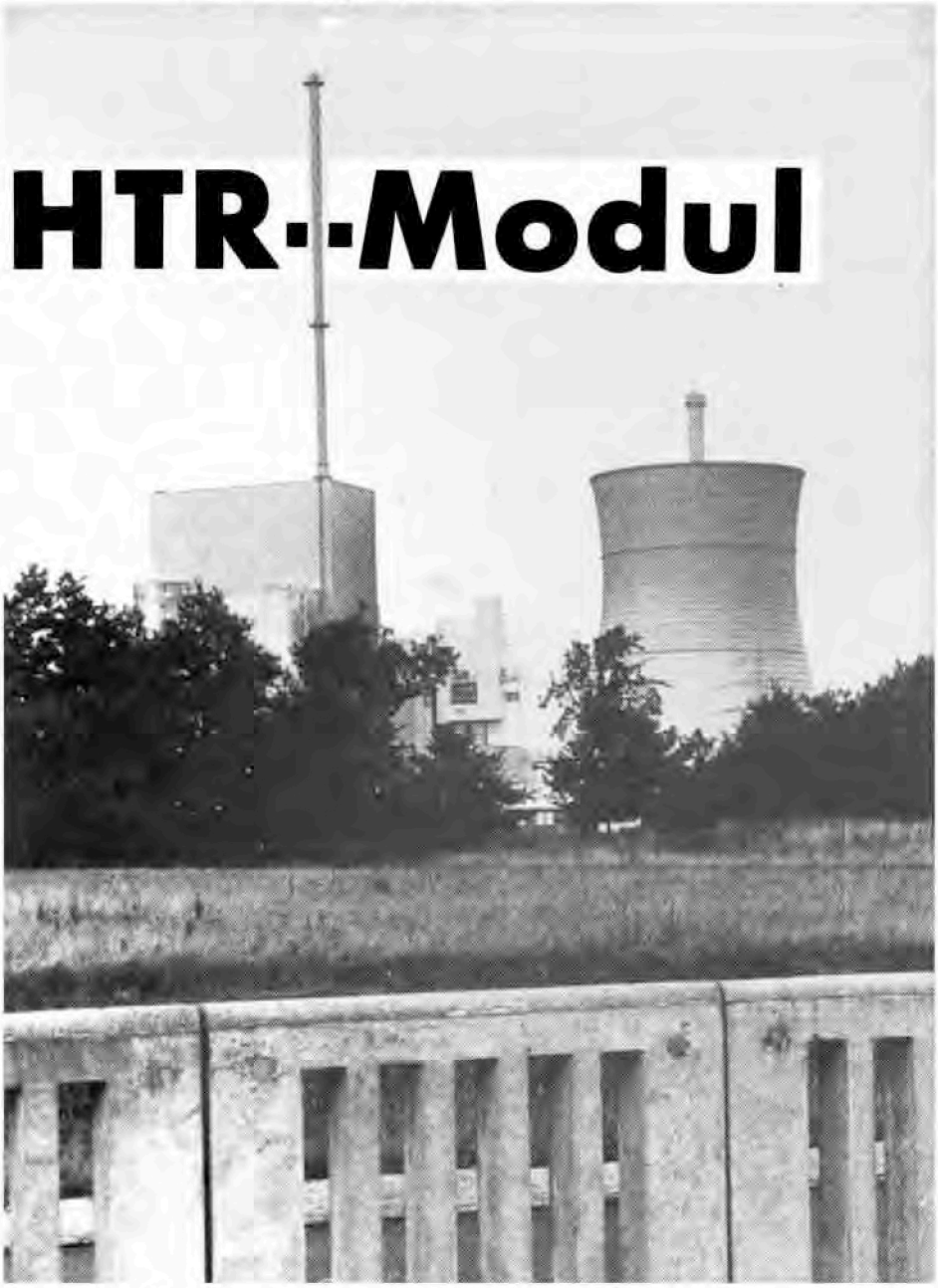
Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion, die auch diesmal wieder getragen wurde durch eine Stimmung der Akzeptanz und Toleranz Andersdenkenden gegenüber, stand die Überlegung, wie und welche Leute wir aus der Bewegung heraus erreichen wollen und können. Dabei wurde klar, daß so ein Tschernobyl-Gedenktag nicht ganz unwichtig ist, da sich viele Leute an festgesetzten Terminen (wie z.B. 1. Mai u.ä.) reaktivieren und doch noch einmal bereit werden, sich zu engagieren. Durch Tschernobyl wurden auch Leute aus den Bereichen von Gewerkschaften und Parteien auf das Problem der Atomkraft aufmerksam. Wir sollten aus dieser Bewegung diese Leute weiter versuchen zu erreichen. Denn die Parteien-reflexionen werden auch weiterhin darauf beruhen, daß es uns gibt. Dabei muß uns klar sein, daß wir die Anti-AKW-Bewegung vorantreiben, nicht die Parteien, die nur je nach Stimmungslage aufspringen.Der Vorschlag in andere Gruppen zu gehen, uns zu öffnen, aber nur unterhalb der Parteien, fand allgemein Beachtung.

Es müssen Strukturen organisiert werden, die nicht nur ein Reden und Handeln einschließen. Das heißt, daß sowohl die neuen wie die alten Inis zusammenarbeiten müssen, als auch eine Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen im weitesten Sinne stattfinden muß. Klar wurde auch, daß die besten Aktionsformen nur dann funktionieren, wenn die Leute "Lust" zu der Aktion haben. (Sofortausstieg per Notbremse)

Nach einer wohlverdienten Pause, wurde ein Brief der Nürnberger Ini "Mütter gegen Atomkraft" verlesen, die sich bereit erklärt haben, die nächste Konferenz im Herbst auszurichten. Der Termin wird sein am 4./5./6. November. Inhaltlich wurden in dem Brief schon etliche Punkte detailliert vorgeschlagen. Es bildete sich außerdem eine Vorbereitungsgruppe von 12 Leuten, die sich im Sommer treffen wird, um hauptsächlich die Auftaktveranstaltung zu planen. In dieser Auftaktveranstaltung soll es um die Atommülltransporte gehen. Wir wollen versuchen, aus einem möglichst breiten Spektrum (wie IPPNW, BUND, Dritte Welt Gruppen, Robin Wood, Greenpeace, Gewerkschaften ...) Leute dazu einzuladen. Es wurde in der Diskussion wichtig, daß wir zwar weiter das Ziel der Abschaltung aller Atomanlagen fordern, uns aber bei der anstehenden Konferenz bzw. dem ersten Abend, auf dieses eine, greifbare Thema einlassen wollen. Ein weiterer Punkt im Rahmen der Konferenz soll von uns eine Veranstaltung mit Gudrun Pausewang werden, die sich in der Jugendliteratur zu dem Thema Atomkraft verdient gemacht hat.

Arbeitsgruppe

HTR-Modul



Die Atomindustrie startete eine neue Offensive. Es geht um die neue Generation von AKWs, die Hochtemperatur-Reaktoren, die durchgesetzt werden soll.

Die Entwicklung dieses Reaktortyps ist nicht neu, sie geht in der BRD bis in das Jahr 1957 zurück, als in der Kernforschungsanlage Jülich (KFA) mit dem Bau eines 15 MW-Versuchsreaktor (AVR) begonnen wurde, der 1967 ans Netz ging. Trotz zahlreicher Pannen und Rückschläge bei dieser Entwicklungslinie -in den USA wurde die Arbeit an diesem Projekt sehr bald eingestellt - gelang es der Atomindustrie in der BRD diesen Reaktor über Jahre hin aus den öffentlichten Diskussionen herauszuhalten. Dies gilt auch für die Demonstrationsanlage THTR-300 (Throrium-Hochtemperatur-Reaktor) in Hamm-Uentrop, die bis zu einem gravierenden und nicht zu verheimlichenden Störfall am 4.5.86, also wenige Tage nach dem Reaktor-Unfall von Tschernobyl, von der Öffentlichkeit und der Anti-AKW-Bewegung. wenig beachtet worden war. Der THTR ist seit dem 16.1.85 am Netz.

Die weitgehend verhinderte Diskussion um die THTR/HTR-Linie macht es denn auch möglich, daß bis heute relativ unwidersprochen "Wunderdinge" (L. Hahn) von diesem Reaktortyp behauptet werden können.

Dabei geht es im wesentlichen um zwei Aspekte:

- seine angeblich multifunktionale Einsetzbarkeit bei geringer Größe
- seine angeblich inhärente Sicherheit, die den HTR für stadtnahe Standorte und den Export, v.a. in die sog. dritte Welt geeignet macht.

Anbieter: Zwei Konsortien treten als Anbieter auf:

HTR-100 Asea-Brown-Boverie (BBC)/Innotec (Essen)

HTR-500 BBC zeichnet auch für die Linie THTR-300 verantwortlich, die sich als Fehlschlag erwiesen hat und in dieser Form nicht mehr verfolgt wird.

HTR-Modul Siemens/Interatom (Bergisch-Gladbach)

Die Bezeichnung HTR-Modul setzt sich verstärkt für die 'kleinen', mit 100 MW elektrischer Leistung betriebenen Reaktoren durch. Sie steht für ein von den Anbietern verfolgtes Programm: die Vorstellung von kleinen, sicheren, flexibel einsetzbaren, kombinierbaren modularen Reaktoreinheiten, die Vorstellung vom Baukasten Reaktor soll in den Köpfen der Leute verankert werden. Schlagworte für den Verkauf sind: Wartungsfreundlichkeit, kurze Bauzeit, ein einfaches Genehmigungsverfahren!(s.u.)

Technische Besonderheiten und Einsatzmöglichkeiten des HTR-Modul

Einige technische Merkmale, die Hochtemperatur-Reaktoren z.B. von den herkömmlichen "großen" Leichtwasser-Reaktoren unterscheiden, sind die Grundlage für über die reine Stromerzeugung hinausgehende breitgefächerte (geplante!) Einsatzmöglichkeiten des HTRs. Wegen Form und Anordnung ihrer Brennelemente, ca. 360.000 tennisballgroße Graphitkugeln) werden sie auch als Kugelhaufen-Reaktoren bezeichnet. Ein spezielles Kugelkreislaufsystem ermöglicht permante Zufuhr neuer und Entnahme verbrauchter Brennelemente. Beim (T)HTR wurde das Kühlmittel Wasser durch Heliumgas ersetzt. Dies ist neben der Verwendung von Graphit für BE und Reflektor eine der Voraussetzungen, hohe Temperaturen erreichen zu können, die für einige der geplanten Einsatzmöglichkeiten benötigt werden. (Helium kann bis zu 1.000 C erhitzt werden). Deshalb der Name Hochtemperatur-Reaktor. **Viel Zukunftsmusik!**

Genutzt werden soll das HTR-Modul, das sich wie schon der THTR-300 aufgrund seiner geringen Größe (9,6 x 3 m) und der Verpackung in einer simplen Industriehalle (!) optisch kaum von einem herkömmlichen Steinkohlekraftwerk oder einer Industrieanlage unterscheidet, z.B.:

— in der Chemie und Petrochemie
— bei der Erdölförderung (Emsland?!)
— für die Fernwärmeerzeugung (kommunale EVUs)
— die Kohleveredelung
— die Meerwasserentsalzung
— die Warmverformung von Kunststoffen usw. usw....

Damit eröffnen sich nicht nur im INLAND, sondern auch im AUSLAND breitgefächerte Absatzmärkte. Existent selbst nur auf dem Papier, gibt es bereits Verträge mit der UdSSR und China über den Kauf von HTR-Modulen. Südafrika und Israel haben neben verschiedenen anderen Ländern Interesse angemeldet. Im Inland tun dies die Städte Düsseldorf, Köln, Krefeld, Wuppertal, München.

Neben den bereits laufenden standortunabhängigen Genehmigungsverfahren in Niedersachsen, wurden 2 weitere Planungsaufträge bekannt. BBC-Mannheim berichtete nicht nur vom anstehenden Verkauf eines HTR-100, sondern vom Interesse einiger »nicht genannter deutscher EVU's« an einem gemeinsamen HTR-500! (FAZ, 4.3.88)

Export in die sog. 3. Welt
Erklärtes Ziel ist es, die Öffnung von nuklearen Absatzmärkten in der 3. Welt zu forcieren. Kleine Größe, geringe Kosten, einfache Wartung lassen das HTR-Modul für diese Länder mit ungenügender Infrastruktur und kaum ausgebildetem technischen Personal geeignet erscheinen.
VEW aktuell: es ist unsere Pflicht, die Teilhabe der Menschen inder 3. Welt an der gesicherten Energieversorgung zu ermöglichen...
Konsenz in der AG:
Weitere und genauere Diskussion dieses Komplexes, ev. im Rahmen IWF...
Zur Erinnerung:
Gerade die technischen Besonderheiten der HTR-Vorläufer, die ja als ihre besonderen Vorzüge gepriesen wurden/werden, hatten sich im praktischen Betrieb als besonders kritisch herausgestellt. U.a. kam es im THTR-300 zu einer enorm hohen Kugelbruchrate, verbogenen Abschaltstäben, Transport radioaktiven Materials mit dem Helium an die Außenluft (4.5.86), verklemmten Abzugsrohren und einer unübersehbaren Anzahl gemeldeter und nicht gemeldeter Störfälle

Gehen wir davon aus, daß einige der gravierendsten Mängel beim HTR-Modul beseitigt sein werden, so bleiben immer noch folgende Aspekte:
* Die ungeklärten sicherheitstechnischen Fragen wie: fehlendes Containment, hoher Fritiumausstoß, ungenügende und nicht voneinander unabhängige Sicherheitssysteme...
* Ungelöste (Material)Fragen für Projekte mit Hochtemperaturen. Prozeßwärme und Kohleveredelung sind entgegen aktuellen Werbeaussagen derzeit nicht realisierbar.
* Die Lüge von der inhärenten Sicherheit.
Inhärent sicher wäre ein Reaktor, wenn er unabhängig von aktiven Sicherheitssystemen oder vom Eingreifen des Bedienungspersonals, lediglich aufgrund physikalischer und chemischer, dem Reaktor »innewohnender« Gesetzmäßigkeiten beherrschbar, »gutmütig« bliebe.
Für die Sicherheitsargumentation ist festzustellen, daß hier unzulässige Vergleiche mit LWS-Reaktoren vorgenommen werden, die schlicht an den spezifischen (T)HTR-Problemen vorbeigehen. So heißt es u.a., ein Kernschmelzunfall sei beim HTR nicht möglich, da Graphit nicht schmelze. Die Frage Kernschmelzunfall ja oder nein? ist einfach falsch gestellt. Wesentlich ist die Rückhaltewirkung der Brennelemente. Und bei Ausfall der Nachwärmeabfuhr in einem HTR mit Ansteigen der Temperaturen auf 2.000 und 2.500 C, geht diese Rückhaltewirkung der Graphitkugeln verloren. Radioaktive Freisetzungen bei Lecks im Primärkreislauf sind unvermeidlich, zumal diese Reaktoren kein Containment besitzen.
Standort-un-abhängiges(Typen-)Genehmigungsverfahren
Nicht zufällig stehen AVR und THTR-300 in Nordrhein-Westfalen. SPD-Minister, Kommunalpolitiker und Ministerpräsident Rau persönlich haben eine eigenartige, tiefe Zuneigung zu diesem (Risiko-)Spiel mit den Graphitkugeln gefaßt. So war Hamm-Uentrop als Standort für den ersten HTR-500 gedacht. Nach dem Störfall vom 4.5.86 beim THTR-300 schienen diese Pläne nicht mehr opportun.
Die Atomgemeinde half sich aus dem allgemeinen Nach-Tschernobyl-Dilemma mit dem »standort-un-abhängigen Genehmigungsverfahren« nach § 7a Atomgesetz. Dieser Paragraph wurde 1977, nach den Erfolgen der Anti-AKW-Bewegung neu in das Atomgesetz aufgenommen.

Standortunabhängiges Genehmigungsverfahren heißt:
Genehmigung eines Reaktor-Typs unter rein theoretischer Prüfung aller in Frage kommenden sicherheitstechnischen Belange der Anlage ohne konkrete Standortbenennung!
Das erste Verfahren läuft seit April 1987 in Niedersachsen. Antragsteller ist Siemens/Interatom.
Politisch hat dieses Genehmigungsverfahren ein Ziel:
Die auch bisher nicht übermäßig große Möglichkeit der Öffentlichkeitsbeteiligung auf ein absolutes Mindestmaß zu beschränken.
Übrig bleiben sollen:
— Die fristgerechte Einsichtnahme in die ausgelegten Antragsunterlagen (8 Wochen-Frist!)
— die Formulierung von Einwendungen und die Behandlung dieser Einwendungen während des späteren Erörterungstermins.
Und als negative Konsequenzen:
— Wer keine Einwendungen im standortunabhängigen Genehmigungsverfahren erhebt, ist von späteren Verfahren ausgeschlossen, z.B. wenn es um den Bau eines HTR am konkreten Standort geht.
— Bei einem 2.Verfahren, der Genehmigung für einen konkreten Standort, bei/in einer Stadt oder in einem anderen Bundesland werden die (sicherheits-)technischen Fragen nicht mehr behandelt.
Hofft die Atomindustrie bei diesem Verfahren, daß niemand sich betroffen fühlt, kann unsere Antwort darauf nur sein:
KEIN PLATZ FÜR DEN HTR, HIER NICHT UND IN DER GANZEN WELT NICHT!
WAS ZU TUN?
Einen Bauzaun gibt es nicht, jede Stadt kann Standort werden:
Bundesweite Info-Veranstaltungen sind nötig.
Für interessierte Inis gibt es in Münster (Adresse s.u.) eine Referentinnen-Liste.
Eine HTR-Broschüre wird in Hannover erstellt. Voraussichtlicher Veröffentlichungstermin Anfang Juli (Adresse s.u.)

Die AG hat beschlossen:
Den anstehenden niedersächsischen Auslegungstermin gründlich zu nutzen. Und zwar verstärkt ab der 4. Auslegungswoche!
Mitte 88/Herbst 88
Während dieser Zeit bundesweit (Sammel)Einwendungen zu verschicken, um damit für möglichst viele Menschen die Eintrittskarte für den Erörterungstermin zu bekommen.
Wichtig ist:
— der Niedersachsen-Termin kann/muß bundesweit genutzt werden!
— die Auslegungsfrist für die Antragsunterlagen dauert 8 Wochen!
— dieser Termn wird im niedersächsischen Ministerialblatt, ev. im Bundesanzeiger veröffentlicht! (Kontakt halten)
— möglichst viele Sammeleinwendungen zu verschicken — aus allen Bundesländern
— möglichst viele eigene Einwendungen zu formulieren und zu verschicken
— dabei möglichst viele verschiedene Argumente anzubringen (Rückgriff auf Broschüre und Öko-Institut)
— sich schriftlich Ergänzungen zu den vorgebrachten Einwendungen vorzubehalten
Und noch mal:
— auch Personen aus anderen Bundesländern/Ländern können und sollen beim Niedersachsen-Termin Einsicht nehmen (hinfahren) und Einwendungen einreichen,
— nur TeilnehmerInnen des Auslegungs-Termins sind auch beim Erörterungstermin zugelassen!
Kontaktadressen:
Ag »Stoppt den HTR-Modul«
c/o Bürgerinitiative Umweltschutz (BIU), Stephanusstr. 25, 3000 Hannover 91, Tel. 0511/445212
HTR-AG/AMK c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 44 Münster, Tel. 0251/521112
Informatinsblatt »stoppt den HTR-Modul«
Broschüre
Rückfragen
Sammeleinwendungen
ReferentInnen-Liste
Rückfragen

Protokoll Entsorgung

In der AG waren ca. 15 Menschen aus Lüchow-Dannenberg, Hamburg, Hannover, Kassel, Lüneburg, Osnabrück, Reinfeld und Salzgitter
Die Interessen der einzelnen Leute waren sehr verschieden. Einige hatten sich überhaupt noch nicht mit der Entsorgung befaßt und wünschten vor allem grundlegende Informationen. Die Redaktionsgruppe für den Sorgenbericht wollte ihre bisherige Arbeit vorstellen. Die Lüchow-Dannenberger waren an im Landkreis akuten Fragen interessiert, z.B. der PKA. Vor allem von Schacht Konrad her gab es die Absicht, über Aktionen im Herbst zu diskutieren.
Es war deshalb einigermaßen schwierig, nach der Aufstellung einer Reihe von Tagesordnungspunkten gradlinig zu diskutieren. Es kamen aber eine Menge Informationen zusammen.
1. Sorgenbericht — Erwiderung auf den Entsorgungsbericht der Bundesregierung vom 13. Januar 88
Auf der Atommüllkonferenz in Neuwied im Februar 88 war wieder einmal beschlossen worden, daß eine Erwiderung auf den Entsorgungsbericht erarbeitet werden sollte. Ursprünglich sollte sie zum Tschernobyltag fertig sein. Eine längere Bearbeitungsdauer bietet aber die Möglichkeit, nicht bloß Standortberichte zusammenzustellen, sondern die verschiedenen Probleme der Entsorgung von Atommüll systematischer darzustellen.
Es rücken Probleme in den Vordergrund, die wir bisher noch wenig beachtet haben. Die Betreiber unterscheiden scharf zwischen abgebrannten LWR-BE = Rohstoff zur Plutoniumgewinnung und allem übrigen, was da anfällt = Müll. Es ist bereit abzusehen, daß es verschiedenste Arten von nicht endlagerfähigem Atommüll geben wird, für den ein oberirdisches »Sicherstellungslager« geplant ist. Gorleben wird als Endlager kaum noch in Betracht kommen können. Wegen der riesigen schon vorhandenen Mengen von schwach- und mittelradioaktiven Müll nimmt der politische Druck auf Schacht Konrad spürbar

zu. Selbst Asse II steht in Gefahr, wieder als Endlager herhalten zu müssen.
Der Sorgenbericht wird Anfang September gedruckt vorliegen und kann dann für Öffentlichkeits- und Informationsarbeit genutzt werden.

2. Schwach- und mittelradioaktiver Müll
Wir haben uns in der Anti-AKW-Bewegung mit diesem Berg von schwach- und mittelradioaktiven Müll nie befaßt. Es wurde berichtet über Auskünfte, die das BMFT zu Fragen von Transport und Konditionierung erteilt hat.
— Tranporte:
Es gab bisher 400.000 Atomtranporte in der BRD. Eine Firma, die solche Transporte durchführen will, wird auf ihre Zuverlässigkeit geprüft und kriegt dann eine Pauschalgenehmigung.
Zur Deklarierung: Straßen- und Bahntranporte sind kennzeichnunspsflichtig, Schiffstransporte auch auf den Binnengewässern nicht.
— Konditionierung von schwach- und mittelradioaktiven Müll
Das BMFT hat dazu erklärt: TN übernahm den gesamten Service einschließlich Konditionierung (wobei äußerst unsicher ist, ob sie wirklich »endlagerungsfähig« verpacken konnten).
Begleitpapiere gingen immer mit
Töpfer schlägt auch hier »Entflechtung« vor: Die Konditionierung wird von der GNS übernommen. Sie soll direkt an den Atomkraftwerken durchgeführt werden mit mobilen Konditionierungsanlagen.
Mit der »Entflechtung« sei auch die Einrichtung von Zwischenlagern für BE und schwach- und mittelradioktiven Müll bei den AKW's im Gespräch (Gibt es die nicht längst?)

Kommentare:
Nach dem Atomgesetz ist die Genehmigung von mobilen Anlagen nicht mit Bürgerbeteiligung verbunden, sie ist deshalb viel leichter über die Bühne zu bringen.
Die GSF zeigt in ihren Broschüren schon länger so eine mobile Konditionierungsanlage im Bild. Es gibt auch einen SPIEGEL-Artikel aus einer der letzten Wochen zum Thema.
— Töpfers Entflechtungsvorschläge
Die Wirkung wird sein: »In Zukunft sind Bestechungen nicht mehr nötig, weil die Konditionierung gleich an den AKW's passieren soll.« Die verschiedenen Bereiche der Atomindustrie, die durch den TN-Skandal aufgefallen sind, sollen wieder undurchschaubar werden für die Öffentlichkeit. Es bleibt alles unter der Decke, es kommt nichts mehr raus.
— Im Zusammenhang mit den Landessammelstellen ist die Festsetzung des unteren Grenzwerts für leichtradioaktiven Müll wichtig. Alles, was darunter kommt, geht raus auf normale Deponien.
Wegen der rechtlichen Lage kann Christian Küpers, Öko-Institut Darmstadt, Auskunft geben.
Aus der Diskussion dieser Punkte wurde eine dringliche Anregung entwickelt:
Wenn es der Bundesregierung wirklich gelingt, die Probleme mit schwach- und mittelradioaktivem Müll der öffentlichen Kontrolle zu entziehen, was bleiben dann uns, der Anti-AKW-Bewegung, noch für Eingreifmöglichkeiten? Wir sollten uns deshalb damit befassen, was die Pläne der Bundesregierung und der Betreiber sind. Es wäre gut, wenn dazu auch an den AKW-Standorten gearbeitet wird und auch sonst was läuft. Die Leute an den Standorten sollten z.B. auf die mobilen Konditionierungsanlagen aufmerksam gemacht werden. Der Sorgenbericht sollte so ausfallen, daß er für diese Arbeit genutzt werden kann.

Es gelang am Abend nicht mehr, in der AG den Punkt »Gemeinsame Aktionen an den Müllstandorten am 22. Oktober«, der in Neuwied schon zustimmend zur Kenntnis genommen worden war, zielstrebig anzugehen.
Trotzdem wurde noch der Versuch gemacht, diesen Vorschlag am Sonntagvormittag im Plenum zu diskutieren, im Hinblick auf die nächste Atommüllkonferenz nach der Sommerpause als weiterem möglichen Vorbereitungstermin. Zur Überraschung der Leute aus der AG-Entsorgung wurde daraufhin mitgeteilt, daß der Termin für die nächste Anti-AKW-Konferenz für den Anfang November bereits festliege, also nach dem vorgeschlagenen Termin für die Aktionen.
Aus der Konferenz wurde vorgeschlagen, von Salzgitter aus ein besonderes Vorbereitungstreffen für gemeinsame Aktionen zu organisieren.

3. Pilotkonditionierungsanlage PKA
Es wurde gefragt, wie die Vorbereitung für den Erörterungstermin am 25. Mai in Gartow aussieht.
Nach Einschätzung der BI ist das Verpacken nur eine der Aufgaben der PKA. Die Betreiber wollen in der Anlage möglichst billig, deshalb platzsparend, alles mögliche verpacken, was genau, wissen sie anscheinend selbst noch nicht so recht. Zu erwarten ist der ganze Müll aus der Wiederaufarbeitung im Ausland, von hochaktiven Glaskokillen bis zu Anlagenschrott.
Es sind ca. 12.000 Einwendungen zusammengekommen.
Die Eile der DWK hat überrascht: nach der Auslegungsfrist Anfang des Jahres war der Zeitraum bis zum Erörterungstermin nur recht kurz. Die DWK rechnet offenbar mit einer Genehmigung vor Jahresende.
Zur Durchführung des Erörterungstermins gibt es mehrere verschiedene Positionen:
— Der Erörterungstermin ist eine Farce, deshalb wollen wir ihn am Nachmittag durch eine Aktion verhindern.
— Ein Kompromiß: man kann im Verfahren den Termin nicht verhindern, er wird auf jeden Fall stattfinden. Der erste Tag ist für die überregionale Presse wichtig, deshalb soll mittags eine Pressekonferenz stattfinden, wo die Einwendergruppen ihre Argumentationen vortragen. Manche wollen den Erörterungstermin in die Länge ziehen. Wenn der Saal überfüllt ist, muß der Termin verschoben werden.
4. Endlager Schacht Konrad
Die Atomindustrie geht auf Töpfers Vorschläge ein, sie drängt deshalb darauf, daß Schacht Konrad schnell durchgezogen wird.
In der Anti-AKW-Bewegung sind die Probleme um Schacht Korad immer unterschätzt worden; auch jetzt ist kaum breit wahrgenommen worden, daß das Planfeststellungsverfahren schon ziemlich weit ist.
Die PTB versucht, bei der Langzeitsicherheit der Endlager auf 10.000 Jahre statt 100.000 herunterzukommen.
Es gibt noch Unklarheiten über die Bedeutung von Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis für die AKW's.
In der Region läuft die Mobilisierung mit Erfolg bei den Kommunen, z.B. hat die Stadt Salzgitter 3 Gutachten gegen den PTB-Plan erstellen lassen. Auch Vechelde und Braunschweig tun was. IG-Metall und DGB standen vor ein paar Jahren voll hinter den Endlagerplänen, sie machen jetzt Veranstaltungen, z.B. 1.Mai-Demo mit dem Motto »Gegen Schacht Konrad — aus der Atomenergie aussteigen«. Die SPD Niedersachsen spricht sich gegen Schacht Konrad aus. Das Landvolk ist aktiv.
Es hat sich eine Eigendynamik gegen Schacht Konrad entwickelt.
In Salzgitter wird befürchtet, daß die bloß »wissenschahftliche« Diskussion nach dem Abschluß des Planfeststellungsverfahrens den Widerstand abbröckeln läßt, deshalb wünscht man sich Unterstützung von außen!
5. Für 16.00 an diesem Nachmittag war Prof. Grimmel, Uni Hamburg, eingeladen, im Rahmen dieser AG über das Schachtunglück vom 12. Mai vorigen Jahres in Gorleben und über die augenblickliche Situation am geplanten Endlager zu sprechen.

VON DER UNERTRÄGLICHEN LEICHTIGKEIT DES WIDERSTANDS

Wie zuletzt im Herbst 1987 in Braunschweig wird auch in diesem Jahr am 4. - 6. November eine gemeinsame Konferenz der Atommüllkonferenz und der Nach-Tschernobyl- Gruppen durchgeführt. Veranstalter sind die Nürnberger BI's – federführend bei der Vorbereitung die Nürnberger "Mütter gegen Atomkraft" (c/o Wurzelbauerstraße 35, Kulturladen Nord, 85 Nürnberg 1. Bei dringlichen Anfragen kann mensch sich an Kristin Mühlenhardt- Jentz, Tel. 0911/595557, von den "Müttern..." wenden.)

Die Konferenz soll – wie in Braunschweig – teils gemeinsam, teils getrennt durchgeführt werden. Die VeranstalterInnen werden Arbeitskreise über die akuten Schwierigkeiten der Bewegung, die Verdrängungsmechanismen etc., sowie eine Auftaktveranstaltung über den Kampf gegen die Atomtransporte vorbereiten. Auch Wakkersdorf und die Frage der Atommachtambitionen soll dem Vernehmen nach in Nürnberg ein Schwerpunkt werden.

Bereits am 10./11. 9. 88 wird in Nürnberg ein Vorbereitungstreffen für die Herbstkonferenzen stattfinden – geplant ist u.a. de Erstellung eines Konferenzreaders.

Als auf unserem letzten atom- Redaktionstreffen von dieser Planung berichtet wurde, war unsere erste Reaktion Schulterzucken und die Vereinbarung, in der Zeitung darauf hinzuweisen. Mal wieder eine Konferenz – gut, gut – warum ... Dann entwickelte sich darüber aber doch noch eine kleine Diskussion: Sind wir eigentlich **dafür**, daß diese Konferenz stattfindet? Oder ist uns das im Prinzip ziemlich egal ? Falls es uns nicht schnurzpieps ist – was erwarten wir uns dann von so einem Zusammentreffen ?

Das Ergebnis unserer Diskussion könnte mensch vielleicht damit zusammenfassen, daß z.Z. der Diskussionsbedarf der Anti-AKW- Bewegung mindestens so groß ist wie der Handlungsbedarf, und daher eine **gut vorbereitete** Konferenz nötiger denn je.

Z.B. Lüchow- Dannenberg: Klar ist, daß früher oder später die Castor- Transporte kommen. Für eine direkte Behinderung besteht derzeit kein akuter Handlungsbedarf. Bedeutet das, daß wir erst dann in die Puschen kommen, wenn die Transporte plus Bullenkonvois rollen ? Oder scheint es möglich, bereits im Vorfeld durch Aktionen – etwa wie 1984 in Vorbereitung auf den "Tag X" – sich gezielt auf den ersten Castor- Transport vorzubereiten ?

Die Lüneburger Redaktionsmitglieder berichteten, daß im Wendland derzeit die erste Position dominiere. Es wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß sich der erste Transport ohnehin nicht nennenswert behindern lasse, sofern der Termin nicht frühzeitig bekannt wird. Im Gegensatz zum Tag X '84, in dessen Anschluß der Widerstand praktisch zusammengebrochen ist, erscheint es vielen Leuten nicht sinnvoll auf eine massenhafte Behinderung des ersten Transportes zu orientieren. Vielmehr sollen die Behinderungen von Transport zu Transport immer weitere Kreise ziehen, ähnlich wie es bei den MOX- Transporten geschehen ist. (Auch

das in der letzten "atom" vorgestellte Blockade- Konzept der BI Lüchow- Dannenberg "richtet sich **nicht** unbedingt gegen den ersten Castor", sondern dieAktion solle dann stattfinden, "wenn wir rechtzeitig von einem Transport wissen und genügend Zeit zur Alarmierung haben.") Derzeit werden verschiedene Möglichkeiten für eine politische Kampagne im Vorfeld der Transporte diskutiert.
Die in unserer Diskussion entwickelte Kritik an dieser Position bzw. Stimmung läßt sich vielleicht so zusammenfassen:
– Die "Tag X"- Aktivitäten von 1984/85 waren nicht erfolglos: Erstens wurde im Zuge der sich eskalierenden Aktionen ("Wendlandblockade"etc.) erstmals in der BRD überhaupt das Problem der Transporte breiter diskutiert. Die Kämpfe in der Wendland- Region waren eine wichtige Vorraussetzung fr die Aktivitäten zu den MOX- Transporten inkl. Lübeck. Zwar war es im Wendland nicht möglich, die Einlieferung von schwachaktivem Müll restlos zu verhindern. Dafür war es aber gelungen, pro Transport eineige Hundertschaften Polizeibewachung z

restlos zu verhindern. Dafür war es aber gelungen, pro Transport einige Hundertschaften Polizeibewachung zu beschäftigen und den politischen Preis für jede einzelne Anlieferung gewaltig in die Höhe zu schrauben. Das ist realistischerweise das Optimum dessen, was die Anti- AKW- Bewegung z. Z. in diesem Land erreichen kann.
– Die Haltung:"Gegen den ersten Castor-Transport können wir ohnehin nicht viel machen" spiegelt den subjektiven Frust vieler Aktivist(en)Innen wider, hat aber mit der objektiven Situation wenig zu tun. So wurde selbst in den Spitzengremien der niedersächsischen SPD dagegen interveniert, die in Lübeck gestoppten MOX-Transporte zukünftig über den Hafen Emden laufen zu lassen. Die Kämpfe gegen die MOX-Transporte haben in Verbindung mit der Transnuklear- Geschichte ein Klima erzeugt, wie es sich besser im Vorfeld der Castor- Transporte gar nicht wünschen läßt.
Man muß sich nur einmal die öffentlichen Reaktionen auf eine Meldung vorstellen, wonach die in Lübeck gestoppten MOX-Transporte nunmehr für alle Zeiten in Lüchow- Dannenberg deponiert werden sollten. In den Städten Lüneburg, Uelzen, Lüchow und Dannenberg wäre höchstwahrscheinlich der Bär los. Leider ist es bis heute ein Insider- Geheimnis geblieben, daß MOX und Castor nur unterschiedliche Worte für ein und denselben Horror sind.
– Es ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig, im Vorfeld des ersten Castor-Transportes in die Schuhe zu kommen und erneut eine ZUspitzung auf den "Tag X" zu probieren. Nach wie vor ist hinsichtlich des hochaktiven Mülles das Wendland eine atommüllfreie Region. Auf breiter Ebene **demoralisierend** wäre, wenn der erste Castor praktisch ungeschoren ins Zwischenlager käme. Stattdessen sollte, bevor Schleswig- Holstein in Vergessenheit gerät, möglichst bald eine politische Stimmung gegen jeden Atomtransport in Niedersachsen aufgebaut werden. Im Norden sah sich unter dem Druck der Ereignisse der Kieler Landtag genötigt, das gesamteBundesland zu einer atomtransportfreien Zone zu erklären. Wieso wird diesbezüglich nicht die niedersächsiche SPD unter Druck gesetzt? Werden in den o.g. Städten der Wendland-Region die Stadtparlamente von den BI's in Argumentationszwänge gebracht ?Was spricht eigentlich dagegen, für den Spätherbst eine politisch entsprechend breit vorbereitete Probeblockade gegen die Castor-Pläne auf die Tagesordnung zu setzen?
–Die Anti- AKW- Bewegung hat verloren, wenn sie darauf verzichtet, aktionistische

Zuspitzungen in eine politische Strategie zur Isolierung von Betreibern und Staat einzubetten. Sie hat verloren, wenn sie **nur** noch wie das berühmte Kaninchen auf den ersten Transport starrt, wenn sie nur noch auf die Schritte der Gegenseite reagiert, anstatt die anderen zur Reaktion zu zwingen. Es ist eine Sackgasse, den Widerstand auf die "KämpferInnen" hier und den "TRansport" dort reduzieren zu wollen. Auf der einen Seite gibt es nicht nur die "FighterInnen", sondern eine vielfach differenzierte Masse von AKW- und Atomtransporte- GegnerInnen. Auf der anderen Seite sind der einzelne Transport und sein bedauernswerter Fahrer nur die Erscheinungsebene für eine Politik, die an einer ganz anderen Stelle, als nur im isoliert und bekämpft werden muß. (Nebenbei bemerkt:Auch der nichtaktionistische, politische Widerstand kann kolossal Spaß machen, siehe Lübeck...) Jeder(m) leuchtet ein, daß für die Musik stimmt, was einmal ein chinesicher Glatzkopf bemerkte:Es reicht nicht aus, nur mit einem Finger Klavier spielen zu wollen. Bezogen auf unseren Widerstand hieße das, nicht nur den Transport, sondern die gesamte politische Situation im Auge zu haben und auf unberechenbare Einsätze hin nicht nur ein, sondern alle Register des Widerstands zu trainieren oder in Bereitschaft zu halten.
Das waren so einige Gedanken aus unserer Redaktionsdebatte über Lüchow- Dannenberg. Wir wollen nicht behaupten, daß das alles stimmt und wir wollen nicht so tun, als gäbe es ein Rezept. Unbedingt diskussionswürdig erscheint uns aber die Frage, ob es sein kann, daß der Frust im harten Kern der Bewegung den Blick auf machbare politische Offensiven womöglich verstellt.
Existiert nicht im Wackerland-Widerstand ein ähnliches Phänomen ? Alle vom internen Dauerstreit abgenervten AktivistInnen wurden z.B. im Herbst 1987 überrascht von der kämpferischen Stimmung und dem großen Erfolg der Demo zum Bauzaun. Und wer hätte für dieses Jahr mit 750.000 Einwendungen gegen die WAA gerechnet ?
Es scheint derzeit nicht allzu sinnvoll zu sein, den Bauzaun- Kämpfen der Jahre 1985 ff nachzutrauern. Wer alle künftigen Aktivitäten an der Militanz von damals messen will, wird nur noch Trübsal können. Produktiver scheint das Nachdenken darüber, richtige Ansätze zu finden, um bei kommenden Aktionen der radikalen Anti- AKW- Bewegung möglichst viele dieser 750.000 mit einzubeziehen.
Die weiteren möglichen Kämpfe und Zuspitzungen im Wendland und Wackerland zu erörtern und das derzeitige diesbezügliche Widerstandstief zu reflektieren – das wären bereits zwei Punkte, deretwegen eine Fahrt zur Nürnberger Herbstkonferenz sich lohnen kann. Ein weiteres Thema wäre sicherlich die Auswertung des 2. Tschernobyl- Jahrestages, um auf dieser Grundlage den 3. vorzubereiten. Wir wünschen uns in diesem Jahr, was wir seit der verbotenen BUKO in Regensburg vor zwei Jahren nicht mehr hatten: einen richtig geilen Konferenzreader mit guten Diskussionsbeiträgen und Vorschlägen, der so rechtzeitig bei den BI's ist, daß allerorten mensch vorbereitet zu so einer Konferenz reisen kann...
Wie gesagt:Die Beiträge müssten bis zum 10.9.88 in Nürnberg bei der o.g. Anschrift eingegangen sein, um für den Reader berücksichtigt werden zu können.

ABGEBRANNT

eine wiederaufarbeitung des widerstands gegen die waa wackersdorf 1981-88 aus autonomer sicht

- **ausführliche chronologie der ereignisse**
- **berichte & analysen zum süddeutschen autonomenplenum**
- **städtepartnerschaften**
- **bündnispolitik**
- **patriarchat & widerstand**
- **winnetous erben**
- **autonome politik in sozialen bewegungen u.v.m.**

Bestellungen an:

Buchladen Schwarze Risse
Gneisenausstr: 2a
1000 Berlin 61

gegen Vorauszahlung von DM 5,- pro Exemplar (ab 3 Stück je DM 3,30) auf Kto.-Nr. 3094101 für AKS e.V. bei Bank für Sozialwirtschaft BLZ 10020500
Kennwort "Broschüre"

Sonderheft 3/1988

SCHULDENKRISE und **IWF**-Kampagne

Die Verschuldung ist kein **MODETHEMA** ● Exemplarisch: **AFRIKA** und **LATEINAMERIKA** ● Die **METROPOLEN** bleiben nicht **VERSCHONT** ● **ALTERNATIVEN** zur Verschuldung ● **DOKUMENTATION** von Lösungsansätzen ● Aufruf der **IWF/-WELTBANK**-Kampagne ● **BÜCHER, MATERIALIEN** und **AKTIONEN** zum Thema

36 Seiten (DIN A 4), 2.50 DM
33% RABATT ab 10 Exemplaren

Ab Anfang Juni im linken und alternativen Buchhandel oder direkt bei

DRITTE-WELT-LeserInnen-Service, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

COUPON

Ich bestelle:

☐ ..... Expl. Sonderheft 3/1988

☐ 1 kostenloses Probeheft der DRITTE-WELT-Monatsausgabe

☐ ein DRITTE-WELT-Abo ab Nr. .....

Jahresabo 33 DM, Ausland 39 DM. Kündigung spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraums. Bei Bestellung eines einzelnen Sonderheftes 2.50 DM (+ 0,60 DM) in Briefmarken beifügen.

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Wohnort

Datum/Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim DRITTE-WELT-LeserInnen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Datum/Unterschrift

20

DRITTE WELT

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

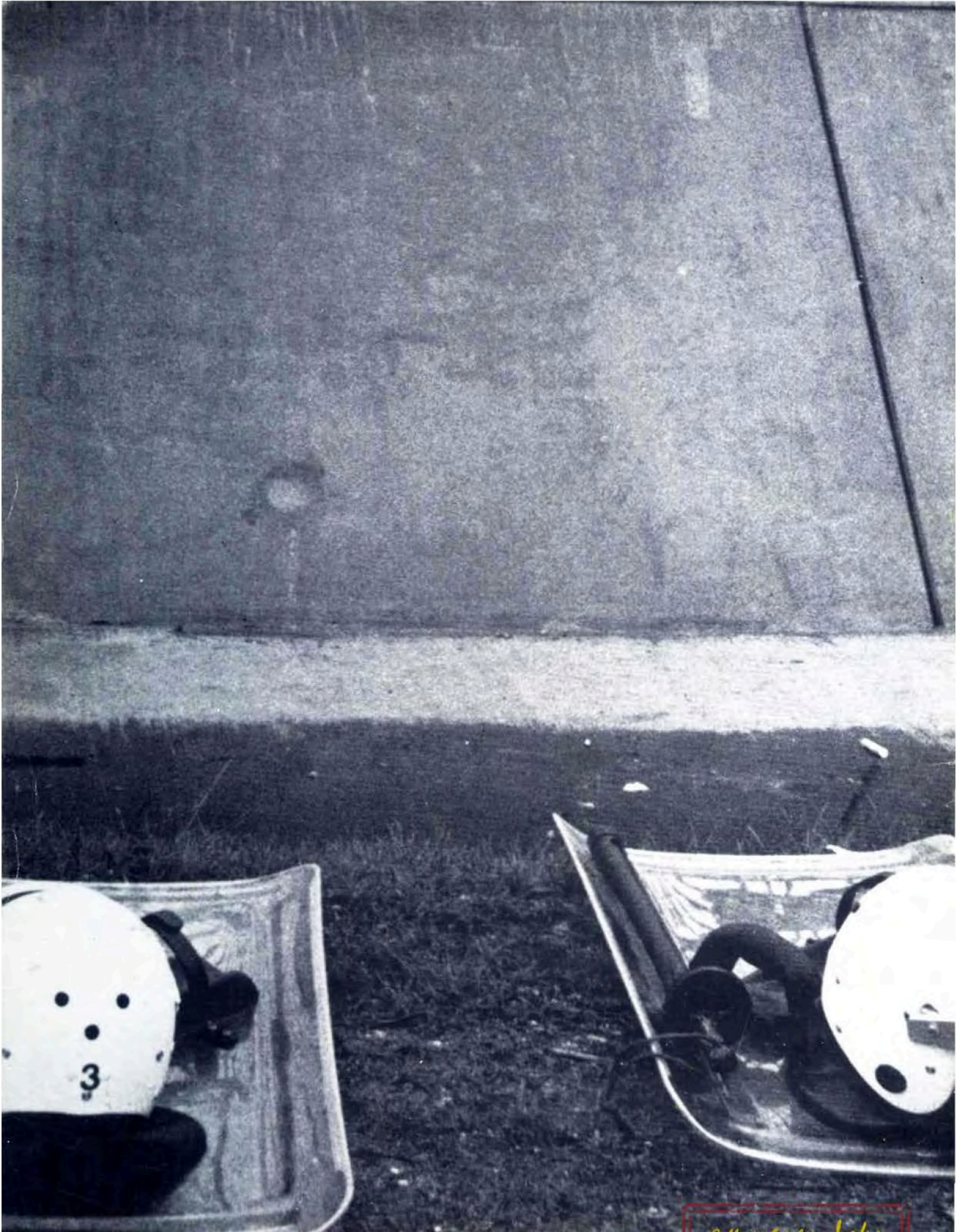
Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt der Sondernummer Feminismus – Anarchismus:

★ **Macht »Macht« Frauen mächtig?** von Friederike Kamann
★ **Grüne Mütter – Volle Fahrt im Rückwärtsgang** von Elisabeth Rohata
★ **Gedanken zur inneren und äußeren Emanzipation** von Maggy
★ **Die neuen Techniken – eine umfassende Abwertung weiblichen Lebens** Beiträge von Iris Kus und Frauen des Essener Gen-Archivs
★ **Frauen wie andere auch – Prostituierte** von Lisa/Kölner Stadtrevue
★ **Anarchafeminismus, Anarchismus, Feminismus** von Friederike Kamann
★ **Der Anarcha-Feminismus** Beiträge von Ariane Gransac und Susan L. Brown
★ **Interview mit Lizzie Bordon, US-Filmemacherin** von Alexandra Devon und Catherine Tammaro
★ **Ferner Beiträge zu: Anarchica-Kongreß in Lyon 1987, § 129a, Emma Goldman, Geschichte des Anarcha-Feminismus, Freie Schulen (FAS) in der BRD etc.**

Sondernummer: 6.-DM
SF-Abonnement (4 Nrn.): 15.-DM
Sondernummer ARBEIT: 5.-DM
Sonderdruck: SF 0–12: 10.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1



* »Staatsgewalt« * SPD-Politik * § 130 b

Collecta Stichting Laka
www.laka.org
Gedigitaliseerd 2016